Anmerkungen zur Ökonomie und Demokratie im Corona- und Wahljahr 2021

Steuert unsere Republik die Form einer DDR II an? Eine Selbstvergewisserung zum Mitlesen

von Tristan Abromeit
www.tristan-abromeit.de

Textreihe 172 / April 2021

Die Einschätzung des Ist-Zustandes der Bundesrepublik: Die BRD ist demokratie- und verfassungsfeindlich! TA

Text 172.2

oooooooooooooooooooooo

Weitere Texte zum Hauptthema

Text 172.0 Die BRD ist demokratiefeindlich! Schlussfolgerungen T.A.

Text 172.1 Der Verrückte in den Dünen und die Folgen für mich als Leser. Die Vergangenheit kann man nicht bewältigen. Man kann sie nur aufrichtig deuten. Die Nutzung der Schuld der Deutschen als politisches Gestaltungsinstrument erzeugt neue Schuld.

Text 172.3 Das Vorwort von Die Natürliche Wirtschaftsordnung von Silvio Gesell und die Bewertung durch John Maynhard Keynes in seiner Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Sozialdarwinismus in der NWO? Beiträge von Wera Wendnagel, Josef Hüwe und TA

Text 172.4 *Demokratie und Menschenrechte* von Karl Walker, 1947, 104 Seiten. Gedanken über Bedingungen einer Demokratie im Schatten der Diktatur.

Text 172.5 Die Herrschaft der Experten – Technokratie statt Demokratie von Heinz Hartmut Vogel, Text zur Neuauflage seines Buches Jenseits von Macht und Anarchie, 1963. Wiedergegeben werden zusätzlich 3 Seiten Inhaltsangaben. Hinweise auf das Wirken des Seminars für freiheitliche Ordnung / Hinweise auf die Geschichte der Freiheitsbewegung

Text 172.6 Mein Schriftwechsel mit dem verstorbenen Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer (Siehe Fußnote im Text 172.1 Seite 40)

Hinweis: Der Dritte Weg / Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)
- ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- erstellt zu Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf

Die Einschätzung des Ist-Zustandes der Bundesrepublik: Die BRD ist demokratie- und verfassungsfeindlich! TA

Die „Vorrede“

Um das gleich am Anfang klarzustellen, es geht hier nicht darum, Menschen mit bestimmten Funktionen in gesellschaftlich-politischen Institutionen, die ich als Informanten übernommen haben, abzuwerten oder gar zu kränken. Mir fällt es nicht schwer ihnen meinen Respekt zu zollen und für sie Empathie und für viele von denen, denen ich widersprechen muss, Sympathie zu empfinden.

Die Gestaltung der menschlichen Gesellschaften läuft nicht nach einem Naturprogramm ab, kann aber nicht erfolgreich auf Dauer gegen die Natur des Menschen vorgenommen werden. Einzelne oder wenige Menschen können auf dem Reißbrett eine Ordnung für eine oder viele Gesellschaften entwerfen. Diese können auch eine Orientierungshilfe für viele Menschen haben, weil sie sich anhand solcher Modelle selber bewusst werden, was sie wollen oder nicht.

Auch wenn ein Mensch denkt, das interessiere ihn alles nicht und sich in die schweigende Mehrheit einsortiert, verliert er nicht seine gesellschaftsformende Wirkung. Die schweigende Mehrheit fördert durch ihr Verhalten als duldende Kraft der Gesellschaft einen autoritären oder einen freiheitlichen Staat. Alle die nicht in einem autoritären Staat landen und leben wollen, müssen auf vielfältige Weise dafür sorgen, das auch in der schweigenden Mehrheit das Bedürfnis nach Freiheit wach bleibt. Das Murren einzelner Bürger wird – wenn die Politik das Unzumutbare zu groß werden lässt – zu einem nicht mehr überhörbaren Grundton eines Chors. Aus diesem Chor der Schweigsamen, treten erst einzelne wirkliche zum gedankliche Hauptstrom liegende Querdenker auf, die dann als Konkurrenten der offiziellen Wahrheitsverkünder ihre eigene Wahrheit verkünden. Die im Hauptstrom schwimmende Wahrheitsverkünder sind dann irritiert und benutzen das Wort Querdenker zur Disqualifizierung für diejenigen, die aus der Kulisse der Schweigenden hervortreten sind. Wobei der Begriff Querdenker bequem für die offiziellen Wahrheitsverkünder ist, weil sie dann nicht mehr differenzieren und hinhören müssen. Dabei ist der Begriff Querdenker für den sichtbar werdenden Protest ungenau, weil das Querdenken zu dem Mainstream-Denken eine Kraft und Fähigkeit voraussetzt, die bei einer gesellschaftlichen Fehlentwicklung am Anfang nur bei einzelnen Individuen vorhanden ist. Große und sichtbare Proteste können zwar von Querdenkern inspiriert werden, entstehen aber aus dem Gefühl des Unmuts und der Bedrohung.

Nach meiner Wahrnehmung war das vorige Jahrhundert so betrüblich, weil in den Gesellschaften das Freiheitsgefühl – das sich schon vor dem Freiheitsbewusstsein einstellt - unterentwickelt war. Bei einer Gesellschaft – hier als die Summen von Individuen gedacht – reagiert dann in Bedrohungssituationen mit Fehlreaktionen, weil dann keine tauglichen ethischen Programme im Kopf sind, die eine archaisches Triebauslösung verhindert. Eine Gesellschaft reagiert dann mit Fehlsteuerungen so wie der menschliche Körper, wenn er unterzuckert ist. Die Versorgung der Gesellschaften mit dem Freiheitsgefühl (= einem Bedürfnis nach Freiheit) kann aber nicht von einzelnen Denkern besorgt werden. Die wesentliche Versorgung muss aus der positiven Erfahrung der Freiheit einer großen Mehrheit kommen. Wo diese Erfahrungen nicht mehr gemacht werden können, weil die Denk-, Äußerungs- und Gestaltungsfreiheit so eingeengt ist, dass die Menschen

sich in den Status des glücklichen Sklaven [1] einrichten und glauben Freiheit sei nur ein Versprechen, das nicht eingelöst wird oder werden kann. In dieser Situation kommt es darauf an, das die Schreiber und Erzähler der zweiten und dritten Liga und der Amateure, das Lied der Freiheit ertönen lassen. Wie im Märchen von den neuen Kleidern des Kaisers, wo erst ein Kind sagt, dass der Kaiser ja nackt ist, weil die Erwachsenen sich das nicht trauen, müssen sich möglichst viele Schreiber, die man sonst nicht wahrnimmt, in die Rolle des Kindes begeben und sagen, … dass unsere Freiheit und Demokratie nur Strohpuppen sind. Wenn das oft genug gesagt wird, bekommen auch die glücklichen Sklaven den Mut erst zu sehen und dann zu sagen, dass der Kaiser / unsere Demokratie nackt ist.

Auch für den, der glaubt Aufklärung betreiben zu können und / oder zu müssen, gibt es Fallen in Form von Ideologien, Utopie. Aus einer Vorlesung über Soziologie von Prof. Kob in der Akademie für Wirtschaft und Soziologie (1964 – 1966) ist mir in Erinnerung, dass Karl Mannheim Ideologie als eine Argumentation bezeichnet, die etwas Bestehendes rechtfertigt und Utopie als einen gesellschaftlichen Zustand, den man sich wünscht.[2] Man kann eine Utopie auch als ein gedankliches Modell ansehen, das als eine theoretische Richtschnur für einen Neubau der Gesellschaft dient. Wenn man nicht von der Utopie abhängig ist oder wird und zu ihr einen emotionalen Abstand behält, dann kann eine Utopie als etwas, das es noch nirgendwo gibt, sehr nützlich sein.

Eine Falle kann für die Aufklärung auch der blinde religiöse Glaube sein, wenn er sich nur in einfacher Form ohne Freiheitsbewusstsein eingenistet hat. Wer da glaubt, sein Gott habe ihm den Auftrag gegeben ihn zu vertreten oder ihn zu rächen, wenn ein anderer ihn durch eine Darstellung oder Worte beleidigt hat, der ist kein Aufklärer. Das gesagte schließt nicht aus, dass ein tiefer Glaube Menschen auch durch schwierige Zeiten tragen und das – auch das aufopfernde – Richtige tun lassen kann. [3] Aber sind es nicht einfache Glaubensformen - manchmal der einzige Besitz von Menschen in Bedrängnis – die sich für politische Zwecke und Kriege von der Politik mobilisieren lassen? Ich habe noch ein Koppelschloss eines Riemens, der zur militärischen Uniform gehörend in Erinnerung: „**Gott mit uns.**“

Der Begriff Ideologie kann ja auch als Lehre von den Ideen verstanden werden. In diesem Sinne hat Rudolf Bahro diesen Begriff verstanden, als er von der DDR in die BRD wechseln konnte und sich hier in die politischen Diskussion (auch bei den GRÜNEN) einbrachte.[4]

---

1 Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit. Marie von Ebner-Eschenbach (1830 - 1916), Marie Freifrau Ebner von Eschenbach, österreichische Erzählerin, Novellistin und Aphoristikerin .Quelle: Ebner-Eschenbach, Aphorismen, 1911

2 Ob das Gesagte oder Erinnerte zutrifft, kann im Original von Mannheim nachgelesen werden. Ich habe eine Quelle heute im Netz entdeckt, aber noch nicht gelesen.: „Ideologie und Utopie, von Karl Mannheim https://www.bard.edu/library/arendt/pdfs/Mannheim_IdeologieUndUtopie.pdf

3 Ich habe kleine Hefte aus dem nordamerikanischem, japanischem, indischem,,griechischen, israelitischem, nordischem, englischen und deutschem Erbgut im Lesestoffbestand. Diese kleinen Hefte, von denen leicht ein paar in Situationen der Bedrängnis, wie sie unter nationalsozialistischer Herrschaft bestanden, in der getragenen Kleidung versteckt werden konnten, hat der Gründer des Internationalen Freundschaftsheim Bückeburg (auch mit Freunden) angefertigt. Es sind Beispiele von Menschen, die sich in schwierigen und bedrohlichen Zeiten vorbildlich verhalten haben. Die Hefte waren als geistiger Notproviant gedacht, die einem selber Mut zum richtigen Handel machen sollten.

4 In folgenden Zitat kommt die andere Nutzung des Begriffs zum Ausdruck:
>> ...die 'Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch - leninistischen Partei' “ und begreift

Wenn ich aber die Begriffe Utopie auf die SPD und die Parteien, die die Goldwährung verteidigten, anwende, dann komme ich zum Schluss, dass alle Parteien in der Weimarer Republik von beiden Einstellungen zu viel hatten und dadurch kein Blick für die Möglichkeit der Verhinderung des auf sie und den Deutschen insgesamt zukommende Unheil hatten.

Nach meinem Eindruck (das Internet kann da auch täuschen) sind ja viele Menschen, auch junge, in Sachen Zukunft unserer Gesellschaft und der Erde unterwegs. Aber zu oft hört und liest man, dass ihre Aktivität darin besteht, dass sie andere hindern wollen ihre abweichende Meinung zu sagen oder für diese öffentlich zu werben. Die Aufklärer, die aber andere daran hindern wollen, ihre abweichende Wahrheit zu sagen sind selber Feinde der Freiheit und der Demokratie. Botschaften, die man für schädlich oder unangemessen hält, sind argumentativ und durch ein besseres Vorleben zu überwinden. Eine Demo-Blockade ist in diesem Sinne ein Sabotageakt, die sich gegen die Meinungsfreiheit richtet und konsequent weitergeführt bei der eigenen Meinungsunfreiheit endet.

Wer das Zeitgeschehen, so wie es die Medien vermitteln, verfolgt, hat oft einen Anlass die Meldungen und Meinungen zustimmend oder widersprechend zu kommentieren. Die Chancen für die Bürger mit einer Rückmeldung, der Einbahnstraßen-Situation des Informationsstromes etwas entgegenzusetzen, sind mit dem Internet größer geworden, weil den Rückmeldungen der Leser und Hörer von den großen Medien in der durch das Netz entstandenen Konkurrenzsituation mehr Raum gegeben wird. Aber wirklich besser ist die Situation für die politische Kommunikation nicht. Aber das ist ein Thema, das müsste unter dem Titel „Die Gefährdung der Demokratie und des Bürgerfriedens durch das Versagen der Funk- und Druckmedien.“ Achtung! Auch hier kann es nicht um eine Abwertung der Medienmacher gehen, sondern im Fokus müssen die institutionellen Wirkungen und die sie tragenden Vorstellungen von der richtigen Vermittlung von Nachrichten und Meinungen stehen. Diese Vorstellungen beeinflussen nämlich die Selektion von der Selektion von Personen, Mitteln und Nachrichten.

Ich selber mache mir immer Ausrisse aus den Zeitungen und markiere Stellen, in den Büchern, die mich interessieren, auf die ich reagieren möchte. Ich hoffe aber immer, dass ich diese Stellen und Markierungen bald wieder vergesse, weil es nach einer Woche schon zu viele sind. So war es eigentlich auch mit dem gleich nachfolgend erneut vorgestellten Beitrag in der Wochenzeitung DIE ZEIT. Beinahe wäre mir das Vergessen auch gelungen, wenn nicht weitere Nachrichten mein Interesse daran reaktiviert hätten. Und weil das Eine mit dem Anderen verknüpft ist, dehnt sich so eine Bearbeitung aus. Es gibt viele Argumente dafür, solche Bemühungen zu unterlassen. Bei mir spricht schon das Sitzen beim Lesen und Schreiben am Computer dagegen, weil es meine – altersbedingte Restlebenszeit mit oder ohne Corona verkürzen wird. Aber: Irgend etwas stemmt sich in mir dagegen, die letzte Reise aus einer resignierenden Stimmung heraus antreten zu müssen. Die Natur oder ein Gott, wenn es den gibt, ist nicht dagegen, dass wir Menschen unser Leben besser, mit weniger Leid und mehr Lachen einrichten. Und ich trage in mir die Gewissheit, dass das möglich ist. Es bleibt einfach das Signal aus, das mir verkündet, dass ich mich genug bemüht habe, diese einfache Botschaft weiter zu tragen.

Um den Leserinnen und Lesern – wenn sich welche einfinden – den Anschluss an den Text 172.1 zu erleichtern füge ich den Kopf und einen Ausschnitt aus das ZEIT-Gespräch

sich im Sozialismus als herrschende und überlegene **Ideologie** (Ludz/Ludz 1985: 858). << https://www.google.com/search?q=Begriff+der+Ideologie+in+der+DDR ...

vom 26. März 2020 hier nochmals ein, der den aufgestauten Mitteilungsdrang auslöste:

»Je stärker die Liberalisierung der Gesellschaft vorangetrieben wird, umso größer die gesellschaftlichen Spannungen.«

ROBERT HABECK

»Das habe ich mir wirklich nicht vorstellen können, dass heute ein so breites Spektrum reaktionär wählt.«

UWE TIMM

Er ist einer der wichtigsten Chronisten der Bundesrepublik: Am 30. März wird der Schriftsteller Uwe Timm 80 Jahre alt. Für seinen Roman »Morenga« hat der Grünen-Politiker Robert Habeck ein Nachwort geschrieben. Wir haben beide zum Gespräch getroffen.

((Robert Habeck und Uwe Timm in München. Von Letzterem erschien in diesen Tagen der Essayband »Der Verrückte in den Dünen. Über Utopie und Literatur« (KiWi) Text zum Bild. Bild im Text 172.1))

Das Gespräch führte Ijoma Mangold

Es folgt das Ende vom ZEIT-GESPRÄCH.

ZEIT: Sind die Grünen überhaupt noch eine utopische Partei oder nicht längst die Partei eines neuen Bürgertums?

Timm: Was ist mehr Utopie als wie die Grünen zu fragen:
Wie sieht eine bessere, ökologische Zukunft aus? Was ich hingegen bei den Grünen vermisse, ist eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Wenn ich im Englischen Garten laufe, sehe ich Rentner, die Flaschen sammeln. Das ist inzwischen ein fast zynischer Austausch, dass die Leute, die Geld haben, ihre Flaschen einfach stehen lassen, und dann kommen die anderen und sammeln sie ein. Oder im Krankenhaus die Situation der Nachtschwestern, die sich das Wohnen in München nicht mehr leisten können. Diese Gesellschaft ist in ihrer Struktur ungerecht, ich empfinde sie als zutiefst ungerecht.

Habeck: Ja, und das kann sich durch Corona, durch ein Land im Lockdown, deutlich verschärfen. Wenn Autokonzerne die Produktion aussetzen, Selbstständige ihre Läden dichtmachen müssen, droht uns eine ökonomische und soziale Krise, wie wir sie auch 2008/2009 nicht gesehen haben. Und das in einer Situation, in der sich Verlustängste – ökonomische und kulturelle – schon in die Gesellschaft reingefressen haben. Ich habe in den letzten Jahren erlebt, dass fehlendes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates diese Ängste geschürt hat. Umso wichtiger ist es, dass der Staat jetzt entschlossen handelt. Und das führt auch zu Ihrer Frage nach der bürgerlichen Partei. Dieses positive Bekenntnis zum Staat, die Klarheit: Wir sehen uns in Verantwortung für den gesamten Laden und treten ein für die Werte der Republik, war den Grünen vielleicht nicht in die Wiege gelegt. Aber jetzt ist das unsere Rolle. Und wenn die AfD in jedem verfluchten Interview sagt, sie sei eine bürgerliche Partei, ist es auf einmal unsere Aufgabe zu sagen: Nein, seid ihr nicht. Wir sind eine bürgerliche Partei, wir stehen für Bürgerrecht, wir sind Verfassungsschützer. Eine bürgerlichere Ansage gibt's im Grunde gar nicht.

Timm: Das ist ja auch richtig, ich will trotzdem das Utopische stark machen: Wer hätte vor fünf, sechs Jahren eine Bewegung wie Fridays for Future für möglich gehalten? Da setzt sich ein Mädchen eines Tages vor eine Mauer, hinter der die Macht residiert, mit einem selbst gemalten Schild – und innerhalb von einem halben Jahr ist das eine Weltbewegung geworden. Vielleicht gibt's ja auch irgendwann mal eine Rentnerin, die vor dem Sozialamt sitzt mit einem Schild. Und vielleicht wird daraus auch eine Bewegung. Was man sich allerdings nur schlecht vorstellen kann, weil sich die Armut in Deutschland versteckt. Das ist auch etwas Bürgerliches, dass man die Armut nicht zeigt. (Ende)

Ich will noch kurz schildern, warum mich Robert Habeck und Uwe Timm besonders interessieren. Robert Habeck interessiert mich unabhängig von der Kanzler-Kandidatur [5], weil ich lange in der Partei DIE GÜNEN engagiert war. Der Vorlauf besteht seit 1967 in der Gründung und Auflösung der Liberal Sozialen Partei, der Mitgliedschaft in der FDP, Der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen, der Sonstigen politischen Vereinigung der Grünen und der Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980. Dass Robert Habeck an der Kieler Förde aufgewachsen ist, bringt ihm bei meiner Frau und mir emotionale Pluspunkte ein. Meine Frau, eine Schwäbin, hat viele Erinnerungen an Ferien- und Urlaubszeiten, die sie bei der Familie ihres Vaters in Möltenort, Ortsteil von der Gemeinde Heikendorf – die Herkunftsgemeinde von Habeck - hat. Und für mich war die Kieler Förde als sechzehnjähriger Schiffsjunge, 1950, der bis dahin nur Moor- und Marschlandschaf-

5 Die inzwischen für Annalena Baerbock entschieden ist.

ten im Oldenburger Land kannte, das Tor zu einer anderen Welt. Bei diesen Erinnerungen wirken auch noch Bilder von den aufgeräumten Trümmerstädten Bremen und Bremerhaven mit, die dann von den dazu im Kontrast stehenden Bildern von heilen Straßen und farbigen, gepflegten Häusern standen, die sich meinen Augen boten als wir mit, dem Küstenschiff *Heinrich* durch die vorgelagerten Schären fuhren und in Göteborg einliefen.

Mein Interesse an Uwe Timm habe ich im Text 172.1 genauer beschrieben. Hier nur so viel: Ich hatte schon lange zu tun mit einem „Anarchisten“[6] Uwe Timm. Dabei kam es auch vor, das auf den Schriftsteller Uwe Timm verwiesen wurde. Ich bin aber nicht dazu gekommen, mich um dessen Spuren im Büchermarkt und im Netz zu kümmern. Das änderte sich als in einer Mailingliste, an der ich beteiligt bin, das Buch „Der verrückte in den Dünen / Über Utopie und Literatur“ von Uwe Timm, dem Schriftsteller, ein Thema in der E-Mail-Liste wurde. Villa Gesell ist ein Badeort an der argentinischen Atlantikküste. Ihr Entstehen wurde von Silvio Gesells Sohn Carlos initiiert. [7] [8] Außerdem stellte ich dann fest, dass ich vermutlich 1960 mit diesem Uwe Timm im Ausleseverfahren für die Aufnahme in das Braunschweig Kolleg gesessen habe. Uwe Timm gehörte zu den Glücklichen von den zahlreichen Bewerben, die im Sieb hängen blieben und ich bin durchgefallen. Aber mein Bildungsweg ist auch ohne das Kolleg ganz respektabel. Matrose in der Seeschifffahrt, Bankkaufmann, graduierter Volkswirt und Bootsbauergeselle mit einem Studium generale der Arbeit. Ich kann mich nicht beklagen.

Ich will meine „Vorrede“ mit einer Anmerkung zu dem Zitieren beenden und dann zum Eigentlichen kommen. Schon über 60 Jahre habe eine Abneigung dagegen, Gelesenes, was ich weiterreichen möchte, in eigene Worten umzuformen. Ich habe dann immer das Gefühl, ich verfälsche das, was die Schreiberin oder der Schreiber gerade so, wie es geschrieben ist, mitteilen wollte. Zweitens wird sichtbarer, dass kein Mensch für sich alleine denkt und nur aus Eigenem schöpft. Und drittens hilft man jenen Lesern, die einen Text noch mit geliehenem Urteil beurteilen weiter zu lesen, wenn man bekannte Autoren oder Autoritäten zitiert. Weniger anstrengend ist es nach eigenem Gusto zu schreiben. Ob der Ertrag für den Leser gleich gut oder gleich schlecht ist, wäre dann von Fall zu Fall zu entscheiden.

Die Ist-Bestände

Karl Walker

Karl Walker leitete sein Taschenbuch „**Überwindung des Imperialismus**“, das 1946 im Verlag von Rudolf Zitzmann erschienen ist, wie folgt ein:*Von Ursache und Schuld*

> Wenn wir zurückschauen auf jene Jahre nach dem ersten Weltkrieg, so muß uns heute nachträglich noch auffallen, daß damals von einer unmittelbaren Gefahr eines weiteren neuen Weltkrieges keine Rede war. Gewiß haben die Sieger von damals die Waffen nicht einfach bei-

6 Ich habe das Wort Anarchisten in Anführungsstriche gesetzt, weil ich ein kurzes Unterscheidungsmerkmal zu dem Uwe Timm suchte, um den es hier geht. Weiteres siehe Text 172.1.
7 https://de.wikipedia.org/wiki/Villa_Gesell
8 https://www.silvio-gesell.de/villa-gesell.html

> seite gelegt; das war verständlich nach dem, was vorangegangen war. Aber daß man ernstlich mit einem neuen Krieg gerechnet hätte, davon kann nicht gesprochen werden - sonst wären wohl auch den Armeen Hitlers im Jahre 1939 andere Kräfte gegenübergestanden. -
> Hierin liegt nun ein Unterschied zu der heutigen Weltlage, ein Unterschied, den wir nur mit Bestürzung und Beklommenheit wahrnehmen können, vor dem wir aber die Augen nicht verschließen dürfen. Heute wird schon, bevor der grauenhafteste Krieg, den die Geschichte der Menschheit aufweist, richtig beendet ist, die Möglichkeit, um nicht zu sagen, die Wahrscheinlichkeit des nächsten Krieges erörtert. Es ist nicht einfach bedeutungsloses Reden und Schreiben, und es ist auch nicht neu aufkommende und immer noch vorhandene Lust am Mordhandwerk des Krieges, was uns zwingt, mit den unausdenkbaren Möglichkeiten zu rechnen, es ist die bitterernste Sorge, daß es der Welt nicht rechtzeitig gelingen könnte, eine Ordnung des Lebens zu finden, die die Anwendung letzter Gewaltaktionen erübrigt.

Hat Deutschland - West und Ost – die Chancen genutzt, um ihr Versagen in der Weimarer Republik, das die nationalsozialistischer Herrschaft ermöglichte und diese den Zweiten Weltkrieg auslöste wenigstens zu der Zeit als der Eiserne Vorhang fiel, dazu beigetragen, das Militärbündnis neu zu ordnen, so, dass von ihm keine neue Bedrohung entstünde? Nein, das hat es nicht. Es wurde politisch weiter gewurstelt. Und die Akteure in der Politik hängten sich dafür gegenseitig die Orden um.

Hat Deutschland als Russland und China die Zentralverwaltungswirtschaft aufgegeben haben, sich wenigstens bemüht, sowohl in Russland und China dort die Einführung einer Frieden stiftenden Marktwirtschaft einzuführen? Nein das haben sie nicht, denn das Wissen dazu wurde tabuisiert. Sie sahen daher die Förderung eines aggressiven Kapitalismus als einen Fortschritt an. Dass China dadurch zu einer neuen Supermacht wurde, wurde ignoriert, weil wir gut daran verdienten. Darüber, dass wir uns dadurch zu unserer Abhängigkeit von den USA eine zusätzliche von China eingehandelt haben, wird nicht gesprochen.

Auch hier gilt, ich argumentiere auch hier nicht gegen Menschen in Russland, China und den USA, sondern gegen den Geist, der diese Politik in unterschiedlichen Ausprägungen bei uns und anderswo prägt.

Ich bringe noch einen weiteren Abschnitt von Karl Walker.

> Aber die Frage ist ja nun: Was können denn wir, die wir in der Weltpolitik von heute gar keine Rolle mehr zu spielen haben und selber nur ein Objekt von untergeordneter Bedeutung sind, - was können denn wir in dieser Lage noch Positives leisten?

Auf diese Frage läßt sich nicht kurz und bündig eine Antwort geben; hier ist es notwendig, etwas weiter auszuholen.

Bevor der englische Premierminister *Attlee im* November 1945 zu einer ersten engeren Besprechung über die Atomenergie mit Präsident *Truman* nach Washington reiste, sprach er auf dem Bankett des Londoner Oberbürgermeisters. In dieser Ansprache erklärte Attlee:

> „Ich habe den Eindruck, daß die meisten Menschen hier noch keine rechte Vorstellung davon haben, was diese Entwicklung für die Welt bedeutet. Wir haben bereits Proben davon gehabt, wie sich die Atombombe in der Praxis auswirkt, aber wir haben keine Garantie dafür, daß die Wissenschaft im Dienste der Kriegstechnik nicht noch andere, grauenhaftere Kampfmittel erfindet. Die Frage lautet nicht so sehr: Wie können wir diese neue und vernichtende Kraft kontrollieren, die von der Wissenschaft entfesselt worden ist ? - Die Frage lautet vielmehr: *Wie muß die Weltordnung aussehen,* die wir schaffen müssen in einer Zeit, in der durch ein paar Bomben die größten Städte in Schutt und Asche gelegt werden und die Werke von Jahrhunderten menschlichen Aufbaus plötzlich vernichtet werden könnnen? - Meiner Ansicht nach müssen wir vor allem einer Tatsache ins Auge sehen: Wenn wir nicht bessere Beziehungen zwischen den Menschen herstellen, als sie all die Jahrhunderte hindurch bestanden haben, dann ist unsere ganze Zivilisation dem Untergang geweiht."

Aus diesen Worten spricht eine Erkenntnis, die offensichtlich noch nicht überall vorhanden ist. Zunächst ist es vielmehr so - bei uns und bei anderen Völkern –, daß man die Ursache der über uns hinweg gegangenen Kriege nicht in irgendwelchen Mängeln der von uns Menschen selbst geschaffenen Weltordnung sieht, sondern ganz einfach in den Völkern, politischen Gruppen und Einzelpersonen, die den Weg der Kriegspolitik eingeschlagen haben und so als die sichtbaren Akteure der Katastrophe aller Welt natürlich als die Urheber erscheinen. Da ist nun als Hauptschuldiger zunächst einmal Deutschland, innerhalb Deutschlands Hitler und sein Anhang, die Großgrundbesitzer als die eigentlichen Blutspender des Militarismus, die Großindustrie usw.

Was Walker uns 1946 sagen will, ist, dass wir Deutschen – nach dem, was wir angerichtet haben – es unsere Aufgabe ist, unsere Köpfe anzustrengen, um eine befriedigende Antwort auf die Frage des britischen Premierministers *Attlee* nach einer befriedigenden Weltordnung zu finden. Vom Ergebnis her gesehen, haben wir uns unserem historischen Auftrag verweigert. Trotz den vielen Schwüre, als Deutschland in Schutt und Asche lag, die da aus vielen Mündern hießen: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Rüstung!“ wendeten wir uns wieder der Rüstung zu, denn die versprach im Gegensatz zu dem Nachdenken über die Friedensbedingungen eine satte Rendite.

Und das von Walker gebrachte Zitat von dem damaligen Premierminister Atlee macht

deutlich, dass wir nie aus dem Stadium gekommen sind, in dem nicht die Angst die Politik programmierte. Als ich mich in der zweiten Hälfte der fünziger Jahre mit Fragen von Politik und Frieden befasst habe, war es die Angst vor der Atombombe – diese Angst schläft zur Zeit -. Die friedliche Nutzung der Atomenergie wurde damals noch als Fortschritt gewertet, die dann im Laufe der Zeit sich berechtigt als die große Angstmacherin entwickelte. Und heute herrscht außer der aktuellen Corona-Epidemie die Angst vor dem Klimawandel. Die Angst ist ein natürliches Warnsignal der Menschen. Die Angst ist aber ein schlechter Berater bei Überwindung der Zustände, die uns Angst machen.

ooooo

Karl Jaspers

Ich komme zu dem Philosophen **Karl Jaspers**.[9] Er hielt bei der Preisverleihung des Deutschen Buchhandels **1958** – bei der Hannah Arendt die Laudatio hielt – eine Dankesrede zu dem Thema Wahrheit, Freiheit und Friede. Ich füge von mir zusammengestellte Auszüge ein. Die Länge ist durch den Inhalt gerechtfertigt. Ich habe überlegt, ob ich die Auszüge aus Jaspers Dankesrede doch kürze. Bis auf eine Aussage über den Buchhandel konnte ich mich dazu nicht entschließen. Ich halte seine Worte wichtiger als meine.

Worte von Karl Jaspers:

> … Wir alle wollen den Frieden, den äußeren Frieden, daß kein Krieg sei und daß kein Krieg sei und daß die Massenvernichtungswaffen nie mehr zur Anwendungung kommen und daß das Ende durch die Atombombe ausbleibe.
>
> Dieser Friede ist nur möglich als Weltfriede. Heute aber treten die großen farbigen Völker auf, die an Menschenzahl und Bodenschätzen durch ihre schnell fortschreitende Technisierung in wenigen Jahrzehnten dem Abendland überlegen sein werden. Heute ist ferner eine neue, erst im technischen Zeitalter möglich gewordene Staatsform, die totale Herrschaft, entstanden. …
>
> … Diese Weltpolitik kann nur Erfolg haben unter Voraussetzungen, die jeder in sich selbst, die wir im eigenen Staate verwirklichen. In dem Maße, in dem wir dies tun, dürfen wir hoffen, daß die anderen uns entgegenkommen. …
>
> … Nicht von der Friedenspolitik als Weltpolitik möchte ich sprechen, sondern von diesen Voraussetzungen. Erstens: Kein äußerer Friede
> ist ohne den inneren Frieden der Menschen zu halten. Zweitens: Friede ist allein durch Freiheit. Drittens: Freiheit ist allein durch Wahrheit.
>
> 1. *Kein äußerer Friede ohne den inneren*
>
> Friede ist nicht Kampflosigkeit. Aber der Mensch kann den Kampf verwandeln aus gewaltsamem Kampf in den geistigen und in den liebenden Kampf. …
>
> … Der Friede beginnt im eigenen Haus. Der Weltfriede beginnt mit dem inneren Frie-

9 https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Jaspers

den der Staaten. …

2. Friede allein durch Freiheit

Der innere Friede der einzelnen Menschen und des einzelnen Staates ist durch Freiheit. Weil nur Freiheit zum Frieden fähig ist, sagte Kant: Nur Staaten mit »republikanischer Regierungsart « können den Frieden schließen, der kein bloßer Waffenstillstand, sondern ohne Vorbehalt als Dauer gemeint ist. Unter republikanischer Regierungsart verstand Kant nicht eine Staatsform (wie Monarchie, Aristokratie, Demokratie), sondern die Regierungsart der Freiheit,
die wir heute Idee der Demokratie nennen. Sie ist nicht zu verwechseln mit einer technischen Verfassungsform, die vermeintlich einmal als die richtige gefunden und identisch übertragbar wäre. …

… Äußere politische Freiheit kann auch ein despotischer Staat haben. Eine freie demokratische Verfassung kann auch ein Volk innerlich unfreier Menschen haben. Freiheit beginnt als Freiheit des einzelnen, gewinnt gemeinschaftliche Gestalt in der republikanischen Regierungsart, behauptet sich gegen Unterdrückung durch fremde Staaten. Im Ganzen dieser drei Momente ist Freiheit wirklich. Erst die Freiheit, dann der Friede in der Welt! Die umgekehrte Forderung: »erst Friede, dann die Freiheit« täuscht. …

… Auch die Demokratie als Verfassungsform ist noch keineswegs Freiheit. …

3. *Freiheit allein durch Wahrheit*

Freiheit aber ist nicht aus dem Nichts. Sie ist nicht Willkür, nicht beliebiges Meinen. Erst in der Hingabe an Wahrheit ist erfüllte Freiheit möglich. Kein Friede ohne Freiheit, aber keine Freiheit ohne Wahrheit. Hier liegt der entscheidende Punkt. Freiheit ist leer, wenn nicht die Wahrheit gemeint ist, der sie entspringt und der sie dient. …

… Wahrheit liegt nicht zuerst im Inhalt, sondern in der Weise, wie dieser gedacht, aufgezeigt und diskutiert wird: …

… In der gesamten politisch freien Welt ist Unwahrheit unsere größte Gefahr. Wir dürfen nicht behaupten, daß die sogenannte freie Welt heute wirklich frei sei. Sie hat vor der totalen Herrschaft nur den Vorzug dieser Chance, frei zu werden. …

… Die Idee der Demokratie - der republikanischen Regierungsart - droht verlorenzugehen in einer formal werdenden Demokratie, die zu einem Mittel von Manipulationen von Politikern und Wirtschaftsinteressenten entartet.

Wir dürfen auch nicht behaupten, daß der Wirtschaftszustand der freien Welt in Ordnung sei. Die moderne Wirtschaft, die ihrer Herkunft nach expansiv ist, muß sich in ihrer Struktur und ihrem Ethos von Grund aus wandeln, wenn die Expansion an der Enge der endgültig verteilten Erde ein Ende gefunden hat. …

… Der Marxismus erwartet Arbeitslosigkeit und Hunger, bei denen nichts übrigbleibt als die totale, terroristische Planwirtschaft. Gegen diese Erwartung hilft nicht die Unwahr-

heit des gedankenlosen Optimismus, es werde mit der Expansion in grenzenlosem Fortschritt schon weitergehen. …

… Der Prozeß von Produzieren und Konsumieren, selbständig geworden, baut nicht mehr eine Welt, in der der Mensch zu Hause ist, läßt keine Dauer haltbarer Güter zu. …

… Voraussetzung dieses Treibens wird ein Menschentypus, dessen Dasein sich verzehren läßt in diesem quantitativ zu steigernden Produzieren und Konsumieren, in einem Leben zwischen der träger werdenden Arbeitslust und der leerer werdenden Freizeit, mit einem Selbstbewußtsein, das auf dem Prestige beruht, durch Anschaffungen und ständige Neuanschaffungen auf möglichst hoher Ebene dieses ständig zerstörenden Produktionsprozesses mitzuleben. …

… Wir Deutsche insbesondere haben unsere Wahrhaftigkeit als Voraussetzung des Friedens zu gewinnen. …

… Leistung allein genügt nicht. Die Hauptsache ist damit noch gar nicht geschafft. Der Stolz auf die Leistung trügt. Er darf nicht ablenken vom Wesentlichen. …

… Die Idee der Demokratie verlangt die Fühlung der Staatsmänner mit dem Volke. Ohne das ist Demokratie nur als parteiliche Vorbereitung und als Manipulation der Abstimmungen da. Einem freien Volke aber liegen gemeinsam mit den Regierenden die Leitbilder und die Vorstellungen und Ideen offen. Diese sind gedanklich ausgeprägt und haben Bestand durch die eingeübte Denkungsart und die ständig bewegte Tteilnahme der Bevölkerung an den Entschlüssen.

2. Wahrhaftigkeit verlangt das gemeinsame Grundwissen von der Herkunft unserer Lage aus dem Wilhelminischen Deutschland, über dessen Sturz zur Demokratie des Kollapses und zum Nationalsozialismus. …

3. Wir sind dieselben Deutschen im Westen wie im Osten. Unsere politische Freiheit ist nicht unser Verdienst, die Unfreiheit im Osten ist nicht Schuld der Deutschen dort. Uns hier ist die Freiheit vom Sieger geschenkt, den Deutschen dort die totale Herrschaft aufoktroyiert. Beide Regime haben ihren Grund im Willen der Besatzungsmächte. …

… Aber nur wenn wir wissen, daß wir die Demokratie bisher allein als Verfassungsform äußerlich, noch keineswegs als Wirklichkeit der demokratischen Idee innerlich in unseren Herzen und Köpfen haben, ist die Möglichkeit da, daß wir Demokraten werden.

4. Wo die neue politische Konzeption noch ausbleibt, da herrschen zum Ersatz der Vergangenheit entnommene Fiktionen. …

… Daß das Rassenbewußtsein der Farbigen gegen die Weißen in wenigen Jahrzehnten oder schon früher das Abendland vor die Frage stellt, sich als Ganzes solidarisch zu behaupten oder verschlungen zu werden, macht unseren politischen Nationalismus verderblich. Gewicht hat allein die dringend ersehnte Konföderation der abendländischen Staaten, ob groß oder klein. Alle sind als einzelne klein.

5. Unsere zwei großen Parteien in der Bundesrepublik haben beide einen politisch unwahrhaftigen Grund. Die eine gründet sich auf den von ihr faktisch preisgegebenen Marxismus und gerät dadurch in die Konfusion ihres Denkens. Die andere Partei nennt sich christlich, während sich doch eine politische Partei auf den biblischen Glauben nicht redlich gründen läßt; das bringt in diese Partei etwas existentiell Verwirrtes.

Mit der politischen Selbsterziehung würden die großen Parteien aufhören, Weltanschauungsparteien zu sein. Sie würden auf dem gemeinsamen Boden des Staats republikanischer Regierungsart stehen und das politische Gewissen für die gemeinsamen Bedingungen der Freiheit haben. Der Kampf würde durch politische Argumente stattfinden und durch die Glaubwürdigkeit der politischen Persönlichkeiten. So würde das Volk nicht mehr düpiert. Aufhören würde das Ungenügen an den Parteien, die durch eine winzige Schicht von Parteipolitikern die Regierung des Landes fast wie ein Fremdkörper an sich genommen haben. Bei den Wahlen verschwände das Gefühl des Zwangs, zwischen zwei Übeln unwillig wählen zu müssen. Die Oppositionspartei würde ein mitwirkender Faktor eigener Verantwortung. Von beiden Seiten würden die politischen Probleme aus der Sache entwickelt, nicht wahltaktisch konstruiert. …

… Die Neugründung unseres uralten deutschen Selbstbewußtseins liegt in der Gemeinschaft vorpolitischer Substanz, in der Sprache, im Geist, in der Heimat. Aus dieser Substanz entspringt die je besondere staatliche Aufgabe, heute auch in der Bundesrepublik. …

… Die Staaten sind territorial gebunden, die Völker nicht. Überall wird es Engländer, Chinesen, Deutsche, Juden usw. geben. Und im Laufe von Generationen können selbst Völker durch einzelne ihrer Glieder sich ineinander verwandeln. Das bisherige Ausbleiben eines verbindenden apolitischen Selbstbewußtseins und daneben als etwas anderes eines politischen Staatsbewußtseins ist unser deutscher Schmerz. …

… Es gibt Skeptiker, die zu wissen meinen, daß nichts wahr ist. Sie halten sich für Realisten. Sie sind Pessimisten, die am Ende nur Unheil und Zufall sehen und alles, was darüber hinaus gedacht wird, für Utopie halten. Es gibt die These: Die Menschen sind nun einmal so, sie waren immer so, sie können nicht anders werden. …

… Niemand weiß, was die Welt im Ganzen ist, wohin sie geht. Die Reinheit dieses Nichtwissens ermöglicht erst, was wir Wahrheit nennen oder Vernunft oder Gottesdienst. ...

… Das Politische ernst nehmen als das Schicksal, an dem jeder, durch Tun oder Nichttun, mitwirkt! Im Politischen aber die Wahrhaftigkeit uneingeschränkt erstreben und erkämpfen! Wahrheit kann uns den inneren Frieden bringen. Sie kann uns in den bevorstehenden Prüfungen die Pflichten und Rechte unserer winzigen Machtstellung zeigen. …
https://www.friedenspreis-des-deutschen-

buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/1958_jaspers.pdf

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

500 Jahre Martin Luther auf dem Wormser Reichstag / Worms, 16. April 2021

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Worms,

es ist unendlich schade, dass wir heute nicht bei Ihnen sein können: bei Ihnen in Worms, das in diesen Tagen seinen weltgeschichtlichen Augenblick feiert. Ich bin sicher, viele haben sich lange darauf gefreut. Sie grüße ich ganz besonders, aber auch alle, die jetzt von überallher zuschauen.

Bei den Feierlichkeiten zum Reformationsjubiläum vor vier Jahren war es ein eher akademisches Ereignis, dessen wir gedachten: Luthers Veröffentlichung seiner Thesen, womit ja alles seinen Anfang nahm.

Heute aber erinnern wir an die Tage, die man auf Zeit und Stunde genau bestimmen kann, in denen die Gedanken, die religiösen Erfahrungen und die theologischen Einsichten eines Professors und Mönchs aus dem eher am Rande liegenden Wittenberg zur Staatsangelegenheit wurden. Luther steht vor Kaiser und Reich – und er steht vor Kaiser und Reich unerschütterlich zu seinen Einsichten, zu seinen Erkenntnissen und seinen Überzeugungen.

Wir gedenken einer europäischen Sternstunde des erwachten individuellen Gewissens. Ja, nicht nur für uns Deutsche, die Martin Luther in den vergangenen Jahrhunderten auf sehr verschiedene Weise geehrt, interpretiert und auch instrumentalisiert haben – nein, für ganz Europa und für die Welt bleiben diese Stunden und Tage von Worms vor fünfhundert Jahren eine kostbare, eine prägende Erinnerung.

Dass Religion nicht ohne Freiheit gedacht und gelebt werden kann, dass die Freiheit, nach seinem Gewissen sprechen und leben zu können, zu unseren unverlierbaren Grundüberzeugungen gehört – das lag 1521 ganz gewiss noch nicht im Denkhorizont der Zeitgenossen. Das Mittelalter war noch längst nicht vorbei.

Aber der Keim war hier gelegt.

Der Keim zur Überzeugung: Nicht Autorität, weder Kaiser noch Papst, nicht Tradition allein, wie heilig und lang sie auch sei, dürfen das religiöse und schließlich auch das gesellschaftliche Leben bestimmen. Luthers Beharren darauf, durch Argumente zu überzeugen oder überzeugt zu

werden, haben die geistige, die religiöse und schließlich auch die politische Welt zutiefst verändert.

Das hat, wir wissen es, auch zutiefst tragische Folgen gehabt. Die Spaltung der Christenheit hat zu schrecklichen Auseinandersetzungen, zu Kriegen, zu Terror und zu unversöhnlichen Feindschaften geführt. Und das Reich, das der Kaiser schützen wollte, zerfiel.

Es hat unendlich lang gedauert, bis in den Konfessionen endlich nach gebliebenen und neuen Gemeinsamkeiten gesucht wurde. Auch hier sind Einzelne zunächst ihrem theologischen Gewissen gefolgt, haben Denkwege geöffnet und schließlich auch neue Lebenswege des Gemeinsamen ermöglicht. Wenn heute Katholiken und Protestanten gemeinsam sich an die Ursprünge der Reformation erinnern, dann verdanken wir das auch überzeugten Vorkämpfern für die Ökumene, wie dem gerade verstorbenen Theologen Hans Küng. [10] Ihm und allen ähnlich Engagierten sollten wir dankbar sein.

Die Erinnerung an Worms sagt uns schließlich: Es gibt eine Stunde des Gewissens, in der ein Mensch ganz allein mit sich selbst ist, in der es ganz allein auf seinen Mut, auf seinen Willen und seine Standfestigkeit ankommt. Luther hat eine solche Stunde des Gewissens exemplarisch erlebt und bestanden – er hat sie bestanden, weil er bereit war, dafür auch Freiheit und Leben aufs Spiel zu setzen. Luthers Rückreise mit ihren beständigen Bedrohungen und die Flucht in das Versteck auf der Wartburg gehören zu den Ereignissen in Worms dazu.

Kein Zweifel: das sind besondere, außerordentliche Situationen. Wir sollten deshalb – auch aus Achtung vor wirklich schwerwiegenden Gewissensfragen – nicht jede unserer Auseinandersetzungen, nicht jeden Streit um richtige Wege zu Fragen der Wahrheit und des Gewissens machen.

Im geduldigen Zuhören, im wahrhaftigen Austausch miteinander, in der Erkenntnis, dass die alleinige Wahrheit meist nie auf einer Seite ist, lassen sich sehr viele Fragen zivilisiert und verletzungsfrei klären. Man muss nicht seinen persönlichen Positionen oder Überzeugungen untreu werden, um das Denken in Feindbildern zu überwinden. Selbstbewusstsein ist nicht mit Selbstbehauptung um jeden Preis zu verwechseln. Der Selbstbewusste kann Fragen zulassen und sich auf neue Sichtweisen einlassen.

10 Zu Küngs Buch „Anständig wirtschaften“ nehme ich in meinem Text 105.3.2 ab Seite 38 Stellung. http://www.tristan-abromeit.de/pdf/105.3.2%20HalldorLaxnessHansKueng.pdf

> Wir erinnern heute an eine Stunde des Gewissens. Und wir setzen uns dafür ein, dass solche Stunden möglichst selten nötig sind.
>
> https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/04/210416-Worms-Luther.html

Ich habe die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier aus Respekt vor der Person und dem Amt ungekürzt hier eingefügt, obwohl ich nur wenige Anmerkungen machen will.

Personen der Geschichte zu würdigen ist insofern leicht, weil diese nicht unmittelbar in die Politik der Gegenwart eingreifen können. Auch kann man jene überlieferten Aspekte betonen, die in die jeweilige Gegenwart passen. Gehen wir mal davon aus, dass unser Bundespräsident (oder seine Redenschreiber) ein realistisches Bild von Luther gezeichnet haben. Würde er heute in unserer Gesellschaft auftauchen, was würde passieren? Wahrscheinlich würde er als einer der vielen Menschen betrachtet, die einen Protest anzumelden hätten. Er müsste vermutlich sich schon glücklich fühlen, wenn in einer Zeitung an einem beliebigen Tag eine kurze Notiz zu seinem Protest zu finden wäre. Auch müsste er aufgrund seiner abweichen Meinung von den religiösen Vorstellungen des *Mainstream* froh sein, nicht als „Querdenker“ [11] ohne Prüfung einsortiert würde.
Dass liegt nicht nur daran, dass heute bei uns religiöse Bekundungen im allgemeinen kein Streitthema sind. Sondern die Größe eines Menschen oder das, was er bewirkt hat, wird oft erst erkannt, wenn er nicht mehr unter den Lebenden ist.

> Luther steht vor Kaiser und Reich – und er steht vor Kaiser und Reich unerschütterlich zu seinen Einsichten, zu seinen Erkenntnissen und seinen Überzeugungen.

Gehen wir mal davon aus, ein Mensch unserer Zeit mit Einsichten und Erkenntnissen, die stichhaltig sind, hätte der eine Chance ein Abgeordneter des Bundestages zu werden oder zu dem Amt des Bundeskanzlers oder Bundespräsidenten gelangen? Vermutlich würden „Zuständige“ sich telefonisch erkundigen, in welcher Psychiatrie noch ein Platz vorhanden ist.

> *Luthers Beharren darauf, durch Argumente zu überzeugen oder überzeugt zu werden*,..

halte ich für richtig und achtenswert, aber wo wird das im politischen Alltag gelebt?

> Das hat, wir wissen es, auch zutiefst tragische Folgen gehabt. Die Spaltung der Christenheit hat zu schrecklichen Auseinandersetzungen, zu Kriegen, zu Terror und zu unversöhnlichen Feindschaften geführt. Und das Reich, das der Kaiser schützen wollte, zerfiel.

Hat man daraus gelernt, dass gesellschaftliche Umbrüche, die ja keine sukzessive Entwicklung sind, einer Gesellschaft, einem Erdteil oder der Welt nicht gut bekommen? Ich habe das Buch „Rache der Verlierer / Die Erfindung des Rechtsterrorismus in Deutschland“ von Florian Huber vorliegen, aber noch nicht gelesen. In einer Inhaltsbeschreibung durch einen Buchanbieter ist zu lesen: „Die Geschichte des rechten Terrors in Deutschland begann nicht mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten, sondern mit einer Verschwörung gegen die Demokratie ...“

11 Damit meint man ja eigentlich Leute, die nicht denken können. Die Bürger, die sich selber so bezeichnen, sehen das entgegengesetzt. Sie glauben besser denken zu können.

Ist das so verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Mitglieder jeder Gesellschaft auf bestimmte Verhaltensmuster, Institutionen und Normen hin, geprägt sind? Dann werden die Menschen durch den Rauswurf aus dem Kaiserreich in die Rolle der Schuldigen, in die selbst wahrgenommene Situation der Verlierer mit dem Verlust aller erworben gesellschaftlichen sozialen Stellung gedrückt. In dieser Situation, wo alles Ersparte seinen Wert verloren hatte und die aktuelle wirtschaftliche Situation trostlos war, wurden sie zu Demokraten ausgerufen, ohne gefragt zu werden, ob sie wollen und ohne Beteiligung an die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Normen und Formen. Und hier liegt das große Versagen nicht nur der Sozialdemokratie. Wäre sie nicht so ideologisch blind gewesen und offen für die Möglichkeit die Inflation zu stoppen und die Deflation zu vermeiden, dann hätte der Nationalsozialismus keine Chance gehabt. Denn wenn alle oder auch nur die große Mehrheit eine Erwerbsmöglichkeit und wertstabiles Geld dafür bekommen hätte, dann ist berechtigt anzunehmen, dass alle Umstellungsschwierigkeiten vom Kaiserreich über das Verlusttrauma als Opfer und Verlierer überwindbar gewesen wären.

Hat man diese Schwierigkeiten berücksichtigt bei dem Umbruch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem Gebietsverlust, der Teilung des Rest-Deutschlands und der Vereinigung der beiden deutschen Republiken und als unsere Kanzlerin Angela Merkel 2015 rief: Kommt alle her, ihr Mühseligen und Beladenen! Eine menschlich großartige Geste, die hätte – wenn es wirklich demokratisch zugegangen wäre – mit ihrer Abwahl enden müssen.

> Im geduldigen Zuhören, im wahrhaftigen Austausch miteinander, in der Erkenntnis, dass die alleinige Wahrheit meist nie auf einer Seite ist, lassen sich sehr viele Fragen zivilisiert und verletzungsfrei klären. Man muss nicht seinen persönlichen Positionen oder Überzeugungen untreu werden, um das Denken in Feindbildern zu überwinden.

Es wäre erfreulich, wenn das in den deutschen Parlamenten vorgelebt würde.

> Es hat unendlich lang gedauert, bis in den Konfessionen endlich nach gebliebenen und neuen Gemeinsamkeiten gesucht wurde. Auch hier sind Einzelne zunächst ihrem theologischen Gewissen gefolgt, haben Denkwege geöffnet und schließlich auch neue Lebenswege des Gemeinsamen ermöglicht.

Hier kann ich auch aus eigenem Erleben urteilen, auch wenn ich seit dem Ende der fünfziger Jahre keiner religiösen Gemeinschaft mehr angehöre. Ich habe als Mitglied einer evangelischen Minderheit in einem katholischen Dorf in einem Ausläufer des Oldenburger Münsterlandes gelebt. Wenn Brautleute unterschiedlichen Konfessionen angehörten war das oft ein Drama, die katholischen Geistlichen versuchten in ihrem Sinne darauf Einfluss zu nehmen und Bedingungen zu stellen, wie z. B. die Kinder müssen katholisch getauft werden. (Ich habe eine solche Geschichte auch von einer jungen Frau gehört, sie hatte als Katholikin spiegelbildlich erlebt.) Jahre später fand ich in einer katholischen Kirche eine kleine Schrift ausgelegt. Diese Schrift hatte einen Titel der in etwa lautet „Anleitung für eine Mischehe.“ Ich dachte damals: Donnerwetter, die sind aber fortschrittlich, die geben inzwischen Paaren unterschiedlicher Ethnie den kirchlichen Segen. Als ich das Heft aufschlug, stellte ich fest, dass es um Paare ging, wo ein Teil katholisch war und der andere einer anderen Konfession angehörte. An Abgrenzungen zwischen Katholiken und Evangelischen in der Kriegszeit habe ich keine Erinnerungen. Aber nach dem Krieg trugen mir Spielkameraden zu, dass wir Evangelischen aus dem Dorf wegziehen müssten, weil es wieder rein katholisch werden solle. Das war sicher kein offizielles

Programm. Ich nehme an, dass das einzelne Spielkameraden in ihren Elternhäuser aufgeschnappt hatten. Da die katholische Kirche im Krieg zerstört wurde, sollte eine Ersatzkirche aus einer RAD-Baracke gebaut werden. Als ich mich als Zwölfjähriger nützlich machen wollte, wurde ich von einem Mann aus der Nachbarschaft gefragt, ob ich ein besser Mensch werden wollte. Die evangelische Kirche war im Nachbardorf. Wenn wir Jungs aus dem katholischen Dorf zum Konfirmandenunterricht hinfuhren, wurden wir auch ausgegrenzt, weil wir ja in dem katholischen Dorf wohnten. Ich hatte eine lange Zeit, in der ich das Gefühl hatte, man würde mir in meinem Geburtsort das Heimatrecht verwehren. Das Gefühl ist schon lange Zeit verflogen. Als Enkelkinder von mir in einer katholischen Kirche zur Erstkommunion gingen, war das ein schönes Erlebnis. Der Geistliche und ich wurden – wegen gewisser Ähnlichkeiten – als Brüder gesehen. Meine jüngere Schwester schickt mir von Zeit zu Zeit „DIE BRÜCKE“ die ökumenische Gemeindezeitung. An dieser Zeitung sind drei katholische, zwei ev.lutherische und eine ev.freikirchliche Gemeinden beteiligt. Ein Vorgang der in den vierziger und fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht einmal denkbar gewesen wäre. Dass das möglich wurde, haben auch die Bürger ihren Anteil, die ihre Kirche verlassen haben.

ooooo

Der Uni-Präsident

HAZ, Montag, 19. April 2021 Titelseite

„Das ist nicht akzeptabel“
Hannovers Uni-Präsident Epping beobachtet wachsende Intoleranz
Von Bärbel Hilbig

> Hannover. Im Streit um die offenbar zunehmende Intoleranz an den Hochschulen meldet sich jetzt der Präsident der hannoverschen Leibniz-Universität mit klaren Positionen zu Wort. Jurist Volker Epping berichtet im HAZ-Interview von einem bundesweiten Trend, der sich seit drei bis vier Jahren bemerkbar mache und dazu führe, dass an Hochschulen gewisse Meinungen nicht mehr zugelassen oder auch nur diskutiert werden sollen. Dabei gehe es nicht mehr um Einzelfälle. „Das vermittelt uns den Eindruck, dass wir uns unserer Werte vergewissern müssen, die wir haben“, sagt der Uni-Präsident.
>
> Anlass seiner Äußerungen ist die Weigerung der hannoverschen Studierendenvertretung (Asta), im Fachbereich Soziologie der Leibniz-Universität einen Kriminalistik-Lehrbeauftragten zu akzeptieren, der auch Polizist ist. Man könne so eine Ansicht haben, meint Epping, aber: „Inhaltlich halte ich die Position des Asta nicht für akzeptabel. Es wird unterstellt, dass Menschen innerhalb einer Institution wie der Polizei des kritischen Nachdenkens über ihre Organisation unfähig sind.“ Ähnlich hatte sich auch

zuvor schon die CDU-Studentenorganisation RCDS geäußert.

Universitätspräsident Epping greift auch die Stadt Hannover an, die jüngst nach dem Protest einer Anti-Rassismus- Gruppe eine Veranstaltung mit dem Afrika-Forscher Helmut Bley abgesagt hatte. „Das ist mit unseren demokratischen Grundwerten schwerlich vereinbar“, sagt Epping, „dass er Weißer ist, ist kein Argument, ihm das Wort zu verbieten.“

Es wird wohl so sein, dass diese Erscheinungen erst seit 3 bis Jahren wahrnehmbar sind, wenn es um Einladungen der Universität geht.

Ich selber kann von einem ähnlichen Vorgang vom 12. 11. 1996 erichten. Ein Gruppe in Hannover - vorwiegend Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN - hatten Helmut Creutz [12] zu einem Vortrag über die Wirkungen des Zinses eingeladen. Die Gruppe hatte einen Raum in der juristischen Fakultät der Uni Hannover angemietet oder auf Antrag zugeteilt bekommen. Eine nicht gebetene Gruppe junger Menschen, vermutlich Studenten, hatten sich zum Ziel gesetzt die Veranstaltung zu sprengen. Ich kam etwas später und sagte dann in Richtung der Störer, was macht ihr Faschisten hier. Ein sympathisch aussehende Frau – vermutlich Studentin – sah mich ganz erstaunt an und fragte „Wir sind die Faschisten?“ Ich antwortete: „Ja!“ „Ihr arbeitet mit faschistischer Methode.“ Oder so ähnlich. Die jungen Leute hatten keine Ahnung, was eigentlich verhandelt werden sollte. Aber sie hatten um ein paar Ecken gehört, dass die Antifaschisten uns als Faschisten eingestuft hatten. Der Vorgang kann nachgelesen werden in meinem Offenen Brief an den Dekan der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hannover, Herrn Prof. Dr. Otwin Massing, an den AStA und an den damaligen Präsidenten der Uni, Herrn Prof. Hinrich Seidel. Ich habe von keinem der angeschriebenen eine Antwort erhalten. Der Vorgang kann mit folgendem Link nachgelesen werden.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/14.0%20Die%20Jagd%20auf%20Oekofaschisten%20OB%20an%20Prof.%20Massing.pdf

Meiner Einsicht nach hat die steigende Intoleranz mit folgendem zu tun: a) mit der unehrlichen Aufklärung über die Entstehung der Nazi-Herrschaft; b) mit der Überwertung der NS-belasteter Symbolik; c) damit, dass die Demokratie nur als Parteienherrschaft erfahren wird; d) mit einer Ökonomie, die die Chancen und Ergebnisse sehr ungleich verteilt, e) dass die Menschen sich immer mehr als verwaltete Objekte wahrnehmen; f) der Mangel an erlebter Bildungsfreiheit und g) bei der Antifa, dass sich die Menschen, die sich dort zu rechnen, aus taktischen Gründen nicht offen bekennen, was sie eigentlich wollen.

Aber es spielen auch das Verhalten der Mitglieder in und zwischen den Parteien und das Verhalten der Parlamentarier eine große Rolle. Es gab doch Zeiten, wo die CDU/CSU, die SPD und die FDP die Bundesrepublik als ihre Aktiengesellschaft betrachteten, in der andere nichts mitzudrehen hatten. Zeitweilig konzentrierte sich diese politische Fehlhaltung so, dass ein Buchtitel auf dem Markt erschien mit dem Titel „Der CDU-Staat“, 1967 herausgegeben von Gert Schäfer und Carl Nedelmann. 11 Autoren äußern sich da über die Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik.

Wie war es denn, als die Grünen im Bundestag und in den Länderparlamenten einzogen, wurden sie da nicht als unrechtmäßig Eindringlinge betrachtet? Das Abgeordnete mal aus der Haut fahren und Gefühle zeigen, belebt die Debatten. Aber eine insgesamt negative Grundstimmungen gegen Fraktionen die man nicht mag oder die man im Moment nicht

12 www.helmutCreutz.de

zum Machterhalt benötigt, hat nach meiner Meinung eine starke negative Wirkung nach außen in die Gesellschaft und die Fähigkeit ihrer Mitglieder zur Toleranz.

ooooo

Peter Thiel

Aus dem Morning Briefing von Gabor Steingart vom 14.4. 2021. Steingart stellt Thiel wie folgt vor.

> Peter Thiel liefert ihn. Der Sohn deutscher Auswanderer wurde als erster externer Facebook-Investor und Mitgründer von Paypal zum Milliardär. Im politischen Betrieb von Washington stieg der bekennende „contrarian thinker" zum Vordenker der Technologie-Elite auf.

Gabor Steingart schreibt und zitiert:

> Das Grundübel der Gegenwart sei die Uniformität des Denkens, sagte er:
>
> *„Das größte politische Problem ist die politische Korrektheit, diese besondere Form der Gleichschaltung, das uniforme politische Denken. In Deutschland. In den USA. Überall im Westen."*
>
> *...*
>
> *„Das größte politische Problem ist die politische Korrektheit, diese besondere Form der Gleichschaltung, das uniforme politische Denken. In Deutschland. In den USA. Überall im Westen."*
>
> Die Weisheit der **Mehrhe**it sei zwar wichtig für die **Demokratie**, aber es gebe Grenzen der **Uniformität**:
>
> *„Spätestens bei Mehrheiten von 99,9 Prozent lebst du nicht mehr in einer Demokratie, sondern in Nordkorea. Wir müssen unterscheiden lernen: Wo endet die Weisheit der Masse und wo beginnt deren Dummheit. "*
>
> …
>
> Die deutsche **Angstkultur** tue ihr übriges, den **Neustart** des Landes zu verhindern. Aber, so Thiel, es komme noch eine Angst vor Erfolg hinzu:
>
> *„Die Menschen in Deutschland haben Angst vor der Niederlage. Du riskierst nichts, weil du scheitern könntest. Aber ich frage mich, ob es nicht auch eine deutsche Angst vor dem Erfolg gibt. Dieses sozialdemokratische Denken steckt tief in den Menschen: Wenn du in Deutschland Erfolg hast, dann mögen dich deine Freunde nicht mehr, du verlierst deinen Platz in der Gesellschaft."*

Gabor Steingart versteht sich offensichtlich als Aufklärer und nach meiner Einschätzung liefert er auch gute eigene Gedanken und solche von Zeitgenossen. Aber die Grenzen seiner Aufklärung werden spätestens dann sichtbar, wenn es um seine nicht offen ausgesprochene Sympathie für Menschen geht, denen es gelungen ist, reich zu werden. Dabei ist es doch offensichtlich, dass kein Mensch nur durch seine Arbeitsleistung Milliardär wird. Wer Milliardär wird, beweist erst einmal nur, dass er die Hebel seines Wirkens, in Fehlern des marktwirtschaftlichen System stecken und den Kapitalismus begründen, gut für sich nutzen kann. Aber vielleicht muss er auch nur Rücksicht auf den Renditeanspruch nehmen, die die Finanziers seines neuen Medienmodells stellen. Dabei ist Steingart in seinen Büchern „*Unser Wohlstand und seine Feinde"* und *„ Weltbeben – Leben im Zeitalter Überforderung*" schon weiter, als er es in der täglichen Berichterstattung erkennen lässt. Im erstgenannten Buch schreibt er auf der Seite 49:

> Schumpeter , der große Freund der Marktwirtschaft und des freien Unternehmertums, betrachtete die Banken als notwendiges Übel, denn einer müsse ja Risiken taxieren und den Geldfluss organisieren. Aber die Tätigkeit dieser Herren war für ihn nicht eine eigenständig sprudelnde Quelle von Wohlstand.
> Der Zins, den sie verlangten und nach Schumpeters Vorstellung aus Gründen der Ressourcensteuerung auch verlangen mussten, war dem Unternehmergewinn abgezwackt. > Der Zins fließt aus dem Unternehmergewinn<, schrieb er. Er sei >keine selbständige Frucht<. Ein wenig unanständig kam ihm der Zins zeitlebens vor. Er habe den Zins erklären, aber nicht rechtfertigen wollen, heißt es in seinen Schriften.

Der Zins ist nur einer von mehreren Hebeln zum Reichtum. Er wird aber immer noch nicht in seiner Wirkung erkannt. Nicht nur der Schuldner zahlt den Zins, sondern alle, die Waren und Dienstleitungen einkaufen. Bei der Saldierung von Zinsen, die man erhält und jenen, die in allen Preisen einkalkuliert sind und jenen, die man für eine Geldein- oder -anlage erhält, gibt es 80% Verlierer, 10%, die mit Minuns-Null davon kommen und bei den restlichen 10 % der Wirtschaftsbürger vermehrt der Zins den schon vorhandenen Reichtum. (Siehe dazu die graphischen Darstellungen von Helmut Creutz. [13]

Bei der Beurteilung der Lage der Sparer vergisst Steingart immer sein eigenes Wissen. Hier sollte er mehr untersuchen, ob die Art und Weise wie der niedrige Zins zustande kommt, legitim und legal ist und warum die Kostenersparnis nicht bei den Bürgern ankommt. Aber wer sich ernsthaft mit dem Zinsproblem befasst, muss damit rechnen, dass er als Faschist oder Antisemit eingestuft wird.

Der Zins als Umverteilungspumpe und als Wachstumstreiber kann nicht durch Fiskalpolitik und Interventionismus aufgehoben werden. Welche Partei traut sich, das Thema aufzugreifen. DIE GRÜNEN haben sich seit ihrer Gründung 1980 davor gedrückt und in Zeiten marxistischer Gedankengänge dagegen gewehrt.

Bischof Georg Bätzing, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz und

13 Entweder hier: www.helmt-creutz.de oder in seinem Buch: „Das Geldsyndrom / Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft". In der neuesten Ausgabe hat Thomas Kubo einige Grafiken auf den neuesten Stand gebracht. https://www.thomaskubo.de/

Bischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD

Ich will noch kurz mit jeweils einem Zitat als gedanklicher Aufhänger auf die beiden goßen Kirchen in Deutschland eingehen, weil sie keine kleine Rolle einnehmen werden, entweder beim Anschieben oder beim Ausbremesen einer Neuaufstellung unserer Gesellschaft. In 100 Jahren wird es zu lesen sein, wie sie sich entschieden haben. Die Hoffnung oder Erwartung, dass wir uns neu erfinden und die Furcht vor einer Umgestaltung unserer Gesellschaft und der Europa- und Weltpolitik, werden ja häufig geäußert.

In einem Interview von Thoralf Cleven und Markus Decker mit Bischof Georg Bätzing in der HAZ vom 17. April 2021 geht es um das Gedenken an die durch Corona gestorbenen und den um „den Umgang der katholischen Kirche mit Kindesmissbrauch und Homsexualität. Das Gedenken der Toten ist bestimmt – auch mit Bezug auf die Gedenkfeier des Bundespräsidenten eine tröstliche Geste für die Hinterbliebenen. Die Sexualmoral der katholischen Kirche – in deren Dunst ich auch aufgewachsen bin – ist, wenn man von ihrer Wirkung ausgeht eher vom Teufel als von Gott gestaltet worden. Und die Bekämpfung der Geburtenregelung wird spätestens dann zu einem Instrument, welches das Gegenteil bewirkt, was sie bewirken soll, wenn die Bevölkerungsdichte auf der Welt so zugenommen hat, dass die Menschen nur noch im Kannibalismus die Lösung sehen.

Auf eine Frage zum Umgang mit den Fällen von Kindesmissbrauch, antwortet Georg Bätzing:

> Wir können den Schaden nicht reparieren. Wir können verlorenes Vertrauen nicht zurückbringen. Wir können nur um neues Vertrauen werben, indem wir in der Kirche Veränderungen etablieren. Das ist ein langer Weg. Menschen müssen spüren, dass sich wirklich etwas verändert. Nur wenn sie das können, bauen sie vielleicht neues Vertrauen auf.

Es ist bestimmt schwer in diesen Zeiten Bischof und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz zu sein. Es sind ja nicht nur die Skandale der Gegenwart die das Erscheinungsbild der katholischen Kirche (in anderer Form auch der evangelischen) belasten, sondern die Geschichte des organisierten Glaubens.Karlheinz Deschner hat dazu viel zusammen getragen. Buchtitel: „Abermals krähte der Hahn / Eine kritische Kirchengeschichte von den Evangelisten bis zu den Faschisten.“ Nun kann man sagen, das sei Geschichte. Aber die Kirchen sind nach wie vor große Organisationen, die wie alle Einfluss auf den Staat und die Bürgerschaft beanspruchen. Und ich liege dabei wohl nicht falsch, wenn ich sage, dass die Macht und der Einfluss der Kirchen wichtiger ist als die Verkündigung der frohen Botschaft.

Ich argumentiere hier nicht gegen den Glauben, der Trost spendet und Halt gibt in allen Lebenslagen. Die intellektuelle Erkenntnis der Menschen ist ja sehr begrenzt (auch noch bei ihren intelligentesten Vertretern. Da stellen sich ganz automatisch Glaubensinhalte ein, die Wissenslücken füllen. Da Glaubensinhalte auch destruktive Formen annehmen können, ist es gerechtfertigt, dass Glaubensinhalte kultiviert und gepflegt werden. Wenn dabei Glaubensinhalte konserviert sind, die eine Kränkung der Erkenntnisfähigkeit der Gläubigen sind, dann wirken diese von selbst gegen ihre Konservierer. Die Demokratie verträgt aber auf Dauer nicht - und schadet auch der Glaubwürdigkeit der Kirchen – wenn der Staat und die Kirchen immer noch (bei uns) eine symbiotische Beziehung ha-

ben. Diese Beziehung geht zulasten der Glaubwürdigkeit der Kirchen und des Staates. Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland oder einem Bundesland und religiösen Gemeinschaft, die ohne Zustimmung der Parlamente und ohne Kündigungsklausel e in der Vergangenheit und Gegenwart zustande gekommen sind oder noch abgeschlossen werden, besitzen keine demokratische Legitimität.

Nach meinen Verständnis von Ordnungspolitk, dürfen Kirchen Schulen und Unternehmen gründen und betreiben, aber bitte schön in Konkurrenz und mit gleichen Bedingungen und ohne Bevorzugung gegenüber anderen alten und neuen Träger. Bei diesen sozialen Dienstleistungen sollte auch darauf verzichtet werden, von Nächstenliebe oder einfach von Liebesdienst gesprochen werden. Auf die einzelnen Pflegerinnen und Pfleger bezogen, wäre es schon angebracht, aber eben nicht auf die Kirchenleitungen. Denn für die Kirchen sind die sozialen Dienstleister ein Geschäft wie das Brotbanken des Bäckers, wie das Reparieren des Auto durch den Autoschlosser. Ohne Kostenträger gibt es keine (oder nur in Ausnahmefällen) soziale Dienstleistungen. Kein Kostenträger = keine Nächstenliebe!

Ich habe bestimmt nicht alle Punkte benannt, die an der Glaub- und Vertrauenswürdigkeit der Kirchen nagen. Ich will jetzt noch auf Männer der Kirche aufmerksam machen, die von der Kirche abgesondert wurden oder die von sich aus einen Punkt hinter ihrer Beziehung zur katholischen Kirche gemacht haben. Drei von ihnen hätten zu einer Auffrischung der katholischen Soziallehre beitragen können.

Da ist **Hubertus Minarek**, ich bin ihm in der Gründungsphase der grünen Partei begegnet. Ich verweise auf sein Buch „Eros und Klerus / Vom Elend des Zölibats“, Taschenbuchausgabe, 1978. Das Erscheinungsdatum zeigt, wie langsam die Mühlen in der Katholischen Kirche malen. Ich gebe den Text von der Rückseite des Einbandes wieder:

> »Schätzungsweise mehr als ein Drittel der Zölibatäre bricht den Zölibat mit Frauen, ein weiteres Drittel liebt homophil oder homosexuell - der Zölibat, eine institutionalisierte Unwahrheit, das Resultat systematischer sexueller Unter drückung. So urteilt einer, der selber fast 20 Jahre lang katholischer Priester gewesen ist und nun aus Erfahrung schreibt: Hubertus Mynarek, 48, Theologieprofessor ohne Lehrstuhl, Ex-Dekan der Wiener katholisch-theologischen Fakultät, Ex-Priester und Ex-Katholik seit 1972, seither glücklich verheiratet, 2 Kinder.« *(Der Spiegel)*
>
> »Jetzt zieht der unerschrockene Gottesmann erneut gegen die Kirche zu Felde... Sein Buch >Eros und Klerus< beschreibt en detail, wie menschlich es in sexueller Hinsicht unter den Geweihten zugeht... Mit zahlreichen Einzelbeispielen belegt er, wie schlimm es mit den Folgen des Zölibats hinter den Kulissen aussieht... Kirchen-Kämpfer Mynarek hat mit seinem neuen Buch neuen Ärger programmiert.« *(Stern)*
>
> https://de.wikipedia.org/wiki/Hubertus_Mynarek

Da gab es den **Johannes Kleinhappl**, SJ, er war ein österreichischer römisch-katholischer Priester und Professor für Moraltheologie. Er wurde 1947 wegen seiner kirchenkritischen Haltung als Moraltheologe amtsenthoben.
Daran hat mitgewirkt Oswald von **Nell-Breuning**. Ein Buch von ihm mit Schriften zu Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft hat den Titel „Den Kapitalismus umbiegen“. Anstatt dass die katholische Kirche die beiden zur Bereicherung der kirchlichen Soziallehre zu

einem geistigen Wettbewerb in einen öffentlichen Ring gestellt haben, hat sie Kleinhappl mit einem Veröffentlichungsverbot bedacht. Sie konnte aber nicht sein Denken ausschalten. Die das veranlasst haben, haben ihrer Kirche einen schlechten Dienst erwiesen und ihre Vertrauenswürdigkeit schon vor langer Zeit beschädigt.

Ernst van Loen [14] hat den Nachlass von Johannes Kleihappl zusammengefügt, eingeleitet und in fünf Bänden veröffentlicht. Die Bände sind nicht nummeriert. Ich wähle daher für eine kurze Vorstellung den Band eine Seite aus dem Vorwort des Herausgebers. Aber vor drei Zitate, die der „.. notwendigen Vorrede – Scheitern Kirch und Christentum am Kapitaltabu? (Ernst van Loen) vorangestellt sind:

> *Die Katholiken haben sich vor der Majestät der Tatsache zu beugen und den modernen Kapitalismus anzuerkennen."* *(P. Oswald v. Nell-Breuning SJ, auf dem Freiburger Katholikentag 1929)*
>
> *„Was an Einwänden gegen die Anschauungen des Verfassers von den beiden Revisionen gebracht worden ist, reicht nicht aus, sie zu Fall zu bringen."*
> *(Prof. Johann Kleinhappl, 1979)*
>
> *„Ich erwarte mir von der Kirche eine radikale Verurteilung der heutigen Wirtschaft."*
> *(Philippe Samt-Marc, 1994)*

Vorwort (von Ernst van Loen TA)
Johannes Kleinhappl:
„Wir sind verpflichtet, uns von unseren Schwierigkeiten ein klares Bild zu machen und nach wirksamer Abhilfe auszuschauen. Auch von den sozialen Kämpfen, die so viel Unrecht und Leid in die Welt bringen, gilt das Wort der Schrift: Die Wahrheit, die volle, rtickhaltslose und unverfälschte Wahrheit, wird uns frei machen.
Was ich schrieb, ehe es geschrieben wurde, ist erlebt, erlitten und erbetet worden. Freilich schwingt Ressentiment mit. Nicht ganz zu Unrecht: Es ist ein Zornesausbruch, doch auch heiliger Zorn dabei. Jedenfalls wollte ich einmal in den Luftballon der Tautologien der adaptiven Oberlehrer der bürgerlichen Soziallehre in der Kirche stechen."

Der editorische Abschluß des Nachlaßwerkes von Johannes Kleinhappl im Frühjahr / Sommer 1995 fällt zeitlich zusammen mit der feierlich begangenen 50. Wiederkehr des sich als Endsieg der Geschichte verstehenden Triumphes des imperial-global verstehenden Allmachtsanspruchs des internationalen Weltfinanzkapitals über den ganzen Planeten.
Eben diesen hedonistisch-materialistischen Omnipotenzanspruch des Kapitals über Mensch und Natur als bloßes „Person- und Sachkapital" hatte unser Autor - jenseits aller ihm fernliegenden Verschwörungstheorien - als christlicher Fundamentalkritiker des

14 Ich weiß von oder über Ernst van Loen nichts zu berichten. Ich erinnere mich aber schwach, einmal in einer Tagung Kenntnis von ihm über eine Wortmeldung oder ein Pausengespräch genommen zu haben.

modernen Kapitalismus moralisch hinterfragt und als flagranten Verstoß gegen den Sein- und Sinnkosmos des Menschen als unverzichtbarer Grundlage und Bedingung einer identitären Ordnung und Gestaltung seiner Lebens- und Schaffenswelt in Frage gestellt und bestritten.

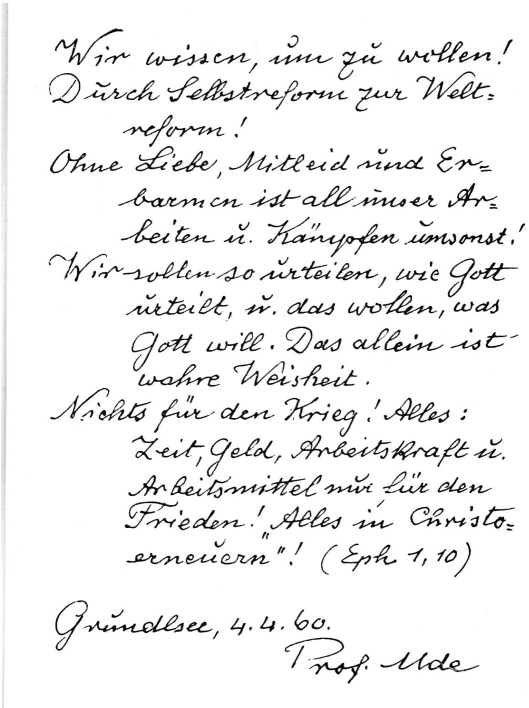
Der auf nichts als den eigenen Allmachtswahn gestellte Weltherrschaftsanspruch des Internationalen Finanzkapitals, der die menschlich-mitmenschliche Welt ebenso wie die außermenschliche Umwelt auf den bloßen Verwertungsrang eines profitmaximierenden Warenpotentials degradiert, wurde durch die enzyklikale Sanktionierung der „kapitalistischen Wirtschaftsweise" in Ziff. 100/101 von „ Quadragesimo anno" (1931) im Bewußtsein von Kirche und Welt als „in sich nicht schlecht, daher als solche nicht zu verdammen" gerechtfertigt und verteidigt. Seitdem war eine fundamentalkritische Hinterfragung dieses eindimensionalen Profitmaximierungs-Denkens im Bereich der christlichen wie nichtchristlichen Öffentlichkeit unter Berufung auf die klassische Lehrtradition der Kirche in der Kapitalismusfrage nicht mehr möglich.

Wer eine „ Wirtschaftsweise", die den Menschen als einzigen Träger von Rechten und Pflichten in der Ordnung und Gestaltung seiner Lebens- und Schaffenswelt, zur käuflichen „Ware Arbeitskraft" als bloßes Erwerbsmittel auf dem Warenmarkte zur gewinnträchtigen Sache verdinglicht als „in sich nicht schlecht, daher als solches nicht zu verdammen" moralisch sanktioniert, hat damit nicht nur den Menschen als ENS SOCIALE (Gemeinschaftswesen), sondern zugleich seinen personalen Identitätsrang als letztes Glied der Evolutionskette bis zum HOMO SAPIENS an den ihn zur profitablen Verwertungssache verdinglichenden Weltgötzen Mammon und Widersacher Gottes und des Menschen entwertet und in Frage gestellt. … (S. 7)

Die weiteren Titel lauten: „Soziales Christentum“; „Kirchliche Kapitalismuskritik“; „Christentum und Kapitalismus“; „Christliche Wirtschaftsethik“; die einzelnen Titel sind alle ergänzt mit dem Zusatz: „Analysen, Essays und Fragmente aus dem Nachlaß.“

https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Kleinhappl

Johannes Ude war ein österreichischer Priester, vierfacher Doktor und Professor. Ich vermute, dass er den Amtsinhabern in der Kirchenhierarchie ein unbequemer Mensch gewesen ist. Er war Pazifist und Freiwirt und kämpfte gegen den Alkohol und das Rauchen. „Von 1936 bis 1937 lehrte Ude an der Universität Graz. Sein Lehrauftrag wurde ihm von den kirchlichen Behörden entzogen.“ Er muss trotzdem viele Menschen mit seiner Botschaft erreicht haben. Der Wikipediaeintrag gibt eine weitere Auskunft. https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Ude Seine Schrift „Christentum oder Zinswirtschaft ist hier zu lesen: https://www.tristan-abromeit.de/pdf/81.1%20J.Ude%20Dokument.pdf
Ich kopiere hier einen handgeschriebenen Text von Ude ein, den ich im Taschenbuch „Sein und Wirken des großen Friedensarbeiters und Lebensreformers Johannes Ude dargestellt von Käthe Moritz“ entnommen habe.



Wir wissen, um zu wollen!
Durch Selbstreform zur Welt-
reform!
Ohne Liebe, Mitleid und Er-
barmen ist all unser Ar-
beiten u. Kämpfen umsonst!
Wir sollen so urteilen, wie Gott
urteilt, u. das wollen, was
Gott will. Das allein ist
wahre Weisheit.
Nichts für den Krieg! Alles:
Zeit, Geld, Arbeitskraft u.
Arbeitsmittel nur für den
Frieden! Alles in Christo
erneuern"! (Eph 1, 10)

Gründelsee, 4.4.60.
Prof. Ude

Johannes Heinrichs (* 17. September 1942 in Rheinhausen, heute Duisburg) ist ein deutscher Philosoph (Sozialphilosoph) und Semiotiker.
In einem Wikipedia-Eintrag ist zu lesen:

> 1977 trat er jedoch wegen grundsätzlicher Kritik an der institutionalisierten Kirche schrittweise aus dem Jesuitenorden aus, womit er auf seinen Lehrstuhl verzichtete. Nach einer Übergangszeit als Geistlicher Rektor und Dozent an der Katholischen Akademie für Erwachsenenbildung (Herbst 1978 bis Frühjahr 1981) wechselte er 1981 von der römisch-katholischen zur altkatholischen Kirche, aus der er aber 1983 wieder austrat. https://de.wikipedia.org/wiki/Johannes_Heinrichs_(Philosoph)

Johannes Heinrichs hat zahlreiche Bücher verfasst. Ich habe hier vorliegen:
„Sprung aus dem Teufelskreis / Sozialethische Wirtschaftstheorie, Band 1“ mit einem Nachwort von Rudolf Bahro, 2005

„Revolution der Demokratie / Eine Realutopie“ mit einem Vorwort von Prof. Dr. Karl Schachtschneider“ 2003

Viele Beiträge von ihm werden auch unter dem Begriff Viergliederung verhandelt.

Unter dem folgenden Link ist ein Beitrag zu einer Auseinandersetzung mit der Dreigliederung von Rudolf Steiner und Viergliederung von Johannes Heinrichs mit Bezug von Beiträgen in der Zeitschrift Humane Wirtschaft (www.humane-Wirtschaft.de) zu finden.

https://www.sozialimpulse.de/fileadmin/user_upload/pdf/RB/Artikel/2002-1_Christoph-Strawe_Dreigliederung-und-Viergliederung.pdf

An dieser Stelle möchte bekennen, dass ich auch einen Lieblings-Bischof habe, er lebte allerdings als die Kirchen noch nicht getrennt waren. Es würde nicht nur uns Deutschen gut bekommen, wenn wir seine Botschaften, die denen, die sehen wollen, dank der Schriftzeichen und des Buchdruckes und der digitalen Übertragungen erreichen, beachtet würden. Ich spreche von:

Nicolaus Oresme, Bischof von Lisieux (1325-1382). [15]Er hat uns ein Traktat über Geldabwertungen hinterlassen. Die Schrift wurde eingeleitet und herausgegeben von Edagar Schorer, Dr. der Philosophie in Freiburg (Schweiz) im Jahr 1937.[16]

Ich füge hier Zitate von ihm ein: **1.** Weil ich im Text 172.1 versucht habe, zu zeigen, dass wir Hitler und die Folgen der Unkenntnis der Volksvertreter und der Regierungsmitglieder über das Geld und ihren Unwillen bessere Einsichten zu prüfen, zu verdanken haben. **2.** Weil wir wieder in einer Situation der Verwirrung über das Geld leben. Wo sowohl von der Regierung und dem Parlament so beschlossen und gehandelt wird, als sei der Finanzminister ein Dukatenesel / Dukatenscheißer aus dem Märchen „Tischlein deck dich!“ In der Ausgabe der HAZ vom 24. / 25. April 2021 ist unter der Schlagzeile „Neuer Rekord an Schulden“ u.a. zu lesen:

> Der Bundestag hat den Weg für eine Rekordverschuldung des Bundes in diesem Jahr frei gemacht. Er verabschiedete am Freitag den Nachtragshaushalt mit einer neuen Kreditaufnahme von 60,4 Milliarden Euro. Damit kann Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) in diesem Jahr die noch nie da gewesene Kreditsumme von insgesamt 240,2 Milliarden Euro aufnehmen.
> Der Nachtragshaushalt sieht vor allem pandemiebedingte Ausgaben für Unternehmens-und Familienhilfen sowie für Gesundheitsmaßnahmen wie den Kauf von Impfstoffen vor. Zugleich sollen mit ihm niedrigere Steuereinnahmen ausgeglichen werden. Um die hohe Neuverschuldung zu ermöglichen, hob der Bundestag erneut die in Artikel 115 des Grundgesetzes verankerte Schuldenbremse auf. …

Das merkwürdige ist, dass die Presse, die keine Lügenpresse sein will, ihren Lesern und Hörern nie sagt, wo das Geld herkommen soll, über das der Staat verfügen kann, wenn er das Verfügungsrecht über seine Verschuldung erwirbt und alles korrekt verlaufen würde, und die Kreditvergabe aus dem Ersparnissen (und das sind Anrechte auf Güter im Markt, die noch nicht abgerufen wurden) getätigt würden, dann müssten die Zinsen steigen und dadurch würde die Umverteilungsmaschine Zins wieder angeworfen. Und die Last des Staates, die er künftig für die Tilgung auf die Bürger übertragen muss, würde um die Summe der Zinsen, die in der Laufzeit der Darlehen anfallen, noch wachsen. Wenn aber die Notenbank mit der Gelddruckmaschine die Verschuldung des Staates [17] ermöglicht, dann ist es die Situation, die hoch und heilig den Bürgern bei der Einführung des Euro versprochen wurde, dass sie nicht eintreten würde. Aber wenn dieses nicht der Fall sein sollte, ist die Gefahr nicht gebannt. Nach der Bundesbank-Broschüre „Geld und Politik“

15 https://de.wikipedia.org/wiki/Nikolaus_von_Oresme#:~:text=Nikolaus%20von%20Oresme%20(*%20vor,Jahrhunderts.

16 Ich habe den Titel – wenn mein Gedächtnis mich nicht trügt – in den siebziger Jahren in der Bibliothek der Norddeutschen Landesbank entdeckt, als ich dort als Darlehnssachbearbeiter tätig war, der Aktenstapel immer größer wurde und mein Kopf mir schmerze, weil er sich mit anderen Dingen beschäftigen wollte, als mit jenen, für die ich meinen Lohn erhielt. Damals habe ich mir eine Kopie gefertigt.

17 In Bezug auf den Euro muss es heißen der Staaten.

werden von dem Geld, was sie emeritiert (herausgegeben hat) nur 10% für den Zahlungsverkehr genutzt. Das heißt aber, dass die relative Preisniveaustabilität, die wir zu verzeichnen haben, von diesem 10% des Geldes, das zirkuliert, verursacht wird. Wenn der Überhang des Geldes in Höhe von 90%, der sich in den Horten unterschiedlicher Art inaktiv befindet und für den keine Güter im Markt sind, aber Ansprüche darauf repräsentiert, in Bewegung kommt, dann haben wir wieder eine Situation, in der die Werktätigen ihren Wochenlohn mit der Karre abholen müssten. Glaubt einer, dass wir den europäischen Bürgerkrieg dann vermeiden würden und dass nicht wieder eine Minderheit ausgeguckt wird, die man zu den Schuldigen und daher vogelfrei erklärt ?

In einem Internetbeitrag ist zu lesen:

> Eine schwere Bewährungsprobe erwartete die junge Weimarer Republik im Schicksalsjahr 1923. Deutschlands Wirtschaft lag in Scherben, der Staat war pleite. Um dennoch seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, wurde die Notenpresse angeworfen, bis sie heiß lief: In Deutschland explodierte die Inflation.
> https://www.planet-wissen.de/geschichte/deutsche_geschichte/weimarer_republik/:~:text=Die%20Inflation%201923%20war%20eine,Transport%20und%20Logistik%20ausgeben%20muss.

Das wird so beschrieben, als sei das ein Naturereignis. Es war aber ein Staatsverbrechen, das weitere Staatsverbrechen zur Folge hatte. Und das nächste wird blind vorbereitet. Es ist berechtigt zu sagen, dass die verantwortlichen Täter in der Weimarer Republik sich als Opfer darstellten, aber wenn man es auch milder, nachsichtiger ausdrückt und sagt, sie waren mit ihren Vorstellungen vom Geld in Ideologien gefangen, dann bleibt die Frage was ist mit der Klärungsarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg? Aber wenn man die Medien verfolgt, glaubt die Politik wohl, man könne diese Probleme mit digitaler Bildung und mit der Weltraumforschung lösen. Dabei muss es so sein, dass der Bundestag, der Regierungsapparat und die Forschung diese Probleme überhaupt nicht sieht. Denn ich kann mir nicht vorstellen, das die Entscheidungsträger in unsere Republik bewusst die BRD in Zustände manövrieren will wie sie in der Weimarer Republik mit der Inflation und Deflation ausgelöst wurden.
Das heißt aber nicht, das den Menschen in Not nicht geholfen werden muss. Ich sage hier nur, dass das Mittel zur Hilfe der falschen Form angewandt wird. Es kann sein, dass sich die Hilfsbedürftigkeit am Ende grenzenlos steigert. So das die Politik sich nur resignierend in eine dunkle Ecke verkriechen kann, wo sie nicht mehr gesehen wird. Dabei wünsche ich mir, dass meine Annahmen falsch sind.

Aber nun zu ein paar Aussagen vom Bischof Oresme:

> Zweites Hauptstück.
> AUS WELCHEM STOFF GELD SEIN MUSS.
> Da das Geld Mittel zum Austausch natürlicher Reichtümer ist, wie aus obigem hervorgeht, so mußte es billigerweise dazu geeignet sein: das geschieht, wenn man es fühlen, wahrnehmen, leicht von Ort zu Ort bringen kann, eine bescheidene Geldsumme natürliche Reichtümer in größerer Menge erwirbt und andere Bedingungen erfüllt sind, die späterer Prüfung unterliegen. Die Münze muß daher seltenem und kostbarem Stoffe entstammen, wie das Gold einer ist. Allerdings darf hinreichende

> Fülle nicht ermangeln: wo Gold fehlt, müssen aus Silber Münzen geschlagen werden. Genügten aber beide nicht, so muß Mischung oder Prägung aus einem anderen reinen Metalle an ihre Stelle treten. So benützte das Altertum die Bronze zur Münze. Ovid sagt es im Buch der Fasti: „Früher gab man Erz, heute hat das Gold einen besseren Ruf. Das alte Geld ward durch das neue besiegt." Einen ähnlichen Wandel versprach der Herr durch Isaias: „Für Erz werde ich Gold bringen und an Stelle des Eisens Silber". Denn diese Edelmetalle sind als Zahlungsmittel vorzüglich geeignet.

Die Beschreibung gilt für Naturalien-Geld. Hier muss der Stoffwert des Geldes dem Arbeitswert (Der hier als Kosten im heutigen Sinne aufgefasst werden kann.) der Ware entsprechen. Weil hier eine Menge Probleme aufgetaucht sind, ist überhaupt ein Bedürfnis nach einer Geldreform entstanden. Was 1948 in der Bundesrepublik gemacht wurde, war keine Währungs- oder Geldreform, sondern ein Neustart im alten System. Karl Walker, auf den ich schon hingewiesen habe, hat am Ende seines Lebens über das Verhältnis der klassischen Arbeitswerttheorie zu der Geldemission geforscht. Seine Überlegungen wurden nach seinem Tod (5. 12. 1975) von der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. unter dem Titel „Das Weltwährungssystem – Eine Kritik an den theoretischen Grundlagen und ein Entwurf zur Reform." veröffentlicht. Mit der kleinen Zahl von ehrenamtlichen Geldreformer, die zudem mit einer ständigen Unterfinanzierung zu Kämpfen hatte, konnte die Forschung nicht weitergetrieben werden. Und die vom Staat finanzierte offizielle Forschung ist sich für das Thema vermutlich zu schade.[18]

Weiter mit Bischof Oresme:

> Fünftes Hauptstück.
>
> WEM STEHT ES ZU, MÜNZEN ZU PRÄGEN?
>
> Von uralter *Zeit* bis auf heute war es angeordnet, Betrug zu vermeiden, daß nicht jedermann Zahlungsmittel schaffen dürfe, Gestalt und Bildnis seinem eigenen Gold oder Silber verleihend. Erstellung oder Prägung des Geldes obliegt daher einer oder mehreren von der Volksgemeinschaft hierzu bestimmten Personen. Wurden ja die Zahlungsmittel, ihrer inneren Natur gemäß, wie gesagt, zum Wohl der Gemeinschaft erfunden und eingeführt. Da aber der Fürst die öffentlichste Person ist und größte Autorität besitzt, so läßt er billigerweise selbst für die Gemeinschaft Geld herstellen, indem er es mit entsprechender Prägung versieht. Diese muß wohlbedacht, schwierigst zu erstellen und nachzuahmen sein. Es muß auch verboten sein, daß ein anderer oder ein fremder Fürst ein an Gestalt ähnliches, aber an

18 Eine vorangehende Arbeit von Walker, die als Artikel in der Zeitschrift Evolution (heute Fairconomy)1969 und als kleine Schrift erschienen ist, trägt den Titel „Überlegungen zur Werttheorie." https://www.tristan-abromeit.de/pdf/77.3%20Werttheorie.pdf

> Wert geringeres Geld herstelle. Das gemeine Volk könnte zwischen diesem und jenem nicht unterscheiden, was vom Übel wäre. Keiner kann sich daher ein derartiges Vorrecht anmaßen, denn es ist Betrügerei. Gerechterweise gilt so etwas als Anlaß, gegen einen solchen Fremden in Krieg zu ziehen.

Auch das ist eine wichtige Aussage von Oresme, die heute noch bei den Überlegungen zum Thema Währung berücksichtigt werden müssen. Auch liefert er die Begründung dafür, warum es für die Währungsverwaltung in einem Wirtschaftsgebiet ein Monopol für die Einfügung von zusätzlichem Geld in den Verkehr geben muss. Mit der Natural- oder Warenwährung nach dem Muster von Oresme können Ansprüche an den Markt, für die keine Gegenleistung erbracht wurden, abgewehrt werden. Was aber bei einer Warenwährung nicht möglich ist, ist eine Deflation zu vermeiden, wenn das Geld aus Silber oder Gold besteht. Soweit ich mich erinnere, ist es geschichtlich gesichert, das die Menschen, wenn es ihnen gut ging, Silber und Goldmünzen verschatzten (= horteten) oder zu Schmuck verarbeitet haben. Das verringert die umlaufende Geldmenge und löst damit eine Deflation mit fallenden Güterpreisen aus.Und generell fallende Güterpreise, verstärken den Trend automatisch. Eine Krise mit Arbeitslosigkeit ist die Folge. Und deflatorische Tendenzen können hier nur vermieden werden, wenn weitere Prägungen durch neue Silber- oder Goldfunde möglich werden. Die andere Möglichkeit ist, dass gehortetes Geld durch Auflösung wieder in den Verkehr kommt. (Taler, Taler, du must wandern, von dem einen zu dem anderen.)

Einer der glaubte, man könnte auch ein Sysstem von konkurrierenden Währungen in einem Wirtschaftsraum installieren, war Friedrich August Hayek. Er erhielt 1974 zusammen mit Gunnar Myrdal den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften. Er glaubte, man könne verschiedene Währungen miteinander konkurrieren lassen. Das geht, wenn das Geld den Waren- oder Stoffwert, praktisch die Kosten der Herstellung einschließlich der Gewinnung des Basismaterials, in sich trägt. Es ist aber nicht möglich Deflationen und Inflationen – wie schon beschrieben – zu vermeiden. Und die Bürger bzw. die Wirtschaft hätte es mit einer Fülle von sich ständig ändernden Wechselkursen zu tun. Das liegt nicht nur daran, dass das Wertverhältnis der Währungen A, B,C … gegenseitig ermittelt werden müsste, sondern auch daran, dass das Geld als Ware dem Preisermittlungssystem von Angebot und Nachfrage unterliegen würde.

Bei einer abstrakten Währung in Form von Papiergeld und jenes in digitaler Form, mit der heute experimentiert wird, geht das gar nicht. Das liegt daran, dass abstraktes Geld kein Warengeld ist, das seinen (schwankenden) Wert in sich trägt, sondern künstlich hergestellt wird. Vor der Herstellung und Einführung des Geldes kann höchstens der Wert aufgrund von Vergleichswerten (Anzahl der Wirtschaftsteilnehmer Summe der Umsätze und Summe des gestückelten umlaufenden Geldes und die daraus ergebenden Preise der Güter) geschätzt werden. Der Wert einer neuen Währung stellt sich erst dann heraus, wenn das Geld als Nachfrage zu kreisen beginnt und künstlich knapp gehalten wird. Jede Hinzufügung von Nebenwährungen verändert und verfälscht das Ergebnis.

Ich habe nun mal nachgeschaut, womit Hayek die konkurrierenden Währungen begründet. Ich bin in dem nachfolgen benannten Beitrag fündig geworden.

Wie F.A. Hayek die Kryptowährungen beurteilen würde

Mit Kryptowährungen wie Bitcoin wird ein Währungswettbewerb im Sinne Friedrich August von Hayeks nun möglich. Ein Kommentar von Ronald-Peter Stöferle.

...

Doch es war nicht nur die Loslösung des US-Dollars vom Gold, sondern auch das grassierende keynesianische Wirtschaftsdenken, das in Hayeks Augen die Aussichten auf die Herausbildung von stabilem und nicht inflationistischem Geld in einem staatlich festgelegten Währungssystem mit Währungsmonopol verschlechtern würde.

....

Hayeks Kernthese lautet: Der permanente Missbrauch des staatlichen Geldmonopols zum Zweck privater Bereicherung, zum Stopfen von Haushaltslöchern oder zur Finanzierung von Kriegen zeige, dass Machtbündelung beim Staat (oder bei einer anderen zentralisierten Instanz) nicht funktioniere. Dem Staat müsse daher die Macht über das Geld entzogen werden. Stattdessen bedürfe es einer Geldordnung, die auf konsequente Machtteilung setze.

Im Unterschied zu den meisten anderen Wirtschaftsliberalen, die bei allem Faible für Wettbewerb eine staatliche und zentralisierte Währungsordnung befürworten, schliesst Hayeks Plädoyer für eine Wettbewerbsordnung das Gut «Geld» nicht vom Wettbewerbsgedanken aus.

https://www.incrementum.li/wp-content/uploads/2018/09/Wie-F.pdf

Und wieder weiter mit Bischof Oresme:

Sechstes Hauptstück.

WEM GEHÖRT DAS GELD?

Obwohl allgemeinen Nutzens halber der Fürst die äußere Geldform bestimmt, so ist er doch nicht Herr und Besitzer des in seinem Hoheitsgebiet zirkulierenden Geldes. Dieses ist Austauschmittel, das den natürlichen Reichtümern an Wert gleichkommt *(vgl.* erstes Kapitel). Es gehört daher jenen, die das besitzen, was für Menschen

> Reichtum ist. Gibt einer Brot oder Arbeitskraft seines Körpers für Geld hin, so ist dieses sein Eigentum, wie das Brot und die Arbeitskraft sein waren, da sie seiner freien Machtverfügung unterstanden, vorausgesetzt, er sei nicht Sklave. Der Schöpfer gab nämlich nicht nur den Fürsten seit Anbeginn Freiheit zur Beherrschung der Dinge: den ersten Eltern und ihrer gesamten Nachkommenschaft gestand er es zu, wie es in der Genesis lautet. Daher gehört das Geld nicht einzig dem Fürsten.
> Es könnte einer dagegen einwenden: Unser Erlöser fragte, als man ihm eine Münze zeigte: „Wessen Bild und Aufschrift ist das?" Die Antwort lautet: „Des Kaisers." Da sprach er sich dahin aus: „Gebt also dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist". Heißt das etwa nicht: Die Münze gehört dem Kaiser, schon weil sie sein Bildnis tragt? - Wer jedoch den Sinn der Frohbotschaft genau ins Auge faßt, dem wird es bald klar, daß das Geldstück nicht deswegen dem Kaiser gehört, weil es sein Bildnis trägt, sondern weil es ihm als Steuer geschuldet ist. Denn Pauli Wort ist: „Wem Tribut geschuldet, dem zahlt ihn, wem Zoll, dem gebt ihn". Christus wollte also damit sagen, man könne dadurch erkennen, wem eine Steuer geschuldet sei. Denn sie fällt dem zu, der für das öffentliche Wohl eintritt und kraft seiner Herrschergewalt Münzen prägen kann. Das Geld gehört der Gemeinschaft, d. h. den einzelnen Personen. Das lehrt auch Aristoteles im siebenten Buch der Politik und Tullius am Ende des Werkes über frühere Redekunst.

Heute beim Euro passt die Aussage nicht mehr, dass der Fürst der Herr der Münze ist und ihm Steuern und Zölle zustehen, weil es mehrere Fürsten (Staaten) sind, die sich auf eine Währung (nämlich dem System der europäischen Zentralbanken) geeinigt haben, aber nicht die Steuer- und Zollhoheit auf ihr, der Europäischen Zentralbank übertragen haben. Diese ist zum bedauern der Zentralisten noch bei den beteiligten Staaten geblieben.

Eindeutig wird aber gesagt, wenn einer ein Gut oder eine Leistung hingibt, dann gehört ihm das Anrecht, das mit dem Geld verbunden ist, die Gegenleistung auf dem Markt einzufordern. (Wie viel das im Einzelfall ist, wird durch das austarieren von Angebot und Nachfrage entschieden.) Aber Oresmee war im 14. Jahrhundert schon klar, dass das Geld ein Gemeinschaftsgut ist. Man wusste schon über Jahrhunderte, dass das Geld als Voraussetzung der Arbeitsteilung nur funktioniert, wenn es zirkulierte. In Sinnsprüchen wie“Der Rubel muss Rollen!“ Oder „Taler, Taler, du musst wandern, von dem einen zu dem anderen.“

Im Achtzehnten Hauptstück „Über andere, die gesamte Gemeinschaft betreffende Nachteile“ und im nächsten Hauptstück über … Übelstände beschreibt er auch die negativen Seiten des Geldes. Auch Pierre Le Pesant de Boisguillbert (17. Jahrhundert) hat die negativen Wirkungen des Geldes erkannt und spricht vom kriminellen Geld.[19]

Das Geld ist ein öffentliches Transportmittel und damit es nicht wie Güter-Wagons bei der Eisenbahn als Lagerraum missbraucht werden, muss es wie dort, mit einer Standgebühr belastet werden. Oder anders gesagt: Die Funktion des Wertaufbewahrungsmittels des Geldes sabotiert die Funktion des Geldes als Tauschmittel und die der Recheneinheit.

19 https://www.tristan-abromeit.de/pdf/102.2%20Fernandes.pdf

Die Funktion der Recheneinheit leidet, wenn der Geldwert nicht stabil ist. Und die Geldwertstabilität (Kaufkraftstabilität) kann nur dann ermöglicht werden, wenn das Geld ständig gleichmäßig fließt.

> In einer Veröffentlichung der Bundesbank heißt es:
> Mit Geld als Recheneinheit lässt sich der Wert der unterschiedlichen Waren und Dienstleistungen gut vergleichen, insbesondere wenn das Geld gut teilbar ist, zum Beispiel in Euro und Euro-Cent.
>
> Geld muss aber vor allem auch als Wertaufbewahrungsmittel funktionieren, also über längere Zeit seinen Wert behalten. So kann man es aufbewahren und zu einem späteren Zeitpunkt für einen Einkauf nutzen.
> https://www.bundesbank.de/de/service/schule-und-bildung/erklaerfilme/was-ist-geld--800972#:~:text=Geld%20muss%20drei%20Funktionen%20erf%C3%BCllen,Ware%20zu%20tauschen%20ist%20umst%C3%A4ndlich.

Der zweite Absatz ist unsinnig. Die Währung, die Kaufkraft des Geldes muss über lange Zeiträume hinweg stabil bleiben, die einzelnen Geldzeichen (Noten und Münzen) müssen auf die Zeit bezogen mit einem Verlust belastet werden, damit sie durch das Bestreben, den Verlust zu vermeiden, durch den jeweiligen Geldzeicheninhaber weitergegeben werden. Das heißt, der Markt wird geräumt, die Beschäftigung durch das Auffüllen des Marktes wird nicht unterbrochen und die Notenbank behält die Kontrolle über die für das Einhalten des Preisniveaus nötige Geldmenge. Ein solches Verfahren ist nur bei abstrakten Geldformen (Papiergeld oder digitales Geld, das den Kriterien für stabiles Papiergeld unterliegt.) möglich und nötig.

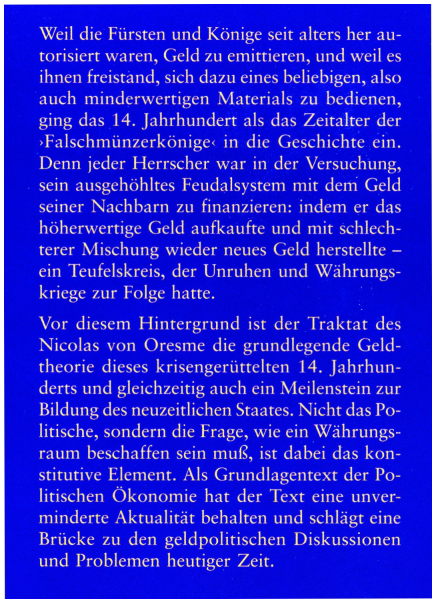
Er folgt hier das letzte zitierte Hauptstück vom Bischof Oresme:

> Achtes Hauptstück.
> ÜBER GELDVERÄNDERUNGEN IM ALLGEMEINEN.
> Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güte vor. Denn solche Änderungen erschüttern Autorität und Ehrfurcht vor den Gesetzen in hohem Maße, falls sie häufig vorkommen. Ärgernis und Murren im Volk und Gefahr der Auflehnung sind Folgen. Um wieviel mehr erst, wenn diese Wandlung zum Schlechten hin geschieht! Dann wäre sie völlig untragbar und ungerecht. Nun ist es aber so, daß der Wert der Zahlungsmittel in einem Königreich eine Art Gesetz und feste Bestimmung sein muß. Daß gewisse Gehälter und Jahreseinkünfte dem Geldpreis entsprechend festgelegt wurden, nämlich auf eine bestimmte Summe von Pfund oder Silbermünzen hin, beweist es. Daraus ergibt sich, daß man nie eine Mutation der Zahlungs-

mittel vornehmen darf, außer in höchster Not oder mit offenkundigem Vorteil für alle Geldbesitzer. So lehrt auch Aristoteles im fünften Buch seiner Ethik, wo von Münzen die Rede ist: sie müssen in Wahrheit unverändert bleiben.
Die Zahlungsmittelveränderung geschieht, soweit ich im allgemeinen ermessen kann, auf vielfältige Weise. Einerseits betreffs der Form oder Gestalt, andererseits im Verhältnis, anders in der Substanz des Münzstoffes, in der Benennung, der Menge oder dem Gewichte: auf jede dieser fünf Weisen, einzeln oder zusammen, können Zahlungsmittel verändert werden. Es ist daher statthaft, anläßlich dieser Arten zu erklären und mit Vernunft zu ergründen, ob nicht auf irgendeine Weise Geld mit Recht verändert werden könne: Wann, durch wen, wie und weshalb.

Wie viele Streiks, deren Wirkungen meistens zulasten von Dritten gehen, könnten vermieden werden. Wie viel Rentenbescheide – die von Rentenerhöhung sprechen und oft nicht den Inflationsverlust ausgleichen – könnten ehrlicher sein. Wie viel langfristige Verträge würden keine Vermögensumverteilung bewirken, entweder vom Schuldner zum Gläubiger oder umgekehrt? Warum realisiert man das nicht, wenn die Machbarkeit schon über 100 Jahre bekannt ist?

Der Text von Nicolaus Oresme, den ich oben aus der Ausgabe von 1937, Hrsg. Edgar Schorer auszugsweise vorgestellt habe, ist 1999 in der Übersetzung von Wolfram Burckhardt mit einem Nachwort von Martin Burckhardt erschienen. Ich scanne die Titelseite und füge sie als Augenweide für die Augen der Leser nachfolgend ein.



Ich komme endlich zum **Bischof Heinrich Bedford-Strohm,** Landesbischof der

Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Vorsitzender des Rates der EKD

Das meiste was ich unter dem Stichwort *Bischof Georg Bätzig* im Hinblick auf die katholische Kirche geschrieben und zitiert habe gilt auch für die Evangelische Kirche. Der aktuelle Anlass mit Blick auf Heinrich Bedford-Strohm war der folgende Ausschnitt aus einem Interview von Thoralf Cleven in der HAZ vom 27. März 2021:

> HAZ: *Sie sind beim Thema Klimaschutz sehr vehement.*
> Bischof Bedford-Strohm: Meine ganz persönliche Motivation ist mein zweijähriger Enkelsohn. 2079 ist er so alt wie ich heute – 60. Als Großvater beunruhigt es mich zutiefst, wenn wir so weitermachen wie bisher. Ich möchte, dass mein Enkel in seiner Umwelt in Zukunft mindestens genauso gut leben kann wie ich jetzt. Wenn wir weitermachen wie bisher, wäre das unmöglich.

Das sind auch meine Motive. Ich denke dabei an meine Kinder, Neffen und Nichten, aber besonders meine und meiner Geschwister Enkelkinder und Urenkel darunter welche in Neuseeland und China. Diese Sorge bezieht sich aber nicht nur auf die eigene Brut, sondern auf alle gegenwärtigen Urenkel dieser Welt, die sich zu den Vorgängen noch nicht äußern und damit dagegen wehren können.

Dieser innere Druck, den die Sorge auslöst, darf aber nicht in panische Angst abgeleitet werden, weil sie uns unfähig macht rational auf die Bedrohung zu reagieren. Gerade „Gottesmänner“ sollten dabei auch Vertrauen in ihren Gott haben, ohne in ein Nichtstun abzugleiten.

Rational gedacht, können die Deutschen anstreben, dass Deutschland ein Musterland in Sachen Klimaschutz wird. Sie können aber nicht die Klimaentwicklung stoppen, dazu bilden sie einen zu kleinen Teil der Weltbevölkerung und haben auf einen zu kleinen Teil der Erdoberfläche Zugriff. Wir können aber den Wachstumsdruck, der vom Kapitalismus aus geht, mildern und sukzessive abbauen. Wenn wir ein Modell werden wollen, dann nicht als eine Zwangsveranstaltung, danach mag uns Deutschen vielleicht nach verlangen, dem werden aber die wenigsten Staaten folgen. Und was nützt uns das dann? Die alten schädlichen Normen, Verfahren, Verhaltesmuster und auch Institutionen können nicht gegen bessere ausgetauscht werden, wenn vorher keine besseren in unseren Köpfen gereift sind.

Im Beginn der grünen Bewegung wurde von einigen Kritikern die Ökodiktatur in die Debatte geworfen. Ich habe das damals als unberechtigt zurückgewiesen, allerdings ohne Sprachrohr, das andere für sich beanspruchten. Wir haben aber 73 Jahre die Sabotage der Marktwirtschaft und die Suche im Heil durch den Kapitalismus durch die CDU/CSU und der FDP erlebt. Und wir erleben immer noch das Unverständnis der SPD gegenüber den Bedingungen, die für eine zufriedenstellende Marktwirtschaft erfüllt sein müssen.

Und bei jenen Grünen, die die Diskussion und Parteibildung mit angeschoben haben, war die Freiheit und Toleranz am Beginn ihrer Geschichte wärmende Flammen. Bei den nachrückenden Freunde mit marxistischen Hintergrund, denen Dezentralität, „Small is

beautiful“ mit der Rückkehr zum menschlichen Maß (Leopold Kohr) [20] und die Entschulung der Gesellschaft (Ivan Illich) nur Träumereien und Hindernisse im Klassenkampf waren und noch sind – sucht man ein Verständnis für marktwirtschaftliche Zusammenhäng vergeblich. Ob das heute auch noch so ist, weiß ich nicht zu sagen, ich ja schon lange aus der Partei ausgetreten. Hinzu kommt, dass das, was heute politisch zur Ökonomie formuliert wird, nicht eindeutig zur Zentralverwaltungswirtschaft oder der Marktwirtschaft zugeordnet werden kann.

Heute, wo die Grünen einen großen Zuspruch in der Gesellschaft haben, den sie nach meine Einschätzung schon Mitte der 80er Jahre ohne die Umfärbungsversuche von grün auf rot hätten haben können, liegt ein großer Erwartungsdruck auf dieser Partei, dem sie gar nicht gerecht werden können. Vor über 40 Jahren war bei denen, die trotz Bedenken, sich zur Parteigründung entschlossen haben trotz Differenzen im Kleinen eine Aufbruchstimmung vorhanden. Diese war berechtigt, weil keine Macht angestrebt wurde, sondern vom Parlament aus die Deutschen über die Entwicklungsmöglichkeiten und Gefahren, die unsere Gesellschaft hat bzw. unterliegt zu informieren. Darin kam die ungenügende Aufklärung durch die Politik und den die Medien zum Ausdruck. Dieses Anliegen wurde durch die Machtergreifer in der Partei gestoppt. Und danach ist doch nur eine Anpassung an das erfolgt, was schon immer verkehrt war. Wenn das Angstmacher-Thema Klimawandel nicht wäre, was hätten die Grünen und die anderen Parteien als Nachahmer der ursprünglichen grünen Intentionen zu bieten außer staatlicher Interventionismus, Fiskalismus und Verbote? Ja, das Zuckerbrot und die Peitsche in Form von Subventionen und die Abschöpfung des Arbeitseinkommens, damit die Wähler unmündig bleiben. Diese Melodie spielen die Alt-Partein, wie sie einst von den Grünen genannt wurden, besser.

Ich schreibe das alles nicht, um die heutigen Grünen abzuwerten. Ihre Gründer waren keine Tugendbolde und wollten auch vieles, was fragwürdig war. Ich weiß, dass viel Idealismus der aktiven Mitglieder in den Parteien verschlissen wurde und wird, ohne dass dabei etwas herauskommt, was eine längere Verfallsdauer als eine Legislaturperiode hat.

Ich bitte um Entschuldigung, dass ich hier über die Parteien in der gedanklichen Abteilung des Bischofs , Heinrich Bedford-Strohm schreibe. Buchen sie es einfach auf dem Konto „Alter Mann“. Es fällt dann auch leichter, nicht mehr weiterzulesen und den Schrieb beiseite zu legen.

Aber wenn ich über die Evangelische Kirche schreiben würde, käme da nichts Besseres dabei heraus. Und der Glaube und Idealismus derjenigen, die noch zur Stange halten, wird auch nur verschlissen. Sind die Bischöfe nicht damit voll ausgelastet, die Macht, die die Kirche noch hat, zu sichern und das Davonlaufen und das Auseinanderlaufen jener Christen die noch bleiben, zu stoppen. Und mein Eindruck ist auch, dass sie sich in ökonomischen Fragen nur von jenen beraten lassen, die wie sie einen akademischen Grad haben wie sie selber. Wenn man aber die Ergebnisse der Ökonomie anschaut, dann müssten Theologen doch zum Schluss kommen, dass ihr Rat so viel wert ist, wie der Rat des Teufels zum gottgefälligen Leben.

Wenn die Wirkungen des Klimawandels so eintreffen, wie sie häufig beschrieben werden, dann wird es einen Kampf um die veränderte Nutzbarkeit der Erde für die Nahrung, für das Wohnen und den Erwerb des Lebensunterhalt der Menschen geben. Die Kirchen

20 https://www.3sat.de/gesellschaft/politik-und-gesellschaft/small-is-beautiful-100.html

als Großgrundeigentümer haben darum einen besonderen Anlass, sich über die Situation danach Gedanken zu machen.

Was ich aus dem evangelischen Umfeld an Gehörtem und Gelesenem in die Diskussion um den notwendigen Wandel einbringen könnte, ist in Beiträgen über Tagungen der Ev. Akademie Loccum zusammen gefasst.

In der Tagung zum fünfundzwanzig jährigem Bestehen der Sozialen Marktwirtschaft vom 6. bis 9. Oktober 1972 habe ich Ludwig Erhard auch erlebt.
In dem Offener Brief vom 1. Mai 2001Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil Dokumentation 8 gibt dazu Auszüge aus „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“, herausgeben von Bodo B. Gemper in Verbindung mit der Ev. Akademie Loccum. In den Text müsste aber noch mehr zu finden sein. https://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.8%20OB%20Lt.%20Doku%2008.pdf
In meiner im Netz stehenden Textsammlung müsste aber noch mehr zu finden sein.

In den Loccumer Protokollen 15/´84 „Die Zukunft der Ökonomie / Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich“ und 8/ ´87 „Bürgerwille und Parteienherrschaft“ sind von mir auch Teilnehmerbeiträge aufgenommen worden.[21]

Dann habe ich noch unter der Textziffer 86.4 den Beitrag
„**Das Geld, der Zins und die Theologie**“ von Klaus Fütterer aus der Tagung „Wer hat dem wird gegeben …? / Die Verteilung des Volkseinkommens in unserer Gesellschaft“ / Tagung der Ev. Akademie Bad Boll / 15. bis 17. März 1985 / Protokolldienst 18/85. Die Gliederung des Vortrags von Fütterer hat folgenden Inhalt:

I Die religiöse Verachtung des Geldes durch die Theologie
II Die religiöse Segnung des Geldes durch die Theologie
III Die theologisch-ethische Kritik an der ungerechten Verteilung
- Modelle zu mehr Verteilungsgerchtigkeit

https://www.tristan-abromeit.de/pdf/86.4%20TheologieZinsGeld.pdf

Die Angaben zu weiteren Beiträge sind in dem Auszug des Protokolls zu finden.

oooooooo

Rosinenstuten

Es saß einmal ein Junge auf
Kirchhofsmauer. Auf seinen
Knien lag ein Rosinenstuten,
aus dem er die Rosinen
herauspulte.
Dahinzu kam der Vikar und sagte:
„Mein Junge, was du da machst,
ist Naschen, eine Sünde, die Du
beichten musst!“
Da antwortete der Junge:
„Erstens, ich bin evangelisch, und du
hast mir nichts zu sagen!

– T.A. April 2021 Text 172.2

Und zweitens: Ich sollte einen Stuten
ohne Rosinen holen!“

Die Sache mit dem Rosinenstuten ist meine Geschichte. Evangelisch bin ich nicht mehr, aber ein Protestant bin ich geblieben. Der Konfirmandenunterricht war die Gelegenheit, wo ich den Widerstand gegen die Unterwerfung (in diesem Fall gegenüber einer rivalisierenden Konfirmanden-Gruppe) einüben konnte.

Meinen Kirchenaustritt 1959 könnte ich heute mit Zitaten aus dem Buch „Warum ich kein Christ bin“ des Philosophen Kurt Flasch begründen. Flasch stammt aus einer liberal-katholische engagierten Familie. Aber abgesehen davon, dass das Buch erst 2013 erschienen ist, hatte ich erst wenige Jahre vor 1959 angefangen mir den Zugang zu dieser Art Literatur zu erarbeiten. Der Grund war von schlichter Natur. Ich hatte das Glaubensbekenntnis nach dem Konfirmandenunterricht nochmals gelesen. Ich konnte seinen Inhalt nicht als meines akzeptieren und empfand es als eine Lüge, wenn ich nicht die Situation durch einen Austritt klarstellen würde. Ich war innerlich empört, als der Notar seine Rechnung nach der Höhe der ersparten Kirchensteuer stellte. Diese war damals nicht mein Thema. An der goldenen Konfirmation am 8. November 1998 habe ich trotzdem gerne teilgenommen.

oooooo

Ethikprofessorin Christiane Woopen warnt vor einer impfgesteuerten Zweiklassengesellschaft

HAZ: Frau Woopen, seit wann beschäftigt sich der Europäische Ethikrat auch damit, welche Freiheiten für Geimpfte möglich werden sollten?

Die Antwort: Schon zu Beginn im April 2020 war die Einschränkung der verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte durch die Pandemie eine der großen Sorgen des Europäischen Ethikrates.
Eine der schlimmsten Folgen der Krise wäre doch, wenn sich die Menschen daran gewöhnten, dass vom Staat grundlegende Freiheiten und Rechte eingeschränkt werden. Freizusein ist die Grundlage unseres

> Zusammenlebens. Gleichzeitig und gerade deswegen braucht es in Europa aber auch dringend ein politisches Bekenntnis zur Solidarität und ein gemeinsames Vorgehen.
>
> Aus einem *Interview: Saskia Bücker in der HAZ vom 16. April 2021*

Die Sorge ist berechtigt. Erst wird uns Bundesbürgern jahrzehntelang eingetrichtert, die Grundrechte seien die Bastion unserer Freiheit. Und diese würde unseren Staat von dem NS-Staat und auch von der untergegangenen DDR unterscheiden. Und dann wird mit einem einfachen Gesetz und mit Verordnungen, diese Bastion einfach gesprengt. Es tritt eine Situation ein, die im Grundgesetz nicht vorgesehen ist und es wird aus sachlichen Gründen notwendig, die Grundrechte einzuschränken. Die Gründe waren am Anfang der Pandemie nur den Spezialisten für Infektionen einsichtig.

Die erste Frage ist, ob für einen solchen Fall eigentlich der Exekutive und der Legislative die Entscheidungskompetenz zusteht oder ob für einen solchen Fall ein gesondertes Entscheidungsgremium mit Beteiligung der Exekutive, der Judikative und Legislative gebildet werden muss, wobei die Berufung zusätzlicher Experten nicht von einem dieser Gremien ausgehen dürfte, sondern direkt vom Volkswillen abgeleitet werden müsste.

Die zweite Frage ist, warum sind die Menschen bei uns und anderswo, den Vorgaben gefolgt, obwohl sie aus eigener Erfahrung und dem Nachdenken nicht wissen konnten, ob die Notwendigkeit der Grundrechtsbeschränkungen erforderlich sind oder nicht.
War es das Vertrauen in den Regierungsapparat?
War es einfach die Angst vom Corona-Virus selber befallen zu werden?
War es einfach das reflexhafte Hinterherlaufen? „Wo die meisten hinlaufen, laufe ich auch hin“!

Auf diese Fragen eine Antwort zu finden ist wichtig, da eine Gefahr besteht, dass in einer schwierigen Lage die Erfahrungen mit diesem Verhalten ein Staatsstreich durch geführt werden kann. Was passiert in der Situation, in der mit einer Ausrufung des Bestehens einer abstrakten, als lebensbedrohlichen Gefahr, die nicht von der großen Mehrheit beurteilt werden kann, die Demokratie abgeschafft werden soll.

Die gleiche Motivforschung muss auch bei den Bürgern vorgenommen werden, die sich in irgendeiner Form, den gesetzlichen oder moralischen Anforderungen widersetzt haben. Bei dem jahrelangen Vorlauf mit der Klage, dass die Deutschen sich nicht oder nicht genügend dem NS-Staat widersetzt hätten, ist es in keinem Fall gerechtfertigt, wenn durch die Politik und die Medien die – und seien ihre Äußerungen unschön, unlogisch, bis abstoßend – versucht wird, die Abweichler lächerlich zu machen oder als Feinde der Demokratie hinzustellen. Erstens sind die Abweichler auch dann noch Bürger unseres Staates, wenn sie anders ticken als die Mehrheit. Zweitens können ihre Bedrohungsgefühle durch unseren heutigen Staat subjektiv genauso stark sein, wie die der Opfer in Diktaturen. Soweit ich weiß, gibt es keine Messeinheit für Gefühle, indem man Gefühlsstärken in verschiedenen Zeitabschnitten mit unterschiedlichem Hintergrund vergleichen kann. Und drittens ist die Informations- und Meinungsvermittlung durch die Presse und Regierungen nicht so, dass der Begriff *Lügenpresse* etwas Absurdes ausdrücken würde. Außerdem gab es den Begriff Lügenpresse – jedenfalls dem Inhalt nach – schon vor der Nazi-Zeit. Warum fordert der Strafverteidiger und Schriftsteller Ferdinand von Schirach, denn ein Grundrecht mit folgenden Inhalt: „ 4. Jeder Mensch hat das Recht, dass Äußerungen

von **Amtsträgern** der **Wahrheit** entsprechen." Wenn es auch wünschenswert ist, dass man als Bürger nicht belogen wird, halte ich eine solche Forderung für problematisch, weil das die Notwendigkeit einer Wahrheitspolizei erforderlich macht. Wir haben doch jetzt zu viel Bürger, die sich als Sprachpolizisten berufen fühlen. Und: Besteht nicht das Regieren zum Teil darin, so zu lügen, dass es keiner merkt oder es den Bürgern nicht weh tut?

Und jetzt noch eine Anmerkung zu den Ethikräten, die es auf verschiedenen Ebenen gibt. Ich wollte mich zu diesem Thema ein bisschen schlauer machen und habe mich in dem Sammelband ***Ethik als Kommunikation,*** herausgegeben von Reiner Anselm umgesehen, dabei stieß ich auf einen Beitrag von Friedrich Ley mit dem Thema ***Ethik und Organisation***. Ich gebe den Gliederungspunkt 1 von Friedrich Ley [22] nachfolgend ohne Quellenangaben wieder:

> 1. Expansion des Ethischen
> Seit etwa Mitte des 20. Jahrhunderts hat die öffentliche Sichtbarkeit der Ethik in bemerkenswertem Maße zugenommen. Diese Tendenz scheint sich in der Gegenwart eher noch fortzusetzen als abzuschwächen. „Ethik ist heute gefragt. Für sie besteht ein öffentlicher Bedarf." Umfassende Förderprogramme, der Auf- und Ausbau spezieller Forschungseinrichtungen, vor allem jedoch die vermehrte Einsetzung von Ethik-Kommissionen und anderen ethischen Kontroll- und Beratungsgremien in den verschiedensten gesellschaftlichen Zusammenhängen signalisieren eine zunehmende Bedeutung aktueller ethischer Fragestellungen. Die Ethik als Wissenschaft reagiert auf die Vielzahl potentieller Systembezüge durch eine zunehmende Ausdifferenzierung ihrer Teildisziplinen. Die klassischen Loci der Sozialethik transzendieren den Ort ihrer genuinen thematischen Entfaltung und verselbständigen sich zu eigenständigen Bearbeitungskomplexen, etwa in Gestalt der Wirtschaftsethik, der Umwelt- und Friedensethik, der Sexualethik, der politischen Ethik usw. Neue Disziplinen, wie etwa die Medienethik oder die Bioethik treten hinzu. Insbesondere im Bereich der „angewandten Ethik", die am stärksten von der aktuellen Entwicklung profitiert, zeigt die ethische Disziplin eine überaus flexible Anpassung des von ihr behandelten Themenkataloges in Reaktion auf zentrale gesellschaftliche Problemstellungen. Im Zuge einer fortschreitenden Spezialisierung und Professionalisierung bilden dann auch die einzelnen Teildisziplinen weitere Unterdisziplinen aus. Als in sich differenzierte Bereiche der Wirtschaftsethik beispielsweise etablieren sich die Unternehmens- und die Führungsethik. Die Unternehmensethik wiederum kann, wie der häufig auch nebengeordnete Gebrauch zum Begriff der Wirtschaftsethik zeigt, zugleich als ein Synonym ihrer Ausgangsdisziplin verstanden werden. Überdies werden andere, ehemals selbstständige Themenbereiche unter die neu gebildeten Begriffe subsumiert. So umfasst die Bioethik heute nicht nur die Tier- und Umweltethik, sondern auch die weit früher entstandene Medizinethik. Neben die Medizinethik wiederum gesellt sich die Pflegeethik, die aber ihrerseits erst auf eine vergleichsweise kurze Geschichte als eigenständige, professionelle Disziplin zurückblicken kann. https://library.oapen.org/bitstream/id/fe40326d-464b-498a-af0b-0e51f30116b2/610278.pdf

Die nachfolgend hier wiederholten Sätze aus dem Zitat von Christiane Woopen und der

22 Ich will auch verraten, warum ich einen Grund hatte, bei F. Ley hängen zu bleiben. Einer der vier Urgroßväter, die F.L. hat, ist Jann Ley und dieser ist mein Großvater. Auf eines der Schiffe, die sein Großvater, Friedrich Ley – mein Onkel – im Laufe der Zeit hatte, bin eine Zeit lang als Matrose gefahren. F. L., der Enkel, hat als Theologe über ein Thema der Ethik promoviert.

Text von Friedrich Ley machen mich nachdenklich:

> Frei zu sein ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Gleichzeitig und gerade deswegen braucht es in Europa aber auch dringend ein politisches Bekenntnis zur Solidarität *und ein gemeinsames Vorgehen.*

Der erste Satz ist unmittelbar einleuchtend, denn Verbindungen und Orte, wo der Mensch nicht genügend frei sein kann, flieht oder leidet er. Er wird in vielen Fällen krank und strebt die Scheidung vom Arbeitsplatz, einer Mitgliedschaft oder vom Ehepartner an. Der zweite Satz ist nicht so eindeutig. Richtig ist, eine Verbindung zwischen Menschen, Gruppen und Gesellschaften braucht die Gegenseitigkeit im Respekt, in der Zuwendung und im Nutzen, wenn er bzw. sie gut und von Dauer sein soll. Solidarität – so habe ich es immer verstanden – ist doch etwas, das von Individuen durch Empathie, Nächstenliebe, aufgrund von Freundschaft oder Kameradschaft mit anderen Individuen ausgeht. Wenn heute der Begriff Solidarität benutzt wird, dann heißt das in der Regel aber, dass die Bürger zwangsweise via Steuern von ihrem Arbeitseinkommen abgeben sollen, damit der Staat als edler Spender auftreten kann. Die in dem Vorgang involvierten Minister und Parteien, können dann von den Beschenkten oder Bedachten erwarten, dass sie einen Blumenkranz erhalten, den sie sich selbst auf ihr Haupt setzen können. Wenn diese staatliche Form der Solidarität privatrechtlich ausgeübt würde, hieße sie wohl Nötigung.

Es wird schon so sein wie Friedrich Ley schreibt, das die Bedeutung und die Spezialisierung der Ethik zu genommen hat. Aber warum ist das so? Könnte es sein, dass das Bedürfnis nach Ethik dadurch entstanden ist, dass die Menschen sich unbehaglich in ihrer Haut fühlen? Dass die Politiker in der Fülle der Gesetze und Maßnahmen eigentlich gar nicht mehr wissen können, wie diese auf die Menschen im Privaten, den Institutionen und Werkstätten wirken? Spielen hier die überbordenen Anforderungen an den Staat, die auf der Ebene der Bürgerschaft den Aufwand und Ertrag ihrer Arbeit entkoppeln, eine Rolle? Sind ohne Computer die Maßnahmen der Entscheider seitens des Staates und seitens der Bürgerseite von den Begünstigten und Belasteten gar nicht mehr übersehbar? Können die Aktivitäten des Staates aufgrund persönlicher Erfahrung und Einsicht gar nicht mehr bewertet werden? Wenn aber das Gute und das Böse nicht mehr klar unterscheidbar ist, dann kann die Ethik für die Handelnden in der Politik, der Wirtschaft und auch in den Heilberufen nur Persilscheine erstellen. Ich denke, mit der Hilfe der Ethik können wir verstehen lernen, warum und wie gesetzliche und moralischen Normen wirken und gebraucht werden. Und wenn die Ethik von einem realistischen Bild vom Menschen ausgeht, kann von jenen, die in dieser Denkkategorie Geübten auch die positiven und negativen Wirkungen von Normen vorhersagen. Die Ethik kann aber auch dazu missbraucht werden, dass sie Menschen auf ein Verhalten konditioniert, das nur anderen nutzt oder die hilft die Existenz einer Religion oder Weltanschauung abzusichern. Was die Ethik nicht kann, ist meines Erachtens: 1. uns die Entscheidung abzunehmen, wie wir leben wollen. 2. Die Frage beantworten, wie wir zu einer freien Gesellschaft kommen, die sich selbst organisiert und ihren Mitgliedern eine genügend große haftende Gestaltungsfreiheit gewährt.

Ich habe weiter oben auf den Pastor Wilhelm Mensching hingewiesen. Er hat für sich und Gleichgesinnte für Zeiten in eigener Bedrängnis kleine Heftchen, in dem Personen mit beispielhaften Verhalten in Notzeiten beschrieben sind, zur eignen Orientierung herausgegeben. Er ist einst als Missionar nach Afrika gezogen und später von den Begegnungen und Eindrücken in Afrika und Inden insofern missioniert nach Deutschland zurückge-

kommen, dass in den Gesellschaften moralische Normen sehr unterschiedlich geprägt sein können. Es gibt aber auch solche, die es in allen Gesellschaften gemeinsam gibt. Er ging davon aus, dass wir unser Gewissen auf die gemeinsamen Werte hin bilden müssen, damit es uns zuverlässig anzeigt, ob wir selber diese einhalten oder nicht. Die Überprüfung der moralischen und gesetzlichen Normen auf ihre Qualität hin müssen dann aber individuell und kollektiv von den Anwendern vorgenommen werden. Widersprüche zwischen einzelnen Menschen und Gruppen werden dabei wohl nie ganz aufgehoben werden können. Wie richtig oder gut zu handeln und zu entscheiden ist, wird wohl immer ein Unsicherheitsfaktor bleiben.

Eine Ethik-Kommission ist kein Rechtsbeirat ist, der einer Person oder einem Gremium sagen kann, welche gesetzliche Normen es zu beachten gilt und welche sie legal umschiffen lassen, sondern sie soll und kann nur auf moralische Normen verweisen, die zur Zeit in und zwischen den Menschen einer bestimmten Gesellschaft wirken oder auch nicht. Der Wirkungsbereich einer Ethik-Kommission wäre dann, was Pastor Mensching und Freunde mit seinen „Erbgut-Heften“ erreichen wollte, nämliche eine Orientierung über die wichtigsten der moralischen Normen, die eingehalten werden sollten.
Die Ethik als Wissenschaft kann ich mir z.Zt. nur als ein Bemühen vorstellen, aus den Psycho- und Sozialwissenschaft, aus den Religionen und Weltanschauungen ein Extrakt herauszufiltern, dass für Beratung der Politik im Hinblick auf die Gesetzgebung und Gesellschaftsgestaltung taugt.

oooooo

Ich will noch kurz auf zwei Beiträge zum Corona-Thema verweisen und dann Anmerkungen für die Grünen machen, wenn sie sich bei einem entsprechenden Wahlergebnis auf der Suche nach einem Koalitionspartner machen. Ich lasse mich hier nur auf die SPD und die CDU als mögliche Koalitionspartner ein. Ob ich dann endlich bei meinem Ziel- oder Schlussthema Demokratie und Verfassung angekommen bin, wird sich zeigen. Ich arbeite hier keine vorformulierte Gliederung ab, sondern protokolliere einen Gedankengang, der täglich durch neue Informationen angereichert wird. Dabei bemühe ich mich aber, dieses Protokoll für andere lesbar und interessant zu machen. Aber bekannt ist ja, wenn in einem Arbeitszeugnis steht: „Er bemühte sich, …“, dann hat der Zeugnisinhaber, die an ihn gestellten Anforderungen nicht genügt. Aber für diese Urteilsfindung über meine Zeilen bin ich nicht zuständig.

oooooo

„Wir werden mit dem Virus leben müssen“

Neurochirug **Madjid Samii** hat ein Vier-Säulen-Modell für das Leben in der Corona-Krise entwickelt: Der 83-Jährige plädiert für unbürokratische Tests – und rät, sich aufs Wichtige zu konzentrieren

Herr Professor Samii, die Corona-Pandemie beschäftigt die Welt nun schon seit mehr als einem Jahr. Wie besorgt sind Sie?

Ich mache mir große Sorgen. Aber ich kann nicht über die Entwicklung der Pandemie sprechen. Ich bin kein Virologe. Ich bin nur ein einfacher Bürger, der nebenbei Mediziner ist.

Mit Verlaub: Das sind Sie nicht.

Es könnte nur vermessen wirken, wenn ich mich in die große Debatte über Impfstoffe und eventuelle Versäumnisse einmische. Ich habe nur ein paar bescheidene Gedanken zur Debatte beizusteuern. Mir ist es wichtig, den Menschen Perspektiven aufzuzeigen.

Nur zu.

Tatsache ist, dass ein infizierter Mensch in kürzester Zeit Hunderte andere Menschen anstecken kann. Das heißt: Wir können das Virus nicht beherrschen. Wir haben gar keine andere Wahl: Wir werden mit dem Virus leben müssen. Aber wie wir damit umgehen, und was wir daraus machen, das bestimmen wir selber. Mir geht es um die Frage, wie wir unser Leben mit Corona gestalten können.
Ein weiterer oder längerer Lockdown wäre keine Lösung?

Nein, denn die Kollateralschäden wären zu groß. Wir müssen einen gewissen Lebensstandard für alle Menschen sicherstellen, das ist mein Wunsch. Es gibt keinen Zweifel, dass die Impfung eine große Rolle bei der Bekämpfung der Pandemie spielt. Wir sollten die Menschen motivieren, diese Chancen wahrzunehmen. Das alleine reicht allerdings nicht. Deshalb habe ich mir über ein Vier-Säulen-Modell Gedanken gemacht, mit dem wir das Leben mit Corona organisieren könnten. …. *

Aus einem Interview von Interview: Ronald Meyer-Arlt / HAZ 25. 2. 2021

* Der Rest der Aussage ist mir verloren gegangen. Mir kam es hier auch darauf an, die Bescheidenheit und Klarheit der Aussage von Prof. Madjid Samii zu würdigen.

oooooo

Ich bin über eine E-Mail-Liste mit Steffen Henke verbunden, er ist ehrenamtlicher Geschäftsführer der *Neues Geld gGmbH.* Er sandte mir sein Newsletter Nr. 45 vom 18. April 2021. Davon gebe ich ich den ersten Beitrag hier wieder:

Hallo Tristan Abromeit,

am 12.02.21 veröffentliche Prof. Roland Wiesendanger von der Universität Hamburg eine Studie über den Ursprung des Coronavirus, das die Krankheit Covid-19 verursacht. Starke Indizien sprechen laut dieser Ar-

beit dafür, dass es aus einem Labor in Wuhan stammt. Das Ziel der Forschungen dort war, natürlich vorkommende Coronaviren für Menschen ansteckender, gefährlicher und tödlicher zu machen. Auch der Westen spielt vergleichbar mit dem Feuer.

Was folgt ist harsche Kritik verschiedener Medien am Herausgeber (1,2,3). Die Veröffentlichung verdiene nicht den Namen „Studie“, wissenschaftliche Standards wären unterlaufen, seine Quellen zeigten eine deutliche Nähe zu Verschwörungstheorien (4), usw. – bekannte Muster?

Wäre es nicht wesentlich zielführender, die von Wiesendanger zusammengetragenen Informationen ernst zu nehmen und Fragen zu stellen, wie: In welchen Laboren weltweit wird an Viren experimentiert? Mit welcher Motivation? Müssen derartige Aktivitäten nicht verboten werden, so, wie man es mit dem Atomwaffensperrvertrag zumindest versucht? Ihnen kommen sicher viele weitere Punkte in den Sinn, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden müssten.

Insofern kann man sich bereits heute vorstellen, wie manche Medien reagieren werden, wenn Fließendes Geld in den Fokus der Masse rutscht. Anstatt die Wirkungen exponentieller Wachstumsprozesse zu besprechen, wird man sich der Reputation von Persönlichkeiten der Geldreformszene widmen. Hat man diese Mechanismen verstanden, sind sie jedoch wirkungslos.

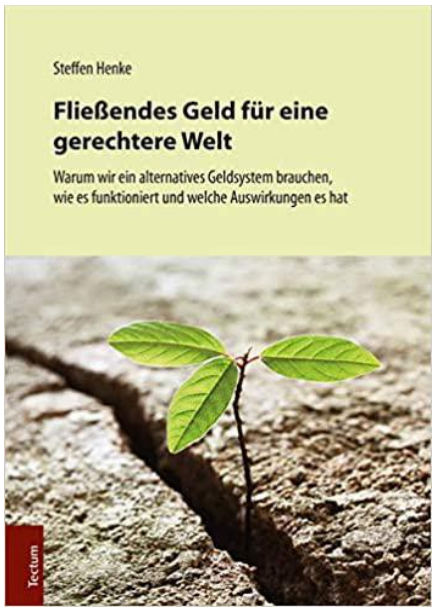
Ihr Steffen Henke

1.) vgl. nzz: „Nirgends war die Ablehnung so wüst wie in Deutschland»: Roland Wiesendanger verteidigt seine umstrittene Corona-Studie“, Alexander Kissler, 24.02.21, abgerufen am 18.04.21
2.) vgl. Deutsche Welle: „Faktencheck: Hamburger Corona-Studie, die keine ist“, Tetyana Klug, Uta Steinwehr, 20.02.21, abgerufen am 18.04.21
3.) vgl. Welt: „Wiesendanger äußert sich anschlussfähig an Verschwörungsideologen“, 21.02.21, abgerufen am 18.04.21
4.) Steffen Henke: „Verschwörungstheorien“, https://www.neuesgeld.net/index.php?option=com_k2&view=item&id=332:verschwoerungstheorien&Itemid=101

Anmerkung: Bei dem Ausmaß an Toten, Einschränkungen und Schäden sollte doch jeder Verdacht bzgl. der Ursachen nachgegangen werden. Hier ist es doch besser, dass sich ein Verdacht als „Verschwörungstheorie“ herausstellt, als mögliche Fakten nicht geprüft und erklärt werden. Ich denke die Medien verstehen sich als Vermittler von Informationen und nicht nur als Weiterleiter amtlicher Instruktionen. Sind wir schon wieder so weit, dass mit Rücksicht auf die politische Lage heiße Themen unter den Tisch fallen gelassen

werden, werden müssen? Steffen Henke weist doch zu Recht darauf hin, dass die biologische Kampfmittelproduktion offengelegt und verboten werden müssen. Wenn das nicht geschieht, dann ist jede Diskussion über Ethik Humbug. Die Klage über Verschwörungstheorien ist doch idiotisch, wenn der sachliche Nachrichtenfluss mangelhaft ist und den Verdacht produziert, dass da etwas geheim gehalten werden soll.

Steffen Henke hat folgendes Buch verfasst und veröffentlicht, es verdient beachtet zu werden. Siehe nächste Seite!



Wir brauchen ein anderes Geldsystem, wenn wir die Herausforderungen unserer Zeit meistern wollen. Umweltzerstörung, Demokratieverlust und extreme soziale Ungleichgewichte sind unter anderem schädliche Wirkungen des bestehenden Geldsystems. Eine bessere Alternative existiert, doch sie ist noch zu wenig bekannt: Fließendes Geld.

Veränderungen im Geldsystem sind wegen gegebener Machtstrukturen nur dann erzielbar, wenn breite Bevölkerungsschichten dem Wandel zustimmen und ihn unterstützen. Dazu muss der seit Jahrzehnten stattfindende Erkenntnisprozess deutlich an Fahrt gewinnen.

Geld greift mit hoher Intensität in so gut wie alle Bereiche unseres Lebens ein. Neuerungen beim Geld bringen deshalb hervorragende Potentiale für fast alle Gebiete, wie den Schutz der Natur, die Verbesserung demokratischer Strukturen oder den Frieden.

Ziel muss es sein, dass der Mensch nicht dem Geld, sondern das Geld dem Menschen dient.

https://neuesgeld.net/index.php?option=com_k2&view=itemlist&task=user&id=15:steffenhenke

Die Grünen auf den Macht-Kurs

Ich mag Robert Habeck. Noch vor der Festlegung des Kandidaten / der Kandidatin bei den Grünen sah ich ihn per Fernsehen auf einer Bühne stehen und die Hände hochstreckend sagen: „Wir wollen Macht! Macht kommt von machen.“ Da habe ich gedacht, der Robert hat auch noch nicht verstanden, worum es eigentlich geht. Wenn er gesagt hätte: „Macht kommt von machen, darum wollen wir dafür sorgen, dass der Entmündigungsprozess der Bürger gestoppt wird, damit sie selber mehr machen können, was sie selber für richtig halten.“, dann wäre er mein Mann gewesen. Aber das wäre zu schön gewesen. Denn die Politiker aller politischen Parteien brauchen heute den unmündigen Bürger, der Hilfsbedürftig und glücklich ist, wenn ihm das Nötige zugeteilt wird und sich das für die Großmannssucht der Politik Erforderliche abgeknöpfen lässt. Als Dank dafür sollen die Bürger dann die Politiker wählen, die die größte Spendierhose mit der richtigen Farbe anhaben.

Über Robert Habek war in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) am 27. 3. 21 folgendes zu lesen:

> **Habeck: Am liebsten mit der SPD**
> Grünen-Chef Robert Habeck (51) geht davon aus, dass seine Partei nach der

> Bundestagswahl eine entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung einnehmen wird.
> „Wir werden die Partei sein, die maßgeblich darüber bestimmt, welches Bündnis eingegangen wird“, sagte Habeck im „Hauptstadt“-Podcast des Nachrichtenportals „The Pioneer“. Auf die Frage, welches sein liebstes Bündnis wäre, antwortete Habeck: „Wenn es ein Wunschkonzert wäre, mit der Sozialdemokratie.“

Das passt auch zu den programmatischen Aussagen der Grünen zur Wirtschaft. Jedenfalls macht das, was unter „***Mit Verstand für die Wirtschaft***“ zu lesen ist, beim ersten Durchgang des Lesens einen guten Eindruck. Bei der kritischen Durchsicht der nachfolgenden Passage sieht das schon anders aus. Ich stelle sie erst einmal vor:

> Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und gleichzeitig Unternehmertum ermöglicht. Den Weg dahin bereitet ein Green New Deal. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der Natur basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt stellt. Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere.
> https://www.gruene.de/wirtschaft

Da ich etwas länger auf den Green New Deal eingehen will, fange ich mit dem Ordnungsrahmen an. Der Begriff Ordnungsrahmen ist bei mir positiv besetzt. Er meint einen gedanklichen Raum, der durch einen Datenkranz abgesteckt ist, in dem sich die Bürger wirtschaftlich und kulturell frei bewegen können. Der Staat (genauer das demokratisch installierte Parlament) setzt den Rahmen und die Regierung hat dabei zu beobachten, ob er praktikal ist und seine Grenzen von den Bürger-Akteuren nicht überschritten werden. Der Staat tritt selber nicht als Akteur in dem Ordnungsrahmen auf. Das ist aber eine Vorstellung, die sich im Denken, Wollen und Wirken der heutigen Parteien – auch bei den GRÜNEN – nicht finden lässt.

Der Begriff Ordnungsrahmen scheint mir hier nur als eine Anleihe in einer anderen Gedankenwelt zu sein, in der alle Parteien nicht zu Hause sind. Mir scheint, die Grünen machen hier – wie vorher auch die SPD – zum Machterwerb nur das Zugeständnis, die Leine, an die der bissige Hund *Wirtschaft* und die nicht kuschenden Bürger gehalten werden sollen, etwas länger ausrollen zu lassen. Auch versprechen sie, den Kühen, die sie effektiver melken wollen, auf eine größere Weide zu stellen.

Und für das mutige Investieren bleibt der Staat weiterhin zuständig, weil die Wirtschaftsteilnehmer dafür zu dumm sind, ihr Einkommen richtig im Sinne der herrschenden Parteienansicht auszugeben. Diese Auslegung ist auf dem Hintergrund des Denkens im Modell des Sozialdemokratismus – in dem sich die Grünen auch bewegen – wahrscheinlich richtig.

Die Ausbeutung der Natur soll überwunden werden, die des Menschen nicht? Dabei ist die Ausbeutung des Menschen die Schrittmacherin der Ausbeutung der Natur.

„Jede Generation hat ihre Aufgabe. Wohlstand als Frage der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten, ist unsere.“ Wie ist es möglich, dass die Gremien, die das Programm formuliert und beschlossen haben, nicht bedacht haben, dass die grüne Partei gleich nach ihrer Gründung begonnen hat, diesen Auftrag bzw. Forderung zu behindern?

Vor dem oben zitierten Teil aus dem Programm der GRÜNEN ist zu lesen:

> Mit einer besseren Absicherung von Menschen mit geringem Einkommen und einer Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro sorgen wir für mehr Gerechtigkeit.

1, ist es so, dass die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohn auch von den Koalitionspartnern abhängt. 2. vom Parlament – das ja eigentlich unabhängig von Parteien sein soll und die Abgeordneten kein imperatives Mandat haben. 3. werden dadurch Menschen als solche klassifiziert, die mehr erhalten, als ihre Leistung eigentlich wert ist. (Das ist so wie die Einräumung von Rentnerrabatte für jene, die von ihrer Rente nicht leben können. Das ist so etwas wie ein amtliches Füttern von Betteln.) Und es zeigt, das den Programmschreibern keine ökonomische Lösung eingefallen ist.

Wie beurteilt Alfred Müller-Armack, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, den Mindestlohn?

> Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindestlohnhöhe zu nomieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohnes hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden.
> (S. 119 in *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*.)

Die gesetzlich Mindestlohnfixierung hat also dort ihren Sinn, wo örtliche Arbeitsanbieter[23] eine Oligopol- oder Monopol-Stellung als Nachfrager nach Arbeitsleistungen haben. Diese gesetzlich Verhinderung von Lohndrückerei kann nicht flächendeckend angewandt werden, weil die sogenannten Arbeitgeber einen angemessenen Lohn nur dann zahlen können, wenn sie über die Preise, die sie im Markt für ihre Produkte oder Leistungen realisieren können, auch höhere Löhne finanzieren können. Also muss für eine Situation der Vollbeschäftigung gesorgt werden, in der auf dem Arbeitsmarkt niemand zu finden ist, der für einen Hungerlohn ein Job übernimmt und die Unternehmer aus dem Markt ausscheiden, die keinen kostendeckenden Preise für ihre Produkte erzielen können.
Das bedeutet nicht unbedingt, dass am Wachstum festgehalten werden muss, was dem Ziel der Vermeidung von Umweltschäden widersprechen würde. Wesentlich für einen ausreichenden Lohn ist, dass die Nachfrage das Angebot auf den Märkten räumt und Un-

23 Der Arbeitgeber gibt keine Arbeit, sondern er fragt nach der (Arbeits-)Leistung), die der Leistungsbe reite - gewohnheitsmäßig aber fälschlich als Arbeitnehmer benannt - anbietet.

ternehmen andere Kosten reduzieren können. Und da ist ein Posten der von der Wirtschaftswissenschaft und der Politik mit bösartigen Folgen immer noch übersehen wird. Und dieser Posten besteht aus den Zinsen, die in allen Preisen als Kosten einfließen. Das ist bei Mieten, ein sehr hoher Betrag und bei kurzlebigen Güter, wie die Tageszeitung ein prozentual geringer Betrag. Und dieser Zinskostenanteil ist von der Höhe des Dividende heischenden Kapitaleinsatz abhängig. Im Durchschnitt rechnet man mit einer Belastun g von 30 bis 40 % des Nettoeinkommens. Das gilt auch für den Sozialhilfeempfänger. Der nächstgrößere Posten sind die Abgaben (Steuern) an den Staat. Je mehr er vom Einkommen der Bürger und den Unternehmen abschöpft, um den großen Umverteiler und Investor zu spielen, je weniger bietet der Arbeitsmarkt die Chance einen auskömmlichen Lohn zu erzielen. Weitere Kosten, die wuchern, verursacht die Bürokratisierung der Arbeitswelt. Das Steuersystem gehört dazu.[24]

Nun zum Green New Deal: Der Grünanstrich macht das Modell nicht besser. Ich werde meine Kommentare jeweils nach jedem Zitat aus einem historischen Modell unterbringen. Sie sind aus dem Buch von Robert Lekachman. Der Titel lautet: „John Maynard Keynes – Revolutionär des Kapitalismus“, 1966.

> Im Laufe der letzten vier Jahrzehnte haben viele Amerikaner dreierlei Erfahrungen gemacht; sie erlebten den Schrecken der Großen Depression, die neue Hoffnung des New Deal und den verbreiteten Wohlstand, der sich im Gefolge der gewaltigen Rüstungsausgaben des Zweiten Weltkriegs einstellte. (S. 14)

Daraus ist erstens abzuleiten, dass die USA nicht den Krieg gegen Nazideutschland und Japan geführt hat, um der Freiheit eine Gasse zu schlagen, sondern, weil sie ihn für die Konjunkturbelebung benötigten. Dem Volk musste man aber ein idealistisches Ziel vorgaukeln, damit es bereit war, dafür sen Leben einzusetzen.
Die Zweite Ableitung ist, dass Schwüre wie „Nie wieder Krieg, nie wieder Rüstung!“ gebrochen werden, wenn scheinbar nur Krieg und Rüstung das tägliche Brot liefern.

> Obgleich 1939 bereits ein halbes Dutzend Jahre des New Deal vergangen war, lag die Arbeitslosenquote noch immer sehr hoch. Welchen Aufschluß vermittelte nun diese Einführung in die Wirtschaftskunde, die zu den besten Lehrbüchern der damaligen Zeit zählte, den jungen Studenten über die Ursachen und mehr noch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit? Betrüblicherweise nicht sehr viel. (S. 15)

a) Das beweist nur, dass die Wirtschaftswissenschaft eine teure Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für eine kleine Gruppe von Bürgen ist, die nicht das leisten, was billigerweise von ihnen erwartet werden kann.
b) Das der Keynesianismus bei Abwesenheit des Krieges aufgrund der Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg auch nicht die Erwartungen – die heute noch die SPD an ihn hat

---

24 Meine ersten Beiträge von mir, die ich ins Netz gestellt habe, beschäftigen sich schon mit dem Arbeitslosenproblem. 1.1 **Arbeitslosigkeit** (61 Seiten, 334 KB) / Ursachen - Wirkungen – Lösungen und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung *Ein ordnungspolitischer Beitrag - 1977 //*
1.2 **PLÄDOYER** (11 Seiten, 162 KB) für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen - *Februar 1978*
1.3 **Franz Josef Degenhardt** (Zeitungsartikel, 568 KB) "Zu Gast in Hannover: Der Fundamentalist" HAZ vom 1. 2. 1991 / Ergänzung bzw. Bezug zu Text 1.2 /// Und dan im Herbst 2011:
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/97.0%20MindestlohnNeinJa.pdf

und inzwischen auch noch die Grünen – erfüllt, wird wegdiskutiert. Wenn es anders wäre, wäre der Keynesianismus nicht in der 70erJahren in die Stagflation stecken geblieben und danach von dem Neoliberalismus Chicagoer Prägung verdrängt worden.
c) Die Corona-Pandemie hat den Keynesianern nochmals die Chance gegeben, Verschuldungsorgien in der Erwartung zu feiern, dass daraus blühende Konjunkturlandschaften entstehen. Diese Erwartung ist auf eine Zeit von wenigen Jahren nicht ganz unbegründet, weil die Umstellung der ganzen Volkswirtschaften auf eine andere Energie für den Konsum und für die Produktion wie die Vernichtung von Kapital wirkt. Durch die Kapitalvernichtung wird der Zins bzw. die Rendite wieder hochgetrieben. Das Bestreben der Notenbanken, das Zinsniveau niedrig zu halten, geht dann zu Lasten der Preisniveaustabilität. Längerfristig wirkt diese Methode wie eine Organtransplantation, bei der sich das aufnehmende und das übertragende das Organ aufgrund der Unverträglichkeit gegenseitig abstoßen.

> Landläufige Meinungen gehen sehr oft an der Wirklichkeit vorbei. So ist es auch beim Ruf, den die beiden ersten Amtszeiten Präsident Roosevelts in der Öffentlichkeit genießen. Im Laufe der Jahre haben sich Vorurteile fest sedimentiert, die Erinnerung an damalige Ereignisse ist verblaßt. Aus diesem Grunde pflegt die Wirtschaftspolitik des New Deal fast schon mechanisch mit den währungs- und steuerpolitischen Empfehlungen der *General Theory* in Verbindung gebracht zu werden. (S. 129)

Diese Ausage ist eine Aufforderung an die Grünen, genauer zu sagen, was sie unter einem Green New Deal verstehen.

> Das Modellbeispiel für die Wirksamkeit Keynes'scher Gegenmittel wurde nicht in den 30er Jahren geliefert, sondern durch das gewaltige Anschwellen der Staatsausgaben während des Krieges sowie durch den darauffolgenden Boom der Konsumgüter in der Zeit kurz nach dem Krieg. Beide Ereignisse beweisen, daß eine Regierung Arbeitslosigkeit ausschalten kann, wenn sie hinreichende Ausgaben bei hinreichender Verschuldung des Staates tätigt. Wie Keynes selbst bereits in seiner *General Theory* bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann. (S. 130)

Gesell hatte die bessere Idee, die Keynes auch bekannt waren. Siehe Text 172.3. Gesell empfiehlt den Krieg als Mittel der ökonomischen Stimulanz nicht. Der Krieg sabotiert auch die Ziele der Humanität und der Nachhaltigkeit.

> Eine >reife Volkswirtschaft< wird nicht mehr durch intensive Investitionstätigkeit nach vorn getrieben. Genau das war die Lage der amerikanischen Wirtschaft. (S. 152)

Gesell beschrieb diese Lage, die Mitverursacher des Zweiten Weltkrieges ist, 1918 wie folgt im Voraus:

> Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: „Nie wieder Krieg!“, entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige

> Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: „Arbeitssuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen." Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.
>
> Entnommen: „An die Überlebenden", Eingeleitet und zusammengestellt von Friedriech Salzmann, Bern 1945. Siehe auch: Silvio Gesell, Gesammelte Werke Band 17, Seite 257

> Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'scher Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. Selbst eine Nation mit hohem Entwicklungsstand könnte so viele Schulen, Straßen, Wohnhäuser, Erholungsgebiete und Krankenhäuser bauen, daß damit der gesamte Bedarf abgedeckt wird. Was geschieht, wenn sich die Nachfrage nach vollkommen nutzlosen Dingen bis ins Uferlose potenziert? Was geschieht, wenn diese Nachfrage tatsächlich durch die Ausgabe von neuem (Papier-Geld) finanziert wird? Die Periode von 1941 - 1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. Im wirklichen Leben resultierten diese Ereignisse aus ökonomischer Verschwendung, genau wie Keynes es vorausgesagt hatte. Im Zweiten Weltkrieg waren Panzer, Bomber und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld. (S. 177)

Wollen die Grünen wirklich lieber Panzer, Bombenträger und Flugzeugträger bauen lassen als gotischen Kathedralen wie im hohen Mittelalter, die heute noch bestaunt und bewundert werden? Als Alternative könnte man auch die „unteren" Bildungsklassen von der Arbeit entlasten, die der Wiederaufbau der Zerstörung von Wohnungen, Fabriken und Straßen jedes mal durch Kriege zur Folge hat und an dem teilnehmen lassen, was bei uns Kultur genannt wird.
Freunde im Geiste und ich haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die gotischen Kathedralen aus dem Wohlstand der damaligen Zeit finanziert wurden und nicht aus abgepressten Steuern. Aber die Grünen sind da genauso taub, wie ihre Konkurrenten, sie haben ja keine Zeit für eine sachliche Prüfung, sie müssen ja Programme diskutieren und Politik machen. http://www.tristan-abromeit.de/pdf/133.0.Brakteaten.800.Jahre.Neustadt.pdf

> >Man hat einmal gesagt, der letzte Krieg war der Krieg der Chemiker, dieser der Physiker. Genausogut kann man behaupten, daß dies ein Krieg der Ökonomen ist. Doch ohne vernünftige wirtschaftliche Grundsätze auch für eine Gesellschaft im Frieden sah das Land schweren Zeiten entgegen. Samuelsons abschließende Zusammenfassung enthielt eine düstere Vorahnung:
>
> > Jeden Monat, jeden Tag und jede Stunde pumpt die Bundesregierung Millionen, ja Milliarden Dollar in den Kreislauf der amerikanischen Volkswirtschaft...

> Nur durch Regierungsausgaben in Höhe von 100 Milliarden Dollar wurde das derzeitig hohe Niveau im Output und im Beschäftigungsgrad erzielt. Davon wurden 50 Milliarden Dollar durch Defizite finanziert . . . Durch eine einfache statistische Rechenoperation kann man zeigen, daß selbst bei den Industriezweigen mit den günstigsten Zukunftsaussichten in der Nachkriegszeit, also dem Automobil-, Flugzeug- und Schiffbau und der Elektronikindustrie, das derzeitige Beschäftigungsniveau unter keinen Umständen aufrechterhalten werden kann, nicht einmal die Hälfte, ja nicht einmal ein Drittel davon28. (S. 186)

Das Geld nationaler Währungen oder ein solches, wie das des Euro, das für einen Wirtschaftsraum in den Verkehr gebraucht wurde, sind Forderungen auf Güter in dem Markt, für die es gelten soll. Wenn es den USA 1944 nicht gelungen wäre den anderen Staaten das Bretton Woods-System [25] aufzudrücken, dann wäre das Experiment mit einer Superinflation des Dollar geendet. Denn auf diese Weise gelang es der USA den Nicht-USA-Ländern Dollars (Ansprüche auf Güter im US-Markt) als US-Dollar-Währungsreserven bei ihren Noten- und Geschäftsbanken und auch für den internationalen Güteraustausch in Reserve zu halten. Diese Vorrats- oder Sicherheitshaltung wirkte wie ein Horten der Dollars. Es hatte die Wirkung, dass die Dollars nicht inflationär auf den US-Binnenmarkt seine Kaufkraft entwertend auftrat.[26] Auf diese Weise gab das US-Ausland der USA zinslose [27] Kredite für deren wirtschaftliche Expansion. ((Nebenbei: Das System mit dem fixierten Austauschkurs und dem Ankaufszwang des Dollars durch die Bundesbank und der Unterbewertung der DM, war die Ursache der Inflationierung der DM.))

> Mit dem Tag des Sieges über Japan, dem 2. 9. 1945, endete der erste Krieg, der nach Keynesianischen Grundsätzen geführt wurde. Beweise für diese Behauptung sind im Überfluß vorhanden. (S. 203.)

Wie viel Tote und wie viel Zerstörung darf es im Fall eines Falles bei einem neuen Experimentes dieser Art geben?

Es klingt ja alles so wie eine Anklage. Das lässt sich nicht ganz vermeiden. Ich selber frage mich immer in solchen Situation, für welche Fakten und Vorkommnisse ich ein Aufmerksamkeitsdefizit ich habe. Wenn man eins oder mehrere hat, merkt man es ja nicht oder erst dann, wenn das nicht Wahrgenommene einem wie ein Backstein auf die Zehen fällt. Wer herausfinden will, ob ich hier nur Behauptungen aufstelle, die Sachverhalte aber für wichtig hält, der muss anfangen, sie selber zu prüfen.

Ich habe in dem Text 172.5 „Die Herrschaft der Experten – Technokratie statt Demokratie“ auf das Buch „Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft“,1956 verwiesen. das von Aussteigern aus der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft verfasst und von Friedrich Salzmann (Schweiz) herausgegeben wurde. Da gibt es die Rubrik *IV. Hinweise auf die Geschichte der sozialen Freiheitsbewegung.* Da wird auch Keynes wie folgt vorgestellt.

> John Maynard Keynes

25 https://de.wikipedia.org/wiki/Bretton-Woods-System

26 Man kann auch im übertragenen Sinn sagen: Es wird bis heute dadurch vermieden, dass Eulen nach Athen getragen werden. (Die Eulen waren in Athen Münzen, die in Athen reichlich umliefen und daher keine hohen Wert hatten.

27 Genauer: Die USA erhielten Kredite mit einem Zins unter Null, denn es ist ja die jährliche Inflationrate des Dollar zu berücksichtigen.

Fellow of King's College, Cambridge (1883-1946)
Lord Keynes ist insofern eine markante Erscheinung in der wirtschaftswissenschaftlichen Welt, als er in schon fortgeschrittenem Alter es fertig brachte, die früher von ihm gelehrten Doktrinen der klassischen orthodoxen Überlieferung zu widerrufen und ein „Protestant“ zu werden. Während die Manchester-Schule das laissez-faire als einziges wirtschaftliches Ordnungsprinzip kannte und die störende Wirkung der natürlichen und künstlichen Monopole - hier des Geldmonopols - übersah, entdeckte Keynes den Einfluß des Geldes auf Zinshöhe und Beschäftigungsgrad. (,,Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" München und Leipzig 1936).
Nicht ohne eigene Schuld ist Keynes mißverstanden und von den Investitionsplanern in Anspruch genommen worden – weil er als Interimsmittel der Konjunkturpolitik tatsächlich Investitionen durch den Staat vorgeschlagen hat. Die inzwischen eingetretene Konjunkturentwicklung in der westlichen Welt hat aber seine Prophetie vom „sanften Tod des Rentners“ voll bestätigt, wie er sie am Schluß seines oben erwähnten Werkes ausspricht: „Ich bin überzeugt, daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist, in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benützung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertverminderung und Veraltung, zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde. Obschon dieser Zustand nun sehr wohl mit einem gewissen Maß von Individualismus vereinbar wäre, würde er doch den sanften Tod des Rentners bedeuten, und folglich den sanften Tod der sich steigernden Unterdrückungsmacht des Kapitalisten, den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten. Kapitalzinsen sind heute keine Belohnung für ein wirkliches Opfer, sowenig wie die Pachtzinsen von Land. Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil das Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. Aber während an sich Gründe für die Knappheit von Land bestehen mögen, bestehen an sich keine Gründe für die Knappheit des Kapitals.- Ein Grund an sich für eine solche Knappheit im Sinne eines wirklichen Opfers, das nur durch das Angebot einer Entschädigung in der Form von Zinsen hervorgerufen werden könnte, würde auf lange Dauer nicht bestehen, ausgenommen, wenn sich der einzelne Hang zum Verbrauch als derart erweisen würde, daß die Reinersparnis in Zuständen der Vollbeschäftigung zu einem Ende kommt, bevor das Kapital reichlich genug geworden ist.
Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase, die verschwinden wird, wenn sie ihre Leistung vollbracht hat. Und mit dem Verschwinden der Rentnerseite wird noch vieles andere einen Gezeitenwechsel erfahren. Es wird überdies ein großer Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, daß der sanfte Tod des Rentners, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird, sondern nur eine allmähliche, aber verlängerte Fortsetzung dessen, was wir jüngst in Großbritannien gesehen haben und keine Revolution erfordern wird.
Wir könnten somit in der Wirklichkeit (und es liegt hierin nichts Unerreichbares) auf eine Vermehrung der Menge des Kapitals zielen, bis es aufhört knapp zu sein, so daß der funktionslose Investor nicht länger einen Bonus erhalten wird; und auf einen Plan unmittelbarer Besteuerung, der es ermöglicht, die Intelligenz und die Entschlossenheit und die vollziehende Geschicklichkeit des Finanzmannes, des Unternehmers et hoc genus omne (die ihr Gewerbe offenbar so gern haben, daß ihre Arbeit viel billiger als ge-

genwärtig erhältlich wäre) in den Dienst des Gemeinwesens zu einer angemessenen Entschädigung einzuspannen". (S. 316-318)

Karl Walker nimmt zu der von Keynes anvisierten Investitionen in einem Vortrag von 1962 unter dem Titel **„Gesell, Keynes und die moderne Nationalökonomie“** [28]wie folgt Stellung:

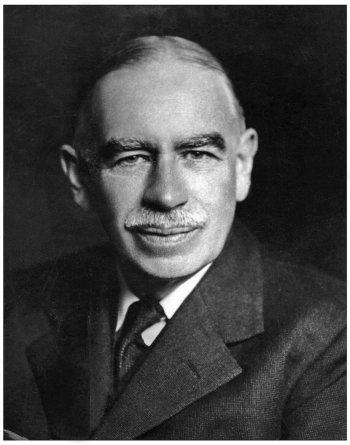
> … Während Gesell, nur vom Gedanken der sachlichen Notwendigkeit beseelt, die Konsequenz zieht, die Geldhortung mit direkten Kosten zu belasten (Durchhalte-Kosten), hat Keynes zwar ein paar wohlwollende Bemerkungen für diesen Gedanken, hält es aber für einen besseren Ausweg, den durch die Geldhortung verschuldeten Nachfrage-Ausfall mittels Kreditschöpfung, mittels staatlicher Investitionen oder Investitionsfinanzierung (defizit spending) zu kompensieren.
>
> Wohl drückt sich Keynes in seiner Allgemeinen Theorie .....in bezug auf Empfehlungen wirtschaftspolitischer Art noch mit einiger Zurückhaltung aus; der Begriff „defizit spending“, der in der Folgezeit für die Keynessche Schule geradezu programmatisch geworden ist, findet sich hier überhaupt noch nicht. Aber immerhin schreibt Keynes, nachdem er seine Zweifel darüber geäußert hat, daß der Einfluß der Bankpolitik auf den Zinsfuß an sich genügen wird, eine Optimumrate von Investitionen zu bestimmen: „Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muß, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird." (s. Allgem. Theorie, S.319)
>
> Staatliche Investitionen sind nun aber nur möglich aus einer Sparrate, die dem Volk zuvor abgenommen wurde (Zwangssparen oder Steuern), oder aus Mitteln, die aus der Kreditschöpfung hervorgegangen sind. Bei Keynes also aus der Kreditschöpfung. -
>
> Keynes fragt nicht danach: was geschieht denn nun mit den Hortungsbeträgen, wenn der neugeschöpfte Ersatz dafür in der Zirkulation ist? - daß jetzt gegebenenfalls der monetäre Anspruch auf Güter doppelt geltend gemacht wird, das ist in seinem Werk nicht einmal als Problem zu finden, geschweige denn, daß Keynes sich um die Lösung dieser vertrakten Sachlage bemüht hätte. Und die Wirtschaftswissenschaft der ganzen Welt hat ihm das kritiklos nachgesehen! -
>
> Ist es aber nicht das eigentliche Wesen der geldwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung schlechthin, daß in diesem System der legitime Anspruch auf Güter der Volkswirtschaft stets beim Gelde liegen muß? Und wenn das so ist, gilt es dann nicht auch, wenn einer seinen Anspruch nicht gleich geltend macht? Gesell wurde abgelehnt,

28 http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.15%20Wallker%20Gesell%20Keynes.pdf

weil er etwas gegen die Geld-Hortung hatte; aber ihm war eben die Geld-Ordnung wichtiger. (S. 7 f.)

http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.15%20Wallker%20Gesell%20Keynes.pdf

Aus Gabor Steingart Morning Briefing vom 21. 4. 2021



Heute vor 75 Jahren ist John Maynard Keynes gestorben. Der Brite war einer der bedeutendsten Wirtschaftswissenschaftler und der erste bürgerliche Ökonom, der die bis dahin als ausschließlich segensreich beschriebenen Wirkungen von Angebot und Nachfrage infrage stellte. Er kritisierte die unmenschliche Wirkung von Marktprozessen, die er Ende der 20er Jahre in Europa und Amerika hautnah studieren konnte.
Keynes, der 1936 mit seiner „General Theory of Employment, Interest and Money“ für Aufsehen sorgte, interessierte sich nicht in erster Linie für die Stimulierung von Wachstumsprozessen, wie heute behauptet wird, sondern für die Beseitigung von Schwankungen.
Man sehnte sich damals nicht nach mehr, sondern nach weniger: weniger Ungewissheit, weniger Risiko und weniger Armut. Der Wirtschaftsmaschinerie sollte das Willkürliche ausgetrieben werden.

Hitler und Roosevelt waren Keynesianer, noch bevor die große Theorie von Keynes publiziert war. Die beiden Politiker, der amerikanische Demokrat und der deutsche Diktator, setzten, kaum im Amt, das Geld des Staates ein, um den erlahmten Wirtschaftskreislauf wieder in Schwung zu bringen.
Der eine ließ 3900 Kilometer Autobahnen bauen, der andere 22 Staudämme, 32 See- und Flughäfen errichten. Für Beschäftigungsprogramme setzte Hitler in den Jahren 1933 bis 1936 mehr als fünf Milliarden Reichsmark ein, was rund 80 Prozent des Staatshaushaltes von 1935 entsprach. Roosevelt stellte für seine Infrastrukturmaßnahmen rund 8,6 Milliarden Dollar zur Verfügung, was rund

117 Prozent des US-Budgets von 1935 entsprach.
Womöglich haben Hitler und Roosevelt den großen britischen Ökonomen mehr beeindruckt als er sie. Der Bruch mit der klassischen Theorie war bereits praktische Politik, bevor die keynes'sche Theorie folgte. Über den Spätzünder aus London kursieren deshalb seit jeher despektierliche Bemerkungen seiner Kollegen. Joan Violet Robinson, eine Keynes-Anhängerin aus Cambridge, sagte 1971:
„Hitler hatte bereits herausgefunden, wie man Arbeitslosigkeit beseitigt, als Keynes noch dabei war zu erklären, warum sie entsteht."

Fest steht: Der Staat erwachte in Folge der Großen Depression aus seinem Dornröschenschlaf. Keynes war der Mann, der begründete, warum und wie das zu geschehen habe. Allerdings: Für Keynes war es zwingend, dass der Staat nach der Krisenintervention sich wieder aus dem Markt zurückziehen sollte. Die hohen Staatsdefizite, auch das war für ihn selbstverständlich, sollten zurückgeführt und die Schulden getilgt werden. Nur so habe der Staat die Kraft in der nächsten Krise erneut intervenieren zu können.
Dieser Teil zwei der keynesianischen Theorie wird gern überhört. Vielleicht sollte man dieses Kapitel der Grand Theory allen Finanzministern zur Amtseinführung feierlich überreichen. Erst dann wäre Keynes wirklich unsterblich.

Ich habe die Nachricht von Gabor Steingart an einem Freund weitergereicht:

Lieber Tristan,

vielen Dank für Deinen Hinweis. Meine etwas saloppe Ansicht dazu: Gabor Steingart hat keine Ahnung davon, was bei Keynes wirklich 1 und 2 ist. Zwar stimmt, dass Keynes keine ewige und immer höhere Staatsverschuldung wollte und dass er kein Wachstum, sondern ‚nur' eine Konjunkturstabilisierung wollte. Aber als Keynes 1 würde ich eher den Mr. Deficitspending incl. der Schuldenrückzahlung ansehen und als Keynes 2 den Sympathisanten der Geldreform, den die sog. Postkeynesianer noch immer glauben einfach ignorieren zu können. Und so konnten die Postkeynesianer in den Nachkriegsjahrzehnten nicht anders als – noch vor den Neoklassikern – einen Ausweg aus dem kapitalistischen Durcheinander in der Verheißung des dauerhaften Wachstums zu suchen. Was für eine perverse Schnapsidee, die überall nachgeplappert wurde. Und keiner will einsehen, dass das alles Murks ist.

Herzliche Grüße

NN (Er möchte hier seinen Namen nicht sehen.)

Hitler wird hier von Joan Violet Robinson zu viel Wissen unterstellt. Hier wird das Wirken Hjalmar Schachts sichtbar. Hitler hatte vermutlich nicht mehr Kenntnisse von den Währungs-Zusammenhängen zu den Normalbürgern, als er aber merkte, dass man da mehr mit machen konnte, als Schacht für gut hielt, hatte er die Macht seine Vorstellungen durchzusetzen und mit der Notenpresse die Aufrüstung zu finanzieren. Es war Hjalmar Schacht, der währungspolitisch umgeschwenkt ist, nachdem er vorher hinter den Kulis-

sen sich als Schachfigur von den Goldlobbyisten, die die Einführung der Goldwährung wollten, hattet einsetzen lassen. Er hat maßgeblich dafür gesorgt, dass Deutschland wieder an die goldene Kette gebunden wurde und so die Deutschen in das währungspolitische Elend, das die Deflation ausgelöst hat, zu stürzen und in Folge in der Mörderrolle zu katapultieren.
Das alles wäre nicht nötig gewesen, wenn der Verstand der Demokraten und besonders der Sozialdemokraten, nicht so ideologisch gebunden gewesen wäre.

Dazu drei Auszüge:

1. Hjalmar Schacht bekennt:

> Ich habe mich auf theoretische Auseinandersetzungen weder mit den Nominalisten noch mit den Indexwährungstheoretikern jemals eingelassen und habe immer ganz offen ausgesprochen, daß ich von Währungstheorien allein nicht viel halte, daß ich aber jederzeit bereit sein würde, diejenige Währung anzunehmen, die von Amerika und England angenommen würde. Ich unterlasse es deshalb auch an dieser Stelle, mich mit den Fragen der Goldwährung, der Goldkernwährung, der Devisenwährung usw. auseinanderzusetzen, und konstatiere lediglich, daß die metallistische Währungstheorie in der Welt nicht schwächer, sondern stärker dasteht als je zuvor und daß nichts so sehr wie der Krieg die Überlegenheit der Goldwährung bewiesen hat das kann und soll nicht hindern, daß die Leiter der großen Zentralnotenbanken sich stärker als früher der Aufgabe zuwenden, durch eine richtige Verteilung und Verwendung des Währungsgoldes Preisschwankungen nach Möglichkeit zu verhindern.
>
> Aus: Hjalmar Schacht / Die Stabilisierung der Mark, 1928, S.160

2. Gustav Cassel

> Was man auch immer von Dr. Schachts Währungspolitik und seiner Art, die deutsche Währung unter der nationalsozialistischen Regierung zu manipulieren, denken mag, man muß ihm auf jeden Fall das große Verdienst zuerkennen, daß er ein für allemal den Humbug, eine Währung mittels geliehener Goldreserven zu "stärken", entlarvt hat. (S.176).
>
> Aus: ***Der Zusammenbruch der Goldwährung*** von Gustav Cassel, deutsch 1937

Cassel kannte wohl die Rolle von Schacht bei der Einführung der Goldwährung nicht.

3. Diese Rolle wird sichtbar, wenn man den Abschnitt „Dr. Greely Hjalmar Schacht“ in **Geheime Mächte** / Geheimbünde und Untergrundbewegungen in Geschichte und Gegenwart liest.

> … Hierüber berichtet Leopold Schwarzschild in einer größeren Abhandlung. Aus ihr wird der weiter unten geschilderte Zweikampf um die Währungsherrschaft in Deutschland vor und nach der ersten großen Inflation sichtbar. Es war das Duell zwischen dem Großgrundbesitz und der zu ihm gehörigen Finanz- und Industriemacht auf der ei-

nen Seite und den Verteidigern der Goldwährung, also den international orientierten Finanzgruppen, auf der anderen Seite. Prätendent für den Posten des Reichsbankpräsidenten war für die erste Gruppe Karl Helferich, für die Goldwährungspartei Dr. Horace Greely Hjalmar Schacht. …

Der nachfolgende Link führt zum ganzen Text.
https://www.tristan-abromeit.de/pdf/96.3%20Doku.Noebe.Schacht.pdf

Zur CDU als möglicher Koalitionspartner der GRÜNEN

Ein neuer Tag, eine neue Runde. Ich muss zu Ende kommen meine Frau mahnt Außenarbeiten am Haus an. Ich zweifle mal wieder am Sinn meiner Bemühungen, merke, dass mir diese Schreibarbeit gesundheitlich nicht gut bekommt und finde den Schalter >Abbruch< nicht. Obendrein fällt mir der Bericht zum Thema „Querdenker werden vom Verfassungsschutz“ aus der Tagesschau von gestern, den 28. 04. 2021 wieder ein. Damit möchte ich aber nicht anfangen, es ist kein erfreuliches Thema.

Mein Blick fiel unter den bereit gelegten Büchern auf den Titel: > ***Die Warnung*** */ Wie der Rechtsstaat ausgehölt wird / Deutschlands höchster Richter a.D. klagt an* < von **Hans-Jürgen Papier**. Papier sollte in meiner Schilderung eigentlich erst ins Spiel kommen, wenn ich mein Bürgerurteil über die Verfassungs- und Demokratiefeindlichkeit unserer Verfassungsorgane begründe. Ich habe das Buch (2. Auflage 2019) mit viel Zustimmung im vorigen Jahr gelesen. Aber ich brauchte ein Aufputschmittel, damit ich weitermache. Ich schlage also das Buch ohne genaues Ziel auf und lande auf der Folgenden Seite, in der nicht einmal ein Merkfähnchen hing.

6

Politik und Verfassung: Auf Kollisionskurs

Unbequeme Hüter

Politiker wechseln - die Verfassung bleibt. Herrschaft und Unverbrüchlichkeit des Rechts sind konstitutive Elemente der Rechtsstaatlichkeit. Sie stehen damit über dem politischen Tagesgechäft. Alle Staatsorgane, also Parlament, Regierung, Verwaltung und die Gerichte, sind zuallererst der Verfassung verpflichtet. Das war durchaus nicht immer so, sondern ist erst der Erfahrung des nationalsozialistischen Unrechtsstaats geschuldet. In der Wei-

> marer Republik war das Verständnis von Demokratie noch so, dass jede mehrheitsfähige politische Auffassung die Führung im Staat übernehmen konnte. Ein eindeutiges Kriterium für die Grenzen politischer Anschauungen gab es nicht.
> Demgegenüber legte der 1948/49 tagende Parlamentarische Rat das im Auftrag der westlichen Alliierten verabschiedete Grundgesetz auf zentrale Werte wie Freiheit, Toleranz oder Würde fest - Werte, die unumstößlich sind. Ein Novum war auch die Entscheidung für eine eigenständige Verfassungsgerichtsbarkeit, die man längst nicht in allen Demokratien vorfindet. Für die politische und gesellschaftliche Praxis bedeutete dies.- Die verfassungsmäßig verbürgten Grundrechte wurden zu unmittelbar geltendem, auch den Gesetzgeber bindendem Recht, statt wie früher auf bloße Programmatik reduziert zu werden. (S. 143)

Das ist „Kaffee“ oder „Tee“ für meinen Geist, den ich auch mir selber zubillige, genug. Die Aussage von Papier spiegelt den Hintergrund, auf dem ich argumentiere. Ich brauche ihn hier nicht zu kommentieren.

Zwischendurch gab es einen wirklichen Tee – angesetzt aus einer Ostfriesen-Tee-Mischung. Es war auch die Zeit zu überlegen, wie ich fortfahre. Erst mal will ich anmerken, warum mir bei meinen Überlegungen zum möglichen Koalitionspartner für die Grünen nicht gleich die FDP eingefallen ist.

Dann eine Anmerkung zu einem Artikel aus dem Spiegel, der uns von einem Nachbarn rübergereicht wurde. Und nach dem Eingehen auf die Nachrichtenlage zu den „Querdenkern“ dann meine Beurteilung der CDU als Koalitionspartner.

<u>Zur FDP als Koalitionspartnr:</u>

Ich bin 1969 in Bremerhaven in die F.D.P. eingetreten, nachdem ich den Versuchsballon Liberal Soziale Partei – nach einen Mehrheitsbeschluss - aufgelöst und die FDP als Zeichen ihrer Erneuerung Punkte hinter den Initialen ihrer Partei gesetzt hatte. Und als Walter Scheel 1968 Erich Mende als Vorsitzender des Bundesvorstandes der Partei abgelöst hatte.

Eine Partei kann man jeden Tag gründen, aber nicht erfolgreich. Es kommt auf die politische Lage an und ob sich eine Opposition gebildet hat, die mit den bisherigen Parteien unzufrieden ist. Dann ist es wichtig ob Parteigründer, die Themen und Anliegen bedienen können, an denen sich die neue Opposition kristallisiert hat. 1967 spürte förmlich, dass in der BRD ein Bedarf an organisierter Opposition vorhanden war. Es war aber so, dass damals die allein herrschenden Parteien CDU/CSU, SPD, auch die FDP und der konservative Hochschulbetrieb besonders die jungen Menschen in den Marxismus trieben. Die etablierten Parteien und die Wirtschaftswissenschaften boten keine freiheitlichen Lösungen für die sichtbar gewordenen gesellschaftlichen Probleme an. Da hatten wir paar Gründer, ohne Zugang zu den Medien, ohne Netz – das es noch nicht gab – und einer Portokasse, die aus einem schmalen Familieneinkommen aufgefüllt werden musste, mit

unserem freiheitlichen Ansatz, keine Chance.

Aus diesen Erfahrungen ab 1967 leite ich ab, dass die Ursachen für die 68er-Aufstände, den daraus hervorgegangenen Terrorismus und auch die heute bestehende Querdenker-Bewegung in der unbefriedigenden Politik der Parlamente, Regierungen und herrschenden Parteien haben.

Aber ich bin ja noch bei dem Thema FDP als Koalitionspartner. Dass der Bundesvorsitzende Christian Lindner der einer Jamaika-Koalition 2017 nicht zugestimmt hat, finde ich als ein gutes Zeichen im Sinne von Stichwort. Ich kann dafür jetzt keine objektiven Gründe benennen. Ich bewerte nur seine Haltung. Die von den Parteien abhängigen Abgeordneten erfüllen ja alle nicht die Bedingungen des Artikels 38 GG. (1), 2. Satz: *„Sie sein Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“* Konkret sind sie aber an Weisungen ihrer Parteien gebunden, wenn sie nicht in die politische Bedeutungslosigkeit versinken wollen. Wenn damals Lindners Nein nicht ein hinter den Kulissen abgestimmtes Verhalten war, sondern nur ein aus seiner Überzeugung gesprochenes Wort war, ist es in dem politischen Geschehen, eine bemerkenswerte Leistunng.

In den Gründungsvorgang der Grünen Liste (GLU) in Niedersachsen (die Gebärmutter der Grünen und der GRÜNEN) war ich von Beginn an involviert. Aufgrund der Erfahrungen mit LSP sah ich aber keine Chance für eine neu gegründete Partei. Aber 1978 war es dann so, dass ich für die Wahl zum Niedersächsischen Landtag für die FDP Plakate geklebt, aber ich die GLU gewählt habe.

Im Rückblick empfinde ich meine Mitgliedschaft in der FDP angenehmer als bei den GRÜNEN. Aber der Rückblick kann ja nicht nur vom Zorn geprägt sein, sondern auch von Milde. Ich habe deshalb geschaut, ob ich ein Urteil von mir aus jener Zeit finde und bin fündig geworden in einem Brief an den Parteifreund Rehkopf, der damals, wenn ich mich richtig erinnere, MdL in Niedersachsen war. Es ging damals um eine Kritik von mir an die FDP im Wahlkampf für den Niedersächsischen Landtag am 4. Juni 1978, die ich in einem Leserbrief geäußert habe. Ich gebe einen Absatz wieder, wo ich die auf die Erwiderung aus der Partei auf meine Kritik eingehe. Mir wurde eine mangelnde Solidarität mit der FDP vorgeworfen.

> 7. 4. 1978
> … Mangelnde Solidarität: Nur aus Solidarität zu Ihnen, zu den Neustädter Parteifreunden und einigen Mitglieder des FA-Wirtschaft habe ich wahrscheinlich eine politische Dummheit begangen, indem ich den von zwei verschiedenen Gruppen überzeugend vorgetragenen Vorschlag, außerhalb der FDP für den Landtag zu kandidieren, abgelehnt habe. Nur aus einem Treuegefühl heraus unterstütze ich die FDP, die mich in meiner neunjährigen Mitgliedschaft politisch und beruflich behindert hat. Die FDP hätte an ihrem Anspruch - eine liberale Partei zu sein - gemessen verdient in die Versenkung zu verschwinden.
>
> Wenn Sie, Parteifreund Rehkopf, sich nicht selber aufgeben wollen,

dann würde ich Ihnen raten, den Wählern zu sagen, was Sie für richtig und falsch halten und sich nicht allzu sehr auf die Partei zu berufen....

Es folgt mein Schreiben zum Austritt aus der FDP:

Tristan Abromeit
3057 Neustadt 7.7. 1978
F.D.P.
Ortsverband Neustadt
Sehr verehrte Freunde,
am Donnerstag, den 29. Ju11 1978 habe ich in der Kreisversammlung der F.D.P. Hann.-Land in Hannover meinen Austritt aus der F.D.P. erklärt.
Mein Austritt aus der F.D.P. hat wenig mit unserer Arbeit im Ortsverband Neustadt zu tun, gar nichts mit der Wahlniederlage am 4. 6. 78 aber viel mit den Ursachen für die Wahlniederlage, wobei ich die Koalitionsfrage für nebensächlich halte.
Die F.D.P. muß sich an ihrem Anspruch, eine liberale Partei zu sein, messen lassen. Die Wirklichkeit stellt sich für mich so da, daß die F.D.P.-Prominenz auf Landes- und Bundesebene den Wählern und Mitgliedern die Spreu statt den Weizen als Liberalität verkauf.
Mein Anliegen war es, den Weizen zu beschreiben. Nach neun Jahren Mitgliedschaft in der FDP habe ich vor der innerparteilichen Informationsfeindlichkeit kapituliert. Ich sehe auch für die nächste Zukunft keine bessere Wirkungsmöglichkeit in der F.D.P. Wenn die F.D.P. noch eine positive Entwicklung nehmen soll, so braucht sie m. E. noch einige Wahlniederlagen.
Ich werde zwischenzeitlich versuchen, liberale Positionen in der GLU zu vertreten. Ich hoffe, daß zwischen Ihnen und mir ein freundschaftlicher Kontakt bestehen bleibt.
Mit freundschaftlichen Grüßen
Ihr Tristan Abromeit
N.S. Mein Beitragskonto ist m.W. Ausgeglichen.

Es ist nicht so, das ich keine Sympathisanten für mein Bestreben in der FDP hatte. Aber eine offene Diskussion darüber passte immer mit Rücksicht auf den Koalitionspartner, den Wahlkampf oder anders denkende Parteifreunden gerade nicht. Mir wurde auch gesagt, meine Gedanken seien zu revolutionär, soweit sei die FDP noch nicht. Vermutlich hat sich dieses Verhalten, das jenem gleicht, was in anderen Parteien praktiziert wird und sie zum Grab guter Ideen macht, nicht geändert. Die FDP ist daher würdig für eine Koalition.

Gabor Steingart schreibt in seinem Moning Briefing vom 27. April über Gerhard Baum:

> **Gerhart Baum** war zehn Jahre lang Kabinettsmitglied. Erst unter Willy Brandt. Dann als Innenminister unter Kanzler Helmut Schmidt. Und schließlich, im Schlussakkord der sozial-liberalen Ära, war er plötzlich: Dissident.
>
> Die FDP-Fraktion wechselte im Oktober 1982 inmitten der Legislatur den Partner und die politische Richtung, von Schmidt zu Kohl, von progressiv zu konservativ. Gerhart Baum begründete im Deutschen Bundestag, warum er diesem Wechsel – die Sozialdemokraten sprachen von Verrat – nicht zustimmen werde.
>
> Der Widerspruchsgeist in ihm ist bis heute wach geblieben. Gerhart Baum war damals fast 50 Jahre alt. Heute ist er 88. Und das Verrückte: Er ist der Alte geblieben. Wenn ich ihn mit nur einem Wort beschreiben sollte, dann wäre es dieses: gradlinig. Wenn ich noch ein zweites Wort zur Verfügung hätte, dann wohl das hier: wachsam.
> Gradlinig als Mensch. Wachsam als Politiker – er hat ein besonderes Auge für Grenzverletzungen. Er spürt und riecht und fühlt es, wenn Bürgerrechte drangegeben werden sollen, wenn Machtpolitik sich gegen ethische Grundwerte durchsetzt, wenn mit dem Ressentiment gespielt wird, wenn die Lehren aus der deutschen Vergangenheit verbal zwar gezogen, aber real dann missachtet werden.

Sicher ist es schade, dass Gerhard Baum heute nicht mehr das Bild der FDP prägt. Das liegt nicht nur daran, dass Christian Linder das heutige Bild der FDP sein will und keine anderen duldet, die ihn in den Schatten stellen könnten. Hier haben auch die Medien und die Medienkonsumenten eine Mitschuld. Für die Medienmacher ist es bequemer immer wieder die gleichen Personen in der Politik anzuzapfen, das macht weniger Aufwand, als sich immer wieder auf neue Personen einzustellen, ihren Hintergrund auszuleuchten und ihren politischen Stellenwert zu taxieren. Und die Medienkonsumenten haben zum Teil ihr in der Kinderzeit beim Vorlesen erworbenes Bedürfnis nach den gleichen Figuren und Geschichten nicht abgelegt. Wenn das geändert werden würde, kämen in allen Parteien auch „Baum-Männer“ und „Baum-Frauen“ zum Vorschein. Die Bedeutungshierarchien in den Parlamenten und Parteien werden wesentlich von den Medien mit geprägt. Die Medien sind – sicher ungewollt – Mitverursacher der mangelden Vielfalt der Meinungen in den Parteien. Das widerspricht etwas meinem Urteil über Mitglieder in den Parlamenten, dass die heutige Selektion der Abgeordneten nur jene als Mitglieder in die Parlamente reinlässt, die für sich Macht wollen, um dann anderen Menschen per Gesetz sagen wollen, was sie zu tun und zu lassen haben. Ich komme auf das Thema zurück.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch an Karl-Herman Flach hinweisen, der durch frühen Tod der FDP viel zu früh verlustig gegangen ist. Ich habe die

Gedenkschirft von 1973 eingescannt und in meine Internetpräsentation gestellt.

> Die Zukunft der Liberalen
> Auszüge aus der Antrittsrede auf dem F.D.P.-Bundesparteitag am 25. Oktober 1971 in Freiburg
> Hiermit melde ich mich aus der Reserve in den aktiven Dienst der F.D.P. zurück. Fast ein Jahrzehnt lang war ich ein gänzlich freier Demokrat, stand außerhalb der Zucht der Partei und konnte mich beobachtend und schreibend dem Ideal liberaler Selbstverwirklichung nähern. Denn Journalismus ist ja nichts anderes als berufliche Inkarnation des Liberalismus (das hat sich nur noch nicht überall herumgesprochen). …
> https://www.tristan-abromeit.de/pdf/147.4.Verrat.und.Elend.Anhang.4von6.Karl-Hermann%20Flach.Gedenkschrift.pdf

Am 18. 2. 1978 habe in einer Referatsvorlage für Mitglieder der FDP im Landesausschuss für Wirtschaft in Niedersachen als aufmunternde „Publikumsbeschimpfung“ unter anderem meine damalige Freundin und heutige Frau zitiert und geschrieben:

> Freundin: Hast Du den Degenhardt schon gelesen?
> Ich: Den kann ich doch für mein Referat nicht gebrauchen.
> Freundin: Vielleicht doch!
> Ich: Ja, ich werde meine Parteifreunde fragen, ob sie mir einen, 'Degenhardt' unter den Liberalen nennen können. Denn, wenn der Liberalismus, der auch heute noch eine potenzielle friedliche Revolution darstellt, nicht von den Krämerseelen, Verbandsfunktionären, ängstlichen Möchtegernunternehmern, politisch-geistig kastrierten Unternehmern mit Angestelltenverträgen, den Großaktionären und den Bürokraten in den Ministerien zu einer Besitzstandsbewahrungsideologie verfälscht worden wäre, dann könnten wir sicher TAUSEND ‚Degenhardts' zu den Unsrigen zählen.
> Freundin: Der Liberalismus soll eine revolutionäre Idee sein? Und 1.000 ‚Degenhardts' würden singend und schreibend für ihn eintreten?
> Ich: Ja, der Liberalismus ist eine revolutionäre Idee, er kann bei konsequenter Anwendung mehr leisten als die Kommunisten, Christen und Anarchisten zu träumen wagen. Aber das ist etwas, was die politischen Vertreter des Liberalismus auch noch nicht begriffen haben. Zudem ist der Begriff Liberalismus so mit vergangenen und heutigen Fehlentwicklungen belastet, daß für das, was gemeint ist, ein neuer Begriff geprägt werden muß. Ich behelfe mich z.B. mit dem Begriff konsequente Markt-

wirtschaft. Die 1.000 ‚Degenhardts' sind weltweit gemeint.[29]

Ich denke die FDP und die SPD haben ein ähnliches Problem. Die SPD ist von beruflich Abhängigen gegründet worden, die ihre Arbeit für den Erwerb des Lebensunterhalts oft unter bedrückenden und unsicheren Bedingungen leisten mussten. Sie sahen überhaupt keine Möglichkeit auf individueller Ebene diesen Zustand zu ändern. Darum suchten sie gebündelt im Kollektiv der Gewerkschaften und mit der SPD Instrumente zu begründen, deren Führung aus ihren Reihen stammen sollten, um ihre Anliegen zu vertreten und zu verbessern.[30] Das hat sie aber dem alten sozialistischen Ziel, der Arbeit den vollen Arbeitsertrag zu bringen, nicht näher gebracht. Ihre Abhängigkeit ist geblieben. Ihre Vertretung macht sie zusätzlich abhängig, weil diese einen wesentlichen Teil ihres Arbeitsertrages in dem sozialen Sicherungssystem verwaltet und ihnen nach Gutsherrenart ihre Eigentumsanteile daraus als Gnadenakte zuteilt. Ihnen wird dann eingeredet, es sei ihre Solidarität, wenn sie anderen, die nichts dazu beigetragen haben, daran teilnehmen lassen müssen. An der kapitalistischen Ausbeutung ändert das nichts, auch wenn Gewerkschaftsvertreter in Aufsichtsräten von Kapitalunternehmen inzwischen mitreden können. Das Schlimme an dem Modell ist, dass den Abhängigen nicht vermittelt wird, dass der Anspruch des Kapitals auf einen Teil ihres Einkommens sich nicht aus der Rolle des Unternehmens ableitet [31], sondern aus den Fehlern im ökonomischen Systems. Die Freiwirtschaft benennt sie in Kurzform mit Geld, Boden- und dem Patentrecht.[32] In Einzelfällen mögen es auch noch staatliche Privilegien sein.

In der FDP haben sich schwerpunktmäßig selbständig Schaffende organisiert. Und unter ihren Wählern wird ein großer Anteil sein, der zu der gleichen Kategorie von Schaffenden gehört oder damit sympathisiert. Alle, Mitglieder und Wähler, erwarten von der FDP, dass sie dafür sorgt, das ihre Existenzbedingen sich nicht verschlechtern, sondern verbessern. Wo ihre Bedrückungen wirklich ihre Ursachen haben, wird in diesem Teil der Bevölkerung auch nicht gesehen. Die Ursache wird eher in der scheinbaren Unbescheiden-

---

29 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf

30 Ich habe dieses Modell in anderen Texten auch Gutsherren-Modell genannt, weil der Verwalter aus ihren Reihen bestimmt, was ihnen zusteht und was ihnen abverlangt werden kann. Aber die Bedingungen unter denen sie arbeiten dürfen, diktiert in diesem Modell weiterhin der Gutsherr. Und der Gutsherr ist in diesem Bild das Kapital (nicht zu verwechseln mit dem Unternehmer).

31 Das kann man auch bei Marx lesen.

32 Zwei von mehreren Ergebnissen mit der Eingabe des Suchwortes: Patentrecht in die Suchfunktion auf meiner Web-Seite.
E-Brief an Mitarbeiter derEvangelischen Akademie Loccumzu den Programmangeboten, die die Themen Bodenrecht und Patent- / Urheberrecht berühren. Juli 2012
https://www.tristan-abromeit.de/pdf/105.1.3%20Ev.Akademie.Loccum.2.pdf

Anhang 4 zu „Die Bundestagswahl 2005“ von Tristan Abromeit / Juli 2005-x-Texte und Text-Auszüge zu den Gliederungsziffern 4.6 Marktwirtschaft, Soziale Marktwirtschaft und Kapitalismus 4.7 Geldverfassung, das Bodenrecht, das Patentrecht und …
Hier ist auch der folgende Text zu finden:
Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund von Ludwig Erhard, 1988
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/35.4%20BTW%202005%20Anhang%204%20Auszuege%20SM.pdf

Gedanken zum **Patentrecht** in *Fragen der Freiheit* des SFFO, Heft 253, Fritz Andres, und Fritz Machlup. Das Seminar für freiheitliche Ordnung hat sich aufgrund von Nachfolgerschwierigkeiten verstorbener Mitarbeiter umbenannt. Ein Verzeichnis der Schriftreihe *Fragen der Freiheit* finde man hier:
http://www.fragen-der-freiheit.de/Verzeichnisse/FdF_InhaltsVZ_systematisch.pdf

heit der Arbeitnehmerschaft gesehen.

So gesehen kann sich kein gesamtgesellschaftliches Denken in den Köpfen der Politiker aufgrund ihrer Gebundenheit in parteipolitischer Programmatik entwickeln. Bei den Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, ist das aus den Redebeiträgen, die ich - durch das Fernsehen übertragen wahrgenommen habe – klar zu erkennen. Das Problem dabei ist, dass es uns mehr Probleme beschert als löst.

Die Aussagen, die ich zu den Parteivertretern in unseren Parlamenten gemacht habe, stimmen aber nur in der Summe und der Wirkung nach, die im Parteiensystem und der Art der Selektion der Mitglieder für die Parlamente angelegt sind. Jedes Mitglied des Bundestages und eines der Landtage, das unerwartet diese Zeilen liest, kann sich selbst ja als ein unabhängiges Mitglied einstufen. Einer der wenigen Köpfe, die ich zur Zeit durch die Medien vermittelt, wahrnehme, ist ***Sahra Wagenknecht***, sie wäre ein Juwel eines Parlamentes der Bürger, dass die Parlamente der Parteien ablösen muss, wenn es bei uns politisch gut werden soll. Offensichtlich wird sie in ihrer Partei DIE LINKE nur als Störenfried wahrgenommen. Dabei wäre es für DIE LINKE eine Erlösung, wenn sie multipliziert werden könnte, damit Die Linke aus ihrem selbstgewählten Ghetto herauskommen könnte.

Das Bild ist aus dem MorningBriefing von Gabor Steingart in der Ausgabe vom 26.4. 2021.

Es heißt dort:
„Sahra Wagenknecht ist tapferer. Sie hat dem Phänomen der **Abgrenzungs-Sehnsüchte** das Buch „**Die Selbstgerechten“** gewidmet, ...“

Was ist mit den GRÜNEN? Zum Glück haben sie das Klimaziel zum Thema, das ist gesamtgesellschaftlich, gesamteuropäisch und eben weltweit von Bedeutung. Aber wenn es dieses Thema nicht gäbe, was dann?

Am 30. April 2021 ist in großer Aufmachung in der HAZ zu lesen:

> „Wir wollen das System ändern“ / Annalena Baerbock soll für die Grünen das Kanzleramt erobern. Die Spitzenkandidatin fordert beim Klima, im Sozialen und in der EU-Politik einen Strategiewechsel. Wie das geht – Entscheidungen treffen, um Lösungen ringen – , das habe sie bereits gezeigt.

Wenn ein System geändert werden soll, kann man doch voraussetzen, dass das bisherige kein zufriedenstellendes Ergebnis erbracht hat. Bevor dann ein System geändert werden soll, ist es doch ratsam, erst die Fehlerquellen im bestehenden System zu suchen und zu benennen. Danach könnten die Teile ausgetauscht werden, die bisher versagt haben. Bessere Teile müssen dann bekannt und vorhanden sein. Bisher macht das politische Umfeld von der Kanzlerkandidatin nicht den Eindruck, als sei es zu den wirklichen Problemen unsere Gesellschaft (und auch der Europäischen Union) vorgedrungen. Es besteht zudem die Neigung die Lösungen in dem Zentralismus zu suchen. Diese Intentionen sind entgegengesetzt zu jenen Grünen, die die Gründung der Partei angeschoben haben. Gegen diese neue Ausrichtung wäre nichts zu sagen, wenn sie mit neuen Erkenntnissen gewonnen worden wären. Das kann ich aber nicht erkennen.

Nach Lage der Dinge steht uns – wenn Annalena Baerbock wird, was sie gerne werden möchte – keinen Systemwechsel vor, sondern nur der Versuch die staatlichen Interventionen in die Gesellschaft und Wirtschaft anders zu gestalten.

Ohne Annalena Baerbock und ihre Grünen dürfte keine Mehrheitsbildung nach der Bundestagswahl möglich sein. In der neuesten Sonntagsumfrage von Kantar liegen die Grünen nun mit 28 Prozent knapp vor den Christdemokraten. Bereits vergangene Woche meldete auch Forsa dieselbe Rangordnung.
Grün scheint die Farbe der Saison.

Bild und Text sind ebenfalls aus dem Morning Briefing von Garbor Steingart vom 26. 4. 2021.

Wenn ich das bedenke, was ich bisher von ihr wahrgenommen habe, dann hat sie dazu den Willen, die Energie und die Zustimmung der Partei und wahrscheinlich der Wähler. Es gibt aber ein Aber: 1. Annalena Baerock baut bei der Frage nach ihren Fähigkeiten auf die Kompetenz ihrer Partei. Das ist kein Mangel. Auch Angela Merkel war am Beginn ihrer Kanzlerschaft in dieser Situation. Damals bestand zwar auch schon dringender Reformbedarf in unserer Gesellschaft, aber nicht so dringend, dass sie die Regierungsstiefel die sie vorfand, nicht abtragen konnte. Und mein Eindruck ist, dass sie genauso wie Joachim Gauck als Bundespräsident mit ihrer politischen Sozialisation in der DDR hier im Westen das Gefühl hatte, an der Spitze des Fortschrittes zu stehen. So wie Joachim Gauck vermutlich das Gefühl hatte, die Spitze der Freiheitsbewegung und ihr Verteidiger

zu sein.[33] Damit ist nichts Abfälliges gemeint und gesagt. Die Bewertungen von gesellschaftlichen Zuständen und Erfahrungen hängen nicht nur von den Erkenntnissen ab, sondern auch von den Erfahrungen.

2. Für Annalena Baerock ist es eine andere Situation. Auch wenn die Grünen die meisten Stimmen bekommen würden, sind sie für eine grüne Bundeskanzlerin nicht der Machtblock, der bis tief in die Verwaltungen hinein reicht, so wie es für Angela Merkel bei ihrem Start mit der CDU/CSU bei ihrem Start war.

3. Annalena Baerbock baut auf die Beratungskompetenz der grünen Partei. Diese hat sie sicher im Sinne des Modells des *Sozialdemokratismus,* das, wenn es weiter verfolgt wird, in eine DDR 2 für Gesamtdeutschland führt. Die Europäische Union wird so nicht zu neuen Ufern geführt, die mehr Freiheit, soziale Geborgenheit, Leistungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit bringt.Das Angebot von Green Deal kann nach meiner Einsicht nicht das bringen, was man sich davon verspricht. [34]

4. Und dann zur Beratung: Das setzt ja erst einmal voraus, dass man einsehen kann, dass man der Beratungsbedürfnis hat. Es ist doch nicht immer leicht, sich und anderen gegenüber die Grenzen der eigenen Kompetenz einzugestehen. Und wenn man sich beraten lässt, muss die Fähigkeit zur intuitiven Bewertung des Rates und der Motive und Fähigkeiten des Ratgebers vorhanden sein. Die Risiken lassen sich vielleicht reduzieren von Parallelberatungen. Für diesen Bereich traue ich Robert Habeck mehr zu.

5. Was mich bekümmert ist, dass wir Deutschen immer noch einen Bedarf an einen Führer oder Führerin haben. Wenn das nicht so wäre, hätte die Kanzlerinnen- oder Kanzlerfrage nicht so ein Gewicht, denn nach dem Demokratiemodell mit der Gewaltenteilung, soll die Exekutive nur das ausführen, was die Legislative, das Parlament für richtig hält und beschließt. Es hat den Anschein, dass die Deutschen damit zufrieden sind, dass das Parlament nur der Legalitätsbeschafferin der Regierung ist.

6. Bei meinen weiteren Überlegungen zur Person Annalena Baerbock tauchte ein Bild in meiner Erinnerung auf, das ich von einem Denkmal Rouen aufgenommen habe, das Jeanne de Arc darstellen soll. Ich habe es 1956 in Rouen gemacht, als ich mit einem schwedischen Frachter dort war, auf dem ich als Matrose angeheuert hatte. Die Person und den Rahmen der Handlung kann man nicht vergleichen. Aber den Mut, die Intelligenz und das Sendungsbewusstsein schon. Oder ist es bei Annalena Baerbock das Streben nach Macht? Jeanne hat ihre Bewunderer nach ihrem Tod gefunden, Annalena hat sie jetzt schon. Man kann nur hoffen, dass sie - wenn sie es mit Unterstützung ihrer Bewunderer ins Kanzleramt schafft, im politischen Schachspiel einer Spielerin bleibt und nicht zu einer Schachfigur wird, die wie Jeanne geopfert wird, wenn es gerade passt. Das Opfer muss heutzutage ja nicht im Tod durch Verbrennen bestehen.

33 Joachim Gauck hat mein[illegible]ekt. Er hat von mir schon Post bekommen, als er im Westen noch unbekannt [illegible] war. Ich habe mich in meinen Texten mit ihm befasst. Wer Interesse hat, kann s[illegible]n auf meiner Internetseite finden.

34 Bei allem was ich schrei[illegible]dass ich kein Papst bin.

Jeanne d´'Arc
Denkmal in Rouen, Frankreich,
TA ,1956 [35]

ooooo

Wie wir die Situation in Deutschland nach der Bundestagswahl 2021 sein?

Ich denke, dass die Lage Deutschlands und die Befindlichkeiten der Bürger nicht viel besser werden, egal welches Ergebnis die Wahl bringt. Mir scheint, der Druck, der einen Klärungsbedarf signalisiert, ist noch nicht hoch genug, um diesen notwendigen Prozess auch wirklich einzuleiten. Da eine hohe Wahlbeteiligung mit einem eindeutigen Sieg einer Partei vortäuschen kann, wir seien auf einem guten Weg, was einer Unterschätzung der Probleme gleichzusetzen ist, wünsche ich mir persönlich, eine Wahlbeteiligung unter 50% der Wahlberechtigten. Es muss erst einmal bei den Parteien die Selbsteinschätzung, sie seien die legitimen Vertreter des Volkes oder was noch schlimmer ist - sie seien das eigentliche Volk - überwunden werden.[36]

Wünschenswert ist, die Wahl würde uns ein Parlament und eine Regierung bescheren, die sich beauftragt fühlt, den Deutschen durch einen Klärungsprozess ihrer Situation und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Nach einer solchen Bestandsaufnahme müste anschließend die Suche, die Formulierung und die Beschlussfassung einer Verfassung eingeleitet werden, die uns berechtigt, wirklich in einer Demokratie zu leben. Um zu erwarten, dass das geschieht, muss man schon wundergläubig sein. Wahrscheinlicher ist, das unsere „Demokraten“ die Deutschen einmal mehr in ein autoritäres Regierungssystem treiben.

Auch wenn meine Beschreibung der Situation der Deutschen sich im Nachhinein als richtig erweisen sollte, kann ich jetzt keine geschlossene Ursachenkette dafür liefern. Ich vermute nur folgende Ursachen: a) überreichlicher Konservatismus – unterschiedlicher Prägung – in allen politischen Parteien, die in unseren Parlamenten eine anteilsmäßige Macht erworben haben; b) das gegenseitige Blockieren ihrer Ziele, das Verharren im Ungenügenden verursacht, c) dass bei uns in der Politik und in der Gesellschaft allgemein ein zu großer Glaube daran herrscht, eine Gesellschaft könne:

1. beliebig nach Tagesbedürfnissen,
2. nach der Stärke des Herrschaftsanspruches der Parteien,
3. nach der Bereitschaft zu Kompromissen statt durch Auflösung der Probleme und
4. durch die Verabschiedung von Gesetzen gestaltet werden.
5.

Und dann kommt noch der Mangel an instinktiver Sicherheit aus der Fülle der Informationen, die auf uns einströmen, jene auszufiltern, die uns wirklich helfen könnten, unsere Probleme in der Gegenwart und Zukunft zu bewältigen.

Ich will mit meiner Kommentierung von ein paar Meldungen verdeutlichen, was ich hier mehr aus Intention als aus sicherem Wissen meine.

35 Die Farben sind verblasst. Ich habe im Netz ein Vergleichsbild gesucht, um sicher zu sein, dass mich meine Erinnerung nicht trügt. Ich habe aber keines gefunden.

36 Ich verwende hier den Begriff Volk im Sinne des Grundgesetzes und damit ist ja unsere Gesellschaft gemeint.

Der Sound des Abstiegs [37]

Es ist ein Artikel aus der Ausgabe der Wochenzeitschrift DER SPIEGEL, der in der Ausgabe vom 12. 03. 2021 veröffentlicht wurde und verfasst von Ullrich Fichtner. Wir erhielten ihn vom Nachbar in Kopie durch die Hecke gereicht. Er ist noch ein Jahr älter, als ich es bin. Ich nehme an, der Inhalt bedrückte ihn und er musste sich durch die stille Weitergabe des Artikels Luft verschaffen. Diskutieren wollte er nicht darüber. Die Stimmung im Land scheint nicht gut zu sein und die ist nicht nur von der Corona-Pandemie verursacht.

Der Untertitel des Artikels lautet:
Am Ende der Ära Merkel trägt Deutschland den Keim des Scheiterns in sich. Auf vielen Zukunftsfeldern Mittelmaß, als Staat dysfunktional, überheblich und im Wohlstand erstarrt. Eine Nestbeschmutzung von >Ulrich Fichtner.

Ich will nur auf paar Stellen eingehen. Fichtner leitet seinen Artikel mit einem Hinweis auf die >> Globalgeschichte aus islamischer Sicht << von Tamim Ansary ein. Die Geschichte zeige, das Hochkulturen daran zugrunde gehen, dass es ihnen zu gut geht.

Die ersten Sätze, die ich zitieren und kommentieren möchte lauten:

> … Aber es scheint so, als würden die fernen Vorfahren uns heutigen Deutschen ein paar wesentliche Botschaften zuflüstern. Dass nämlich eine Gesellschaft, die sich dem Wandel verschließt, auf Dauer nicht wohlhabend bleiben kann. Dass ein Land, das die Zeit anzuhalten versucht, um erreichten Wohlstand zu genießen, absteigen wird. Dass eine Kultur, die sich allein aus Vergangenheit und Gegenwart nährt und der Zukunft den Rücken zukehrt, dem Untergang geweiht ist. ...

Dieser Aussage kann ich mit folgenden Einschränkungen zustimmen: Der Wohlstand Deutschlands ist nicht der „Wohlstand für alle“ geworden, den Ludwig Erhard angestrebt hat. Dieser allgemeine Wohlstand kann auch nicht erreicht werden durch die Anhebung der Sozialhilfe bzw. des Arbeitslosengeldes II. Der Wohlstand Deutschland trügt, wenn er aufgrund von Durchschnittswerten beim Vermögen und Einkommen abgeleitet wird. Der Wohlstand besteht in der Summe nur relativ, wenn er an jenen Ländern gemessen wird, die ärmer dran sind. Er erscheint Ausländern auch deshalb vielleicht hoch, weil sie den Reichtum der Deutschen allgemein deshalb vermuten, weil die Deutschen sich so leicht die Taschen vom Staat plündern lassen. Große Teile der Bevölkerung haben das Stadium des Wohlstandes noch gar nicht erreicht, um ihn genießen zu können. Und viele, die den Wohlstand erreicht haben, sind dabei so ausgelaugt worden, dass sie gar keine Kraft mehr

37 Audiostory / Deutschland droht zu scheitern / Am Ende der Ära Merkel ist Deutschland auf vielen Zukunftsfeldern nur noch Mittelmaß, der Staat wirkt schwach, die Gesellschaft müde. Es braucht einen Plan B. Hören Sie hier die Geschichte (20:55 Minuten) https://www.spiegel.de/politik/deutschland/deutschland-droht-zu-scheitern-der-sound-des-abstiegs-a-99988c37-daec-41a3-8688-4304bac79061

haben, ihn zu genießen. Wohlstand ist ja auch nicht mit Reichtum gleichzusetzen und in der Armut ist er auch nicht zu Hause. Ich denke, der Wohlstand ist keine Bremse gegen den Wandel, vor allem dann nicht, wenn einsehbar vermittelt wird, das der Wandel es künftig leichter macht, diesen „Wohlstand für alle“ zu erreichen und zu halten. Berechtigt werden die Bürger bockig, wenn der Staat auftritt, wie ein Versicherungsvertreter, der von Sicherheit redet und davon, dass er das Beste für die Bürger wolle, aber heimlich denkt, das er das Beste von ihnen möchte, nämlich ihr Geld. Das heißt, die Politiker, die die Nahrung für die Medien sind, wollen immer mehr Verfügungsrechte über einen größeren Anteil des Einkommens der Bürger. Offensichtlich, weil sie sich in der Rolle von Krösus wohlfühlen und die Bürger selber für zu dumm für eine sinnvolle Ausgabe ihres Einkommens halten.

Bei dem ganzen Abkassieren durch Steuern und das Bezuschussen von Maßnahmen durch den Staat können die Bürger doch nicht mehr feststellen, ob sie zu den Gebeutelten oder den Bereicherten gehören. Und so, wie heute Politik gemacht wird, wird auch befürchtet, dass das Neue mit einem Zuwachs an Bürokratie und Vorschriften verbunden ist. Da stellt sich keine Innovationsfreudigkeit ein.

Natürlich spielt auch die Ungleichverteilung beim Einkommen und Vermögen eine Rolle. Die Einkommens- und Vermögensverteilung spiegelt weder die Leistungsbereitschaft noch die Intelligenz der ökonomisch arbeitenden Menschen wider. Das wäre aber die Voraussetzung bei der Bereitschaft, Änderungen mitzutragen. Wer erlebt, dass der „Fortschritt“ sich als Minus auf seiner Lohn- oder Gehaltsabrechnung und als Minderung seiner haftenden Gestaltungsfreiheit im Alltag widerspiegelt, wird eher auf die Bremse treten und nicht auf das Gaspedal. Das Klima der Verweigerung gegen Veränderungen wird vom Staat, genauer von den Abgeordneten der Parteien, die die Regierungen und die Parlamente erobert haben, erzeugt.

„Der Sound des Abstiegs“ den Ullrich Fichtner beschreibt sollte uns weder zu Tränen des Selbstmitleides treiben, noch zu einem blinden Aktivismus verführen. Hier auf seinen Beitrag gründlich eingehen, würde wenigstens den gleichen Platz erfordern, wie die Ausführungen von Fichtner, die es wert sind ausführlich diskutiert zu werden. Ich mache aber nur noch kurze Anmerkungen zu einzelnen Punkten, die mir aufgefallen sind.

Mit dem Titel vom „ … Abstieg“ klingt ja „**Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte** (dem) ... kulturphilosophische Hauptwerk von Oswald Spengler.“ an. (Wikipedia) Ich verweise daher auf meine Anmerkungen auf zwei Autoren, die über den Aufstieg geschrieben haben.

Meine notierten Stichworte aus Fichtners SPIELEL-Artikel:

„Der gewaltige Überschuss im Außenhandel unterstrich die globale Konkurrenzfähigkeit.“

Der Überschuss im Außenhandel wurde in Zeiten von Währungen, die an Gold gebunden waren, angestrebt, weil fast ausschließlich die Geldmenge im Binnenmarkt für eine wachsende Wirtschaft beschafft werden konnte. Da alle Volkswirtschaften das gleiche Bestreben hatten, war damit auch der Anlass für Kriege gegeben. Aber auch bei der heutigen Lage des internationalen Güteraustausches ohne Goldwährung sind die Überschüsse ein Problem. Denn das Ausland, das in Deutschland eingekauft hat, hat sich in Höhe des deutschen Überschusses verschuldet, weil es weniger nach Deutschland exportieren

konnte, als es von Deutschland importiert hat.

Hier müssten Antworten auf die folgenden Fragen gefunden werden:

Ist es richtig, dass die Exportabhängigkeit Deutschland zu Zeiten der DM entstanden ist, als diese gegenüber den US-Dollar unterbewertet, mit einem fixierten Austauschkurs und Ankaufszwang der Devisen durch die Bundesbank war und auf diese Weise eine ständige Exportförderung zulasten der Binnenwirtschaft (Inflationierung der DM) erhielt?

Ist die Rückzahlung der Mehrwertsteuer an die Exporteure eine Exportförderung, die eine Wettbewerbsverzerrung im internationalen Handel darstellt, die Binnenmarkt und die Staatskasse belastet? 1972 hat Karl Walker ein Gutachten vorgelegt, das er unter dem Titel „Milliarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer" veröffentlichte. Es kann ja sein, dass Karl Walker geirrt hat, aber ich habe von keinem wissenschaftlichen Institut und von keiner Staatsanwaltschaft gehört, die der Frage nachgegangen ist, ob das stimmen kann. Das ist merkwürdig, wo das Kassieren von Provisionen für die Vermittlung von Schutzmasken durch Abgeordnet einen großen Wirbel ausgelöst hat.

Der Im- und Export im Freihandel ist ein Segen für die Menschheit, aber unter welchen Bedingungen wird er für einzelne Völker zum Fluch? Man das zum Beispiel an das unterschiedliche Lohnniveau in Import und Exportländer beobachten. Ganze Handwerke und Industriezweige können zum Aussterben in Importländer führen, die ein hohes Lohnniveau haben. Da gleiche gilt, wenn der Markt von Importländern mit niedriegem Lohnniveau mit Waren aush Hochlohnländern gefüllt werden, die so hoch von den Exportländern subventioniert wurden, dass die heimischen Produzenten kein Preis realisieren können, die die Gestehungskosten abdecken.

Welche ökologischen Auswirkungen hat der Im- und Export? Müssten die ganzen Kosten der Reinhaltung und Regenerierung der Meere, Wasserstraßen und Hafenanlagen (auch in internationalen Gewässern) entstehen, nicht durch die verursachende Schifffahrt kostenmäßig getragen werden?

ooo

Deutschland ist, so groß es ist und so selbstbewusst es tut, auf vielen Feldern heute höchstens Mittelmaß, und das stimmt leider auch für jene Bereiche, in denen sich gerade die neue industrielle Revolution ereignet. …

Soll ein neuer Nationalismus in Deutschland darauf aufgebaut und befriedigt werden, dass es in der ökonomischen Entwicklung immer der erste ist? Wenn ja: Wer wäre in einer solchen Entwicklung die Reiter und wer die Lastesel? Wäre es nicht für ein gutes Selbstwertbewusstsein der Mitglieder der Groß-Gruppe, die sich als Deutsche verstehen, gut, dass es von den Produkten und von den Produktionsstätten hergesehen, nicht nützlicher, dass bei den Produkten und ihren Herstellern die Bezeichnung „deutsches Produkt" und deutsches Unternehmen (Made in Germany) stehen würde, wenn es von der Herstellung und von den Eigentumsanteilen hergesehen, (Das gleiche gilt natürlich auch für Angehörigen und Unternehmen anderer Länder.) Ich denke, es ist ein Anliegen jeglicher Gruppe – egal

wie groß oder klein sie ist - gruppendynamisch betrachtet – sie stolz auf die Leistung und das Ansehen der Gruppe in der Gesamtheit einer regionalen Einheit, in einem Land oder der Welt sein möchte. Es erscheint mir nicht gut, das anonyme Kapitalgesellschaften sich in den nationalen Gesellschaften einnisten und sie von innen her aushöhlen. Wenn es gelänge, die Rendite gegen Null zu drücken, würde dieser Verfremdungsprozess der Wirtschaft auch aufhören. Das ist aber nicht die Idee, für wirkliche Unternehmer die Grenzen dicht zu machen.

Es gibt auch ein starkes Bedürfnis nach Entschleunigung, nicht nur in unserer Gesellschaft!

Übersehen wird auch zu oft, dass die ökonomische Spitzenposition der Deutschen mit Verzicht auf Lebenslust und -freude durch Disziplinierung bei der Arbeit erkauft wurde und wird. Das heißt, der Vorsprung auf eine Vorrangstellung in der Ökonomie wurde den Deutschen nicht geschenkt, sondern er wurde den Deutschen durch mehr Leistung (im Vergleich zu anderen Ländern) abgepresst. Das Verfügungsrecht über das Mehr an Ergiebigkeit wird aber nicht den Leistungserbringern zugeordnet, sondern als Opfergabe für jene deklariert, die weniger ergiebig wirtschaften. Ist es da verwunderlich, dass die Deutschen die Lust auf einen vorderen Platz im internationalen ökonomischen Wettbewerb vergeht?

Es mag sein, dass die Digitalisierung der Kommunikation im Wirtschaftsgeschehen zu langsam entwickelt wurden. Ich habe es ja selbst bei der Nutzung des Netzes mit meinem PC gemerkt. Aber es gibt nicht nur eine Unterschätzung der digitalen Möglichkeiten, sondern auch eine Überschätzung. Es gilt also zu lernen, die Gefahr der Langsamkeit gegen die, die aus der nicht kontrollierbaren Beschleunigung entsteht, gegenseitig abzuwägen. Außerdem ist zu beachten, dass die Digitalisierung ja nur einen Sinn hat, wenn sie den Menschen dient und nicht um gekehrt, das der Mensch der Diener der Digitalisierung wird.

ooo

> … Es ist gewiss nicht Angela Merkels Schuld, dass die Deutschen häufig mit dem Neuen fremdeln, aber es ist ein Problem, dass sie selbst dieses Fremdeln so perfekt repräsentiert. Es hat nichts geholfen, dass mit ihr die erste Naturwissenschaftlerin ins Kanzleramt einzog, im Gegenteil. Nicht Wissen und Erkenntnis sind offenkundig das Problem ihrer Politik, sondern der Mangel an Leidenschaft und Tatendrang. …

Die Wähler habe es möglich gemacht, dass die CDU/CSU Fraktion (und ihre jeweiligen Koalitionspartner (3 x SPD und 1 x FDP) Angela Merkel zu sich ins politische Bett geholt haben. Es war zu erwarten, dass sie dort die Person bleiben würde, die sie war, als sie in dieses Bett eingestiegen ist. Sie hat es dann verstanden, dass die politischen Beischläfer nach ihrer Pfeife tanzten. Menschlich gesehen finde ich sie gut. Ich kenne sie allerdings nur durch Medien vermittelt. Dass ich mit ihrer Politik nicht zufrieden bin, dafür kann sie nichts. Ich hatte mir von der Vereinigung von DDR und BRD einen demokratischen Entwicklungsschub erhofft.[38] Der wurde von der BRD verhindert. Ob sie dass wissend in Kauf genommen hat, weiß ich nicht.- Sie hat ihre politische Sozialisation in der DDR erlebt. Und die ist nicht beliebig *austauschbar*. Aus dieser Sicht, waren die Manöver der Westparteien vielleicht nichts Ungewöhnliches.

Die Sozialisation prägt die Vorstellung von der Politik und dem Staat. In der DDR war offen-

38 Das wird vermutlich vielen anderen Wessis auch so ergangen sein.

sichtlich die Volkskammer (das Parlament) eine Institution, die für die politische Dekoration, für den Schein des dortigen Staates als Demokratie, zu sorgen hatte. Und so versteht sie in abgewandelter Form den Bundestag auch wohl. In der Tat ist der Bundestag eine Legitimationsmaschine, wie es die Volkskammer auch eine war. Und diese Wirkung wird gespeist aus einer institutionellen Schwäche unseres politischen Systems. Hinzu kommt, dass alle unsere Parteien, die im Bundestag vertreten sind, an einer ordnungspolitischen Verwirrung leiden. Wenn so weiter Politik gemacht wird, wie seit Jahren, dann müssen wir das Kürzel BRD bald gegen jenes, von dem wir glaubten, dass es Geschichte wäre und DDR lautet, austauschen. Da es aber keine Kopie von der alten DDR sein wird, muss das Kürzel wohl mit II oder neu ergänzt werden. Der Komplex Staatssicherheit ist hier im Vergleich ausgenommen, der muss im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutz und der besseren, eleganteren Abschöpfung der Daten in der uns gewährten Narrenfreiheit betrachtet werden. [39]

ooo

> Die Verantwortlichen in Bund und Ländern können sich der Einsicht nicht länger verweigern, dass der Föderalismus in seiner heutigen Form das Land in Gänze schwächt und bremst. Es braucht, für die gewaltigen Aufgaben, die anstehen, deutlich mehr Möglichkeiten zu zentraler Entscheidung. …

Es ist immer wieder zu beobachten, wenn Autoren und Politiker mit irgendwelchen Zuständen oder mit den eigenen Denkergebnissen nicht zufrieden sind, dann treten sie die Flucht in den Zentralismus an. Alle negativen Erfahrung, die damit schon gemacht wurden werden verdrängt, weil man glaubt, einen Weg gefunden zu haben, auf dem ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden kann. Brüssel muss das am Zentralismus erstickte Moskau werden. Weil man noch nie die Marktwirtschaft als dezentrales System zur Wirkung kommen lassen hat, sondern den Kapitalismus mit eingebauten Konzentrationstrieb (der als Zentralisierung ökonomische Macht gesehen werden muss) den Vorzug gegeben hat, und ihn unter der falschen Benennung als Marktwirtschaft verkauft hat, hängt man bequemer Weise ihr die Mängel des Kapitalismus an.

Es sind die falschen Schlüsse, die aus den Beobachtungen gezogen werden, die uns zu schaffen machen und in die falsche Richtung laufen lassen. Für den ganzen Bildungsbereich, aus dem die Freiheit ihre Nahrung zieht, muss die Nachfrageseite atomistisch werden und die Angebotsseite in eine nicht mehr übersehenden Zahl von Anbietern aufgelöst werden. Und die Zertifizierer und Berater, soweit sie durch ungeeignete Bildungsgänge nicht das und Wissen für realistische Beurteilungen und Beratungen haben, müssen in die Wüste oder zur Umschulungen geschickt werden.
Unsere Republik ist alles anders, als föderativ aufgebaut. Es ist ein Mischmasch von Zuständigkeiten und Finanzierungsquellen. Wenn eine Einheit versagt, dann fällt der negative Erfolg nicht dem Verursacher auf die Füße, sondern jenen, die ein besseres Ergebnis erzielt haben.

ooo

39 Auf das Thema Flüchtlinge und unsere Bundeskanzlerin gehe ich außerhalb dieses Abschnittes ein.

> Es kommen härtere Tage. Und Deutschland ist nicht in Aufbruchsstimmung. Es gibt, obwohl ein Wahljahr läuft, kein positives Projekt, keinen politischen Vorschlag für eine gemeinsame Reise in die Zukunft.

Wodurch oder womit soll denn auch eine Aufbruchstimmung kommen, wenn alle klugen Leute in den Medien, der Politik und Lehre mehr oder weniger den Weltuntergang verkünden und sich in einen Bunker aus Wissen (statt aus Beton) eingeschlossen haben, der keine Befreiungsbotschaft hineinlässt.

ooo

> Womöglich sind wir bereits in der »Nein-danke-Gesellschaft« angekommen, die der Architekturkritiker Gerhard Matzig von der »Süddeutschen Zeitung« so bitter beschrieben hat, »die in ihrer Überalterung und Perspektivlosigkeit Gefallen daran findet, den Status quo zu verteidigen gegen Veränderungen und Risiken aller Art«.

Den Status quo verteidigen Menschen doch nur, wenn ihnen keine Alternativ mit überschaubaren Risiko vermittelt wird. Aber unsere ganze Gesellschaft ist so stark auf Hilfsbedürftige – die zu meist dazu gemacht wurden – eingestellt, dass die Verwalter des Mangels und der Hilfsbedürftigen Panik bekommen, wenn sich das ändern sollte, weil siedann mit leerem Kopf und leeren Händen dastünden und selber hilflos würden. Es wurde eine Art Perpetuum Mobile des negativen Selbsterhalts installiert. Da es aber nur eine Vielzahl von Versuchen gibt, Perpetuum Mobile zu konstruieren, aber kein Versuch gelungen ist, wird auch das negative Perpetuum im Sozialen aus dem Versuchsstadium herausgeschleudert werden und den Weg freimachen für eine andere Lösung.

ooooo

Aufstieg oder Untergang

Im Zusammenhang mit dem SPIEGEL-Artikel „Der Sound des Abstiegs“, von Ullrich Fichtner habe ich weiter oben darauf hingewiesen, dass mich der Titel an jenen berühmten Titel „**Der Untergang des Abendlandes**. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte“ von Oswald Spengler erinnert hat. Ich vermute, dass der Buchtitel und der Autor bei älteren Menschen noch bekannt ist, aber nicht der Inhalt des Buches. Ich kann mich auch nicht rühmen das Buch gelesen zu haben. Ich war vor einiger Zeit aber ganz erstaunt, dass Gustav Freitag in einem der drei Bände „Bilder aus deutscher Vergangenheit“ berichtete, das das römische Reich an Währungsproblemen zu Grund gegangen ist. Es ist ja eine Aussage der Geldreformer, dass in der Geschichtsschreibung der Völker viel zu wenig die Wirkung des Währungsgeschehen berücksichtigt wird.
Mir ist jedenfalls über die Titel von Fichtners Artikel und Spenglers Buchtitel Silvio Gesells Titel „**Der Aufstieg des Abendlandes** / Vorlesung gehalten zu Pfingsten 1923 in Basel auf dem 1. Internationalen Freiland-Freigeld-Kongreß“ eingefallen. Wer sich dafür Interessiert, findet den Text im Band 14, der gesammelten Werke, ab Seite 199. Die gesammelten Werke sind auch im Netz zu finden. https://www.silvio-gesell.de/gesammelte-werke.html

Der andere Titel, der mir einfiel war „**Das Grundgesetz vom Aufstieg** / Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt“ von Peter Kafka, 1989. Peter Kafka wurde am 29. Juni 1933 geboren und starb am 23. 12. 2000. Er wurde somit ein halbes Jahr vor mir geboren. Ich wurde durch den SPIEGEL-Artikel „Wissenschaft – Opium fürs Volk“ vom 17. 07. 1989 auf ihn aufmerksam. Als ich dann in der Zeitung las, dass er zu einer Bücherlesung in die Stadtbibliothek von Neustadt kommt, bin ich zu dem angegebenen Termin dort hingefahren. Ich habe ihn am Schluss auf den Spiegel-Artikel angesprochen. Er war erfreut, das ich den Artikel kannte und fragte, ob ich mich noch mit ihm in einem Café zusammen setzen möchte. Ich habe eingewilligt. Es was als wenn sich zwei Freunde nach langer Zeit wiedertrafen. Eines Tages rief er mich an und sagte, er wolle sich von mir verabschieden, er würde sterben. Nun bin ich am Telefon nicht besonders gesprächig. Aber bei dieser Nachricht habe ich wohl noch mehr gestammelt als sonst. Im Nachhinein hatte ich ein ungutes Gefühl, denn wenn ein Sterbender einen anruft, erhofft es sich doch sicher mehr als ein paar unbeholfene Worte. Da er uns gute Gedanken auch für die heutige Zeit in der Schriftform hinterlassen hat und er sich selber nicht mehr zu Wort melden kann, mache ich gerne auf seine Hinterlassenschaft aufmerksam. Das gilt besonders im Hinblick, dass ich Ende 2005 dachte, ich müsse Peter Kafka auf die letzte Reise folgen und ich dank ärztlicher Kunst mich im Jahr 2021 immer noch melden kann.

Es folgen Auszüge aus dem genannten SPIEGEL-Artikel. Links zu meinen eigenen Texte, in dem ich auf ihn verweise oder ihn zitiere und Leseproben aus seinem Buch *Das Grundgesetz vom Aufstieg* befinden sich im Anhang Text 172.2.1.

Wissenschaft – Opium fürs Volk

Der Astrophysiker Peter Kafka über Forschungsziele 20 Jahre nach der Mondlandung

16.07.1989, 13.00 Uhr • aus DER SPIEGEL 29/1989

(im neuen Scan-Satz)

Kafka, 56, arbeitet am Max-Planck-Institut für Astrophysik in Garching bei München. Von Kafka, einem streitbaren Gegner der Atomtechnik und des amerikanischen SDI-Programms, erscheint im September ein Buch mit dem Titel »Das Grundgesetz vom Aufstieg - Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt«.

Auszüge

> Kafka, 56, arbeitet am Max-Planck-Institut für Astrophysik in Garching bei München. Von Kafka, einem streitbaren Gegner der Atomtechnik und des amerikanischen SDI-Programms, erscheint im September ein Buch mit dem Titel »Das Grundgesetz vom Aufstieg - Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt«.
>
> Schon wieder ein Fortschrittsjubiläum. Nicht 200, sondern nur 20 Jahre, diese Woche. >Ein kleiner Schritt für einen Menschen, ein gewaltiger Sprung für die

Menschheit<": Neil Armstrongs Worte, als er seinen Fuß auf den Mond setzte. Der Menschheit auf die Sprünge helfen, endlich das Schneckentempo des Fortschritts zur wilden Jagd beschleunigen - war das nicht ein begeisterndes Ziel für jeden Wissenschaftler? Doch schon höhnten Spielverderber. »Die USA müssen zum Mond, weil es ihn gibt«, und etwas später: »Die USA müssen weiterhin zum Mond, weil sie schon zweimal dort waren.« Der Kommentator der Wissenschaftzeitschrift »Nature« sah »keine großen Überraschungen«. Aber: »Da die Raumfahrt möglich geworden ist, muß nun jemand zeigen, wozu sie dient.« ...

… Die Übersicht, das heißt das Übersehen des Wesentlichen, hat in diesen 20 Jahren weiter rasant zugenommen. ...

… Ja, die »Schlüsseltechnologien«! Lauter neue »wichtige Wachstumsträger«, wie unser Zukunftsminister sagt. Erst mal Schlüssel produzieren! Türen mit Schlössern werden sich finden. Und wenn hinter jeder der Türen nur zwei neue kommen, dann öffnen sich unendliche Welten. Mit der läppischen Mondlandung waren wir noch ganz am Anfang, dennoch (so „»Nature") »erwies sie der Öffentlichkeit einen großen Dienst, indem sie auf populäre Art demonstrierte, daß es keine Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis gibt«. Wenn aber nun bald künstliche Intelligenz unser primitives, emotionsgeplagtes Hirn ersetzt und wenn die Gentechnik endlich die innovationsfeindlichen Artenschranken der altmodischen Lebenswelt durchbricht, dann kann es richtig losgehen! …

… Ist es denkbar, daß die Weltverbesserer, die oft zu den gescheitesten und gebildetsten Leuten unserer Zeit gehören, Unsinn reden? Natürlich! Das muß sogar so sein, und es war immer so. Jede Zeit hat ihren Aberglauben, und wer diesen am eindrucksvollsten formuliert, gilt als der Gescheiteste. Der Aberglaube der Aufklärung, von Bacon bis heute, entsprang der Freude an der Entdeckung des Einfachen. Das Staunen über die simplen Grundgesetze verdrängte die Achtung vor der Komplexität. …

… Der Teufel, Diabolus, das ist der »Durcheinanderwerfer«. Er hat sich in uns, an der jüngsten Front der Evolution entwickeln müssen: Wir sind fähig, wesentliche Veränderungen in Natur und Gesellschaft innerhalb weniger Jahrzehnte oder gar Jahre herbeizuführen - also schnell im Vergleich zur eigenen Lebensdauer. Dann aber funktioniert die Selektion des »Besseren« im evolutionären Prozeß nicht mehr! Es ist nicht mehr wahrscheinlich, daß sich durch uns etwas Höheres, etwas »Wertvolleres« organisiert. All die mit jenen »Schlüsseltechnologien« erschlossenen Bereiche im Raum der Möglichkeiten passen wahrscheinlich nicht mit der früher langsam gewachsenen Komplexität zusammen, bilden kein lebensfähiges Ganzes, weil die Zeit zum Ausprobieren und zum Verwerfen des Falschen nicht reicht. ...

… War ich unfair gegen meine Kollegen? Die Naturwissenschaftler sind natürlich nicht die Dealer. Sie bauen den Stoff nur an und leben schlecht und recht davon. Die wirklichen Dealer müssen wir, wie immer, dort suchen, wo sich das Geld anhäuft. Der große Beutezug im Raum der Möglichkeiten schöpft ja viel von seiner Kraft aus dem alten Mythos vom Goldesel: Wertschöpfung scheint optimal garantiert, wenn das Geld von allein mehr wird! Und dies geht ganz leicht: Man muß nur die Lebensgrundlage aller Menschen, alles Land, alle Bauwerke, und überhaupt alles Eigentum »alle zwanzig Jahre einmal über die Zahltische der Kapitaleigner wandern lassen« - wie Silvio Gesell es ausdrückte.
Und obendrein hat ja der Wunderesel, der so durch Zinsen Wert beschert, auch noch ein vorderes Ende. Es ist ästhetisch wie ethisch noch befriedigender, denn es verzehrt jeden Anflug schlechten Gewissens: Der nach vorne gewandte Zins diskontiert die Zukunft! Diskontieren heißt, eine später fällige Forderung mit Abzug von Zinsen ankaufen. Viereinhalb Prozent lassen eine Schuld, die in hundert Jahren fällig wird, hundertmal kleiner erscheinen, und in wenigen Jahrhunderten können wir uns sogar den Weltuntergang leisten.
Jetzt wollte ich Ihnen nur den Mond madig machen und bin beim Wurm in Geldsystem und Bodenrecht gelandet. Habe ich die Jubiläen dieser und der letzten Woche durcheinandergeworfen? Zum Teufel mit der Komplexität, den Zusammenhängen, den Abhängigkeiten! Von was allem sollen wir uns denn noch emanzipieren? #

Peter Kafka

https://www.spiegel.de/wissenschaft/wissenschaft-opium-fuers-volk-a-faa912f2-0002-0001-0000-000013494766

https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Kafka_(Astrophysiker)

ooooo

Zwischenbericht über dieses Schreibprojekt mit der Vorziffer 172

Ohne Corona-Pandemie wäre dieser Text in der vorliegenden Form sicher – soweit ich fertig geworden bin – nicht entstanden. Da immer wieder berichtet wurde, dass alte Menschen und solche mit Vorerkrankungen besonders gefährdet seien, war mein Impuls, mich noch einmal für die jetzige Enkel- und Urenkel-Generation zu Wort zu melden. Es sollte nämlich nicht so sein, dass sie es sich in ihrem Urteil über ihre Großeltern und Urgroßeltern so leicht machen können, wie es sich die vorhergehenden Generationen, die in die Nazizeit und in die Nachkriegszeit hineingeboren wurden im Hinblick auf ihre Eltern und Großeltern gemacht haben.

Das zweite Motiv ist, den heutigen politischen Akteuren einen Schuss vor den Bug zu setzen, damit sie merken, das sie mit dem eingeschlagenen Kurs unser Staatsschiff auf ein Riff fahren und die Besatzung, unsere Gesellschaft, in die Rebellion und / oder Resignation treiben, die dann auch ein eindeutiges autoritäres Regime als Erlösung akzeptiert.

Soweit, so klar, aber wie transportiert man diese Botschaft zu den Angesprochenen und

Bürgern? Ein verbaler Schuss vor dem Bug ist den Medien keine Erwähnung wert, da müsste schon ein richtiger Schuss ins Spiel kommen.

Die zweite Schwierigkeit besteht darin, dass Fakten und Verhalten benannt werden müssen, die mit lebenden und gestorbenen Personen verbunden sind, aber nicht bewirken sollen, dass die Angesprochenen mit einer bockigen Abwehr reagieren, dann wären meine Bemühungen, ein Licht aufzustellen, das den Weg in eine bessere Zukunft zeigt (zeigen kann) vergeblich. Es geht mir in keinem Fall um eine Ehrabschneiderei von in der Gegenwart und Vergangenheit handelnden Personen. Wenn sie auf die Demokratie bezogene „Sünder" sind, dann bin ich selber einer von ihnen. Ich trete nur aus ihrem Kreis heraus, um unser gemeinsames Wirken besser sehen zu können.

Soweit, so unklar ist von Beginn an, wie ich - mit meinen Möglichkeiten - das zu fassen suche, was ich zu sagen habe bzw. meine sagen zu müssen? Die eigentliche Botschaft ist so klar und kurz, dass mir wohl jeder der sie nackt zu Gesicht bekäme, den Vogel zeigen würde. Damit könnte ich leben, für die Gesamtheit der Bürger wäre damit aber nichts erreicht.

Bevor ich mein Vorhaben begann umzusetzen, dachte ich, ich könnte mein Anliegen auf 10 Seiten Text vortragen. Einfacher wäre es gewesen, nur das wiederzugeben, was in meinem Kopf vorhanden ist. Dann wäre es aber zu leicht gewesen, das Ergebnis als Spinnerei abzutun. Da ich die angezapften Quellen, nicht nur mit Nennung der Titel, sondern auch mit Inhalten sichtbar machen wollte, wurde die Planung mit 10 Seiten schnell illusorisch.

Für einen längeren Text ist für den Leser zum Vorteil, wenn er gut gegliedert ist. Dazu reicht bei mir aber nicht mehr die Spannkraft aus[40]. Außerdem muss die Gliederung vorher gefertigt werden und kann nicht den Tageseinfällen angepasst werden. Ich wollte meine Hauptaussage aber anhand der Literatur und auf dem Hintergrund der täglichen Nachrichten für mich selber und die Leser – wenn es welche gibt - überprüfen. Aufgrund der Tatsache, dass das Thema für mich kein neues ist, stand mein Urteil schon vorher fest. Aber das Ergebnis einer Überprüfung kann ja nicht am Anfang, sondern muss, wenn es nicht manipulativ sein soll, am Ende stehen.

Für mögliche Leser wäre es eine Erleichterung, dass der Text mit diversen aussagefähigen Zwischenüberschriften versehen würden, die über ein Verzeichnis mit internen Links angesteuert werden könnten. Ich kann das jetzt aber nicht leisten. Ich wirke hier als Einzeltäter und verfüge nicht über die Ressourcen einer Organisation, eines Amtes oder einer Redaktion.

Was habe ich persönlich von meinen Bemühungen? Ärger mit meiner Frau, sie knurrt mich berechtigt an, dass ich mit den geplanten Reparaturen am Haus noch nicht angefangen hab und sie hält auch nicht viel davon, was ich hier an Inhalten zusammentrage. Ansonsten nur die Genugtuung, dass ich nicht kapituliert habe. Da mir das Sitzen am PC und beim Lesen nicht gut bekommt, zahle ich vermutlich mit einer Verkürzung meiner Restlebenszeit. Ich habe auch Angst vor einem Erfolg dieser Zeilen. Es kann ja sein, dass daraus die Forderung folgt, dass ich den Inhalt öffentlich verteidigen soll. Dafür reicht meine Kraft nicht mehr. Ich bin mir auch im Klaren darüber, dass dieser Text in der un-

40 Die zusätzlich litt, weil mir Pillen verschrieben wurden, die mich beinahe gefechtsunfähig machten.

tergegangenen DDR oder in der heutigen Türkei einen sicheren aber unbequemen Platz in einer Zelle eingebracht hätte.

ooo

eine weitere Runde mit aktuellen Themen

In Garbor Steingarts MornigBriefing vom 5.5. 2021 ist zu lesen:

> … die guten Umfrageergebnisse für die Grünen und der stille Sinkflug der drei Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD kommen den Steuerzahler teuer zu stehen. Denn Christ- und Sozialdemokraten im Regierungsapparat haben – von Verlustangst gepeinigt – die „Aktion Abendsonne“ gestartet.
>
> Die jeweiligen Minister, von denen einige sicher davon ausgehen dürfen, dass mit dem Ende der Ära Merkel auch ihre Karriere beendet ist, haben neue Planstellen bewilligt und Beförderungsbescheide ausgestellt. Vor allem die B6-Stellen sind beliebt, weil sie nicht gekündigt werden können und eine sichere Rente versprechen:
>
> Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier lässt es richtig krachen. Er schafft 18 neue Stellen (Besoldungsstufe B, mindestens 8305 Euro/Monat) in seinem Ministerium. Ein Minister auf Abschieds-Tournee.
>
> CDU-Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ist ebenfalls fleißig dabei, wenn es darum geht, den Stellenplan aufzublähen. Elf neue B-Stellen wurden jetzt von ihr bewilligt. AKK ist das Sturmgeschütz der Bürokratie.
>
> CDU-Bildungsministerin Anja Karliczek will ihren Leuten ebenfalls zum Abschied Gutes tun. Auch sie gönnt dem Ministerium elf neue Stellen.
>
> Eine schwindsüchtige SPD betrachtet die Beförderung ihrer Genossen nicht als Steuerverschwendung, sondern als Akt des Widerstandes gegenüber dem Zeitgeist. Zehn zusätzliche B-Stellen genehmigt sich SPD-Justizministerin Christine Lambrecht kurz vor Toresschluss. Die Partei wird es ihr danken.
>
> Bundesfinanzminister Olaf Scholz schafft sieben neue Stellen. Vielleicht passt ja beim nächsten Mal einer dieser Beamten auf, wenn unter den Augen der Finanzaufsicht ein Jahrhundertbetrug organisiert wird.
>
> Verkehrsminister Andreas Scheuer gönnt sich fünf neue B-Stellen. Er weiß: Nach dem kostspieligen Maut-Debakel sind diese Ausgaben nur eine fiskalische Fußnote seiner Amtszeit.

> Insgesamt hat die Regierung 71 neue Stellen, die mit Stufe B3 (8762 Euro pro Monat) oder gar B6 (10.412 Euro) bezahlt werden, geschaffen – doppelt so viele wie in den beiden vorangegangenen Jahren. Die Ausbeute für den Parteienstaat kann sich sehen lassen.
>
> Doch schon aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit muss auch weiter unten, auf den niederen Rängen der Beamtenschaft, aufgepolstert werden. Seit Januar erhielten insgesamt 129 Beamte, die bisher mindestens mit A15 besoldet waren (ab 5670 Euro/Monat), eine höhere Position. Im Vorjahreszeitraum waren es mit 63 Beförderungen nicht mal halb so viele. In der Abendsonne ihrer Macht haben die Minister die Spendierhosen angezogen.
>
> Der Präsident des Steuerzahlerbundes Reiner Holznagel hat schon viele dieser Selbstbedienungsaktionen in früheren Regierungen erlebt, aber keine war so umfangreich, so teuer und so ungeniert wie diese. Im heutigen Morning Briefing Podcast fordert er die Kanzlerin zum Handeln auf:
>
> > „Was die Große Koalition jetzt plant, das sprengt alle Dimensionen. Die Chefin ist gefragt."
>
> Einer, der die Beförderungswelle vor der Bundestagswahl noch stoppen könnte, ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Er könnte die Ernennungsurkunden einfach nicht mehr unterzeichnen. Doch dazu fehlt dem Staatsoberhaupt der Wille:
> Es sei ständige präsidiale Praxis, die vorgeschlagenen Ernennungen zu vollziehen, sollten keine rechtlichen Zweifel vorliegen, teilte uns das Bundespräsidialamt mit. Für die „Operation Abendsonne" hat der Mann in Schloss Bellevue damit die Schirmherrschaft übernommen.

Liegt hier nicht die strafrechtlich verbotene Vorteilsnahme vor?

> Vorteilsannahme ist eine nach deutschem Strafrecht strafbare Handlung. Sie liegt gemäß § 331 StGB dann vor, wenn ein Amtsträger, Europäische Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst Verpflichteter für sich oder für einen Dritten für die Dienstausübung einen Vorteil fordert, sich versprechen lässt oder annimmt. Wikipedia

Die Vorteilsnahme der Minister liegt darin, dass sie sich Zugang zu Informationen über Vorgänge in den Ministerien erhoffen (oder haben), wenn sie selbst keine Minister mehr sind. Sie verschaffen ihren Parteien den Vorteil, dass Mitarbeiter ihres Vertrauens, in den Ministerien bleiben oder an Zahl zunehmen.
Das erschwert der neuen Regierung Mitarbeiter ihres Vertrauens in die Ministeri-

en einziehen zu lassen. Wenn die Zustimmung des Präsidenten nur eine Formsache ist, warum muss er denn überhaupt zustimmen?

Die Vorteilsnahme für die Parteien, die Ministersessel räumen müssen ist ja nur ein Aspekt, die Kosten sind ein anderer. Die größere Gefahr sehe ich für die Demokratie. In einer Kurzformel würde ich sagen, jemehr Beamte und Bürokratie, je weniger Demokratie. Irgendwann sind die Abgeordneten in der Rolle des Präsidenten bei der Einrichtung neuer Stellen, sie brauchen nur noch dem zustimmen, was die Ministerien ihnen vorlegen. Ich habe mal in den Sammelband „Der CDU-Staat / Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik“ aus dem Jahr 1967 geschaut. 11 Autoren haben dazu Beiträge geliefert und als Herausgeber fungieren Carl Schäfer und Carl Nedelmann.

Ich zitiere aus dem Beitrag „Zum Verhältnis von Parlament und Verwaltung im Gesetzgebungsprozeß“ Ein Beitrag von Hans-Joachim Blank und Joachim Hirsch in dem genannten Sammelband.

> … Nach dem Grundgesetz werden Gesetzesvorlagen beim Bundestag durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestags und durch den Bundesrat eingebracht (Art. 76 GG). In den ersten drei Wahlperioden des Bundestags wurden von Regierungsseite 1319 Gesetzentwürfe vorgelegt und davon iioß verabschiedet. Der Bundesrat brachte $_{54}$ Entwürfe ein, von denen 21 verabschiedet wurden; für den Bundestag lautet das Verhältnis 822:347 [30]. Prozentual betrachtet, ist der Anteil der Parlamentsinitiativen mit 40,2 % gegenüber 5,3 % der Bundesregierung noch relativ hoch. Effektiv werden aber nur die verabschiedeten Gesetze, von denen 75 % auf Entwürfen der Bundesregierung beruhen und nur 23,5 % ihren Ursprung im Bundestag haben. Anders ausgedrückt: Für Entwürfe der Bundesregierung ergibt sich eine Erfolgsquote von 84 %, für Vorschläge des Bundestags von *37,7* %. Diese Zahlen berücksichtigen noch nicht, daß vor allem die Initiativen aus den Reihen der Mehrheitsfraktionen sehr oft ebenfalls von der Verwaltung ausgearbeitet werden.
>
> Nicht nur die Bundesrepublik steht vor dem Problem, daß sich das Schwergewicht bei der Gesetzgebung vom Parlament zur Verwaltung verlagert - selbst unter Berücksichtigung der mit einer Gewaltenteilung stets auch verbundenen Gewaltenverschränkung und entgegen der formulierten und rechtfertigenden Theorie. Dieser Prozeß ist in allen parlamentarischen Demokratien unter den Bedingungen der modernen Industriegesellschaft zu beobachten. Im Präsidialsystem der USA kommt die Gesetzgebung der Verfassung nach sehr viel ausschließlicher dem Parlament (Kongreß) zu. … (S. 90)
>
> … Die mit dem Monopol gesetzestechnischen Sachverstands ausgestattete Verwaltung überschwemmt das Parlament mit einer Flut von Gesetzentwürfen, in denen die Interessen der betroffenen innenpolitischen Machtgruppen meist schon

sorgsam ausbalanciert sind. Die Fülle dieser Vorlagen setzt den Bundestag unter erheblichen Zeitdruck [44*]. Dem hat sich die Volksvertretung dadurch angepaßt, daß die Hauptlast der Gesetzesberatung auf eine Vielzahl von Fachausschüssen verlagert worden ist, die mit den zuständigen Spezialisten der Fraktionen besetzt sind. Die Beratungen der Ausschüsse des Bundestags sind nicht öffentlich [45*]. Bei der Behandlung von Regierungsvorlagen nehmen neben den Abgeordneten auch Beamte der beteiligten Ministerien an den Sitzungen teil und vertreten dort ihren Entwurf [46]. Dabei ist die Zahl der Verwaltungsbeamten oft größer als die der Abgeordneten. Damit aber wird die Diskussion in den Ausschüssen weniger von politischen Überlegungen geleitet, sondern gerät in den Bannkreis bürokratischer Kategorien und Denkweisen. Vor allem die Spezialisten unter den Abgeordneten leisten ein Übersoll an Anpassung und gerieren sich oft bürokratischer als ihre Partner aus der Verwaltung, die traditionsgemäß gegenüber den »Nur-Politikern« ein gewisses Maß von Verachtung aufbringen und politische Argumente eher als störend empfinden. In diesem Zusammenhang muß auch die Verbandsfärbung des Parlaments und besonders der Ausschüsse berücksichtigt werden. Wie Bundeskanzler Kiesinger in der Regierungserklärung vom io. Dezember 1966 festgestellt hat, entscheiden in vielen Ausschüssen die Vertreter der betroffenen Interessengruppen über ihre eigenen Angelegenheiten. ... (93)

... Verwaltung als bürokratische Großorganisation ist immer und überall Exponent und Verfechter des Status quo. Wenn aber dieser Status quo - trotz aller Thesen von der nivellierten Mittelstandsgesellschaft - von einer gleichmäßigen Verteilung des Sozialprodukts noch weit entfernt ist, decken sich zwangsläufig die beharrenden Tendenzen der Verwaltung mit den Interessen der ökonomisch Privilegierten. Es ist daher nicht zu erwarten, daß sich die Verwaltung um der Würde des Menschen willen in den Dienst einer von den realen Möglichkeiten geleiteten Emanzipation stellt, viel eher entspricht ihrem Wesen der Versuch einer perfekten Organisation der Gesellschaft auf dem Status quo. Nichts belegt diese Intention eindeutiger als die von der Verwaltung ausgearbeiteten und zum Teil schon vom Bundestag sanktionierten Notstandsgesetze. Mit ihnen schafft das Parlament selbst den legalen Apparat zu seiner Entmachtung. Eine mögliche Weiterentwicklung des Parlamentarismus in Deutschland zu einer den veränderten Bedingungen Rechnung tragenden Gestalt wird damit weiter behindert. Mit der Machtergreifung einer ungehemmten Bürokratie im beliebig manipulierbaren Notstandsfall würde die augenblickliche Krise der überkommenen Form dieser Regierungsweise zu einer permanenten *[51].* Die Notstandspläne werden mit der Behauptung gerechtfertigt, das parlamentarische System sei in Krisenzeiten nicht arbeitsfähig. In radikaler Argumentation werden mit der schlechten Erscheinung zugleich die immanenten Möglichkeiten negiert und damit all den Kritikern recht gegeben, die bislang die parlamentarische Demokratie als Herrschaftsform des Kapitalismus im Übergang denunzierten. ... (S. 95)

Ich habe jetzt nicht nach aktuellen Zahlen für diesen Bereich geschaut. Ich vermute aber, dass die Verhältnisse sich weiter zuungunsten des Parlamentes entwickel haben. Irgendwann wird der Bundestag auch seine Rolle so sehen, wie in Fernsehberichten aus den Volkskammern in Moskau und Peking abgeleitet werden kann. Sie stimmen alle mit Ja zu, was ihnen vorgelegt wird. Wenn das lange genug eingeübt ist, kann man den Bundestag abschaffen. Das Volk betet dann nicht mehr, „Dein Wille geschehe!“, sondern „Ihr – der Bürokratie Wille geschehe“ Wir sind schon lange auf dem Weg in die Zentralverwal-

tungswirtschaft. In 50 Jahren wird man vielleicht sagen können, ob eine Umkehr in die kulturelle und marktwirtschaftliche Dezentralisation noch möglich war.

ooo

Am 23. April 2021 erhielt ich die nachfolgende Nachricht:

> Mehr Demokratie
> Lieber Herr Abromeit,
> knapp war die Entscheidung auf dem Grünen Parteitag im November, die direkte Demokratie aus dem Grundsatzprogramm zu streichen. Es wurde viel gestritten. Und es muss weiter gestritten werden. Auf dem Parteitag sind sie gegeneinander angetreten und setzen jetzt die Kontroverse fort:
>
> - Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag
> - Jürgen Trittin, Bundestagsabgeordneter der Grünen und Minister a.D.
>
> Sie können dabei sein, wir laden Sie herzlich ein zu dem Online-Streitgespräch
> am Dienstag, 27. April 2021, von 19 bis 20.30 Uhr.
>
> Was sagen Sie dazu, wenn die Grünen der direkten Demokratie den Rücken kehren? Das werden wir an dem Abend Dr. Otmar Jung fragen. Er hat, wie kaum jemand sonst, zur direkten Demokratie geforscht. Ihm zu Ehren erscheint dieser Tage eine 800-seitige Festschrift. Die wollen wir ihm symbolisch überreichen.
>
> Auf eine spannende Diskussion freuen sich und grüßen Sie herzlich
>
> - Prof. Dr. Hermann Heußner, Hochschule Osnabrück
> - Prof. Dr. Arne Pautsch, Hochschule Ludwigsburg
> - Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher Mehr Demokratie e.V.
>
> Ralf-Uwe Beck
> Bundesvorstandssprecher
> Veranstalter sind Mehr Demokratie e.V., das Institut für Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie der Hochschule Ludwigsburg und das Osnabrücker Demokratieforum der Hochschule Osnabrück

Mein Kommentar:
Ich habe die Diskussion in der Partei DIE GRÜNEN nicht verfolgt und kann dazu nichts sagen. Ich selber bin für die Direkte Demokratie, a) um in Situationen, in der der Bundestag (bzw. ein Landtag) in eine Blockadehaltung gelandet ist oder offensichtlich eine Verzögerungshaltung vorliegt, um einen dringenden Gesetzgebungsakt möglichst zu verhindern oder in die Zukunft hinauszuschieben. Es können auch solche Fragen sein, bei der der Bundestag überhaupt keinen Handlungsbedarf sieht, aber das Wahlvolk wohl. Außerdem bei Entscheidungen über Änderungen der Verfassung, der Aufgabe der Souveränität, der Aufgabe von Teil-Souveränität, das Eingehen von Militärbündnissen, Beteiligungen an Kriegen oder die Erklärung, dass Deutschland ein Einwanderungsland werden soll.

Die Trennung der Grünen von der Forderung nach Direkter Demokratie kann bedeuten:

1. Das sie ihre Grundhaltung „Türen öffnen für positive Entwicklungen“ schon geändert haben, bevor sie überhaupt über eine vom Parlament abgesegnete Regierungsmacht verfügen. Es ist möglich, dass sie schon jetzt ahnen, dass sie mit ihren Vorhaben nicht für das Volk, sondern gegen das Volk regieren wollen oder müssen.
2. Sie wollen nach dem Durst nach der Macht in der Opposition die in greifbarer Nähe gerückte Macht mittels Parlament und Regierung nicht mit ihren Wählern teilen, schon gar nicht mit dem Volk insgesamt.

Aber egal, wie DIE GRÜNEN ihre Ablehnung gegen die Direkte Demokratie begründen, mit der Ablehnung der Direkten Demokratie werden sie Feinde des Demokratieprinzips, das im Artikel 20 (2) des Grundgesetzes wie folgt beschrieben ist.

> Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

Die Abstimmungen können sich im Textzusammenhang ja nur auf die direkte Demokratie, also auf das Instrument Volksentscheid beziehen. Dadurch, dass hier kein Ausführungsgesetz vom Bundestag verabschiedet wurde, hat er sich mit Unterstützung der Parteien, die durch die Wahlen ein Zugriff auf die Bundestagsmandate erhielten, von Beginn an gegen das Grundgesetz gestellt. Da der verfassungsfeindliche Parteienstaat mein Zielthema ist, gehe ich später noch drauf ein.

Hier eine Anmerkung zu dem Verein ***Mehr Demokratie (MD)***, der das Thema über die Jahre hartnäckig verfolgt. Ich verstehe die Freunde von MD nicht, dass sie bei der eindeutigen Formulierung des GG mit ihrem Anliegen bei den Parteien betteln gehen und nicht beim Verfassungsgericht eine Klage gegen den Bundestag einreichen wegen der dauerhaften Missachtung einer wesentlichen Verfassungsnorm.

Heute am 6. Mai fiel mit eine Notiz mit Bild von Angela Merkel in der HAZ auf. Diese Notiz und das Bild will ich wiedergeben. Das Bild von der Bundeskanzlerin finde ich besonders gut gelungen. Diese Frau gefällt mir, wenn ich das für ihre Politik auch nicht sagen kann. Auf die Person bezogen liegt es sicher daran, das ich auch mit so einem Merkel-Typ verheiratet bin. (Das soll für beide Frauen ein Kompliment sein.) Meine Kanzlerin zu Hause, hat mir heute erst wieder eine Standpauke gehalten, weil ich so viel Zeit mit diesem Text verschwende. Und ich soll das doch endlich einsehen, hat sie von mir mit anderen Worten verlangt.

> Merkel hält „Freiheitsrede“ 76 Jahre nach der Befreiung der Niederlande von deutscher Besatzung hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (66) dazu ermahnt, die Erinnerung an die Verbrechen der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs lebendig zu halten. „Das ist die ewige Verantwortung Deutschlands“, sagte die CDU-Politikerin in einer Rede zum niederländischen Tag der Befreiung am Mittwoch in Den Haag. „Es darf keinen Schlussstrich geben.“ Es war das erste Mal, dass eine deutsche Regierungschefin die traditionelle „Freiheitsrede“ hielt – wenn auch wegen der Corona-Maßnahmen nur per Video übertragen. Merkel ging ausführlich auf die Gewaltherrschaft der Nazi-Diktatur ein.

Das, was da zu lesen ist gefällt mir weniger gut. Wenn sie gesagt hätte, das, was von Deutschland aus den Niederländern im Zweiten Weltkrieg angetan wurde, sei sie betrübt. Bedauerlich wäre auch, dass die Demokraten in der Zeit der Weimarer Republik durch ihr ökonomisches Versagen die Bürger in Not und Elend gestürzt hätten. Dadurch sei das Leid, das Hitler und die Mittäter den Niederländer zugefügt hätten, erst möglich geworden. Da sie eine Rede zur Freiheit halte, sollten Niederländer und Deutsche gemeinsam und getrennt überlegen, wie wir die Freiheit in den Niederlanden, in Deutschland und ganz Europa ermöglichen und verankern können.

Der Hinweis auf die Verbrechen der Deutschen während des Zweiten Weltkriegs sind hier auch zu pauschal, da hätten die Verbrechen in den Niederlanden direkt angesprochen werden müssen.[41] Ich habe auch schon von freundschaftlichen Verhältnissen zwischen deutschen Besatzern und Holländern gehört.

Die Redewendung „Die Schuld der Deutschen lebendig halten.“ ist in ihrer Häufigkeit kontraproduktiv und führt zu Gegenreaktionen. Damit meine ich nicht, dass die Schuld geleugnet werden soll, sondern, dass sie eingeordnet werden muss in die Gesamtschuld

41 https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Niederlande_unter_deutscher_Besatzung_(1940%E2%80%931945)
https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsch-niederl%C3%A4ndische_Beziehungen

der Menschen im Abendland. Wenn wir jeden Tag daran denken sollen, wo der weiße Mensch in den letzten 200 oder 500 Jahren gemordet, geplündert und andere Menschen unterdrückt und ihre Kultur zerstört hat, dann wären wir nach kurzer Zeit alle reif für die Psychiatrie. Die Staatsreligion, die Schuld der Deutschen“ die lange genug als Herrschaftsinstrument benutzt wurde, liefert den Treibstoff für die Auswanderung vieler Bürger aus der demokratischen Gemeinschaft und sicher aus der konkreten Auswanderung aus Deutschland.

Der Familiensaga nach hat meine Großmutter einen niederländischen Vorfahren, dieser hatte sich von dort nach Ostfriesland abgesetzt, weil er von seiner Familie, die durch den unethischen Sklavenhandel reich geworden war, nichts mehr wissen wollen.

ooo

Heute morgen lag an meinem Schreibplatz das Tagungsangebot der Ev. Akademie Loccum 2/2009 auf dem Fußboden, vermutlich habe ich es als Lesezeichen benutzt und es ist aus einem Buch gefallen. Ich wollte das Faltblatt schon in den Papierkorb werfen, da sah ich am oberen Rand eine Notiz „*Heinz Drews* und
www.hisverjus.de . “
Ich hatte und habe keine Erinnerung daran, wer mir Namen und den Link zugeflüstert hat und warum ich das notiert habe. Ich habe den Link im PC eingegeben und stellte fest, dass mir der Inhalt der Internetseite völlig fremd war.

Ich würde darauf nicht hinweisen, wenn das was, ich in Kürze von Heinz Drews gelesen habe, nicht seine andere Sicht auf die deutsche Vergangenheit für unsere Gegenwartsbewältigung für wichtig halten würde.

Heinz Drews gehört zum Jahrgang 1937, wohnt nach seinen Angaben in Hamburg, hat einen sehr interessanten Lebenslauf (Handwerk und mehrere Studiengänge). Er ist Mitglied der CDU und muss sich nach meinem ersten Eindruck schon seit Jahrzehnten Ärger statt Auszeichnungen mit seinem Thema eingehandelt haben.

Der erste Absatz in der Einleitung lautet:

> Die letzten Sätze in der Biographie könnten der Schluss zulassen, als solle die Deutsche Geschichte einer oberflächlichen Betrachtung unterzogen werden. Ein Diskussionsbeitrag mit brillanten Formulierungen, intellektuell anspruchsvoll verpackt. Das soll nicht geschehen, aber die Deutsche Geschichte soll auch nicht abgehandelt werden, wie es in den jüngst vergangenen Jahrzehnten üblich geworden ist. ...

An andere Stelle ist zu lesen:

> Ein zentrales Thema in den angeführten Schriften ist eine seit Jahrzehnten betriebene irreführende Geschichtsdarstellung, die darauf abzielt und den Eindruck hervorruft, als gäbe es in der Deutschen Geschichte nichts anderes als Hitler. Er gilt seit Jahrzehnten als der Mittelpunkt aller Betrachtungen. Alle großen Linien, die Deutschlands Geschichte ausmachen, konzentrieren sich in Hitler und der NS- Ideologie. Alle Schätze der Deutschen Geschichte werden mit System zugeschüttet. Lähmendes Entsetzen über die Deutsche Geschichte wird so wachgeru-

fen und wach gehalten. Kulturelle Eigenständigkeit und ein in der Geschichte wurzelndes Selbstbewusstsein werden unmöglich gemacht.

Die deutsche Bereitschaft, selbstkritisch mit der eigenen Geschichte aufzuräumen, ist von außen auf wenig Gegenliebe gestoßen, diese Bereitschaft ist eher rücksichtslos ausgenutzt worden. Eine spezifisch deutsche Mentalität mit einer Unterwürfigkeit, die oft irrationale Züge annimmt, hat den genannten Auswirkungen Vorschub geleistet.

(Aus der Rubrik *Das Ärgernis Der Stein des Anstoßes*)

Wenn ich die Beiträge von Heinz Drews alle lesen würde, käme wahrscheinlich genügend Widerspruch in mir hoch, schon deshalb, weil Drewes auch Theologie studiert hat und den Kirchen eine positive Rolle zuschreibt oder glaubt, dass diese eine solche übernehmen könnten. Ich sehe den Staat und die Kirche eher in einer unheiligen Allianz seit dem das Christentum mehr oder weniger als Staatsreligion fungiert. Da es wie in vielen anderen Bereichen auch in der Geschichtsbetrachtung kein „absolut richtig" und „absolut falsch" gibt oder geben darf, hat dieser Staat einen eindeutigen autoritären Zug und die in Sonntagsreden beschworene Freiheit, ist nur ein propagandistisches Gefasel.

Jede Darstellung der Geschichte – hörte ich eine Professorin für Geschichte sagen – ist eine gestaltete Geschichte. Und dass die präsentierte Geschichte nach einem Krieg in der Regel eine solche ist, die die Sicht der Sieger widerspiegelt, ist auch bekannt. Dass Sieger eine Mitschuld an dem Krieg einräumen, kommt selten vor und wenn, erst dann, wenn es für sie nicht mehr nachteilig ist. Es dürfte aber selten oder nur eine Ausnahme sein, dass die Besiegten [42] die Sicht der Sieger bedingungslos übernommen haben und aus der Schuld der Deutschen quasi eine Staatsreligion gemacht haben, ist vermutliche einmalig. [43]

Ich sehe dafür folgende Gründe:
Erstens:
Für das Verlangen der Politik, dass sich die Bürger der zugewiesenen Schuld unterwerfen, ist der irrige Glauben verantwortlich – dem auch Theologen zu häufig unterliegen, dass mit der Pflege von Schuldgefühlen bessere Menschen herangezogen werden können. Dass das nicht klappt, kann man schon an den Verfehlungen von Politikern und Priestern sehen, bei denen es nicht gefruchtet hat. Was schlimmer ist, ist, dass dieses gezüchtete Schuldgefühl wie ein seelisches oder geistiges Korsett wirkt und die Träger dazu drängt sich davon zu befreien. Diese Befreiung kann in zivilisierten Formen geschehen, sich aber auch in hässlichen vollziehen, besonders dann, wenn pazifistische Befreiungsformen nicht nur nicht eingeübt , sondern lächerlich gemacht werden.

Zweitens:
Den Zweiten Weltkrieg haben ja nicht nur die Opfer der Deutschen erlebt, sondern die Deutschen auch selber in Form von Bomben, Flucht, Vertreibung, durch das Sterben, in Vergewaltigung und Hunger, Tote und Krüppel in der eigenen Familie. Das war kein Erleben in einem Film oder Fernsehbericht über den Krieg in ein fernes Land, der nach der üblichen Sendezeit zu Ende war, sondern für die meisten Deutschen ein Horror, der am 1.

42 Dass die Besiegten auch oder später auch Gründe hatten, sich als die Befreiten zu sehen, steht auf einem anderen Blatt.

43 Ich will mich hier nicht als Kenner der Geschichte aufspielen, sondern nur meine Eindrücke wiedergeben.

September 1939 begann und am 2. September 1945 noch nicht endete. Nach dem Krieg setzte sich der Kampf um die Nahrung, eine Schlafstätte, die Pflege der Wunden fort. Und die Suche nach vermissten Angehörigen setzte ein. Man konnte nicht einmal unbesorgt in der Landschaft gehen, denn die Angst auf eine Tretmine zu laufen lief mit.

Selbstverständlich ist das kein Alleinstellungsmerkmal der Deutschen. Aber den Menschen anderer Nationen, die genauso oder im Durchschnitt schlimmer als die Deutschen gelitten hatten, wurde nicht zusätzlich die Last in Form der Schuld von millionenfachem Mord an deutschen und nicht-deutschen Menschen auf die Schulter gelegt. In dieser Situation konnte die große Mehrheit sich gar nicht gegen die Markierung als die Schuld- oder Mörder-Deutschen wehren. Die Schuldaufladung der Deutschen wurde nicht nach einem geschriebenen Programm betrieben, aber deutlich genug vermittelt, dass sie eine zusätzliche Bedrückung war. Nicht einmal ihr eigenes Schicksal durften sie beklagen, sie bekamen meistens zur Antwort. „Beklage dich nicht, du hast Hitler zugelassen!“ Die so geantwortet haben, haben nicht überlegt, wie schwer oder unmöglich es schon in friedlichen Zeiten ist, einen Kanzler, den man nicht mag, aus dem Amt zu jagen. Aber in Kriegszeiten und / oder in einer Diktatur ist für die meisten Menschen das eigene Überleben wichtiger, als das Unrecht, das anderen geschieht und das man sieht zu bekämpfen. Das ist keine spezielle Art der Deutschen, sondern der Menschen überall auf der Welt. Die Helden, die ihr eigenes Leben für andere opfern, sind überall eine kleine Minderheit.

Und dann der verlogene Umgang mit der Aussage, dass es keine Kollektivschuld gibt – was ja richtig ist. Aber in der Politik wurde so argumentiert, dass sich die Deutschen – mit der Ausnahme jener, die sich als Opfer fühlen konnten oder durften – alle als schuldige Mörder zu fühlen hätten und dafür zahlen müssten. Sie galten fortan alsMenschen, die eine Schuld geerbt hatten, auch wenn sie erst in die Nazizeit hineingeboren oder danach das Licht der Welt erblickt hatten / haben. Den Freispruch von der Schuld konnten diese Altersgruppen sich nur dadurch verdienen, dass sie halfen, die durch die Politik missbrauchte Schuld der Deutschen – im Sinne der Kollektivschuld – als politisches Gestaltungsinstrument am Leben zu halten.

Drittens:
Als die Sieger des Zweiten Weltkrieges noch die Besatzung waren, haben sie erst einmal unter den Besiegten die Wissenschaftler abgesaugt, von denen sie sich vor allem militärisch einen Nutzen versprachen. Soviel ich in Erinnerung habe, hat dabei die Mitgliedschaft in der NSDAP keine Rolle gespielt. Wie war das noch? Geheimdienstleute wurden auch ohne Rücksicht auf ihre Verflechtung in das NS-Regime übernommen? Eine Antwort will ich jetzt nicht suchen. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Klassifizierung von schuldig oder unschuldig nach Nützlichkeitserwägungen vorgenommen wurde.

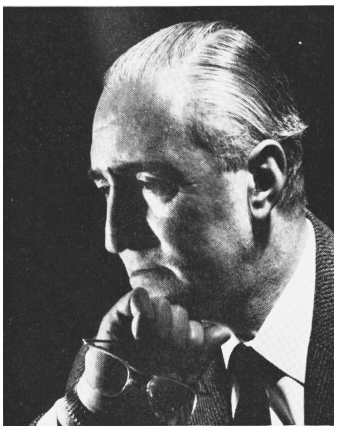
Für den Regierungsapparat suchten die Militärregierungen aber solche Deutsche, die durch eine Mitwirkung am NS-Regime nicht belastet oder gar Opfer waren.[44] Aber die Opferrolle von Kommunisten wurde im verbliebenen West- und Ostdeutschland sehr unterschiedlich bewertet. Die Opferrolle war zumindest im Westen besonders gut geeignet, die Mittäterschaft am Untergang der Weimarer Republik zu verstecken. Das ist noch heute so. Aber weil der Untergang der Weimarer Republik ja eine Ursache haben muss, wird der Antisemitismus und das völkische Denken aus dem Zauberhut gezogen, dabei haben diese gedanklichen Fehlläufer-Haltungen in der Ideenwelt nur eine Nebenrolle gespielt.

44 Bis auf jene, von denen die Besatzer glaubten, nicht verzichten zu können.

Und mir scheint so, dass heute der Unmut an unserer gesellschaftlichen Entwicklung nur wahrgenommen wird, wenn er mit antisemitischen und nationalistischen Tönen vorgetragen wird. Unterhalb eines solchen Vokabulars wird Protest, für den es genügend Gründe gibt, ja von der Politik und den Medien nicht wahrgenommen. Wer dann aber begründete Kritik an einzelnen Juden, einer jüdischen Haltung oder an Israel als Antisemitismus klassifiziert und auf diese Weise Juden mit mehr Rechten ausstattet als andere Menschen, der fördert den Antisemitismus und verhindert ihn nicht.

Die mangelnde Wahrhaftigkeit in der Politik, egal ob im linken, mittigen oder rechten politischen Lager, ist eines der Übel unserer Zeit. Die Verdächtigungen der jeweiligen politischen Gegner, sie hätten vor, die Republik zu verkaufen oder zu verunstalten, hat das politische Klima in Deutschland schon stark vergiftet. Wenn hier keine Neubesinnung eintritt, die auch für die Ökonomie erforderlich ist, dann drohen wieder Auseinandersetzungen, wie sie die Deutschen in der Schlussphase der Weimarer Republik erlebten. Deutschland, wird diesmal zusammen mit ganz Europa bürgerkriegsähnliche Zustände oder Kriege ohne Grenzen erleben, in der die Menschen wieder die Ablösung der „Quasselbuden“ durch ein autoritäres Regime für einen Segen halten. Mit Anordnungen und Forderungen, diese und jene Gruppe zu verbieten, ist eine Wende in der Entwicklung nicht zu erreichen. Vor allem dann nicht, wenn bei den Verboten der Verdacht aufkommt, dass mit einem solchen Manöver das kommende Wahlergebnis beeinflusst werden soll.

Ich werde nachfolgend einen Zeitzeugen mit einem Auszug aus seinem Buch „Aussenpolitische Grundsätze“,1963, / [45] zu Wort kommen lassen. Der Autor heißt Ludwig Freund. Ich stelle ihn mit dem Umschlagtext von seinem Buch „Deutschland im Brennpunkt / Die amerikanische Politikwissenschaft und die deutsche Frage“, von 1968, vor:



Ludwig Freund, Jahrgang 1898, studierte Philosophie, Völkerkunde, Alte Geschichte und Pädagogik in Göttingen, Heidelberg, München und Leipzig. 1934 emigrierte er in die USA, 1936 wurde er auf Empfehlung Albert Einsteins wissenschaftlicher Assistent an der Columbia University in New York und 1937 ordentlicher Professor für Soziologie und Politikwissenschaft am Ripon College, Wisconsin. 1947 übernahm er den Lehrstuhl für Internationale Politik und Politische Theorie an der Roosevelt University, Chicago, und wurde Leiter der Ab-

45 Ich habe Auszüge aus diesem Buch schon mehrfach verwendet, gehe aber davon aus, dass sie den jetzigen Lesern nicht bekannt sind. Und wenn doch, können sie ja übersprungen werden.

teilung für Politikwissenschaften. Nach seiner Emeritierung im Jahre 1959 kehrte er 1960 nach Deutschland zurück und wurde wieder deutscher Staatsbürger. Freund ist u. a. Mitglied der American Academy of Arts and Sciences und Adenauer-Preisträger 1967 für Wissenschaft. Wichtige Veröffentlichungen: »Am Ende der Philosophie« (1930), »Politik und Ethik- Möglichkeiten und Grenzen ihrer Synthese« (1961), »Freiheit und Unfreiheit im Atomzeitalter« (1963), »Koexistenz und Entspannung - Hoffnung oder Gefahr?« (1966), »Politische Waffen - Grundkonzeptionen der westlichen Verteidigungsstrategie« (1966). Ludwig Freund lebt heute als Professor emeritus und politischer Publizist in Hannover-Waldheim.

Jetzt einen Auszug aus „Aussenpolitische Grundsätze“, aus dem Kapitel „Deutschland im Ringen um seine Rechte“:

Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenswerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke alber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezüchtet wird. Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht n u r das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen, ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im In- und Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst

eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheitstreue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält.)

Die Tatsache, daß Objektivität als solche unerreichbar ist, ist Anlaß zu unendlichem, nie vollendetem Bemühen, nicht aber die Chance für intellektuelle und politische Freibeuterei in den Gefilden der Wissenschaft. Das ganze Bild jedoch verdichtet sich zu dem Eindruck, daß das antideutsAe Vorurteil als die Vorstellung vom „ewigen Nazigeist in der deutschen Geschichte" eben nicht nur in Amerika und England verbreitet ist, sondern daß die erwähnte „liberale" Umkehrung des Antisemitismus auch in der deutschen Imelligentsia von heute ihre Heimstätte gefunden hat, mit unabsehbaren Konsequenzen für die Zukunft des neuen deutschen Staates. Mit diesem glaubte der Verfasser immerhin sich wieder identifizieren zu dürfen, weil er etwas besseres als den Nazigeist und seine so oft zitierten Antezedenzen, Analogien und „Vorläufer" im deutschen Wesen, in der deutschen Vergangenheit, im deutschen Geist einmal verkörpert fand und wieder suchte.

Immer wieder begegnet man in Deutschland der jener Einstellung entsprechenden Auffassung, die Betonung deutscher Ansprüche im Ausland könne zu leicht als Wiedergeburt eines „deutschen Nationalismus" verstanden werden. Überhaupt hätten die Deutschen kein Recht, irgendwelche Ansprüche zu stellen, denn die Deutschen seien ja selber in erster Linie an der Teilung und Zerstückelung ihres Landes schuldig. Mit dieser Haltung als solcher können wir uns hier nicht weiter befassen.
Als politische Haltung ist sie dem Verfasser nach mehr als einem Vierteljahrhundert der Teilnahme am amerikanischen Volksbewußtsein und am amerikanischen Leben total fremd. Sie sollte auch in Deutschland 18 Jahre nach dem Ende des Hitlerschen Räuberstaates allmählich an Berechtigung verlieren. Denn es treten ja langsam neue Generationen auf. In der offiziellen Außenpolitik des Westens geht es jedenfalls heute um weit aktuellere Themen als um die Frage der deutschen Schuld. Anders liegt die Sache nur bei den unentwegten Deutschenhassern, welche die offizielle Außenpolitik jedoch, wenigstens seit Jahren, nicht entscheidend bestimmen. Da die Gefahr aber gerade letztlich wieder akut ist, daß dieses Verhältnis sich ändert, so bedarf die Bundesregierung in doppeltem Maße der Rückendeckung und nicht der Sabotage im eigenen Lande in ihrem Bestreben, dem deutschen Standpunkt Achtung und Berück-

sichtigung bei den verbündeten Regierungen zu verschaffen. Die fremden Versuche, die Achtung vor der Bundesrepublik bei den Verantwortlichen zu untergraben, sind bis zu diesem Zeitpunk jedenfalls gescheitert. ..." (S. 56 f.)[46]

Ich wollte, die Bücher von Ludwig Freund wieder ins Regal stellen. Dabei fiel mir auf, dass ich in seine Broschüre „Individuum Gemeinschaft Gesellschaft" noch gar nicht hineingeschaut habe. Ich schlage die Broschüre auf und lande bei dem Abschnitt „6. *Wesen und Grenzen der Freiheit des kulturbejahenden Ich".*

Hier ein Ausschnitt:

> 6. WESEN UND GRENZEN DER FREIHEIT DES KULTURBEJAHENDEN ICH
> An sich ist absolute Freiheit, d. h. Selbstbestimmung der Person, in unzählbaren Fällen des täglichen und sozialen Lebens eine Fiktion. Für diejenigen unter uns, welche die Kultur bejahen, in pragmatischem Vorgehen ihre Schäden ausbessern und beheben möchten, ist Freiheit als bloße Abwesenheit von Fremdbestimmung außerdem zu negativ. Das Leben in der zivilisierten Gesellschaft bedeutet nicht nur Spontaneität, sondern benötigt den Lehr- und Lernprozeß. Dieser wiederum erfordert zumindest ein Maß an Anpassung. Anpassung ihrerseits bedeutet nicht bloße passive oder ergebene Hinnahme. Sie soll in einer demokratischen Gesellschaft den notwendigen Lernprozeß ermöglichen, dabei sollten Diskussionen und Kritik von den Lehrenden gefördert und nicht unterdrückt werden, *nachdem die Wissensgrundlagen hierfür gelegt sind.* (Diskussion ohne Fachwissen mag politisch-demagogischen Sinn haben, bleibt unabhängig von Zeit und Ort aber wissenschaftliche und pädagogische Sinnwidrigkeit.) Ebenso sollten *sachgemäße* Kritik und *konstruktive* Reformwünsche von intelligenten Politikern nicht als lästig beiseite geschoben, sondern *rechtzeitig* gehört, berücksichtigt und nach ehrlichem Studium und Abwägen des Möglichen in die eigene Planung aufgenommen werden.

Freiheit und Selbstbestimmung sind in der Tat vielfach eine Fiktion, das Ausmaß hängt aber von der Gestalt der Gesellschaft, der Form des Staates, ihrer Kleidung und eben auch von der Art, wie wir wirtschaften ab. In der Zentralverwaltungswirtschaft – egal mit welcher Ideologie sie eingeführt wurde und betrieben wird, ist Freiheit und Selbstbestimmung fast auf das Maß jener Freiheit reduziert, die ein Gefängnis bietet. Darum ist es ja

46 Ich will noch kurz erzählen, wie ich zu den Büchern von Ludwig Freund gekommen bin. Es muss noch vor 2003 gewesen, weil in diesem Jahr meine Wahlverwandte, Isa Bening, nach dem erreichten 90. Lebensjahr starb. Nach einem meiner Besuche bei ihr im Eilenriedestift in Hannover nahm ich Altpapier für den Papiercontainer, der an der Straße stand, mit. Als ich den Container öffnete, um das Altpapier dort rein zu werfen, lugte eine Buchecke unter alten Zeitungen heraus. Als ich das Buch herauszog, um zu sehen, was für einen Inhalt es hat, stellte ich fest, dass es eine große Menge Bücher waren, die dort in den Altpapier-Contäner lagen . Ich habe unser Auto an den Container herangefahren, und die Bücher in den sich füllenden Kofferaum gestapelt.
Die meisten Bücher habe ich weitergereicht. Aus den Büchern ergab sich, dass Prof. Ludwig Freund mit Frau Karin Freund-Heitmüller verheiratet war, Sie hat an der Pädagogischen Hochschule in Hannover Deutsch, Religion und Anglistik gelehrt und hatte als erste Frau in Deutschland das Direktorat an einer Hochschule inne. Das ist nachzulesen in der Schriftreihe „Theorie und Praxis" Band 8 mit dem Titel „40 Jahre Lehrerausbildung in Niedersachsen, Hrsg. Klaus Schittko und Hans-Dieter Schmidt, 1986. Da war Karin Freund-Heitmüller schon 10 Jahre von ihrem Amt entbunden. Ich schloss aus dem Bücherfund im Container, dass Karin F.-H. verstorben ist und ihre Bücher entsorgt wurden und das Ludwig Freund vor ihr verstorben ist. Ich würde gerne nicht nur ihre Bücher, sondern die beiden auch als lebende Menschen kennengelernt haben.

so beängstigend, dass sich soviel heutige Zeitgenossen, die sich als fortschrittlich oder demokratisch verstehen, für den Weg in die Knechtschaft begeistern.

> Erweisen Kritik und Reformwünsche sich in konkreten Fällen als unangemessen, so muß der Lehrende die Gründe seiner abweichenden Meinung erklären, die Politiker aber haben die Pflicht, das Publikum entsprechend aufzuklären und sich nicht durch Presse oder Fernsehen in der Entledigung dieser Pflicht von der Gesellschaft isolieren zu lassen, wie es in der Bundesrepublik aus mancherlei Gründen *weitgehend* zur Regel geworden ist. Aus Regierungskreisen hört man manche Klage, daß die Organe der Öffentlichkeit in diesem Staate willkürlich sind in der Zulassung, Zitierung und Kommentierung von Regierungsäußerungen und -maßnahmen. Um die Verständigungskluft zwischen Regierung und Volk zu überbrücken, bedarf es - so sollte man annehmen - gesetzlicher Regelung, wenn anders die öffentliche Redefreiheit und -gleichheit in bezug auf die verantwortlichen Regierungspersonen nicht herstellbar ist. In einem demokratisch-repräsentativen System müßte es als Axiom gelten, daß das Volk einen Anspruch auf unredigierte und direkte Unterrichtung durch Regierungs- und Staatsspitze hat. Wenn dieser Anspruch nicht gilt, ist es nicht weit her mit der demokratischen Fundierung von Staat und Gesellschaft. … (S.*57)*

Die Verständigungskluft zwischen Regierung und Volk ist seit 1969, als die Boschüre mit dem Freund-Text von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung herausgegeben wurde, heutzutage nicht kleiner geworden. Die Medien waren und sind ein Problem, besonders die Konzentrationsprozesse wirtschaftlicher Art und solcher der Informationsbeschaffung, die keine Korrektur von problematischen Meldungen und Meinungen durch die Konkurrenz zulässt. Und kann man wirklich mit einer sachlichen und verständlichen Unterrichtung durch die Ministerien rechnen? Warum fordert Ferdinand von Schirach im Artikel 4 – **„Wahrheit:** Jeder Mensch hat das Recht, dass Äußerungen von Amtsträgern der Wahrheit entsprechen.“ Die Informationen des Staates und der Medien fließen nur immer einer Richtung. Die Informationen vom Bürger zum Staat ist ein Glücksfall wie beim Lotto und der Weg über die Parteien fast unmöglich. Ich habe es immer ärgerlich gefunden, wenn der Staat und die Parteien, die zum großen Teil ihre Infos mit Fakten und / oder Propaganda vom Bürger zwangsweise finanzieren lassen. Die Bürger können mit eventuellen anderen Informationen oder Korrekturen nicht dagegenanstinken, weil ihnen der Steuerstaat keine finanzielle Luft lässt. Was die Bürger denken, lässt der Staat sich dann von den Meinungsforschungsinstuten gegen Bares sagen. Und ein Teil der Wissenschaftler, die sich mit Handeln der Menschen beschäftigen, raten dann den Regierungsstellen, was sie tun und lassen sollen, damit die Schafe mit dem Blöken aufhören. (Das ist eine Vermutung und keine Behauptung, die ich beweisen kann.)

Ich lasse aus der Einleitung von Ludwig Freund noch zwei Ausschnitte folgen:

> 1. EINLEITUNG
> Wir leben in einer Zeit, in der auch im Sozialwissenschaftlichen das kühne Wort die nüchternen Gedanken und sachgemäßen Erkenntnisse häufig zu verdrängen droht. Schon Georg Simmel und Ernst Troeltsch hatten eine Vorahnung davon, daß die von der menschlichen Vernunft erzeugten und objektivierten Werte sich derartig häufen und komplizieren werden, daß die subjektive Einzelvernunft keinen Weg mehr zu ihnen finden könne, ihren Vernunftgehalt nicht mehr adäquat zu analysieren imstande sein wer-

de. Tatsächlich wirken dogmatisch begründete Ideologien (d. h. mit unzureichenden Gründen ausgestattete Behauptungen; emotionell fundierte Ideen; ohne „Anschauung«, d. h. als reine Abstraktionen, in die Welt gesetzte Gedanken, die nach Kant „leer« und ohne wirklichen Gegenstand sind) [1)] in scheinbar zahlreicher werdenden Bezirken der Geisteswissenschaft wie eine Kapitulation vor der schwer überschaubar und höchst kompliziert gewordenen Stoffmasse. Durch spezialwissenschaftlichen Zugang allein ist sie kaum noch zu erschließen. Denn ob man die moderne Industriegesellschaft als Beispiel wählt, deren Gesetze und Auswirkungen lange schon nicht mehr ausschließlicher Betrachtungsgegenstand von Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftssoziologie sind, ob man Außenpolitik oder Entwicklungspolitik, Sicherheitspolitik oder Wohlfahrtspolitik als Ausgangspunkte wählt - - immer wieder stoßen wir auf die unentrinnbare Verzahnung von Technik, Industrie, Macht, Bildungsstand und -möglichkeiten, ethnologischen Befunden, moralischen, religiösen, philosophischen Fragen mit politologischen Aufgaben. Gerade die politologischen Fragestellungen macht man sich zu leicht, wenn man glaubt, sie auf die Lehre von Verfassungsgeschichte, Verfassungsrecht *oder* die Erörterung moralischer Prinzipien reduzieren zu dürfen. Dadurch würde die notwendige Annäherung an die wachsende Vielschichtigkeit und Wechselbezogenheit fast *aller* politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nur in Frage gestellt. Ähnliches gilt - mutatis mutandis - für Soziologie, Theologie, Rechts- und Sozialphilosophie. ...

---

1) Der letzthin beliebt gewordene Geistesblitz, daß Ideologien jedesmal die Gedanken der „Anderen" sind, erscheint etwas zu bequem.

Die Unübersichtlichkeit der Wissensbereiche, die Ludwig Freund beschreibt und die ja die Versuche widerspiegeln die Wirklichkeit zu erfassen, hat ja der Bürger auch, wenn er sich ein möglichst objektives Bild von seiner Gesellschaft, in die er lebt, machen will. Mir geht es auch so und da meine Gesundheit mir zusätzlich Schwierigkeiten macht, gibt es immer wieder die Situation, in der ich einfach meinen Versuch einstellen möchte, das Wesentlichste für unsere Zeit herauszufiltern, zumal ich nicht weiß, ob dabei überhaupt etwas Lesbares herauskommt.

Weiter mit Ludwig Freund:

… Um die nihilistische Endkonsequenz zu vermeiden, scheint es für den modernen Forscher nur eine Ausweichmöglichkeit zu geben. Er muß als Spezialist so weit wie möglich die Querverbindungen ziehen. Die jeweils wichtigen Ergebnisse auf einschlägigen Gebieten außerhalb seines Spezialfaches müssen wenigstens mitentscheidend berücksichtigt werden. Aber auch wiederum nicht so, daß - wie es in diesem Lande üblich geworden ist - ein Historiker, Soziologe, Wirtschaftswissenschaftler, Psychologe, Philosoph oder Jurist ohne weiteres auch als kompetenter Politikwissenschaftler auftritt, nur weil er den zeitgeschichtlichen Begriffsapparat zu manipulieren versteht.

Unser eigentliches Thema steht unter einem gewissen, zeitlich und örtlich bestimmten Tabu. Eine Reihe von Wörtern darf man augenscheinlich nach den Exzessen der Hitlerzeit in Deutschland nicht mehr gebrauchen. Der Verfasser, der gegen den Hitlergeist in persönlichem und belegbarem öffentlichen Einsatz in Städten und Dörfern - ohne viel Hilfe und Dank - bis zur Machtübernahme Hitlers, danach im vergeblichen Versuch mit anderen Persönlichkeiten, von denen einige ihr Leben ließen, bis zu seiner Emigration

> im Juli 1934 mit nichtöffentlichen Waffen gekämpft hat, ist heute an der wissenschaftlichen Klärung auch solcher Begriffe interessiert, die eine besondere Clique neuer unduldsamer und mit Autoritätsansprüchen eigener Version auftretender Geister auf die „Verbotsliste" gesetzt hat. Zu diesen Begriffen gehört „Gemeinschaft". Die beiden anderen Begriffe im Titel dieses Bändchens stehen „hors de dbat".
> Die Behandlung aller drei Begriffe in diesem einleitenden Band soll die Komplizierung und Verzweigung der mit ihnen in Zusammenhang stehenden äußeren und seelischen Fakten, soweit dies dem Verfasser möglich ist, zu klären suchen. S. 10

Ich haben diesen Abschnitt hier hauptsächlich aufgrund des folgenden Satzes übernommen. „**Eine Reihe von Wörtern darf man augenscheinlich nach den Exzessen der Hitlerzeit in Deutschland nicht mehr gebrauchen.**“ Also 1969 wurde schon versucht mittels „Sprachreinigung“ politische Macht zu erlangen.

Mir ist in Erinnerung dass Rudolf Bahro sich in einer Rede auf das Buch Gemeinschaft und Gesellschaft von Ferdinand Tönnies bezog. Und er tat es so, als zitiere er rechtfertigend die Gedanken eines Autoren, der in einer Tabuzone angesiedelt ist. Ich selber hatte bis dahin Namen Ferdinand Tönnies nur im Zusammenhang von Erklärungen eines befreundeten, alten Arzt gehört. Irgendwann kam auch ein Exemplar aus der dritten Auflage aus 1922 aus einer Haushaltsauflösung oder aus dem entsorgten Bestand von Frau Freund-Heitmüller zu mir ins Haus. Ich frage mich, ob die Unduldsamkeit gegenüber Gedanken, die man selber nicht hat oder teilt aus einem Mangel der Anerkennung der eigenen Gedanken oder aus dem Mangel an erlebter Freiheit herrührt.

Auseinandersetzungen über die Rechtschreibung der Deutschen Sprache und die Verwendung von Fremdwörtern hat es wohl schon immer gegeben. Ich habe eine Hörkassette des Norddeutschen Rundfunks aus dem Jahr 2000 (?) mit einem Reisebericht „Mit Henry Montagu Doughty durch Friesland und Mecklenburg vorliegen, da beklagt sich der Berichterstatter über die vielen eingefügten französischen Worte in der deutschen Sprache. Der Sprachwandel ist wohl ein natürlicher Vorgang, denn ich kann nicht erkennen, dass die Deutschen gezwungen wurden, sich nicht mehr in der Sprache z. B. des Mittelalters zu verständigen. Es gab aber wohl immer einen Druck sich sprachlich den Herrschern und Siegern oder dem Verständigungsbedürfnis durch sprachliche Angleichungen über die Grenzen hinweg anzupassen. Es war vermutlich schon immer ein Bedürfnis des Handels, der von Rom zentralistisch auf die Welt ausgerichtete Kirche, des Herrschaftsanspruchs der Römer, der Franzosen unter Napoleon und seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges der US-Amerikaner, der jeweiligen Umgangssprache ihren Stempel aufzudrücken. Tabuwörter oder -sätze hat es wohl auch schon immer gegeben. Mir scheint aber, das sowohl sprachliche Tabubrüche wie auch Kampfansagen gegen die Verfremdung der eigenen Muttersprache (egal ob in Deutschland oder anderswo) dazugehören, um die Sprache lebendig zu halten.

Es gibt ja nun auch den Begriff *Sprachregelung.* Wenn der Begriff von Gruppenmitgliedern, die bestimmte Sachverhalte oder Vorgänge vereinbaren, diese so und nicht anders zu benennen, um Verwirrungen zu vermeiden oder bei Nicht-Mitgliedern nicht sprachlich ins Fettnäpfchen treten, zu kann das nützlich sein. Wenn damit aber beabsichtigt ist, eigene Zielsetzungen zu verschleiern, sind sie bedenklich. Auch Sprachregelungen mit dem Ziel zu treffen, dass ein Anliegen die Wirkung eines Markennamens bekommt, kann man ja noch gutheißen. Wenn aber Sprachregelungen – vor allem im Sinne von Verboten – von Einzelpersonen oder Gruppen gesetzt werden mit dem Anspruch auf ein Herrschafts-

recht über das zwischenmenschliche Verständigungsmittel Sprache, dann ist der Vorgang ein Übel und der Widerspruch zu solch einem Anspruch im Namen der Freiheit Bürgerpflicht. [47]

Im Moment wird eine Äußerung des Oberbürgermeisters Boris Palmer zu diesem Komplex diskutiert. In einem Kommentar schreibt Patricia Wiedemeyer dazu:

> … Parteiausschluss von höchster Stelle
>
> Boris Palmer ist ohne Zweifel ein hochbegabter Politiker, ein erfolgreicher Oberbürgermeister in Tübingen, der sich aber nicht im Griff hat, der immer wieder auffällt durch verbale Entgleisungen, der sich immer wieder mit der eigenen Partei anlegte, sich in vielen Fragen immer weiter von der eigenen Partei entfernte, z.B. in der Flüchtlingsfrage.
>
> Und so blieb jetzt der Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock gar keine andere Wahl als die Forderung, ihn endlich aus der Partei zu werfen, Forderungen die schon oft von anderen Parteimitgliedern zu hören waren. Dadurch, dass sie dies nicht seinem Landesverband in Baden Württemberg überlässt, ist klar - es gibt da kein Zurück mehr. Anordnung sozusagen von höchster Stelle.
>
> Sich einfach nur inhaltlich zu distanzieren, Querköpfe wie Palmer auszuhalten, das passt derzeit nicht ins Bild. Baerbock scheint Stärke, Entschlossenheit und Basta-Mentalität demonstrieren zu wollen. ...
>
> https://www.zdf.de/nachrichten/politik/gruene-palmer-parteiausschluss-100.html

Jede Vereinigung, die sich aufgrund eines religiösen, idealistischen, politischen, wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Interesses (ausgenommen Kartelle) gebildet hat, kann entsprechend ihrer Satzung Mitglieder ausschließen. Bei den politischen Parteien, die sich den Zugang zu den Parlamenten, das Recht zu Regierungsbildung erkämpft haben und einen großen Teil ihrer Kosten aus Steuermittel finanzieren, sieht das anders aus. Besonders unter dem Gesichtspunkt, dass sie sich den Bürgern gegenüber zum Nadelöhr für derer politische Mitwirkung gemacht haben. Das Mittel dazu war, dass sie

47 Die Verfremdung der Sprache durch die Anglizismen und mit den Begriffen aus der Computer-Technik, die keine Entsprechung in der Deutschen Sprache gefunden haben, ist ein weiteres Thema. Nicht einmal die Anweisungen der Regierung in der Corona-Pandemie kann sie in reinem Deutsch abfassen. Ein weiteres Thema wäre die demokratische Wahl einer gesamteuropäischen Sprache. Neben der jeweils unterschiedlichen, angestammten Sprache könnte das das Zusammengehörigkeitsgefühl der Euroopäer stärken. Eine Diskussion darüber ist dringend. Die Einführung des Englischen bekäme womöglich eine Mehrheit. Aber die schleichende Einführung kann sich noch als Gift erweisen.

de facto im Art. 21 GG (1) den ersten Satz der da lautet „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“, umgeschrieben haben in: „Die politischen Parteien bewirken die politische Willensbildung, außer jenen Parteien, die die 5%-Hürde bei den Wahlen nicht übersprungen haben.“

Das, was Boris Palmer gesagt hat, hat er selber zu verantworten und Annalena Baerbock steht das Recht zu, zu sagen, das, was der Boris gesagt hat, finde sie nicht gut. Aber das Recht auf einen Rauswurf aus der Partei hat sie nicht. Fairerweise ist aber zu sagen, dass sie auf die dafür zuständigen Schiedsgerichte in der Partei hingewiesen hat. Aber wenn sie die stufenförmig installierten Parteigerichte unter Druck setzt, z. B. mit Hinweisen auf einen negativen Einfluss auf das Wahlergebnis, ist das von Übel. Im übrigen zeigt sie mit ihrer Haltung zu der Auseinandersetzung den Wählern, was die Wähler von ihr zu erwarten haben, wenn wir sie zur Kanzlerin über das Votum für DIE GRÜNEN machen. Dass sie intelligent und schlagfertig ist, hat sie schon vielfach bewiesen, aber genügt das, um Deutschland zu neuen Ufern zu führen? Mir scheint, sie will herrschen und nicht dienen.

Ich merke erst jetzt, dass ich den Hinweis auf die Schrift „Individuum Gemeinschaft Gesellschaft“ mit dem Abschnitt „6. Wesen und Grenzen der Freiheit ...“ begonnen habe. Eigentlich hatte ich den Abschnitt „5. Das Wesen der Freiheit“ gewählt. Es geht mir um die Freiheit, die es nie ohne Einschränkungen und Bedingungen gibt, die aber in der Formel von der „freiheitlich, demokratischen Grundordnung“ nur noch als ein Propagandabegriff ihr Leben fristet und in der Zukunftsplanung unserer Parteien keinen oder keinen gebührlichen Platz findet. Das Stichwort Freiheit hat bei mir gleich den Impuls ausgelöst ein halbes Dutzend Bücher aus den Regalen zu holen. Wenn ich die von mir ungelesenen vorhandenen Bücher dazulegen würde, könnte sich die Anzahl leicht verzehnfachen.

Ich will hier nur auf wenige Bücher hinweisen.

Das Ende der Freiheit? / Wie viel Demokratie verträgt der Mensch
von Fareed Zakaria, 2005.

> Die Freiheit und ihre Schranken
> Doch auch aus der Sicht des Volkes stimmt etwas nicht. Die Amerikaner sind vom eigenen politischen System weniger überzeugt denn je - und stehen damit keineswegs alleine da. In den meisten westlichen Ländern erreicht der Politikverdruß historische Höchstmarken. Wie weit dieses Unbehagen bereits gediehen ist, zeigt die jüngste Welle populistischer Unmutsäußerungen gegen das Establishment in allen Staaten Europas. Die zunehmende Unzufriedenheit mit dem System kommt ungelegen. Akute Krisensymptome wie Terrorismus, demographische Verschiebungen, Migration und Zivilisationskonflikte setzen die westlichen Demokratien unter Druck. Die Politiker müssen ihre Mitbürger vor neuen Gefahren schützen, den Wohlfahrtsstaat sanieren
>
> ((* Wie alle Erkenntnisse über die USA hat Tocqueville auch diese zuerst und am klarsten formuliert: Die Franzosen hielten es unter der alten Monarchie für eine feststehende Tatsache, daß der König niemals irren könne; und wenn er einmal etwas Falsches tat, gaben sie seinen Ratgebern die Schuld. ... Das ist auch die Vorstellung der Amerikaner von der Mehrheit. In die selbe Kerbe schlägt Michael Kinsley, wenn er seine Landsleute im Titel seiner gesammelten Kolumnen aus der New Republic als „Big Babies“ bezeichnet.)) Die Fußnote gehört zum Text über den von mir zitierten Teil. Ich lasse sie hier stehen, weil sie einen Informationswert für sich hat. TA

und die Einwanderung erleichtern, ohne einen Kampf der Kulturen zu provozieren. Wahrlich keine einfache Aufgabe. Doch gerade jetzt zeigt das politische System überall Verschleißerscheinungen: Dauerwahlkampf und Anbiederung an die Masse, Spendenaffären, Klientelpolitik und Lobbyismus haben vor allem in Amerika die Politik diskreditiert und werden mit erschreckend niedriger Wahlbeteiligung quittiert. Trotzdem orientiert sich die Welt nach wie vor am westlichen Demokratiemodell. Sollte es möglich sein, daß dieses wie ein sterbender Stern in fernen Galaxien noch hell erstrahlt, während sein Feuer in Wahrheit längst erloschen ist?

Viele glauben das Gegenteil und beurteilen die unaufhaltsame Demokratisierung aller gesellschaftlichen Sphären als uneingeschränkt positiv. Der Zusammenbruch der alten Strukturen, die Öffnung der Systeme, die Einbindung aller in die Verantwortung sollen die Freiheit und das Glück des einzelnen stetig mehren. Gegen Ende der selbstverliebten neunziger Jahre bot die Beratungsfirma Accenture in einer Anzeigenkampagne ihre analytische Weitsicht feil; eine der Annoncen imitierte eine Pressemeldung mit der Schlagzeile: „Internet bringt Demokratie nach China." Obwohl sich der Überschwang der Dotcom-Ära inzwischen gelegt hat, versichern Technikbegeisterte noch immer, das Netz der Netze werde eines Tages den Chinesen die Demokratie bescheren und uns alle zu Bankiers, Publizisten, ja sogar zu Parlamentariern in eigener Sache machen. Als letzter Schrei in Sachen Demokratisierung gelten Volksentscheide. Kalifornien hat dabei die Nase vorn; andere Länder schließen sich dem Trend an. Wer wollte der Forderung nach mehr Demokratie auch widersprechen?
Was aber, wenn die Freiheit nicht allein aus dem Chaos entstünde, sondern ebensosehr aus einem Mindestmaß an Ordnung; nicht aus einer ungefilterten, plebiszitären, sondern aus einer regulierten, repräsentativen Demokratie? Was, wenn wir, wie fast überall im Leben, so auch hier der Anleitung und Einschränkung bedürften? Und was schließlich, wenn wir unserer Freiheit nur dort sicher wären, wo diese Schranken besonders robust sind? Dieser Denkansatz bildet immerhin die Grundlage der modernen, freiheitlichen Demokratie, die im Westen seit jeher auf eine gemischte Staatsform im Sinne Aristoteles' hinausläuft. Es gibt zwar eine gewählte Regierung, aber eben auch eine Verfassung und Gesetze, eine unabhängige Justiz, politische Parteien, Kirchen, Unternehmen, private Vereine und Berufsverbände. … (S.22 f.)

Wenn einer, wie ich hier, sich Gedanken zur Demokratie macht, dann muss er möglichst viele Kräfte - soweit er sie erkennt – , die auf das Verfahren zur politischen Willensbildung und Beschlussfassungen von Maßnahmen und Gesetzen einwirken, benennen. Es kann aber nicht beim Benennen bleiben, sondern es muss auch die Bewertung erfolgen. Und da würde ich der Demokratie, wie wir sie betreiben, keine Bestandsgarantie geben. Die politischen Parteien, so wie sie bestehen und agieren, halte ich für die Totengräber der Demokratie. Das liegt nicht an einem bösen Willen der Mitglieder, sondern an der Wirkungsweise der Parteien nach innen und nach außen aufgrund ihrer Konstruktion. Ich habe vor darauf näher im Schlussteil einzugehen. Die aufgrund ihres Wirkens entstehende Parteienherrschaft statt Demokratie muss aufgelöst werden. Dazu gehört auch ein anderes Wahlrecht und eine andere Finanzierung von politischer Arbeit, im Idealfall durch eine Steuerentlastung der Bürger und eine direkte Finanzierung durch sie, die wie eine permanente Abstimmung über die jeweils betriebene Politik wirken kann.

Ich habe ja schon darauf hingewiesen, dass der Zentralismus zulasten der Gestaltungsfreiheit gegenüber den untergeordneten Stufen in der Beschluss- und Ausführungsebene geht. In einer Zentralverwaltungswirtschaft – egal wie sie ideologisch begründet wird – ist, wenn sie konsequent ausgeführt wird, kein Platz für die Entscheidungsfreiheit von Individuen oder von Gruppen von Individuen. Selbst die oberste Leitung ist unfrei, denn sie ist ja dem Plan verpflichtet. Der demokratische Zentralismus bleibt eine Illusion. Die Demokratie bleibt ausgeschlossen. Das heißt dann auch, soviel weniger wir die Selbstorganisation zur Befriedigung der Gesellschaftsmitglieder zulassen und entsprechend mehr den Staat mit Funktionen aufladen, umso weniger ist Demokratie und Selbstbestimmung der Bürger möglich. Das bedeutet dann auch, eine Selbstbeschränkung für das Gestaltungsinstrument *Mehrheitsabstimmung*en vorzunehmen. In der Gründungszeit der grünen Partei wurde von den Parlamenten der Betroffenen gesprochen, man hat damals nur übersehen, dass diese dann privatrechtlich organisiert werden müssen. Weil Gesetze nicht mit beliebig vielen Ausnahmen und Geltungsbereichen sinnvoll beschlossen werden können, müssen hier vertragliche Vereinbarungen zum Zuge kommen.

Das Ausweichen auf das Privatrecht wäre auch sinnvoll, weil es der Legislative erlauben würde, sich dann mit den Gesetzgebungsverfahren auf das Wesentliche zu beschränken. Der Vertrag würde das wesentliche rechtliche Instrument für die Fassung der Ergebnisse der Parlamente der Betroffenen werden. Die Parlamente der Betroffenen könnten zudem das Format der Abstimmung selber in ihren Satzungen bestimmen. Und zusätzlich wäre das Gute daran, dass andere Zusammenschlüsse von Bürgern dadurch nicht gehindert werden, es anders zu machen. Der Rückzug des Staates auf das Wesentliche vermehrt die haftende Gestaltungsfreiheit der Bürger. Alles, was durch das Gesetz geregelt wird, erzeugt automatisch unterlegene Minderheiten, die nicht zum Zuge gekommen sind. Die Folge ist, eine Erhöhung der ungewollten Spannungen in der Gesellschaft. Es ist eine Illusion, dass Kompromisse diese Spannungen lösen könnten.

Man kann einen solchen Weg des Fortschrittes auch mit Peter Kafkas Buchtitel „Das Grundgesetz vom Aufstieg (mit) Vielfalt, Gemächlichkeit und Selbstorganisation“ benennen. Das Wirtschaftsmodell der Zentralverwaltungswirtschaft steht dafür nicht zur Verfügung. Die Marktwirtschaft als ein dezentrales System des Leistungsaustausches wäre dafür geeignet. Aber die Marktwirtschaft liegt in den Ketten des Kapitalismus. Eine unheilige Allianz der Verfassungsorgane Parlament und Regierung mit der Wirtschaftswissenschaft und den Kapitalinteressenten verwahren die Schlüssel zu den Schlössern der Ketten, die die Marktwirtschaft binden und an ihrer Entfaltung hindern. Das ist keine verschwörungstheoretische Aussage, sondern nur der Hinweis, dass hier die Politik und die Wirtschaftswissenschaft in verkehrten Vorstellungen verharren. Die Ketten, die die heilende Wirkung der Marktwirtschaft verhindern, heißen Boden(un)recht, mangelhaftes Währungssystem und das Patentrecht, das ursprünglich die Leistungen der Erfinder schützen sollte, heute aber vorwiegend ein Mittel des Kapitals ist, um eine ausreichende Rendite zu ermöglichen.

Im Hinblick auf eine Reform oder sogar die Rettung der Demokratie muss ich auch auf Leopold Kohr hinweisen, dem es darum ging, überschaubare gesellschaftliche Einheiten zu schaffen in denen noch Demokratie praktiziert werden kann. In der Gründungszeit der Partei DIE GRÜNEN und ihren Vorläufer-Organisationen hatten – jedenfalls in den Teilen, wo ich mich bewegte – Ernst Friedrich Schumacher mit seinem Buch ***Small is beautiful*** und Ivan Illich mit seinen Thesen zur ***Entschulung der Gesellschaft*** einen hohen Stellenwert. Beide gehören auch zum Umfeld von Kohr. Ich bringe jetzt aber keine Aus-

züge aus ihren Werken. Zu Kohr füge ich nachfolgend zwei Links ein. Aber einen Satz von Kohr möchte ich doch einfügen, weil mit ihm auch auf das für die Demokratie bestehende Problem der Großstaaten verwiesen wird. Kohr schreibt in „Weniger Staat“ auf der Seite 110:

> Denn obgleich anerkanntermaßen heute nur die großen Staaten fähig sind, den Frieden zu schützen, liegt es auf der Hand, daß auch nur sie ihn wirklich bedrohen können.

Die daraus resultierende Erpressbarkeit der kleinen Staaten ist kein Element der Demokratie, sondern der Dominanz großer Staaten gegenüber kleineren. Und das gilt auch, wenn sie ihr Regierungssystem Demokratie nennen.Und jetzt einen Hinweis und zwei Links zu Lepold Kohr:

> Ende der 1960er Jahre bekannte der britische Nationalökonom Ernst Friedrich Schumacher, mit Kohr jenen Denker kennengelernt zu haben, dessen Thesen für die ökologische Rettung der Erde am wichtigsten zu sein scheinen. 1973 vollendete Schumacher sein Buch Small is beautiful im Hause seines Freundes Kohr in Aberystwyth; das Buch wurde ein Bestseller.
> https://de.wikipedia.org/wiki/Leopold_Kohr
>
> Die wichtigsten Thesen Leopold Kohrs
> https://www.salzburgmuseum.at/deutsch/museen/neueresidenz/1-obergeschoss/101-leopold-kohr/thesen-leopold-kohr/

Als Nächstes mache ich auf eine Arbeit von Karl Walker aufmerksam. Sie trägt den Titel ***„Demokratie und Menschenrecht“***. Er konnte den Text 1947 im Rudolf Zitzmann Verlag veröffentlichen. Er hatte ja den Untergang der Weimarer Republik und die Diktatur unter Hitler noch frisch in Erinnerung. Sein erstes Buch hat er als Buchbindergeselle 1931 veröffentlicht. Zum Besuch einer Hochschule hat er nie eine Chance gehabt, aber in dem Buch stand alles drin, was nötig war, um die ökonomische Krise zu überwinden. Aber die Demokraten und die Mehrheit der Wissenschaftler der Ökonomie waren blind, wie sie heute blind gegenüber den Problemen des Geldes sind. Dadurch blieb dieses Buch und sicher hunderte andere Hinweise zuerst auf die Überwindung der Inflation und dann auf die Überwindung der Deflation unwirksam. Aber dafür, dass die Mehrheit der Verantwortlichen recht behält, ist die Opferung eines Landes und die Folgen eines erbarmungslosen Krieges ja kein zu hoher Preis. Jedenfalls hat Walker 1947 schon auf die Schwachstellen in den Vorstellungen von Demokratie hingewiesen. Ich habe diesen Text eingescannt und unter Textziffer 172.4 werde ihn mit dem Text, der hier entsteht, auf meiner Internetseite veröffentlichen. Karl Walker hat nach dem Krieg in der SPD mitgewirkt. Aber diese Partei ist bis heute beratungsresistent.

https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker

Der nächste Titel, auf den ich hinweisen möchte, lautet „***Gleiche Freiheit*** / *Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft“,* der Verfasser des Buches heißt Dieter Suhr, er ist tödlich verunglückt. Prof. Dr. Dieter Suhr war Professor für Öf-

fentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik an der Universität Augsburg. Ich füge zwei Links zu seiner Person und seinem Werk ein.

https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr
https://www.dieter-suhr.info/de/

Ich füge nachfolgend das Vorwort ein:

> Diese kleine Studie will den Gleichheitsgedanken beleben, und zwar um der Freiheit willen.
>
> Im Namen der Gleichheit aller Menschen wurden einst überlieferte Pfründen beseitigt und althergebrachte Privilegien in Trümmer gelegt. Doch die revolutionäre Kraft des Gleichheitsgedankens überdauerte die Revolutionen nicht. Die Gleichheit wurde alsbald juristisch domestiziert.
>
> Das allgemeine Gleichheitsprinzip verkümmert weitgehend zum Willkürverbot. Es wird fast nur auf geringstmöglichem Gleichheitsniveau implementiert, nämlich so, daß gerade eben noch die Rede davon sein kann, daß man den geschriebenen Gleichheitssatz anwendet und nicht etwa nur irgendein ungeschriebenes Verfassungsgebot der Vermeidung gröbster Unsachlichkeit.
>
> Die instinktive Zurückhaltung der meisten Grundrechtler vor der grundrechtstechnischen Effektuierung der Gleichheit beruht darauf, daß sie um die Freiheit fürchten. Wäre diese, aus Sorge um die Freiheit tief verwurzelte, Angst vor der Gleichheit gerechtfertigt, - ginge also ein Mehr an Gleichheit immer auf Kosten der Freiheit, so fände man auch mich ganz vorn bei denen, die den Gleichheitssatz reduktionistisch auf ein Willkürverbot zurückinterpretieren. Sobald aber die Zurückhaltung, durch welche man die Freiheit schützen will, ihr in Wahrheit schadet, wird die dogmatische Zurückhaltung im Ergebnis kontraproduktiv.
>
> Die Furcht vor der Gleichheit und die Angst vor der Gerechtigkeit, die aus der Sorge um die Freiheit hervorgehen, sind bedingt berechtigt. Auch soweit die Gefahr besteht, die gerechte Lösung politischer Fragen gebrauchsfertig in der Verfassung angelegt zu sehen, gilt es, dem Gesetzgeber seinen Gestaltungsspielraum zu erhalten. Im übrigen aber gründet die Freiheit selbst in der Gleichheit: so wie die Befreiung des Sklaven im wesentlichen die Verwirklichung seiner menschenrechtlichen Gleichheit ist. Diese Art von Gleichheit, die das wahre Fundament der Freiheit ist, hatte bislang kaum eine Chance, ihre grundrechtliche Fruchtbarkeit und Kraft zugunsten der Freiheit zu beweisen.
>
> Armin Trautmann hat vor allem die Strukturen der Reziprozität geklärt und vielerlei zu den ersten vier Abschnitten des Büchleins beigetragen. Der Schlußteil stammt allein von mir.
>
> Augsburg, den 15. August 1988

Dieter Suhr

Jetzt ein Auszug aus dem kleinen Buch ***Freiheit ein Plädoyer*** von Ex-Bundespräsident **Joachim Gauck**. Er weist auf die mangelnde Sehnsuch nach Freiheit bei uns hin.

Freiheit

Ich bin in diesem Land viel unterwegs, und nicht selten beschleicht mich dabei das Gefühl, einer gewissen Minderheit anzugehören. Nicht etwa, weil ich aus Mecklenburg komme. Das ist es nicht, was dieses Minderheitengefühl erzeugt. Es ist vielmehr meine tiefe Überzeugung, dass die Freiheit das Allerwichtigste im Zusammenleben ist und erst Freiheit unserer Gesellschaft Kultur, Substanz und Inhalt verleiht. Bei vielen Menschen aber, die mir im Land begegnen, vermute ich eine geheime Verfassung, deren virtueller Artikel 1 lautet: »Die Besitzstandswahrung ist unantastbar.« Ich habe nichts gegen Besitz, auch nichts gegen materielle Sicherheit. Das alles ist erfreulich, vor allem, wenn man darauf verzichten musste wie meine Generation, die Krieg und Nachkriegszeit erlebt hat. Aber wie kommt es, dass wir Deutschen ein erkennbar anderes Verhältnis zum Grundprinzip der Freiheit haben als etwa die US-amerikanische Nation oder unser polnisches Nachbarvolk?

Eine historische Erklärung führt unsere Neigung, auf gutem Fuß mit unserer jeweiligen Obrigkeit zu stehen, auf den Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) zurück. Damals konnte eine ganze Generation Deutscher hingemordet und missachtet, geschändet, vertrieben und all ihrer Rechte beraubt werden. Nach dem Westfälischen Frieden hätten die Landesherren ihren Untertanen die lang entbehrte Sicherheit, Rechtssicherheit und Überlebenschance garantiert - von daher rühre die tiefe Dankbarkeit der jeweiligen Obrigkeit gegenüber. Ich kann und will diesen Erklärungsversuch nicht fachlich beurteilen, Tatsache ist jedenfalls, dass sich bei den Deutschen ein besonderes Verhältnis zur Freiheit entwickelt hat. Heinrich Heine hat es einmal in ein Bonmot gefasst, das ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. In seinen »Englischen Fragmenten« heißt es:

> Der Engländer liebt die Freiheit wie sein rechtmäßiges Weib. Er besitzt sie, und wenn er sie auch nicht mit absonderlicher Zärtlichkeit behandelt, so weiß er sie doch im Notfall wie ein Mann zu verteidigen. Der Franzose liebt die Freiheit wie seine erwählte Braut. Er wirft sich zu ihren Füßen mit den überspanntesten Beteuerungen. Er schlägt sich für sie auf Tod und Leben. Er begeht für sie tausenderlei Torheiten. Der Deutsche liebt die Freiheit wie seine Großmutter. <

Ich kann nicht behaupten, dass mich Heines Worte getröstet hätten. Inzwischen weiß ich aber, dass er nur bedingt recht hatte. Denn der 17. Juni 1953 und das Jahr 1989 haben mich gelehrt, dass sich auch Deutsche für die Freiheit »schlagen« können.

ooooo

Am 11. 5. 2021 ist von Gabor Steingart in seinem MorningBriefing u.a. zu lesen:

Heute vor 100 Jahren wurde die Grand Dame der FDP – Hildegard Hamm-Brücher – in Essen geboren. Als ihre Eltern Anfang der 1930er Jahre kurz nacheinander verstarben, zog sie zu ihrer Großmutter mütterlicherseits nach Dresden.
Seit den Nürnberger Rassegesetzen galt sie als „Halbjüdin". Dem damit verbundenen Druck des NS-Staates versuchte sie sich durch mehrere Schulwechsel, zunächst auf das Internat in Salem, dann an das Konstanzer Mädchengymnasium, wo sie 1939 das Abitur ablegte, zu entziehen. ...

Früh schon war in ihr die Erkenntnis gereift, dass die Funktionärsapparate der Parteien sich selber dienten und weniger der Demokratie:

„Unsere Parteien-Demokratie funktioniert in ihren äußeren Abläufen. Aber sie verliert sowohl an Erneuerungs- und Gestaltungskraft nach innen als auch das Vertrauen der Bürgergesellschaft. "

Hildegard Hamm-Brücher ist im Alter von 95 Jahren schließlich von uns gegangen. Ihr Erneuerungsauftrag an die politischen Parteien blieb.

ooooo

>„Ich bin dafür, den Anfängen zu wehren"

Afrika-Experte Helmut Bley diskutiert bei der SPD über Identitätspolitik – und warnt vor Sprechverboten, Intoleranz und einer Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit <

HAZ 300.4. 2021 / Bericht von Simon Benne

Der alte Herr auf dem Podium wählt dramatische Worte. „Die linken Identitären benutzen häufig rabiate Methoden", sagt der Historiker Helmut Bley. „Sie fordern Sprechverbote und führen Shitstorms durch", warnt er, „in den USA tobt bereits ein Kulturkampf." Bibliotheken würden dort Klassiker in Giftschränke verbannen, weil die Autoren vor über 2000 Jahren antike Sklaverei geduldet hätten. „Goethe wird weggesperrt, weil er nicht gendergerecht geschrieben

> hat“, sagt Bley mit einem Kopfschütteln.
> Sein eigener Fall hat im vergangenen Monat bundesweit Wellen geschlagen. Die Stadtverwaltung Hannover hatte eine Diskussion zu Rassismus und Kolonialzeit mit dem renommierten Afrika-Experten abgesagt, nachdem eine Anti-Rassismus-Initiative Vorbehalte gegen Bley bekundet hatte. Der 86-Jährige sagt, die Aktivistinnen hätten ihm als „alten weißen Mann“ per se abgesprochen, über afrikanische Perspektiven reden zu können. Die Initiative erklärte, der Professor habe als weißer Mensch „seine eigene Positionierung“ nicht ausreichend reflektiert. ...
>
> … Eine Diskussionsteilnehmerin warf Bley in der von Ulrike Strauch moderierten Runde darauf einen „weißen, eurozentristischen Hintergrund“ vor und fragte, ob linke Sprechverbote für ihn denn gravierender seien als struktureller Rassismus.

Wenn die Logik der Sprechverbot-Erteiler richtig wäre, dann könnte auch kein Inder oder Chinese oder ein anders Farbiger von außerhalb Afrikas etwas über Afrikaner sagen. Selbst die Araber, Mauren und weißen Afrikaner dürften nichts über die schwarzen Völker Afrikas etwas sagen. Ich schätze, dass weiße Forscher manchmal über schwarze Völker in Afrika mehr wissen, als die betroffenen Menschen in diesen Völkern selbst. Vermutlich ist es so, das der weiße Mann bei der Unterwerfung und Missionierung der schwarzen Völker wenig auf ihre Würde geachtet und ihre Geschichte festgehalten hat. Aber diese Geschichte der afrikanischen Völker ist sicher in den Archiven der Weißen besser bewahrt worden als in den Köpfen der afrikanischen Völker. Es kommt aber doch noch immer auf den Ethos des Forschers an, was er aus seinen Kenntnissen macht und nicht, welche Hautfarbe er hat.

Aber die Sprechverbote sind für uns kein afrikanisches Problem, sondern das der weißen Menschen, die dem Wort keinen Wahrheitsgehalt mehr zumessen. Wenn dieser Weg unseres Umganges mit unserer Sprache zu Ende gedacht wird, müssen wir uns alle gegenseitig Maulkörbe umhängen. Und wenn wir dann trotzdem noch etwas sagen wollen, müssen wir uns dann bei der Zensurabteilung, die bei der UNO eingerichtet wird, die Genehmigung dafür holen. Aber das geht auch nicht, denn wir müssten ja das, wofür wir um Redefreiheit nachsuchen wollen, vorher schriftlich einreichen, aber Formulierung der Anfrage würden ja mit unter dem Rede- und Schreibverbot fallen. Wir müssten uns selber im wortwörtlichen Sinn totschweigen.

Was mich aufregen kann, ist der Begriff ***strukturell*** in Verbindung mit Rassismus und Antisemitismus. Mein Eindruck ist, das Wort wird dabei nicht als eigenständiger Begriff verwendet, sondern als eine Verstärkung der Begriffe Rassismus und Antisemitismus. Möglich ist auch, dass das Wort im Sinne von „wissenschaftlich bewiesen“ verwendet wird. Die Angesprochenen oder die Verdächtigten sollen jedenfalls verunsichert werden. Es kann auch sein, dass die Verwender sich damit selber eine reine Weste bescheinigen wollen, um anderes, nicht Ausgesprochenes bewirken zu wollen. Dabei mag es einen versteckten oder von Einzelpersonen oder Gruppen selbst nicht wahrgenommenen Rassismus geben, so wie ich behaupte, dass unser Bildungssystem nicht wahrgenommene faschistische Züge hat, dann kann man ihn aber nicht *strukturellen* Faschismus oder Antisemitismus nennen.

Ich habe noch mal in einem Wörterbuch nachgeschaut:
Struktur: Substantiv, feminin [die]

1.. Anordnung der Teile eines Ganzen zueinander; gegliederter Aufbau, innere Gliederung "eine komplizierte Struktur"

2. Gefüge, das aus Teilen besteht, die wechselseitig voneinander abhängen; in sich strukturiertes Ganzes

Wenn der „ strukturelle Rassismus“ mehr als eine Diffamierung sein soll, dann muss auch der strukturelle Zusammenhang erklärt und nicht als Beweis für eine Vermutung oder Unterstellung verwendet werden.

Zwischen den beiden zitierten Ausschnitten war zu lesen:

„Den Anfängen wehren“
Bley verteidigte die Umbenennung von nach Kolonialisten benannten Straßen wie der Lettow-Vorbeck-Allee oder dem Karl-Peters-Platz.
Auch die Umbenennung der Hindenburgstraße in Hannover befürwortete er: „Warum muss man jemanden ehren, der Hitler ernannt hat?“

Menschen, die schon lange in einer Straße wohnen oder dort sogar groß geworden sind, werden sich selten für den Namensgeber interessieren. Der Straßennahme ist einfach ein Kennwort für ihr Zuhause. Änderungen von Straßennahmen sind besonders dann, wenn die Bewohner nicht gefragt werden, ein Eingriff in ihre persönliche Lebenswelt und auch in den gewerblichen Bereich, wenn dort ein Büro oder Geschäft betrieben wird.

Denkmäler werden gesetzt und Straßennahmen benannt nach Personen in der Zeit, wo ihnen Bedeutung beigemessen wird oder wo sie geehrt werden sollen. Und man weiß doch, dass die Bewertungskriterien sich im Laufe der Zeit ändern. Die nachfolgenden Generationen sehen die Geehrten ganz anders und wollen eine Änderung des Namens oder eine Entfernung des Denkmals. Ich verstehe ein solches Verlangen, halte es aber doch für eine Art Geschichtsfälschung. Man sollte lieber unter den Straßenschildern und an die Denkmäler Informationstafeln hängen, wann und warum die Namensgeber gewählt wurden und warum man das in der Gegenwart für unpassend hält. Und für Denkmäler sollte man einen Denkmal-Friedhof anlegen, damit über Generationen hinweg, nachgeschaut werden kann, wer wann von Bedeutung war und wer wann vom Sockel gestürzt wurde. Die Anlagen sollten so gestaltet werden, das Schulklassen besondere Unterrichtsstunden erleben können.

In der HAZ vom 3. Mai ist groß als Überschrift zu lesen „**Altkanzler Schröder fordert Helmut-Schmidt-Straße in Hannover**“. Ich frag mich, was hat ein ehemaliger Kanzler in Hannover zu fordern? Wenn dort zu lesen wäre „empfiehlt“ oder „wünscht sich“ wäre das ja in Ordnung. Trotzdem bleiben mir noch Fragen: Sollen bei solchen Benennungen von Straßen eigentlich die Personen geehrt werden, oder wollen die betreffenden Parteien eine „Duftmarke“ setzen. Das habe ich mich auch gefragt, als ich in der HAZ vom 22. April las: „ **Bundestag bringt Kohl-Stiftung auf den Weg“.** Wenn Bürger einen Politi-

ker ehren wollen, ist das in Ordnung, aber ist das auch so wenn der Bundestag ungefragt den Bürgern die Kosten dafür aufdrückt?

Wenn man jetzt eine Straße in Hannover in Helmut-Schmidt oder auch in Helmut Kohl umbenennen will, dann wird es so sein, dass sich nicht alle Bürger dieser Straße davon beglückt fühlen. Das Gleiche gilt, wenn sich um neue Straßen in erschlossenem Baugelände geht. Es ist doch daher besser die Straßen nach Blumen oder Bäumen zu benennen. Bei Tiernamen ist es schon problematischer, wer will schon in einer Hunde-, Katzen, Schweine- oder Esel-Straße wohnen.

Und hier noch eine Anmerkung zur Umbenennung der Hindenburgstraße:
Durch die Umbenennungen werden die heutigen Hannoveraner weder bessere Menschen noch besserer Demokraten und das Geschichtsgeschehen kann damit auch nicht gelöscht werden. Und dann wirkt in einem Staat nicht ein Mensch alleine, auch nicht, wenn er Präsident ist. Bei der Quellensuche im Band 16 der Gesamelten Werke von Silvio Gesell, herausgegeben von Werner Onken las ich folgendes zu Paul von Hindenburg:

> Bei der Reichspräsidentenwahl unterlag im ersten Wahlgang der SPD-Kandidat Otto Braun dem von der DVP aufgestellten und von der DNVP unterstützten Kandidaten Karl Jarres. Da Jarres jedoch nicht die absolute Stimmenmehrheit erreichte, wurde ein zweiter Wahlgang notwendig. Das Zentrum, die Deutsche Demokratische Partei und die SPD einigten sich auf den Zentrumspolitiker und früheren Reichskanzler Wilhelm Marx als gemeinsamen Kandidaten, während die DVP und die DNVP anstelle des nicht genügend bekannten Jarres nunmehr mit dem Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg antraten, der aufgrund seiner Rolle im ersten Weltkrieg als “unbestrittener Nationalheld” und als “Deutschlands heimlicher Kaiser” galt.
>
> Obwohl Marx mit knapp 14 Millionen Stimmen besser abschnitt als Jarres und Braun im ersten Wahlgang, fehlten ihm die von Ernst Thälmann (KPD) errungenen rund 1,9 Millionen Stimmen, so daß Hindenburg dank der Unterstützung von DVP, DNVP, NSDAP und vieler bisheriger Nichtwähler mit knapp 15 Millionen die einfache Stimmenmehrheit erreichte. Das Wahlergebnis machte deutlich, daß die Werte von Demokratie und Republik noch nicht so fest in der deutschen Bevölkerung verwurzelt waren wie die Sehnsucht zurück nach der ‘guten alten’ Kaiserzeit. Das Resultat kommentierte Silvio Gesell mit den Worten: *“Hindenburg ist eine Gefahr für die Republik.”* [48]
> Viel zu tief stecke jener in der Hohenzollerntradition, als daß er das in einem revolutionären Umbruch befindliche deutsche Volk als seinen obersten Herrn anerkennen könne.
>
> Das Problem der Fürstenvermögen war in den frühen Nachkriegsjahren unerledigt geblieben. Nach der Stabilisierung der Reichsmark wollten auch die

48 Silvio Gesell, Ein Fürstendiener als Präsident der Republik, in: SGW Band 16, S. 192. – Vgl. auch ders., Das deutsche Verbrechen, in: SGW Band 15, S. 343-346.

> Fürstenhäuser an dem neu entstehenden Wohlstand teilhaben. Sie verlangten große Entschädigungen und Renten; und wenn ihre Forderungen nicht erfüllt wurden, verklagten sie die Länder, in deren Händen sich die beschlagnahmten Vermögen befanden. Oftmals gaben ihnen noch immer monarchisch gesinnte Richter Recht. So geriet die Weimarer Republik in ein Dilemma: Einerseits mußte sie auch die früheren Regenten rechtsstaatlich behandeln – andererseits war es für die von der Inflation enteigneten unteren und mittleren Schichten eine Provokation, wenn ausgerechnet jene Kreise, mit deren Politik ihr Ruin begonnen hatte, nicht endgültig enteignet wurden. Die ungenierten Geldforderungen der Fürstenhäuser weckten innerhalb der Arbeiterschaft die Forderung nach ihrer entschädigungslosen Enteignung. Sie wurde zunächst von der KPD und dann auch von der SPD erhoben, die gemeinsam einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Reichstag einbrachten. Nach der Ablehnung im Parlament führten sie einen Volksentscheid über diese Frage herbei.
>
> In die öffentliche Auseinandersetzung um diesen Volksentscheid schaltete sich Gesell mit dem Argument ein, daß nicht den Fürsten eine Entschädigung zustehe, sondern den Kriegsbeschädigten, "... die wir unseren verbrecherischen nationalistischen Plänen opferten." [49] Darüber hinaus plädierte, Gesell nicht nur für eine Enteignung der Fürsten, sondern auch der Großgrundbesitzer. Die "agrarischen Reaktionäre" bildeten eine Brutstätte des Militarismus und des Nationalismus. "Nur dadurch, daß wir diese Gesellschaft ohnmächtig machen, können wir die Republik vor ihr schützen und uns selbst vor einem neuen, ebenso blödsinnigen Krieg." [50] ...

Ich wiederhole die hier in Kursiv gesetzten Aussagen und kommentiere sie anschließend.
Das Wahlergebnis machte deutlich, daß die Werte von Demokratie und Republik noch nicht so fest in der deutschen Bevölkerung verwurzelt waren wie die Sehnsucht zurück nach der 'guten alten' Kaiserzeit.

So geriet die Weimarer Republik in ein Dilemma: Einerseits mußte sie auch die früheren Regenten rechtsstaatlich behandeln – andererseits war es für die von der Inflation enteigneten unteren und mittleren Schichten eine Provokation, wenn ausgerechnet jene Kreise, mit deren Politik ihr Ruin begonnen hatte, nicht endgültig enteignet wurden.

Wie sollte ein Volk auch die Demokratie lieben, die sie sich nicht selbst erarbeitet und erkämpft hatte, sondern ihr von ein paar vorpreschenden Akteuren – die sich sicher lange vorbereitet hatten – übergestülpt wurde. Die Menschen damals hätten sich auch in die neuen Verhältnisse eingewöhnt und eingerichtet, wenn sie nicht in der großen Mehrheit durch die Enteignung mittels Inflation nicht in so große Not getrieben worden wären. Bei dem Vergleich mit der Zeit im Kaiserreich hatte die Demokratien nur Elend auf die Waage zu legen. Vergleichen wir die Aussagen von Werner Onken über die mangelnde Verwurzelung der Menschen in der Demokratie in der Weimarer Republik mit den weiter

49 Silvio Gesell, Fürsten- oder Kriegsbeschädigtenentschädigung, in: SGW Band 16, S. 188. – Vgl. auch ders., Glänzende Erfolge des Gebets, in: SGW Band 16, S. 161.

50 Silvio Gesell, Der deutsche Pazifist und die Abrüstung, in: SGW Band 16, S. 159.

oben zitieren Aussagen von Ex-Bundespräsident Joachim Gauk über die Menschen nach dem Dreißigjährigen Krieg. Ich zitiere nochmals:

> Eine historische Erklärung führt unsere Neigung, auf gutem Fuß mit unserer jeweiligen Obrigkeit zu stehen, auf den Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) zurück. Damals konnte eine ganze Generation Deutscher hingemordet und missachtet, geschändet, vertrieben und all ihrer Rechte beraubt werden. Nach dem Westfälischen Frieden hätten die Landesherren ihren Untertanen die lang entbehrte Sicherheit, Rechtssicherheit und Überlebenschance garantiert - von daher rühre die tiefe Dankbarkeit der jeweiligen Obrigkeit gegenüber.

Gerhard Ziemer schreibt in seinem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ in seinen Schlussfolgerungen:

> Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht. (S. 224)

Man sieht aus den geschichtlichen Beispielen, bei der Mehrheit des Volkes kommt vor der Freiheit und Demokratie der Wunsch nach einer sicheren Schlafstätte und einer gefüllten Speisekammer. Daran ist auch nichts Verwerfliches, vor allem wenn die Familien Kinder und alte Menschen mit versorgen müssen. Aber darin steckt auch ein Auftrag für die Bürger, die sich politisch engagieren, die Verhältnisse so zu gestalten, dass die Freiheit nicht erstickt und die Demokratie als Regierungssystem nicht abgewählt wird.

In einem Netzeintrag las ich:

> Die noch junge Weimarer Republik war zwischen 1919 und 1923 in ihrer Existenz bedroht. Es ereigneten sich links- und rechtsextremistische Putschversuche gegen die Regierung. Die durch den Versailler Vertrag bedingten Reparationszahlungen führten 1923 zu einer Hyperinflation, die das Geld wertlos machte.

Die Reparationszahlungen kann man als ungerecht bezeichnen, aber für die Inflation waren sie nicht die Ursache. Die Inflation und die Deflation wurden und werden von den Zentral- oder Notenbanken verursacht und sie sind dann ein Staatsverbrechen, wenn sie in einer Demokratie von der Regierung und dem Parlament zugelassen worden sind oder zugelassen werden. Für die SPD ist belegt, dass sie aufgrund ihrer damaligen Bindung am Marxismus beratungsresistent gegenüber Vorschlägen war, die die Vermeidung beider Übel ermöglicht hätten. Und heute ist sie gefangen im Keynesianismus und wird damit zum Wiederholungstäter.

Bei der Zitat-Übernahme aus Gerhard Ziemers Buch habe ich auch noch seine Aussage zu Hindenburg wieder vor meinen Augen gehabt. Ich gebe seine Einschätzung in voller Länge wieder, weil sie vor der Verteufelung von Verstorbenen mahnt, vor allem dann, wenn man glaubt, sich dadurch selber als kritischer und guter Bürger zu erweisen:

> Die Erkenntnis, daß Brüning für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise ein extrem ungeeigneter Reichskanzler war, führt notwendigerweise zu einer anderen Beurteilung Hindenburgs, als sie vielfach üblich geworden ist. Man wirft Hindenburg vor, daß er Brüning als Kanzler entlassen und nacheinander Papen, Schleicher und Hitler zu Reichskanzlern gemacht habe. Wer noch eine Erinnerung an die Jahre vor 1933 hat, weiß, daß Hindenburg nach Herkunft und eigener Einstellung den Nationalsozialismus als Programm und Hitler als Person ablehnte. So dachte auch Hindenburgs Umgebung. Das war den Nationalsozialisten bekannt. Sie sahen in Hindenburg ihren stärksten Widerstand. Die Feindschaft der Nationalsozialisten gegen Hindenburg und seinen aus dem Adel und der Generalität stammenden Freundeskreis kam in dem Wahlkampf um die Reichspräsidentenschaft im Frühjahr 1932 unverhohlen zum Ausdruck. Der damals schon vierundachtzigjährige Hindenburg hätte für sich selbst besser gehandelt, eine nochmalige Kandidatur abzulehnen. Dann hätte man sich auf einen anderen zugkräftigen Kandidaten gegen Hitler einigen müssen. Mit einem anderen Gegenkandidaten als Hindenburg hätte Hitler aber aller Voraussicht nach die Wahl gewonnen und es wäre schon im Frühjahr 1932 zur Machtergreifung durch den Nationalsozialismus auf dem Wege über die Reichspräsidentenschaft Hitlers gekommen. Man kann nicht bestreiten, daß Hindenburg die Bürde einer Amtsverlängerung auf sich genommen hat, weil ihm erklärt worden war, daß nur er die Wahl Hitlers verhindern könne. So ist es dann auch gekommen.
>
> Es ist oft von einem Treuebruch Hindenburgs gegenüber Brüning die Rede. Aber durfte nicht auch Hindenburg erwarten, nachdem er sich, den Wünschen der demokratischen Parteien folgend, nochmals als Reichspräsident zur Verfügung gestellt hatte, daß man nunmehr auch ihn von dieser Seite nicht im Stich lassen würde, wenn er zur Überwindung der Krise und doch immer noch zur Abwehr der Nationalsozialisten einen Kanzlerwechsel vornahm? Das geschah jedoch nicht. In der jeder politischen Vernunft spottenden Abstimmung im Reichstag vom 12. September, als alle Parteien bis auf das Häuflein der Deutschnationalen in Eintracht mit Nationalsozialisten und Kommunisten gegen den Präsidialkanzler Papen, das heißt gegen Hindenburg, stimmten, ohne eine ande-

re nichtnationalsozialistische Alternative anzubieten, wurde Hindenburg von den demokratischen Parteien im Stich gelassen. Das konnte doch nur die weitere Entscheidung auf einen militärischen Staatsstreich oder ein Kabinett Hitler zutreiben. So sahen es damals auch die Nationalsozialisten, die über das Abstimmungsergebnis frohlockten. In diese Lage wurde Hindenburg von den gleichen Parteien hineinmanövriert, auf deren Wunsch er zum zweiten Mal Reichspräsident geworden war.

Hindenburg war kein Demokrat, aber er war verfassungstreu. So blieb für Hindenburg nach dem Schleicherschen Zwischenkabinett, das ebenfalls von den demokratischen Parteien abgelehnt wurde, als die eine Alternative nur die Außerkraftsetzung des Reichstags, das heißt der Verfassungsbruch. Das lehnte Hindenburg ab, nachdem auch die Führer der demokratischen Parteien, die er angehört hatte, vom Verfassungsbruch abgeraten hatten. Die andere Alternative war die verfassungsmäßige Lösung, das heißt ein Kabinett Hitler, das sich auf die Mehrheit des Reichstags stützen konnte. Ein jüngerer Reichspräsident als Hindenburg hätte vielleicht trotz allem den militärischen Einsatz gewagt. Wenn wir bedenken, was der Nationalsozialismus angerichtet hat, möchten wir dieser Lösung wenigstens gedanklich eine Realität einräumen. Aber kann man Hindenburg im Nachurteil wirklich vorwerfen, daß er als sehr alter Mann am Ende eines langen an die beschworene Pflicht gebundenen Lebens den offenen Bürgerkrieg scheute, zu dem auch die jüngeren Politiker nicht rieten? Mit der vorsichtigen Zusammensetzung des neuen Kabinetts, in dem neben Hitler zunächst nur zwei Nationalsozialisten vertreten waren, hoffte auch er wie viele andere, Hitler und den Nationalsozialismus zu zähmen, wenn nur erst das Elend der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit überwunden war.

Hindenburg war als Reichspräsident ungewollt schon seit 1930 durch die Uneinigkeit der Parteien in eine Lage geraten, auf die er nicht vorbereitet war und nach Alter und Herkunft auch gar nicht vorbereitet sein konnte. Brüning hatte ihn in den sechsundzwanzig Monaten seiner Kanzlerschaft 67 Notverordnungen unterschreiben lassen. Der Reichstag konnte die Notverordnungen nachträglich aufheben. Bis dahin waren sie Gesetz und wie ein Gesetz durchzuführen. De facto war schon unter Brüning der Reichstag weitgehend ausgeschaltet und Brüning wie seine Nachfolger Papen und Schleicher ein Präsidialkanzler. Manche Historiker verlegen deshalb das Ende der Weimarer Republik schon in den März 1930, als Reichskanzler Müller durch Brüning abgelöst wurde. Menschlich gese-

hen war es von den damaligen nichtradikalen Parteien des Reichstags eine Zumutung, Hindenburg persönlich in der wachsenden Not des Volkes Entscheidungen treffen zu lassen, die in einer parlamentarischen Notgemeinschaft der nichtradikalen Parteien demokratisch hätten getroffen werden müssen. Die unausweichliche Folge der Unfähigkeit der nichtradikalen Reichstagsparteien, sich zu einer gemeinsamen Verantwortung zusammenzufinden, wo es in Deutschland an allen Ecken und Enden brannte, war die Umwandlung der persönlichen Umgebung Hindenburgs in ein nunmehr politisch bedeutungsvolles Gremium. Auch hieraus wird Hindenburg nachträglich ein Vorwurf gemacht und auf den »in der Verfassung nicht vorgesehenen« Sohn Oscar von Hindenburg verwiesen. Doch wohl zu Unrecht. Wenn Hindenburg in seiner Person durch Annahme, Änderung oder Ablehnung der ihm vom Kanzler vorgelegten Notverordnungsentwürfe den Reichstag ersetzen sollte, so war es selbstverständlich, daß er darüber auch mit anderen als mit Brüning selbst zu Rate ging, der insoweit der Gegenpart war. Diese anderen, die Hindenburg brauchte, wenn er sich von den Auswirkungen der Notverordnungen eine eigene Vorstellung machen wollte, konnten nur seine ständige persönliche Umgebung und sein persönlicher Bekanntenkreis sein. Das waren keine Intrigen, sondern die Zwangsläufigkeit des von den Parteien selbst herbeigeführten Notverordnungsweges.

Eine gewisse Bedeutung für die von Hindenburg zu treffenden Entscheidungen hatte seine persönliche Umgebung natürlich immer gehabt. Sachlich fand das aber bis 1930 seine Grenzen in den Zuständigkeiten der Weimarer Verfassung, die Hindenburg 1925 beschworen und als Reichspräsident auch beachtet hatte. Jetzt waren diese verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reichspräsidenten durch das Verhalten der demokratischen Parteien, die die Gesetzesinitiative den Notverordnungen des Reichspräsidenten überließen, uferlos erweitert. Bis zur Reichstagswahl im Sommer 1932 hatten die Parteien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten immer noch die Mehrheit gehabt. Wer sich an diese Jahre erinnert, weiß, daß es gerade die Untätigkeit des Reichstags war, die neben dem Wachsen der Krise den Nationalsozialisten und Kommunisten die Wähler zutrieb. Diese Untätigkeit des Reichstags war für die Nationnalsozialisten eines der Hauptthemen ihrer Propaganda. Auch in der Rückbetrachtung bleibt die Apathie der demokratisch gesonnenen Parteien, die den Reichstag im Anblick des wartenden Volkes überflüssig machten, rätselhaft. Der Verfasser erklärt vielleicht nach Ansicht mancher Leser schon zu viel mit der wirtschaftlichen Ratlosigkeit.

Aber auch diesen Vorgang kann man nicht anders deuten. Nur das Unvermögen, des zunehmenden Wirtschaftszerfalls und der wachsenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden, und die heimliche Einsicht des einzelnen Reichstagsabgeordneten in dieses Unvermögen geben eine Erklärung dafür, daß die noch immer mögliche parlamentarische Mehrheit nicht zustande kam und stattdessen dem über achtzigjährigen Hindenburg das Kommando für das Staatsschiff überlassen wurde.

Hindenburg hat über zwei Jahre hindurch Brüning sein Vertrauen geschenkt und die vom Kanzler vorgelegten Notverordnungen unterschrieben. Daß der Fortschritt der Krise, das heißt der wirtschaftliche Mißerfolg der von Brüning empfohlenen Notverordnungsmaßnahmen, auch Hindenburg und seinen persönlichen Bekanntenkreis, zu dem auch seine Gutsnachbarn gehörten, tief beeindruckte, war natürlich. Die Verdopplung der Zahl der Arbeitslosen während der Kanzlerschaft Brünings von 3 auf 6 Millionen mit weiteren Millionen Kurzarbeitern machte eine Änderung der Innenpolitik, das heißt eine Abberufung Brünings, der keine Alternativvorschläge kannte, ständig akut. Wenn nicht der wirtschaftlich unerfahrene alte Generalfeldmarschall Hindenburg, sondern ein jüngerer und tatkräftiger Politiker damals Reichspräsident gewesen wäre, hätte Brüning sicherlich schon vor dem Mai 1932 zurücktreten müssen. Jeder Kanzler und Premierminister steht unter dem politischen Gesetz des Erfolges oder Mißerfolges. Brüning war als Kanzler der Krise erfolglos. (Seite 225 f.)

Wer war Gerhard Ziemer? Ich kopiere auf der nächsten Seite den Umschlagtext des Buches ein.

Foto: I. v. Wersebe-Hogrefe

Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Fi-

nanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschafts-syndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

oooooooooooo

Ich erhielt aus der Schweiz per E-Mail folgenden Hinweis:

https://schweizermonat.ch/das-ist-kein-kapitalismus-sondern-technofeudalismus/

Schwerpunkt: «Mittelklasse» Ausgabe 1086 – Mai 2021

«Das ist kein Kapitalismus, sondern Technofeudalismus»

Die ultralockere Geldpolitik entkoppelt eine kleine Finanzelite von der Realwirtschaft. Freie Märkte? Das war einmal.

ein Interview von Lukas Leuzinger und Jannik Belser mit Yanis Varoufakis

Herr Varoufakis, während viele Menschen finanziell mit der Pandemie zu kämpfen haben, ist die Stimmung an den Finanzmärkten bemerkenswert optimistisch. Warum steigen die Börsenkurse, während die Realwirtschaft stagniert?

In der Theorie sollten geldpolitische Massnahmen zu einem realwirtschaftlichen Aufschwung führen: Die Zentralbanken schaffen Geld und geben es den Banken zu negativen Zinsen, in der Hoffnung, dass diese Banken es dann an Unternehmen weiterverleihen. Die Unternehmen wiederum sollen dann Leute einstellen und Einkommen schaffen, das wiederum wirtschaftliche Aktivität generiert und die Schulden zurückzahlt. Was jedoch tatsächlich passiert, ist etwas anderes: Die Kaufkraft der Mehrheit bleibt nach zwölf Jahren Austeritätspolitik sehr niedrig. Die Geschäftsbanken sind zu ängstlich, um das neue Geld an kleine Unternehmen zu verleihen. Stattdessen leihen sie es an grosse Unternehmen, die das kostenlose Geld horten. Sie gehen damit an die Börse und kaufen ihre eigenen Aktien zurück, so dass der eigene Aktienkurs und damit auch der Bonus des CEOs steigt. Alles ist gut. Ausser, dass all dieses Geld, das von der Zentralbank gedruckt wurde, aus gesellschaftlicher Perspektive verschwendet wird. Die expansive Geldpolitik trägt zu einem wesentlichen Teil zur steigenden Ungleichheit bei und leistet keinen Beitrag zur Milderung der Stagnation.

Wenn das von der Notenbank zusätzlich in den Verkehr gegebene Geld in Horte bei Großunternehmen landet, dann kann es keine die Nachfrage stimulierende Wirkung haben, aber auch keine inflatorische Tendenzen auslösen. Aber schon hier ist zu vermerken, dass auch das gehortete Geld Ansprüche auf Güter im Markt darstellt. Für diese geldlichen Ansprüche sind aber keine zusätzlichen Güter in den Markt gekommen. Das zusätzlich von der Notenbank geschöpfte Geld verwässert so die Ansprüche des legitimen Geldes. Legitimes Geld repräsentiert Amsprüche auf Güter im Markt, die dadurch erworben wurden, dass dem Markt Güter hinzugefügt wurden.

Aber sobald die Horte dadurch aufgelöst oder gemindert werden, dass die genannte Unternehmesgruppe für das durch die Notenbank eingeführte Geld (ohne Marktauffüllung) eigene Aktien kauft, erhält ja der Verkäufer das Geld. Wenn er es ebenfalls in Horte legt, wird es nicht kaufkraftwirksam, erhebt also keinen Anspruch auf Güter im Markt. Aber sobald die Verkäufer der Aktien den Verkaufserlös der Aktien, die im Portfolio der ausgebenden Aktiengesellschaft landen, nicht selber wieder in einen neuen Hort legen, sondern damit Nachfrage im Markt halten, werden die inflationistischen Wirkungen sichtbar.

Steingarts Morning Briefing vom 14. 5. 2021 meldet von steigende Inflationsraten:

> … inmitten der Pandemie soll es keine Steuererhöhung geben; das hat die Regierung versprochen. Die Wahrheit ist: Ohne dass je ein Parteivorstand oder der Deutsche Bundestag darüber diskutiert hätten, ist die brutalste aller Steuererhöhungen bereits unterwegs: die Inflation. …
>
> … Die Direktorin der Europäischen Zentralbank (EZB) Isabel Schnabel rechnet damit, dass die Inflation „kurzfristig über die Marke von drei Prozent“ springen könnte. …
>
> … Aber die drei Prozent bedeuten nur eine Durchschnittszahl. Einzelne Waren und Dienstleistungsgruppen sind sehr unterschiedlich von Preissteigerungen betroffen:
>
> - Der Erzeugerpreis für Draht aus Kupfer ist binnen Jahresfrist um 18,6 Prozent gestiegen.
> - Die Preise von Baustahl lagen im März 2021 um 18,5 Prozent und bei Bitumen um 20,6 Prozent über dem Niveau von Dezember 2020.
> - Der Bundesverband „Farbe Gestaltung Bautenschutz“ warnt vor enormen Kostensteigerungen am Bau: ...

Weiter mit dem Interview des Schweizer Monats mit **Yanis Varoufakis:**

> Was könnten die Zentralbanken Ihrer Meinung nach denn anders machen?
>
> Sie könnten das gedruckte Geld direkt auf die Konten der Bevölkerung leiten, in

Form eines universellen Grundeinkommens. Eine unbürokratisch ausbezahlte *Dividende;* jeder erhält den gleichen Betrag, wobei der Staat es von denen, die gar kein Grundeinkommen brauchen, in Form von Steuern zurückfordert. Dies würde die Wirtschaft auf eine Art und Weise stimulieren, wie es das derzeitige Programm der quantitativen Lockerung nicht tut. Zusätzlich könnten die Zentralbanken durch die Emission von grünen Anleihen nachhaltige Investitionen ankurbeln.

Die Finanzierung eines Grundeinkommens und der Ankauf von grünen Anleihen durch die Notenbank für nachhaltige Investitionen klingt fantastisch, ist aber nur ein Betrug mit der Notenpresse und eine Potenzierung der privaten Geldfälscher, die der Staat sich bemüht, alle einzusperren. Da soll sich doch das Justizministerium gleich bemühen, noble Zellen für die Notenbanker und den Finanzminister zu bauen.

Wie nehmen Sie die aktuelle Lage wahr? (weitere Frage an Varoufakis)

Wir stecken heute in der gleichen Krise wie die, die 2008 mit dem Zusammenbruch der grossen Banken begann, dann die Rettungsaktionen für die Finanzelite sowie die Austeritätspolitik für die Mehrheit auslöste und die Entkopplung zwischen Finanzmärkten und Realkapitalismus vorantrieb. Es wird die gleiche Technik der massenhaften Geldschöpfung durch die Zentralbank aus der Trickkiste genommen. Das bezweckt auch den gleichen Effekt: die Schaffung von immenser Liquidität für die Finanzmärkte bei gleichzeitiger Stagnation der Investitionen. Noch nie in der Geschichte der Menschheit hatten wir so wenig Investitionen im Verhältnis zur Geldmenge, die zur Verfügung steht.

Die Lücke zwischen Sparrate und Investititonen / zwischen Einkommen und Nachfrage kann durch die Einführung einer Umlaufsicherung des Geldes geschlossen werden, dazu braucht es kein neues Geld. Wenn jetzt nur 10% des Geldes, das von der Deutschen Bundesbank in den Verkehr gegeben worden ist, für den Zahlungsverkehr ausreichen, dann haben wir einen Überhang an Geld von 90% das die Preisniveaustabilität bedroht. Hier besteht ein solches Bedrohungspotential unserer Republik, wie jenes das ein Ende der Weimarer Republik mit bewirkt hat.

Ist das goldene Zeitalter der Mittelklasse vorbei?

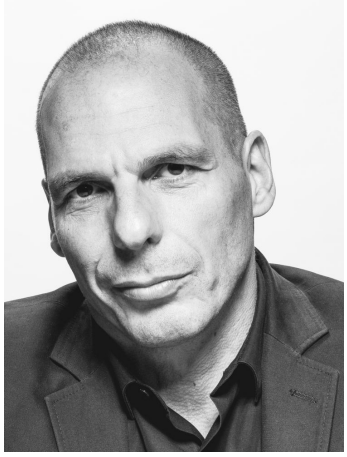
Wenn Sie sich die Vereinigten Staaten ansehen, dann ist es das schon seit den frühen 70er Jahren – seither stagnieren nämlich die Realeinkommen der unteren Mittelschicht. Der gesellschaftliche Abstieg der Mittelklasse ist kein neuartiges Phänomen.

Aber ging es der Mittelklasse in den 90ern zum Beispiel nicht besser als im Jahr 1970?

Zeitweise, in den 1990ern und den frühen 2000er Jahren, hat sich die Mittelklasse in den USA mit Geld auf Pump künstlich kaufkräftiger gemacht, als sie es eigentlich war. Sie hat sich zum Beispiel mit überrissenen Hypotheken

schmucke Häuser gekauft. Diese Blase ist 2008 geplatzt. Seither haben wir «eine Geschichte aus zwei Städten»: Wir haben auf der einen Seite das oberste Prozent der Einkommensverteilung zusammen mit jenen aus der Mittelschicht, die es geschafft haben, sich an den Finanzierungsschub anzuhängen. Auf der anderen Seite haben wir jene, die durch die Löcher am Boden gefallen sind.

«Die Schweizer sollen Rückgrat beweisen und sich nicht von Brüssel drängen lassen, ihre Souveränität aufzugeben.»



Yanis Varoufakis

Yanis Varoufakis ist ein Beitrag des guten Willens und auch ein Zeugnis der falsch laufenden Währungspolitik, aber eben auch ein Zeichen, wie ungenau die Vorstellungen vom Wesen und Wirken des Geldes in der Wirtschaftswissenschaft sind. Und eine Wissenschaftspolitik, die nicht im Stande ist, Impulse zur Klärung der Wirkungen des Sein und der Wirkungen zu setzen, sollte man aufllösen und das eingesparte Geld für unabhängige Forschungsarbeiten zum Themenkomplex Geld-Währung-Wirtschaft-Soziales ausloben.

Schweizer Monat

Dossier: 100 Jahre - Jubiläum
Ausgabe 1085 - April 2021

Die Intellektuellen und der Sozialismus

Wer die Intellektuellen sind. Und wie sie zum Sozialismus stehen. Ein Text aus dem Jahr 1949 – heute so frisch wie damals.

Ein Beitrag von Friedrich August von Hayek

Der Einfluss, den in demokratischen Ländern die Intellektuellen auf die Politik ausüben, wird meist als ganz geringfügig angesehen. Soweit wir an ihre direkte Einflussnahme auf die Entscheidung der politischen Tagesfragen denken, ist das auch sicher in weitem Masse richtig. Auf längere Sicht hinaus haben sie aber wahrscheinlich noch nie einen so grossen Einfluss ausgeübt, als das heute gerade in jenen Ländern der Fall ist. Diesen langfristigen Einfluss haben sie auf dem Umweg über die Bildung der öffentlichen Meinung.

Angesichts der ganzen Entwicklung während der letzten Generationen ist es eigentlich überraschend, dass dieser entscheidende Einfluss der berufsmässigen Ideenvermittler noch nicht allgemeiner verstanden wird. Bietet doch die politische Geschichte der westlichen Welt während des letzten Jahrhunderts dafür die schönste Illustration. Die Bewegung, welche die grösste Rolle in dieser Geschichte gespielt hat, der Sozialismus, war kaum je ursprünglich eine Bewegung der Arbeiterklasse. Er ist keineswegs der selbstverständliche Weg zur Abhilfe offensichtlicher Übelstände, auf den jene Klasse durch ihre Interessen notwendig geführt wurde. Er ist vielmehr eine theoretische Konstruktion, die von spekulativen Denkern geschaffen wurde und aus einer Entwicklung des abstrakten Denkens hervorging, mit der lange Zeit nur die Intellektuellen vertraut waren, und es erforderte lange Bemühungen seitens der Intellektuellen, ehe die Arbeiterschaft sich überzeugen liess, dass das sozialistische Programm ihren Interessen entsprach.

In jedem Land, das sich zum Sozialismus entwickelte, ging der Phase, in der er ein bestimmender Faktor der Politik wurde, eine lange Periode voraus, in der die sozialistischen Ideale vor allem das Denken der Intellektuellen beherrschten. In Deutschland war dieses Stadium zu Ende des letzten Jahrhunderts erreicht, in England und Frankreich ungefähr zur Zeit des Ersten Weltkrieges und die Vereinigten Staaten scheinen diese Phase nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht zu haben. Die Erfahrung zeigt, dass es nur eine Frage der Zeit ist, wann die Ansichten, die heute die Intellektuellen vertreten, auch die Tagespolitik beherrschen.

Die Natur dieses Prozesses, durch den die Anschauungen der Intellektuellen die Politik von morgen bestimmen, ist daher von weit mehr als bloss akademischem Interesse. Ob wir bloss die Zukunft voraussehen wollen oder den Lauf der Dinge beeinflussen möchten, dieser Faktor ist offenbar von viel grösserer Bedeutung, als allgemein erfasst wird. Was dem Zeitgenossen oft als ein Kampf widerstreitender Interessen erscheint, ist tatsächlich meist schon lange vorher in einem Kampf der Ideen entschieden worden, der sich in engen Kreisen abspielte. Dabei sind es in der Regel, so paradox das auch zunächst klingt, gerade *die Parteien der Linken*, die sich offiziell zu dem Glauben bekennen, dass die grossen politischen Fragen ausschliesslich von der zahlenmässigen Stärke der gegensätzlichen materiellen Interessen entschieden werden, die tatsächlich so handeln, als ob sie die Schlüsselstellung der Intellektuellen voll verstünden: Ihr Bemühen war immer bewusst darauf gerichtet, sich die Unterstützung dieser «Elite» zu sichern, während die mehr konservativen Gruppen sich umgekehrt meist von einer recht naiven Vorstellung von einer Massendemokratie leiten liessen, ...

https://schweizermonat.ch/die-intellektuellen-und-der-sozialismus/

Friedrich August von Hayek, fotografiert von Levan Ramishvili

Es ist sicher richtig, dass linke Ideenvermittler in der Vergangenheit viel politischen Schaden angerichtet haben, ihre Ideen ökonomisch nicht so funktionierten, wie sie es erwartet haben oder zur Rechtfertigung für die Unterdrückung wurden. Nur ist es doch mehr als eine Frage, ob die Neoliberalen eine bessere Wirkung gehabt haben. Wenn sie wissenschaftlich sauber gearbeitet hätten, müssten doch beide Richtungen von Ökonomen zu gemeinsamen Einsichten ohne Widersprüche gekommen sein. Die Versäumnisse die in diesem Bereich der Ökonomie und hier besonders der Währungstheorie zu verzeichnen sind, haben in der Vergangenheit katastrophale Wirkungen gehabt und erzeugen sie weiterhin. Wenn man genau hinschaut, dann ist die Freiwirtschaftsschule ein Verbindungsglied zwischen den verschiedenen Schulen, die das scheinbar Unüberbrückbare zwischen den verschiedene Ökonomieschulen überwindet. Wenn man bedenkt, was auf dem Spiel steht, ist das mehr als eine grobe Fahrlässigkeit der Politik und der Wirtschaftswissenschaft dass sie Silvio Gesell und der von ihm begründeten Freiwirtsschaftsschule so geringe Beachtung geschenkt haben. Es ist und war auch ein Fehler, diese Ökonomieschule auszuhungern. Denn ein Wettbewerb auf gleicher Augenhöhe hätte uns und der Welt wirkliche Fortschritte in der Ökonomie bringen können.

Mir ging beim Lesen von F.A. Von Hayek ein Text von Ludwig Erhard durch den Kopf in dem er sich über seinen Freund und Lehrer Franz Oppenheimer und die Ordoliberalen auslässt. Ich habe auf der Seite 61 (Seitenzahl kann sich noch ändern) in einer Fußnote auf diesen Text von Ludwig Erhard hingewiesen, in dem er sich mit seinem Lehrer und Freund Franz Oppenheimer befasst. Auf der Seite 25 in meinem Text 35.4 beginnt Erhards Beitrag zu Franz Oppenheimer. Ich füge den Link hier nochmals als Fußnote ein. [51] In Erhard Beitrag heißt es u. a.:

> Man reiht mich gemeiniglich ein in die Kategorie der »Neoliberalen«. Es mag so geschehen; ich wehre mich gar nicht dagegen, denn Gelehrte,

51 **Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund von Ludwig Erhard**, 1988
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/35.4%20BTW%202005%20Anhang%204%20Auszuege%20SM.pdf

> von Walter Eucken angefangen über Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow zu Hayek und Franz Böhm, um nur einige zu nennen, haben im tiefsten Grunde Oppenheimersches Gedankengut in sich aufgenommen und in unsere Gegenwart übersetzt, indem sie einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Beschränkungen des Wettbewerbs und vor allen Dingen gegen Monopole führten. Sie zerstörten wie Oppenheimer den Optimismus sowohl der klassischen Lehre als auch des üblichen Liberalismus, daß die prästabilierte Harmonie ein Eigengewächs der wirtschaftlichen Entwicklung wäre. Nein, wenn und wo nicht ein vollständiger Wettbewerb besteht, wo immer Konkurrenz durch faktische oder rechtliche Maßnahmen unterbunden, unterdrückt oder geschmälert wird, gibt es keine Freiheit - dort gibt es auch keine Gerechtigkeit. Ich habe es mir angewöhnt, das Wort Gerechtigkeit fast immer nur in Anführungszeichen auszusprechen, weil ich erfahren habe, daß mit keinem Wort mehr Mißbrauch getrieben wird als gerade mit diesem höchsten Wert.

Wenn man das liest, weiß man auch, warum Erhard sich für die Freiwirtschaftsschule so stark interessiert hat, dass in einer Ausgabe des SPIEGELs aus den 50er Jahren von Erhards freiwirtschaftlichen Experimenten zu lesen war.

> Stabiles Geld – eine Illusion?
> Alternative Währungssysteme –
> Hayeks Fundamentalkritik –Unabhängigkeit der Notenbanken
> Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing, CFS Hayek Vorlesung 2017Walter Eucken InstitutJuni 2018

https://www.econstor.eu/bitstream/10419/179796/1/1024441016.pdf

Ich war auf der Suche im Netz nach einem Beitrag der mir Auskunft geben kann, ob von Hayek bis zum Ende an der Idee des Goldes als Basis der Währung festgehalten hat. Bei dieser Suche stieß ich auf die Vorlesung von Prof. Otmar Issing. Ich habe ihn noch nicht ganz gelesen, aber soweit, dass ich diesen Text sehr empfehlen kann.

Die Vorstellung, dass eine gute Währung an Gold gebunden werden muss, hat ja zu der sozialen und politischen Katastrophe Ende der zwanziger Jahre geführt, die durch Deflation entstand. Die Vertreter der Goldwährung haben indirekt den Holocaust mit verursacht. Damit sage ich nicht, dass es ihre Absicht war.[52] Es ist verdammt nicht egal, was wir über das Geld denken, die Verfassung der Währung hat unmittelbar Einfluss auf jeden Menschen.

An dieser Stelle möchte ich etwas zu Zahlungen, die der Staat an die Bürger zahlt – seien es Überbrückungshilfen in der Corona-Pandemie oder Entschädigungen für die Stilllegung von Produktionskapazitäten aufgrund der Umstellung aus Klima-

52 Siehe auch: https://www.misesde.org/2013/07/die-goldwahrung/

schutzgründen – sagen. Es wäre gut und ehrlicher, wenn es heißen würde, nicht der Staat zahlt, subventioniert X Euro für die Maßnahmen a.,b., c. usw., sondern er transferiert Geld von den als nichtberechtigt erklärten Bürgern kraft seiner Steuerhoheit auf die als berechtigt erklärte Bürger.

Wie kann der Staat den Transfer von Geld (das sind Forderungen auf Güter im Markt) bewerkstelligen?

a) Er begnügt sich mit den bisherigen Steuereinnahmen und kürzt andere Ausgaben, für die er nicht zwingend verpflichtet ist.

b) Er erhöht bekannte Steuerarten oder generiert neue Steuern. Das wirkt so, als stelle der Staat Schecks zulasten der Konten von Nichtberechtigten aus und schicke per Post diese Schecks an berechtigte Empfänger. Das zu sagen ist deshalb erforderlich, weil immer noch zu viel Menschen die Vorstellung haben, der Staat könne Manna vom Himmel regnen lassen.

c) Der Staat verschuldet sich bei den Bürgern, das verschiebt die Steuerlast in die Zukunft und erhöht sofort seinen Zinsendienst, ob der negativ bleiben wird (also dem Staat noch Einkommen einbringt) hängt von den Handlungen der Notenbank ab, die die Regierung nicht unmittelbar beeinflussen kann. Wenn aber diese Verschuldung des Staates das Geld, das bei den Bürgern in Horten liegt, aktiviert, dann hat das einen inflationären Einfluss.

d)Die EZB kauft Schuldtitel der Staaten ohne Rücksicht auf die Preisniveaustabilität auf und gibt den Staaten dafür Geld, für das im Umfang des neuen kreisenden Geldes dem Markt keine dauerhaft vermehrte Waren zugeführt werden und nach Fälligkeit der Schuldtitel durch andere ersetzt werden, dann ist das so, als würde der Staat einen direkten Zugang zur Notenpresse haben. Und das wäre dann eine Enteignung der Bürger. Ein neues Staatsverbrechen.

Von der FDP hört man im Wahlkampf, dass sie sich dafür einsetzen will, dass die Steuern nicht erhöht werden, das wäre schon ein Grund, sich für die Geldwertstabilität einzusetzen, denn in den Steuertarifen wird die Inflation nicht berücksichtigt. Das heißt, wenn auch die Inflationsrate durch höhere Löhne ausgeglichen würde, würde die Steuerlast trotzdem steigen, weil der Inflationsausgleich vom Finanzamt als ein höheres Einkommen gewertet würde.

ooooo

> Liberale Werte. Marktwirtschaft, Unternehmertum, Aufstiegsversprechen, eine offene Gesellschaft, Optimismus und Offenheit für Neues. Wer vertritt das denn außer wir Freien Demokraten?

Mit diesem Spruch wird **Johannes Vogel**. „Einer, der für viele Liberale die Zukunft der FDP personifiziert“ im *Hauptstadt Das Briefing* vom 13. 5. 2021 von Michael Bröcker und Cordon Repinski zitiert. Dazu müsste man erst einmal den Abbau der Marktwirtschaft stoppen, der ja schon so weit gediehen ist, dass man von der Einführung der Marktwirtschaft sprechen müsste. Außerdem habe ich bei Sprechern der FDP noch nicht

wahrgenommen, dass sie den Begriff Marktwirtschaft nicht als Synonym für Kapitalismus verwendet. Und die Kosten des Kapitalismus belasten das Nettoeinkommen der Bürger mit durchschnittlich 30 bis 40 %. Bei der Saldierung von Soll- und Habenzinsen gibt es nur 10 % Gewinner und für 10 % geht die Rechnung mit plus-minus-null auf und 80% der Bürger sind die Verlierer im Kapitalismus. (Siehe www.helmut-creutz.de)

Bei dem, was man bisher von der FDP hört, geht es doch nur um die Existenzsicherung des Parteikaders. Ich wiederhole das Zitat Hildegard Hamm-Brüchers, das ich weiter oben eingefügt habe:

> Früh schon war in ihr die Erkenntnis gereift, dass die Funktionärsapparate der Parteien sich selber dienten und weniger der Demokratie:
>
> „Unsere Parteien-Demokratie funktioniert in ihren äußeren Abläufen. Aber sie verliert sowohl an Erneuerungs- und Gestaltungskraft nach innen als auch das Vertrauen der Bürgergesellschaft. “

Soweit ich das beobachten kann, wird bei den diskutierten Maßnahmen zum Klimaschutz der Prozess der Entreicherung und Bereicherung gar nicht beachtet. Ich lese immer nur von technischen Möglichkeiten und von steuerlichen Förderungen und Behinderungen. Für den Kapitalismus ist das Klimaschutzprogramm eine Überlebenschance, es ersetzt den Krieg, der sonst immer für die Kapitalvernichtung gesorgt hat, damit die Rendite als Knappheitspreis für das Kapital erhalten werden kann. Für solche Fragen hat die Politikerklasse aber keine Zeit, sie müssen ja Politik machen.

Bevor ich zum nächsten Thema komme möchte noch auf einen Artikel, der sich mit der Natur als Möglichkeit zum Sparen als Vorsorge befasst, aufmerksam machen.

Start:

> Der Zinssatz ist ein entscheidender, wenn nicht sogar der zentrale Parameter bei der Modellierung von Herausforderungen und Strategien für den Klimawandel. Er spiegelt unsere Haltungen gegenüber der Zukunft wider. Es gibt zwei grundsätzliche, wenn auch widersprüchliche Prinzipien, wie er zu bestimmen ist, was sich in der bahnbrechenden Debatte widerspiegelt, die durch den Stern-Report im Jahr 2007 ausgelöst

wurde und die sich gegen die Position von William Nordhaus richtete. Ein Prinzip, das Nordhaus schon früh vertrat, ist die Verwendung des von den Märkten gebildeten langfristigen Zinssatzes, da dieser eine Art natürlichen Wert darstellt, der letztlich die menschlichen Zeitpräferenzen wiedergibt. …

Schlussteil:

…. Ich schlage vor, dass unsere Sparkassen, vielleicht vermittelt durch staatliches Handeln, „Mutter Natur" sind, d. h. die Biosphäre. Wenn wir in die Biosphäre investieren, nutzen wir ein Sparvehikel, das die Lebensbedingungen in unserer Zukunft sichern kann. Die Biosphäre ist die ultimative produktive Ressource und kann uns helfen, die Kräfte der Zerstörung zu überwinden, die noch in der menschlichen Wirtschaft herrschen. Wenn sich der Staat mit dem primären Ziel verschuldet, in die Biosphäre zu investieren, d. h. Naturkapital aufzubauen, bedeutet dies, der „Mutter Natur" negative Zinsen zu zahlen.

Gerahmte Einfügung:

DIE GESELL-THEORIE STELLT DIE KERNBEZIEHUNG IN DER MAKROÖKONOMIE, DAS SPAREN UND INVESTIEREN, VOM KOPF AUF DIE FÜSSE.

Zum Autor
Carsten Herrmann-Pillath (*1959) Er ist Permanent Fellow am Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche Studien an der Universität Erfurt. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre, Linguistik und Sinologie an der Universität zu Köln übernahm er Professuren für Volkswirtschaftslehre, Evolutions- und Institutionenökonomik und chinesische Wirtschaftsstudien an der Universität Duisburg, der Universität Witten! Herdecke und der Frankfurt School of Finance and Management und lehrte an vielen Universitäten, u. a. an den Universitäten Bonn, Tübingen, St. Gallen, der ETH Zürich, der Tsinghua University und der Zhejiang University. Seine Hauptforschungsgebiete sind Ökonomie und Philosophie, institutioneller Wandel und wirtschaftliche Entwicklung, internationale Wirtschaft und chinesische Wirtschaftsstudien. Sein Buch Grundlegung einer kritischen Theorie der Wirtschaft" (2018) entwickelt einen konzeptionellen Rahmen für eine umfassende disziplinäre Transformation des Feldes, der auf früheren Arbeiten aufbaut, insbesondere „Foundations of Economic Evolution: A Treatise an the Natura! Philosophy of Economics" (Eigar, 2013). In Zusammenarbeit mit Stephan Bannas erschien von ihm im Herbst 2020 das Buch „Marktwirtschaft: Zu einer neuen Wirklichkeit" (siehe Besprechung in dieser Ausgabe).
Dieser Beitrag erschien in englischer Originalfassung zuerst im Internet auf: https://technosphere.blog/2o2o/12/21/

www.humane-wirtschaft.de Ausgabe 01. 2021

OOOOOO

Flucht und Einwanderung

Ich habe vorhin ein paar ältere Text von mir angeschaut. Da kam mir der Gedanke, dass meine Frau recht hat, wenn sie sagt, dass ich mich wiederhole. Vielleicht reicht mein Ta-

lent nicht für weitergehende Themen, aber so lange, wie meine Zeilen keine Wirkung zeigen, haben die Varianten des schon Gesagten die Chance bei mehr als einem Dutzend Leser anzukommen und bei denen meinen unzulänglichen Denkprozess fortzuführen. Es kommt bei politischen Texten nicht unbedingt darauf an, dass sie originär sind, sondern, dass sie den Empfängern ermöglichen, die eigenen Vorstellungen mit der eines anderen abzugleichen und vielleicht dadurch zu neuen Schlüssen zukommen.

> Am 1. Mai 2001 schrieb ich: Was ist z.B., wenn sich die Hungernden in den verschiedenen Erdteilen organisieren und von Einpeitschern animieren lassen, gen Norden zu ziehen? In dem geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven würden keine Güter gelandet, sondern Menschenmassen, die ungefragt zu uns kämen: Zehntausende, Hunderttausende dann in Millionenschüben. Mit welchem Recht? Mit dem gleichen Recht, das sich der weiße Mensch nahm, als er sich mit Landnahme, Mord, Versklavung und Mission die Welt in Besitz nahm und ihr seinen kulturellen Stempel aufdrückte. Nicht nur die Deutschen würden mit Entsetzen den Vorgang erleben, aber wir wären zusätzlich durch den auf uns lastenden Holocaust gelähmt, um uns mit Gewalt dagegen wehren zu können. Es ist ein Entwicklungsmodell, was wir nicht ernsthaft fördern können, was uns aber ernsthaft bedroht, wenn wir so weitermachen wie bisher.
> (Der Gedanke geht auf eine Diskussion mit einem Freund in den 80er Jahren zurück. Mehr darüber in dem Text „Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil“, S. 67/68.)
> http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1%20Offener%20Brief%20Nds.Landtag%20II.pdf
> http://www.tristan-abromeit.de/pdf/139.Fluechtlingspolitik.pdf

Auch den Gründern der Grünen Liste Umweltschutz, der Vorläuferorganisation der Partei DIE GRÜNEN Ende der 70er Jahre war klar, dass den Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern geholfen werden muss, wenn solche Zustände nicht eintreten sollen, wie ich sie am 1. Mai 2001 beschrieben habe. Leider bestand die politische Arbeit nach der Gründung der Partei DIE GRÜNEN im Januar 1980 vorwiegend aus ideologischen Grabenkämpfen.[53]

Mich hat es daher geärgert als die Grünen im Bundestag, als die Flüchtlingsströme in Deutschland eintrafen, herzzerreißendes Mitleid mit den Flüchtlingen zeigten (was auf

53 >Auf der Bundesversammlung am 12. und 13. Januar 1980 in Karlsruhe wurde die Partei „Die Grünen“ gegründet. Der Streit über die Mitarbeit von Mitgliedern kommunistischer Organisationen drohte dabei, die Gründung scheitern zu lassen. Die Vereinbarkeit der Mitgliedschaft bei den Grünen mit der Mitgliedschaft in anderen Parteien wurde schließlich ausgeschlossen – u. a. gegen den Protest von Rudolf Bahro, der deshalb auf der Versammlung seinen Parteieintritt erklärte. Umstritten war auch wieder die Teilnahme von Delegierten der Bunten Listen, als deren Sprecher u. a. der Hamburger Henning Venske auftrat. Die Diskussion des Programms und die Wahl eines Vorstandes wurden auf die nächste Bundesversammlung vertagt, die im März 1980 in Saarbrücken stattfinden sollte. Bis dahin wurde der bisherige Vorstand der SPV-Die Grünen in seinem Amt bestätigt und das Europawahlprogramm zur Arbeitsgrundlage gemacht. ...< https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_von_B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen#Vorgeschichte_und_Vorl%C3%A4ufergruppierungen

die Situation der betroffenen Menschen berechtigt war) ohne ein Wort darüber zu verlieren, was die große Zahl an Flüchtlingen für die eigene Bevölkerung eigentlich bedeutet. Dass sich viele Deutsche eingefunden haben, dem Flüchtlingen zu helfen[54], war ein erfreuliches Zeichen, aber diejenigen, die sich dagegen wehrten gleich als Rassisten und Nationalisten – also als Unmenschen - zu beschimpfen war eine politische Dummheit. Viele von denen, die in den Parlamenten und außerhalb wirken und sich als Demokraten verstehen, haben immer noch nicht begriffen, dass die Meinungsfreiheit nicht das Nachplappern der Mehrheitsmeinung ist. Wenn man lange genug auf Menschen, die ihren Unmut an einer praktizierten Politik zeigen, in dem Sinne einredet, sie seien der politische Abschaum Deutschlands, dann fühlen sie sich auch berechtigt, sich so zu benehmen.

Deutschland hätte nach dem Zweiten Weltkrieg an den leidenden Völkern ein Wiedergutmachung in Form eines exportfähigen, erfolgreichen Wirtschaftsmodell leisten können, wenn die CDU/CSU und die FDP das Modell Soziale Marktwirtschaft (SM) hätten voll ausreifen lassen und den Modellnamen fortan nicht als Tarnnamen für den Kapitalismus missbraucht hätten. Die SPD hat sich mit dem verkorksten Modell, ab dem Zeitpunkt anfreundet, als sie begriff, dass man in der Hülle des ursprünglich angedachten Modells ein umfangreiches System an sozialen Zwangskollektiven unterbringen kann. Sie haben dabei nur fortgesetzt, was CDU-Sozialpolitiker entgegen der Ursprungsidee schon begonnen hatten. Ich benenne das hier, weil die real existierende Soziale Marktwirtschaft – eine Mixtur aus Interventionismus, Kapitalismus und Neoliberalismus Chicagoer Prägung geworden ist und dadurch nicht mehr für den Export im Sinne von Nachahmung zu empfehlen ist. Aber wenn die Ursprungsidee von der SM, mithilfe der Freiwirtschaft zu Ende modelliert worden wäre, hätte sie nicht nur ein Exportschlager für die afrikanischen Länder und jene im Nahen Osten werden können. Eine SM wie sie ursprünglich gedacht war, hätte diese Länder befrieden und zum Blühen bringen können. Siehe hätte eine friedliche Verteidigung von Europas Grenzen ohne Stacheldraht und Internierungslagern für Flüchtlinge sein können.

Hier kann man den durch den Politiker Peer Steinbrück gebrauchten Spruch „Hätte, hätte, Fahrradkette“ anbringen. Ich will hier nur sagen, wenn Afrika und der Nahe Osten für uns eine Gefahr geworden ist, dann haben wir diese Bedrohung selber (wie im Fall Russland) mit aufgebaut. Wir haben lieber Waffen geliefert, statt Institutionen und Strukturen aufzubauen, die Wohlstand durch Erwerbsmöglichkeiten ermöglichen. Den höheren Rüstungsaufwand, den die USA von uns fordern, sollten wir lieber in Ausbildung von Handwerkern, Landwirten, Technikern, Heilberufen und Kaufleuten von Afrikanern (und auch Palästinensern) stecken. Wir können uns nicht mit Waffen verteidigen. Wenn das Militär überhaupt einen Sinn haben soll und kann, dann wäre es in der Form, dass die Regierungen oder Rebellen unter Druck gesetzt werden, die die Fluchtbewegungen auslösen. Pech hätten wir dann, dass die Auslöser der Fluchtbewegung Verbündete sind.

Dass ich unsere Bundeskanzlerion Angela Merkel als ein mir von den Medien übermittelten Menschen mag, habe ich schon gesagt. Hier will ich den Fragen nachgehen, ob die Bundeskanzlerin das Grundgesetz gebrochen hat und hier ein Demokratieversagen der Bundestages vorliegt.

Erst kopiere ich eine Absatz aus Wikipedia zu diesem Vorgang ein:

54 Einer meiner Söhne war dabei beruflich als Sozialarbeiter tätig. Und diese Hilfe ist immer noch ein Teil seiner Arbeit.

> Als Flüchtlingskrise in Deutschland 2015/2016 wird die im Zusammenhang mit der Einreise von über einer Million Flüchtlingen, Migranten und anderen Schutzsuchenden nach Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 entstandene Situation für Staat und Gesellschaft bezeichnet. Sie ist Teil der europaweiten Flüchtlingskrise und erreichte ihren Höhepunkt im Herbst 2015. Im Gesamtjahr 2015 erfolgte die Erstregistrierung von ca. 890.000 Schutzsuchenden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Es folgen zwei Absätze aus;

>„**Wir schaffen das!“.Vom Entstehen und Nachleben eines Topos**.<
Bundeszentrale für politische Bildung. Aus *Politik und Zeitgeschehen* 2020

> Mitte Juli hatte die Kanzlerin auf einer Dialogveranstaltung in einer Rostocker Schule noch erklärt: "Wenn wir jetzt sagen: ‚Ihr könnt alle kommen, Ihr könnt alle aus Afrika kommen, und Ihr könnt alle kommen‘ – das können wir auch nicht schaffen",und damit das palästinensische Flüchtlingsmädchen Reem Sahwil zum Weinen gebracht. "Dem vermeintlichen Kernsatz der Flüchtlingskanzlerin (…) geht also nur einen Monat zuvor die Feststellung des Gegenteils voraus", hielt der Journalist Robin Alexander später fest. Viel wurde inzwischen spekuliert und küchenpsychologisiert, wie sehr das Zusammentreffen mit der damals 15-jährigen Schülerin die Haltung der Kanzlerin verändert habe. Jedenfalls dauerte es keine sechs Wochen vom Rostocker "Das können wir nicht schaffen" bis zum Berliner "Wir schaffen das". (zweiter Absatz)

Da es so eine Situation mit einem massenhaften Einströmen von Flüchtlingen vorhersehbar war, muss doch spätestens ab Rostock gelten. Spätestens dann wäre für die nahe Zukunft ein demokratisch legitimierter Aktionsplan notwendig gewesen, und zwar, für den vorhersehbaren Fall – wie er eingetroffen ist. Mein Verdacht ist, dass man in Berlin die Situation hat heißlaufen lassen, um auf diese Weise den Widerstand gegen die Umwandlung der BRD zu einem Einwanderungsland brechen zu können. (Mit meinen Mitteln kann ich für die Richtigkeit oder meine mögliche Fehleinschätzung keine Beweise liefern.)

> Ein Jahr später führte Merkel auf die Frage nach dem "Wir" aus: "Ich meinte mich als Bundeskanzlerin, dazu alle Politiker, die den Anspruch haben, diese Aufgabe zu bewältigen, und natürlich meinte ich auch die vielen Ehrenamtlichen, die Hilfsorganisationen, die Wirtschaft und die übrige Gesellschaft, letztlich uns alle (…). Das Wir geht aber über Deutschland hinaus: Wir Europäer müssen es schaffen, die EU-Außen-

> grenzen zu sichern und gleichzeitig die Freizügigkeit im Inneren des Schengenraums zu erhalten. Und wenn Sie es noch weiter denken wollen, sind auch all die in das Wir einbezogen, aus deren Regionen die Flüchtlinge kommen. Also all jene, die mit dazu beitragen können und müssen, wenn es um die Bewältigung von Flüchtlingskrisen geht."
> (siebter Absatz)

Wenn ein Politiker oder eine Kanzlerin ein Teil eines Wir sein will, dann muss sie sich auch bei jenen erkundigen, die sie in das Wir einbeziehen will, ob sie damit einverstanden sind. Und gleichzeitig muss die Zahl und die Begründung der Neinsager zu dem Wir bekannt gegeben werden. Ich denke, Grenzöffnungen, Beitrittserklärungen zu Miltärbündnissen, Eintritt und Austritte in eine Union von Staaten und die Errichtung einer gemeinsamen Währung überschreiten nicht nur die Kompetenzen der Exekutive, sondern auch der Legislative und müssten in Form der direkten Demokratie entschieden werden. Wie sollen die Menschen die Demokratie lieben, oder sogar für sie ihr eigenes Leben auf das Spiel zu setzen, wenn sie immer wieder für zu dumm gehalten werden.

Der Artikel 65 des Grundgesetz lautet´:

> Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.

Wenn für die Demokratie geworben wird, und die betreffenden Bürger die Verfassung als gemeinsamen Rahmen für ihr politischen Handeln akzeptieren sollen, dann müsste die Sprache der Verfassung doch so klar sein, dass sie wenigstens für die Bürger mit durchschnittlicher Intelligenz ohne Vermittlung eines Juristen [55] verständlich ist.

Wir haben doch gelernt, dass die Legislative, die gesetzgebende Gewalt, bestimmt, was gelten und was werden soll. Und die Exekutive, die ausführende Gewalt, sorgt dafür, dass die Gesetze eingehalten werden und das, was werden soll, umgesetzt wird.

Was heißt dann aber, „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.“? Was ist dann der Inhalt der *Richtlinien?* Die Geschäftsordnung ist es nicht, denn die gibt sich die Bundesregierung gemeinsam und muss sich diese dann vom Bundespräsidenten genehmigen lassen. Und was heißt hier Verantwortung? Ist diese mit einer Haftung gekoppelt oder kann der Bundeskanzler vor dem Bundesverfassungsgericht von Bürgern angeklagt werden, ohne dass sie selber einen persönlichen Schaden vorweisen müssen?

55 Der schlichte Jurist reicht heute doch nicht mehr für eine Rechtsberatung. Es muss doch ein Fachjurist sein. Diese Entwicklung verhindert immer mehr, dass Menschen sich zu rechtstreuen Bürgern entwickeln.

Ich wollte erst bezüglich der Kompetenzverlagerung von der Legislative auf die Exekutive mit meiner schon geäußerten Vermutung eingehen, dass unsere Bundeskanzlerin aufgrund ihrer DDR-Biographie und der dort fehlenden eindeutigen Gewaltenteilung gar nicht mitgekommen hat, dass nach dem westdeutschen Demokratiemodell das eigentliche Machtzentrum das Parlament ist. Diese Annahme kann aber deshalb nicht stimmen, weil bei uns das Parlament schon immer zweigeteilt war. Die eine Hälfte – die Regierungsparteien - machte sich mit der Wahl der Regierung abhängig von dieser, indem sie zu ihrer Legitimationsmaschine wurde. Und die Opposition wird mit jeder Regierungswahl durch das Parlament so etwas wie die demokratische Ausschmückung des Bundes- bzw. des Reichstages.

Ich bringe einen Auszug aus dem Beitrag 5 von Hans-Joachim Blank und Joachim Hirsch „**Zum Verhältnis von Parlament und Verwaltung im Gesetzgebungsprozeß**". Der Beitrag befindet sich im Sammenband „*Der CDU-Staat / Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik*" Herausgeber Gert Schäfer und Carl Neddelmann, 1967. Seite. 90
Der Titel des Buches ist nicht nur eine Unterstellung, sondern die Mitglieder der CDU / CSU und ihre Wähler fühlte auch so. Die CDU und ihre Wähler waren die Anteilseigner der Bundesrepublik und die anderen waren eben nur geduldete Gäste.

> Nach dem Grundgesetz werden Gesetzesvorlagen beim Bundestag durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestags und durch den Bundesrat eingebracht (Art. 76 GG). In den ersten drei Wahlperioden des Bundestags wurden von Regierungsseite 1319 Gesetzentwürfe vorgelegt und davon 1108 verabschiedet. Der Bundesrat brachte 54 Entwürfe ein, von denen 21 verabschiedet wurden; für den Bundestag lautet das Verhältnis 822:347. Prozentual betrachtet, ist der Anteil der Parlamentsinitiativen mit 40,2 % gegenüber 5,3 % der Bundesregierung noch relativ hoch. Effektiv werden aber nur die verabschiedeten Gesetze, von denen 75 % auf Entwürfen der Bundesregierung beruhen und nur 23,5 % ihren Ursprung im Bundestag haben. Anders ausgedrückt: Für Entwürfe der Bundesregierung ergibt sich eine Erfolgsquote von 84 %, für Vorschläge des Bundestags von 37,7 %. Diese Zahlen berücksichtigen noch nicht, daß vor allem die Initiativen aus den Reihen der Mehrheitsfraktionen sehr oft ebenfalls von der Verwaltung ausgearbeitet werden.

Annalena Bäerbock, die grüne Kanzlerinkandidatin für die nächste Wahlperiode scheint die realen Verhältnisse bei uns in der Republik genau studiert zu haben, weil sie sonst nicht so oft betonen würde, was sie machen will. Heute war zu lesen: „Bäerbock will Flüge verteuern". Die Sache selbst mag ja Sinn haben. Es käme auch gleich Geld in die Kasse für eine Entschädigung der Fluglärmgeschädigten. Aber aus demokratischer Sicht ist es übel, wenn sie selbst und die Wählerinen und Wähler, die sie wählen wollen, so tun als ginge es um die Inthronisierung einer Königin.

Das war ein erster Blick auf das Grundgesetz, dass vermutlich so gelobt wird, damit durch das wiederholte Signal alles *in Ordnung* keiner auf die Idee kommt, es sich selber anzusehen.

Ich bringe jetzt ein Zitat aus „**Die Warnung** Wie der Rechtsstaat ausgehölt wird" von

Hans-Jürgen Papier, Deutschlands höchster Richter a.D. 2019:

(Das Buch von Hans-Jürgen Papier zu lesen lohnt sich.)

4 Selbstjustiz: Gefährliche Entwicklungen

Die Flüchtlingskrise war aus rechtlicher Sicht eine Bankrotterklärung des Rechtsstaats. Sie hat bei vielen Bürgern den Eindruck hinterlassen, das Recht sei kein geeignetes Instrument, um Sicherheit und Ordnung in diesem Land zu garantieren. Klarheit, Beständigkeit, Vorhersehbarkeit und Gewährleistung von Rechtsnormen sind aber der Kern des Rechtsstaats. Sie müssen das Vertrauen der Bürger in die Verlässlichkeit der Rechtsordnung schaffen und bestärken. Die besten Gesetze nützen nichts, wenn sie nicht vollzogen werden.

Leider gilt das nicht nur für veritable Krisen, wie sie die Flüchtlingsbewegung ohne Zweifel darstellt, sondern auch für den Alltag. So gibt es zahlreiche Belege dafür, dass sich mitten in Deutschland Unrecht gegenüber dem Recht durchgesetzt hat. Zum Beispiel im Zusammenhang mit kriminellen Organisationen. Deutschland, das ist nicht übertrieben, ist zum »Gangland« geworden. Im Dickicht der Großstädte entstehen hier Parallelwelten, die anderen Gesetzen folgen als den bundesdeutschen. Polizei und Politik sprechen nur ungern darüber, weil sie nicht zugeben mögen, dass sie gegenüber diesen Zuständen hilflos sind. (S. 87)

Ich habe in Erinnerung, dass 2015, als die Flüchtlinge nach Deutschland hereingelassen wurden auch von einer Gewissensentscheidung und von einem Akt der Nächstenliebe der Bundeskanzlerin gesprochen wurde. Dafür habe ich jetzt aber keine Belege gefunden. Als Mensch stehen ihr selbstverständlich Gewissensentscheidungen zu, aber als Bundeskanzlerin nicht, hier hätte sie den Mangel durch eine Vertrauensfrage im Parlament heilen können oder der Bundestag hätte es mit einem Misstrauensantrag klären müssen.

GG Art 68

(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt.

(2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.

ooooo

Eine Meldung vom 25.08.2020

> Merkel hat mit ihrem Satz "Wir schaffen das" viele Menschen angesteckt. Im Ausland gab es große Anerkennung. Die "New York Times" schrieb am 5. September, Deutschland habe den Flüchtlingen "eine offene Hand ausgestreckt". Der Sender Al-Dschasira berichtete, dass "Deutschland seine Türen und Grenzen geöffnet hat für all die, die Zuflucht und einen sicheren Hafen suchen".
> https://www.dw.com/de/f%C3%BCnf-jahre-fl%C3%BCchtlingskrise-merkel-wir-schaffen-das/a-54649579

Wurden den Meldungen in den Heimatländern der Flüchtlinge, dass Deutschland die Türen geöffnet hat, eigentlich gegenteilige Meldungen aus Deutschland so veröffentlicht, dass sie auch von den des Lesens unkundigen Menschen verstanden werden konnten?

ooooo

Einschub

Gestern fand ich in meinem Posteingang folgende Rückmeldung auf eine Aussendung von mir vom 15. Januar 2020 (Den Absender kenne ich nur über ein vorhergehendes Mail.):

> Sehr geehrter Herr Abromeit,
> Ihre Mail ist mehr als 1 Jahr alt. Und ich war so vielbeschäftigt, daß ich mich nicht mehr mit dem Thema befassen konnte. Aber Sie sehen täglich, daß inzwischen Zustände und Geldverschwendung herrschen, die wir damals nicht vorhersehen konnten.
>
> Ich ziehe nun Konsequenzen aus der Aushebelung des Grundgesetzes durch Regierung, Parlament und auch Bundesverfassungsgericht und ziehe komplett nach … . Die Vorbereitungen laufen. Schade, aber ich sehe keine andere sinnvolle Möglichkeit, diesem Wahnsinn zu entgehen.
>
> Ich wünsche Ihnen... für die Zukunft alles Gute.
> Mit freundlichen Grüßen

Es war eine Antwort auf meine Zusendung von Links auf meinen Text 164 und weitere, die ich am Ende in eine Übersicht von Texten einfüge, die thematisch im Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit stehen.

> 164 **Das Grundgesetz wurde vor 70 Jahren verabschiedet.**
> Anmerkungen zu dem Kommentar „Unser Grundgesetz / 70 Jahre grandios erfolgreich und trotzdem unvollendet“
> von Professor Dr. Hermann Heußner,
> veröffentlicht im **md**magazin – Zeitschrift für direkte Demokratie 1 Ausgabe 2.2019
> von T. Abromeit / Zum Tag der Deutschen Einheit / 3. Oktober 2019 (115 Seiten / 884 KB)

Einschub Ende

Nochmals zu den Bedrohung durch den Klimawandel, durch Flüchtlingsströme und auch durch die Einwanderung

I) Zum Klimawandel

Dass es einen Klimawandel gibt habe ich auch bemerkt. 80 Jahre zurück, da konnten Knaben in Norddeutschland zuverlässig davon ausgehen, dass sie im Winter schöveln (schlittschuhlaufen) gehen und sich im Schnee Burgen bauen konnten. Der Kühlturm im Dorf wurde mit Eis aus dem Fluss bestückt. Die Sommer waren beständiger. Aber das sind Erinnerungen, die müssen mit Messdaten – sofern sie vorhanden sind – nicht übereinstimmen. Erinnerungen, die nur im Gedächtnis gespeichert sind, scheinen mir ziemlich unzuverlässig zu sein. Und von der öffentlichen Diskussion dieses Themas habe ich manchmal den Eindruck, als ginge es um den rechten Glauben. Die Zweifler am Klimawandel müssen wohl vom Teufel geschickt worden sein. Ich selber gestehe leichten Herzens, dass ich von der Klimaforschung keine Ahnung habe. Ich habe aber schon die Ängste mit dem Untergang, der mit der Niederlage des Zweiten Weltkrieges verbunden sein sollte, erlebt. Die Angst vor den Atombomben, die uns treffen könnten und die bei uns gelagert sind, hat viele Bürgerinnen und Bürger umgetrieben. (Sie ist auch heute noch berechtigt und leider verdrängt.) In dieser Angstperiode schien die Atomspaltung zur Energiegewinnung noch zukunftsfähig. Aber die AKWs verloren spätestens ihre Zukunftsfähigkeit als am 26. April 1986 im Atomkraftwerk von Tschernobyl der GAU eintrat. Die Angst, dass wir nicht mehr wussten, was wir unseren kleinen Kindern unbeschadet zu Essen geben sollten, hat uns umgetrieben.

Ich habe schon Ende der 70 Jahre gegen die Atomkraft protestiert, hier war die Plausibilität der Gefahr für mich noch gegeben. Und ich sagte mir, dass eine Technik die mehr als freiwillige Anwender gefährdet, darf nicht angewendet werden. Bei dem Umfang des Schadens, den ein AKW durch interne oder externe Vorgänge auslösen kann, überschreitet in einem demokratischen Staat der Gesetzgeber seine Kompetenzen, wenn er ein solches Vorhaben bewilligt. Da wäre eine Abstimmung durch ein Volksentscheid mit einer Zweidrittel Mehrheit erforderlich gewesen. Die Kosten der Förderung und des Stopps (einschließlich der entgangenen Gewinne, las ich) zahlt der Steuerzahler, denn den Aktionären kann man einen Verzicht auf künftige Gewinne nicht zumuten – so die Einstellung. Mir ist noch ein Sprengsatz eingefallen. Ende der 60er Jahre war ich bei der Demonstration gegen die Notstandsgesetze in Bonn auch dabei. Ich weiß heute nicht mehr genau wie weit demokratische oder bürgerliche Rechte damit eingeschränkt werden können, sie sollten aber überprüft werden. Denn wir laufen in Gefahr, dass alle Parteien, die sich jetzt im Wahlkampf als Problemlöser den Wählern anbiedern, als Problem-Maximierer erweisen. Es kann sein, dass sie bald nicht mehr Herr der selbstverursachten Probleme sind und unvermeidbar die Notgesetze anwenden müssen.

Um nicht ganz so ahnungslos hier zu argumentieren habe ich erneut einen Beitrag zum Klimawandel (ohne Empfehlung und ohne Vorbehalte) gelesen. Der Titel lautet:

> Die sehr lange Geschichte des Klimawandels
>
> Das Erdklima unterlag schon immer heftigen Schwankungen. Erst der Treibhauseffekt hat unseren Planeten bewohnbar gemacht. Den gegenwärtigen Klimawandel kann also die Erde auf die leichte Schulter nehmen. Die Menschen können das nicht.

Der Autor ist:

Jean Jouzel, (er) ist Forschungsleiter der französischen Atomenergiebehörde

und Direktor des Instituts Pierre-Simon-Laplace; er ist Autor von (mit Anne Debroise), »Le Climat: jeu dangereux«, Paris (Dunod) 2007.
https://www.naturefund.de/wissen/atlas_des_wissens/atlas_des_klimas/ursachen/geschichte#:~:text=Im%20Zuge%20der%20Industrialisierung%20stieg,seit%20650.000%20Jahren%20nicht%20mehr.

Ich bin immer wieder erstaunt, in welchen Zeiträumen da gerechnet wird und wie man glaubt oder weiß, dass man dazu die Messinstrumente hat. Das schreibe ich nicht, um meinen Zweifel auszudrücken, sondern meine Unkenntnis zu bekennen. Ich denke hier in den Folgerungen, die aus der Darstellung gezogen werden können, nur praktisch. Wenn ein Schiff auf See ist und der Kapitän (oder auch kollektiv gedacht, die Besatzung – um eine Zentralfigur zu vermeiden) die Information erhält, das Schiff würde auf dem eingenommenen Kurs in einen schweren Sturm geraten – in dem es nach Bauart oder Art der Ladung gefährdet sei -, dann würde er (oder sie) doch von uns, die durch einen Satelliten in die Rolle der Zuschauer versetzt wurden, ihn (sie) für verrückt erklären, wenn er (sie) sich Gedanken macht, wie er den Sturm auflösen kann und nicht prüfen würde, ob man mit einem anderen Kurs dem Sturm ausweichen könne. Wenn es einen Ausweichweg gibt, hängt seine Nutzung von der Fahrwassertiefe und dem Tiefgang des Schiffes ab und ob der Treibstoff für den Umweg reicht. Wenn es keine Ausweichmöglichkeit gibt, dann kann doch die richtige Maßnahme nur sein, das Schiff so gut es geht, auf den Sturm vorbereiten. Bei uns wird aber die Klimapolitik so betrieben, als gebe es einen Aus- oder Umgehungsweg für Deutschland, wobei vergessen wird, dass wir bestenfalls das Vorschiff eines riesigen Containerschiffes sind, also einen Platz haben, wo die Ankerwinden und die Poller zum Festmachen im Hafen ihren Platz haben aber keinen Zugriff auf das Antriebsaggregat oder die Brücke.

Ich habe Deutschland in dem Bild von dem Schiff (Man denke dabei an das riesige Containerschiff, das neulich im Suezkanal feststeckte.) den vorderen Teil des Bugs zugewiesen, weil es gerne bei der Abwehr der Gefahren, die die Menschheit bedrohen, eine Vorreiterrolle einnehmen darf. Nur ist es sinnvoll, dass sich Deutschland opfert, ohne dafür die Chance zu bekommen, die Welt tatsächlich zu retten? Wird hier nicht wieder ein Größenwahn sichtbar, der uns in der Vergangenheit mehrfach nicht gut bekommt ist? Von unserem Platz auf dem Schiff (in der Welt) das ganze Schiff (die ganze Welt) zu retten, ist ziemlich anmaßend. Wir könnten die Anker „ausfahren“ von unserm Platz aus, aber wir wissen ohne Messgeräte und Karten auf unserem Platz nicht, ob die Ankerketten bis auf den Grund reichen. Und wenn die Kettenlängen auch reichen, würden die Anker bei voller Fahrt des Schiffes nicht halten oder die Ketten würden reißen.

Mir erscheint es so, als würde die ganze Weltrettung nur als ein technisches Problem gesehen und es würde billigend in Kauf genommen, dass dabei unsere Gesellschaft zu einem Ameisenstaat wird. Die Ökodiktatur ist ein anderes Bild für den Vorgang. Dass der falsche – das heißt der sich selbstgefährdene – Kurs des gemeinsamen Weltschiffes von einer falschen Ökonomie bestimmt wird, wird übersehen oder wird gesehen und soll wieder mit den falschen Mitteln gelöst werden.

Habe ich es schon geschrieben oder nur gedacht, dass ich es schreiben solle: Die ganze Klima-Rettungs-Politik wirkt für den Kapitalismus wie ein weiterer großer Krieg, weil sie genauso wie eine Kapitalvernichtung wirkt wie die Kriege. Die Existenz des Kapitalismus – das heiß, durch den Einsatz von Sachgütern in den Produktionsprozess einen Kapitalertrag (eine Rendite) zu erwirtschaften – hängt von seiner Knappheit ab. Und die Umrüstung der Produktion auf erneuerbare Energie ist eine Kapitalvernichtung. Und sie

wird vorgenommen bzw. geplant ohne zu fragen, wer dadurch bereichert wird und wer dabei weiterhin verarmt. Den Vorwurf, diese Fragen und Hinweise nicht zu beachten, kann man bei uns allen Parteien machen.

Hinzu kommt, dass ja nicht erwartet wird, dass der Klimawandel gestoppt, sondern nur verlangsamt wird. Es wird durch die Folgen des Klimawandels veränderte Nutzung des zur Besiedlung und Nahrungsmittelerzeugung verwendbaren Bodens eine Auseinandersetzung geben. Eine vorausschauende Politik, würde sich jetzt um Modellentwicklungen kümmern, wo sich der Streit um das Land noch nicht so äußert wie gerade jetzt zwischen Israel und Palästina. Und eine vorausschauende Politik würde sich auch mehr um eine klimaneutrale Ökonomie kümmern, die das Bedürfnis nach Freiheit berücksichtigt damit in Zukunft nicht alle Menschen in einer gestreiften Gefängniskleidung ihrem Broterwerb nachgehen müssen und die Polizei kontrollieren müsste, ob die Vorgärten auch klimagerecht angelegt wurden.

II) Zu den Flüchtlingsströmen

Das Ideal von Freizügigkeit formuliert Silvio Gesell in dem dem zweiten von neun Merkmalen des Begriffes Freiland wie folgt:

> 2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde.
> Silvio Gesell, Gesammelte Werke, Bd. 11, S. 72

In dieser radikalen Form habe ich das noch bei keinem anderen Ökonomen oder Sozialreformer gelesen. Machbar wäre das nach meiner Einsicht nur auf der Basis, dass die Länder, die sich auf das Modell einlassen in etwa den gleichen Entwicklungsstand haben, die Bodenrente ökonomisch neutralisiert ist und dadurch jeder Mensch gleichviel Nutzen aus dem Bodenmonopol (nicht aus der Bodenbearbeitung) hat. Aber soweit sind wir noch lange nicht, nicht einmal innerhalb der in Jahrzehnten oder Jahrhunderten gewachsenen Gesellschaften.

Ich sehe – wie schon Anfang der 80er Jahre nur zwei Hauptverhaltensweisen in Bezug auf Migration:

a) Wir machen die Grenzen völlig auf, nehmen dadurch in Kauf, dass daran die Idee von einem vereinten Europa zerbricht und vermutlich ein neuer dreißigjähriger Krieg in Europa und darüber hinaus ausbricht. Aus der Erschöpfung und aus neuer Abgrenzung werden dann wieder Wohlstandsinseln entstehen, die dann gegenseitig kooperieren und weitere Wohlstandsinsel entstehen lassen, bis alle in etwa ökonomisch im Gleichgewicht sind und dann die Grenzen nacheinander fallen können.

b) Wir sehen ein, dass wir auf diesem Wege die -zig Millionen Flüchtlinge, die vertrieben wurden und jenen Menschen aus den Ländern, die der Armut und dem Hunger ihrer Heimat entfliehen möchten, so nicht helfen können. Wir würden den Wohlstand in den Ländern vernichten, die ihn in ungleichmäßiger Ausprägung haben und damit die Basis verlieren, wirklich Menschen in anderen Gesellschaften helfen zu können. Die Ausgangslage für die Verbreiterung des Wohlstandes würde zerstört. Das heißt wir müssen die Grenzen für die Zuwanderung erst einmal dicht machen oder für so kleine Mengen und zeitlich gestreckt durchlässig machen, die keine großen Störungen innerhalb der Grenzen auslösen. Das kann aber nicht ein Endziel sein, sondern nur ein Ausgangspunkt für eine zügige Reform einer dezentralen Ökonomie für das Gesamt-Europa und ein privatrechtliches (ich meine nicht ein kapitalistisches) soziales Sicherungsnetz, das die innereuropäische Freizügigkeit im Sinne von Erleichterung unterstützt und kein Magnet mehr für die Zuwanderung ist. [56]
In jedem Fall ist die Vielfalt der europäischen Kulturen nicht als Eintopf , sondern jeweils als aus eigenen Mitteln finanziertes Gewächs, zu erhalten. Der Weg in die Zentralverwaltungswirtschaft muss gestoppt werden, weil er ein Sprengsatz für Europa ist.

Dieser Weg bedeutet nicht eine Abwendung von denen, die zu uns kommen möchten, sondern eine Intensivierung unserer Bemühungen um jene Menschen, die wir aus Selbstschutz nicht zu uns hereinlassen können und für jene, die sich aus irgendwelchen Gründen gar nicht auf dem Weg zu uns machen können oder wollen.

Die Aufgabe und der Umfang der Maßnahmen für und nicht gegen die Menschen, die die Grenzen zu Europa nicht als Zuwanderer respektieren wollen oder können wird nicht geringer, sondern größer sein als bisher. Europäer sollten aber bedenken, dass sie nicht die Vormünder der Menschen in den Ländern sind, denen sie Hilfe anbieten, aber auch nicht Befehlsempfänger der Verbündeten USA oder der Wirtschaftsmacht Chinas.

Die Hilfen für Afrika (und andere Länder) können vielfältig sein. Es genügt aber nicht, dass einige Konzerne ermuntert oder gar subventioniert werden, wenn sie dort mit Filialen oder Tochterunternehmen starten. Die Hilfe, die hier geleistet werden muss, muss immer eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Es muss auch der Mut zum eigenen Können und den daraus resultierenden Stolz auf die eigene Kraft und Leistung gefördert werden.

Ich benenne ein paar Beispiele von Hilfen ohne Rangfolge, die Europa leisten könnte, die gleichzeitig als Europas neue Verteidigungspolitik verstanden werden kann. Das gilt auch im Hinblick auf die Finanzierung. Es muss natürlich jeder Punkt auf Schlüssigkeit und Machbarkeit geprüft werden, ich schreibe hier ja auch nicht als ein Beschlussgremium,

---

56 Das heißt: Jeder Bürger und seine Angehörigen leben vom eigenen Arbeitsertrag. Die Vollbeschäftigung wird auch bei O Prozent Rendite des Kapitals aufrechtzuerhalten. Es gibt bis auf Ausnahmen von Menschen, die von Geburt an nicht arbeitsfähig waren, keine staatlichen Sozialleistungen. Die Sozialsysteme werden auf genossenschaftlicher Ebene geschaffen und die Ansprüche auf Leistungen werden auf vertraglicher Basis geregelt. Die Finanzierung erfolgt wie bisher aus dem Arbeitsertrag. (Die sogenannten Arbeitgeberanteile sind auch Löhne, nur in anderer Form. Staatliche soziale Sicherungssysteme haben nichts mit Solidarität zu tun, sie sind eine Art Zwangsverwaltung über einen wesentlichen Teil des Arbeitseinkommens. Die Sozialpolitiker verlieren das Recht in das Vertragsverhältnis zwischen Versicherten und Versicherern hineinzupfuschen. Ein Teil der Entmündigung der Arbeitnehmer wird aufgehoben. Diese Regelung berücksichtigt auch die alte Einsicht, dass die Menschen die Neigung haben, auch dort ernten zu wollen, wo sie nicht gesät haben. Das sind keine utopischen Gedanken, sondern in den Überlegungen des „Wohlstands für alle“ angelegt.

sondern als ein Bürger, der sich wünscht, dass auch die Politik mehr mit offenen Karten spielt und weniger von Denkblockaden befallen ist. Ich beschränke mich hier auf die afrikanischen Länder. Wobei es vermutlich so ist, das jedes Land eine angepasste Hilfe benötigt. Dabei taucht dann gleich die Frage auf, ob das jeweilige Land und ihre Bürger überhaupt geholfen werden wollen. Wenn ja. Von wem und von wem nicht. Es geht hier nicht darum, eine Schuld zu tilgen, sondern um humanitäre Akte und auch um eine Selbstverteidigung. Die jetzt in die Verantwortung hinein wachsenden Generationen sind nicht schuldig für die Sünden der Väter und Großväter, genauso wenig wie für den Holocaust.

II.1. Prüfung der Entwicklungsbehinderung Afrikas durch Europa

Die EU und die Mitglieder einzeln müssen prüfen, womit oder wodurch sie derzeit die Entwicklung afrikanischer Staaten behindern. Ich denke zum Beispiel an Subventionen an deutsche Exporteure für Lebensmittel, die in Afrika heimische Produzenten das wirtschaftliche Überleben unmöglich machen. (Das kollidiert aber auch mit der Hilfe für hungernde Menschen, die direkt mit Nahrung versorgt werden sollen.) Ich denke auch an Zölle und auch an unnötige Exportbeschränkungen, die Importbeschränkungen aus europäischer Sicht sind.

II.2. Währungen, die die Kaufkraft und die Nachfrage sichern

Die Afrikaner benötigen kaufkraftstabile Währungen, die auch die jeweilige Konjunktur stützen. Es wäre eine Hilfe, die in dem jeweiligen Land alle Bürgern nutzen und nicht nur den Eliten oder jenen, die die jetzigen Verhältnisse genutzt haben, um reich zu werden. Aber in diesem Punkt sind die Europäer schlechte Berater, sie bekommen die eigenen Währungsprobleme nicht in den Griff.

II.3. Gleichberechtigtes Bodenrecht für alle

Das Bodenrecht ist in den afrikanischen Ländern sicherlich unterschiedlich gestaltet. Ich habe aber noch von keinem afrikanischen Staat gehört, in dem das Bodenrecht zufriedenstellend gelöst ist. Es geht hier nicht nur um das Siedeln zum Wohnen, Werkeln und der Ernährungswirtschaft, sondern auch um die Bodenschätze. Es ist wohl das Jagdrevier der großen Konzerne und auch China soll sich da breit machen. Von Bauern ist zu hören, die von ihrem Land vertrieben wurden, weil sie keinen Besitz- oder Eigentumstitel vorlegen konnten. Das Bodenrecht ist international ein Thema von Krieg und Frieden, von Wohlfahrt oder Ausbeutung.

Zusätzliche Information zu „II. 3. Bodenrecht“

Das Bodenrecht ist ein weltweites Problem. Die sozialistischen Lösungsversuche, sind bekanntlich nicht glücklich gelaufen. 1957 hörte ich in einem Vortrag von dem Inder Jayaprakash Narayan von einer Initiative die mit Bhoodan (Landschenkung) in Indien das Problem zu mindern wollte. In der Schrift "Vom Sozialismus zu Sarvodaya" von Narayan aus dem Jahr 1959, kann man über diesen Versuch - der wohl nicht viel gebracht hat - etwas lesen. Ich habe die Schrift eingescannt und auf meiner Internetseite veröffentlicht.[57]

57 Das Bodenrecht als Hindernis von ökologische Anliegen
http://www.tristan-abromeit.de/pdf/132.1.Vom.Sozialismus%20.zu.Sarvodaya.pdf

Im März 1998 erfuhr ich in einer kirchlichen Veranstaltung von der Landlosen Bewegung in Südamerika. Ich habe meine Stellungnahme in Briefform unter dem Titel „Die Landlosen / das Bodenunrecht, ein weltweites Problem, ein biblisches Thema“ dem Referenten der Veranstaltung, Hans Trein, damals Pfarrer in der Ökumenischen Werkstatt in Kassel zugeschickt und dann in meinem Text 22.2 mit dem Titel „**Das Boden(un)recht** / Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit / Eine Sammlung fremder und eigener Texte von …“ eingefügt. (ab Seite 56) [58]

In dem Teil 1 dieser Arbeit findet sich auch eine Stellungnahme von Konrad Adenauer zu dem Bodenrecht (ab Seite 130) und von Friedrich Naumann (ab Seite 105).[59]

Der letzte Bodenreformer in der SPD war wohl Hans-Jochen Vogel.[60] Er hat noch kurz vor seinem Tod ein Buch mit dem Titel „Mehr Gerechtigkeit! Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar“ veröffentlicht.
Ich vermute, dass die SPD froh ist, nicht mehr an das Thema Bodenrecht erinnert zu werden.

In dem Buch „**Vergessener Faktor Boden**“ von Martin Pfannschmidt schreibt Prof. Gustav Bohnsack in einem Vorwort vom 3. Oktober 1990 im Hinblick auf die Schwierigkeiten das Thema Bodenrecht zu einem öffentlichen Thema zu machen u.a.:

> Es gibt für eine solche Durchsetzung ein positives Beispiel, aber auch nur eines, die Landordnung von Tsingtau/Kiautschoŭ. Sie war am 2. September 1898 als Gouvernementsverordnung betr. den Landerwerb in dem deutschen Kiautschoŭgebiet für dieses Pachtgebiet erlassen worden. Aus heutiger Sicht ist kaum zu glauben, daß damals alle bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags der Verordnung am 31. Januar 1899 zustimmten. Berücksichtigt man, daß diese Landordnung die für demokratische Staaten wohl schärfsten Eingriffe in die Eigentumsordnung enthält, dann ist die Zustimmung gerade der bürgerlichen Parteien nur so zu erklären, daß keiner ihrer Abgeordneten als Grundstückseigentümer betroffen war und die chinesischen Bauern als bisherige Landeigentümer in Berlin keine Lobby hatten. Das ist seit Jahren in Bonn doch wohl erheblich anders. Wiederholt mußte das Martin Pfannschmidt mit seinen Versuchen erfahren, die soziale Komponente beim Grund und Boden in die Marktwirtschaft einzubringen. Schützenhilfe leistete ihm 1967 zwar kein Geringerer als das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 12. Januar 1967 (1 BvR 169/63), in der die Untätigkeit des Gesetzgebers zur Schaffung einer sozialgerechten Bodenordnung scharf gerügt wird. Dieses höchste deutsche Gericht stellte u.a. fest: ‚Art. 2, Abs.2 GG ist eine Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor dem Interesse der Gesellschaft hat." Aber geändert hat sich seither nichts.

58 https://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.2%20Boden%28un%29recht%20Teil%20II.pdf
59 http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden%28un%29recht%20Teil%20I.pdf
60 https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Jochen_Vogel

Martin Pfannschmidt hat ein ganzes Berufsleben bis zu seinem Lebensende im hohen Alter für soziale Gerechtigkeit, für die Sozialpflichtigkeit von Grund und Boden gekämpft, vergebens! Wann wird der von den Politikern vergessene Faktor Boden endlich in das helle Rampenlicht zukunftsweisender Bodenpolitik gerückt? Die gegenwärtige Entwicklung des mitteldeutschen Raumes beweist doch wohl, daß hier „Handlungsbedarf" besteht - und das, bevor auch dort, wie im Westen, zufällige Eigentümer ohne eigene Leistung zu Lasten der Gesellschaft Millionen verdienen. Martin Pfannschmidt weist mit dem vorliegenden Werk an in- und ausländischen Beispielen Wege zur Problemlösung und zwar nun für das *vereinte* Deutschland.

Hannover, 3. Oktober 1990 *Prof. Gustav Bohnsack*

Es liegt eine Arbeit zu Tsingtau vor. Der Titel lautet: Die Steuer als Instrument der deutschen Bodenpolitik in Tsingtau (1898 – 1914): Triebkräfte, Ziele, Ergebnisse“ von Elisabeth Ina Friedrich, 1992 / Hrsg. Prof. Dr. W. Matzat, Studien und Quellen zur Geschichte Schantungs und Tsingtaus / Heft 3

Hier noch ein Hinweis aus Anlass des Weltfrauentags zum Thema Frauen und Bodenrecht.

Weltfrauentag

Was wäre, wenn…

…Landwirtinnen in aller Welt den gleichen Zugang zu Ressourcen hätten wie Männer? Dann müssten 15 Prozent weniger Menschen hungern. Einer von vielen Gründen für „Brot für die Welt“, sich am Frauentag zu engagieren. Ab 6. März gibt es per Stream eine Vorpremiere des mehrfach prämierten Kinofilms WOMAN. Bäuerinnen und Busfahrerinnen, Staatschefinnen und Friedenskämpferinnen reden in dem Film darüber, was es heute heißt, eine Frau zu sein. Den Talk zum Film moderiert am 8. März chrismon-Chefredakteurin Ursula Ott.

Anmeldung unter
>brot-fuer-die-welt.de/woman

8 chrismon 03.2021

Ende Zusätzliche Information zu „3. Bodenrecht“ **Ende**

II.4. Förderung der Allgemein und Berufsbildung

Ich versuche gar nicht erst den Eindruck zu erwecken, dass ich über eine genaue Übersicht über die allgemeine und beruflich Bildung in Afrika hätte. Ich gehe davon aus, dass die Situation in allen afrikanischen Ländern unterschiedlich ist und in den einzelnen Ländern dann nochmals differenziert nach Schichtzugehörigkeit zu betrachten ist. Mein Ausgangspunkt sind meine Erfahrungen und Beobachtungen. Erfahrungen, die ich nach dem

Zweiten Weltkrieg von meiner Heimatgemeinde im nördlichen Kreis Cloppenburg, damals ein strukturschwaches Gebiet in Deutschland machen konnte und wo die Allgemeinbildung unter den Kriegs- und Nachkriegswirkungen stark gelitten hat.

Bei uns gab es einen Spruch, der lautete etwa so: „Bäcker, Klempner und Friseure sind bei Borgward die Monteure!“ Borgward war ein Autohersteller in Bremen. Viel größer als die genannten Berufe war der Rahmen für eine berufliche Ausbildung nicht. Arbeit gab es, wenn man Glück hatte, in der Torfgewinnung und auf dem Bau. Die Nachkommen der ersten Siedler in Elisabethfehn und Rekenfeld waren vielfach als Selbständige in der Binnenschaft tätig, und von den Barßelern fuhren viele zur See. In Harkebrügge und Lohe dominierte die kleinwirtschaftliche Landwirtschaft. Der Anteil der ungelernten Arbeiter war (geschätzt) hoch. Wer Arbeit suchte, musste sich in das Ruhrgebiet, nach Bremen oder Hamburg begeben. Die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen war mehr als bescheiden. Die Verkehrsanbindung war miserabel. Die Eisenbahn fuhr nicht mehr durchgehend, weil die Brücken gegen Ende des Krieges gesprengt wurden. Für die Jugendlichen war die Welt nur so groß wie ihre Füße sie trugen. Und was die sanitären Einrichtungen betraf, waren wir auch ein unterentwickeltes Land. Es gab kein fließendes Wasser und keine Kanalisation. Selbst das Wasser aus dem Brunnen war manchmal knapp oder nur eingeschränkt brauchbar. Aber die Menschen, die dort lebten, waren deshalb nicht dumm, sondern ihre Bildung entsprach ihren Lebensbedingungen, Und stolz auf sich und ihre Heimat waren sie auch. Das Trennende war die Religion, man war katholisch, evangelisch oder freikirchlich. Ich brauche mich also nicht anstrengen, um mich in die Situation von Afrikanern hineinzudenken. Außerdem habe ich selbst erlebte Bilder aus Afrika im Kopf.

1957 erfuhr ich von einem dänischen Ehepaar Gunnarsen im Internationalen Freundschaftsheim Bückeburg von der Existenz der Heimvolkshochschulen in Dänemark.

„Die Idee der **Heimvolkshochschule** hat ihre Wurzeln in Skandinavien, insbesondere in Dänemark: Im Jahr 1844 wurde im jütländischen Rödding die erste **Heimvolkshochschule** nach den Vorstellungen des Pfarrers und Pädagogen Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783–1872) gegründet.“ [61]

Diese sind einst als innere Entwicklungshilfe für die Landbevölkerung gegründet worden, damit sie nicht von den Städtern untergebuttert werden konnten. Evald Gunnarsen war von Beruf Heimvolkshochschullehrer und als Gastlehrer im Freundschaftsheim tätig. Es blieb nicht aus, dass ich fragte, ob der Besuch einer dieser Schulen auch für mich etwas wäre. Er erzählte mir dann, dass es in Deutschland auch solche Einrichtungen gäbe. Ich hatte davon noch nie gehört.

Ich habe dann nach einem gescheiterten Arbeitseinsatz [62] in Schweden meine Geldbörse durch die Fließbandarbeit bei dem Fernseher-Hersteller Nordmende in Bremen wieder aufgefüllt. Von da aus habe ich mich dann nach einer Heimvolkshochschule in Deutsch-

61 https://de.wikipedia.org/wiki/Heimvolkshochschule#:~:text=Die%20Idee%20der%20Heimvolkshochschule%20hat,(1783%E2%80%931872)%20gegr%C3%BCndet.

62 Als ich mit meinem Faltboot von Elisabethfehn in Trelleborg ankam und mich bei der Passkontrolle meldete, wurde ich gefragt, was in in Schweden wolle. Als ich sagte: „Arbeiten!“ bekam ich zur Antwort, dass ich dafür eine Arbeitsgenehmigung brauche. Diese Genehmigung müsse ich in Deutschland beantragen. Dass man eine Genehmigung zum Arbeiten braucht, kam mir damals sehr merkwürdig vor. Als ich vorher auf einem schwedischen Frachter als Matrose fuhr, hatte niemand danach gefragt.

land umgesehen. Dabei bin ich auf die Bäuerliche Volkshochschule in Rastede und den Winterkurs 1958/59 gestoßen. Da ich dachte, ich würde da mit Landwirten zusammen kommen, habe ich dann noch von Juni bis Oktober 1958 auf einen großen Bauernhof am Jadebusen gearbeitet [63]. Ich wollte nicht ganz ahnungslos unter die Landwirte geraten. Aber meine Annahme war nicht richtig. Vom Lande kamen die weiblichen und männliche Schüler alle, aber die jungen Berufslandwirte waren in der Minderheit. Mein jüngerer Bruder, der spätere Kapitän auf Fracht- und Tankschiffen wurde, ist dann auch noch in den Kurs eingestiegen. Es folgte dann für mich der Sommerkurs 1959 in der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen.

Ich habe nicht vergessen, dass ich beim Thema Entwicklungshilfe für afrikanische Länder bin. Das Thema Heimvolkshochschulen habe ich hier so ausführlich beschrieben, weil ich unmittelbar bei mir und den Mitschülerinnen und Mitschülern den Entwicklungsschub, den die Teilnahme an diesem Bildungsangebot brachte, beobachten konnte. Diese Erfahrungen kamen jetzt wieder hoch, als ich darüber nachdachte, womit wirklich den Afrikanern geholfen werden kann. Die ganzen Maßnahmen sollen selbstverständlich nicht dazu dienen aus Afrikanern Europäer zu machen, sondern sollen helfen, die eigene Situation und ihre eigene Geschichte besser zu verstehen.

Ich beurteile es so: Jeder Euro der nicht für Tretminen und das ganzen Arsenal von Tötungs-Maschinen ausgegeben wird, sondern in solchen Institutionen, wie ich sie hier beschreibe, der verschafft uns mehr Sicherheit als die militärische Rüstung, die nichts aufbauen, aber viele Fluchtbewegungen auslösen kann. Institutionen, wie ich sie hier vorschlage, stärken die Fähigkeit der Afrikaner in ihrer Selbsthilfe und die Emanzipation der Bürger von Abhängigkeiten. Im Idealfall stellen Afrikaner, die in Europa ausgebildet wurden oder studiert haben, dann das Lehrpersonal. Die Kurse sollten nicht kürzer als ein halbes Jahr dauern, weil sich sonst die Lerndynamik durch das Zusammenleben und -lernen in einem Heim nicht so richtig entwickeln kann.

Wichtig ist auch, dass das es keine staatlichen Institutionen werden, die Institutionen und ihre Inhalte benötigen Raum für die Eigenentwicklung. Die Teilnehmer die genügend Eigeninitiative entwickelt haben, sollten im Anschluss mit einem Arbeitspraktikum in Europa von wenigstens drei Monaten belohnt werden oder eine Heimvolkshochule des betreffenden Partnerlandes besuchen dürfen, bevor sie in ihre Heimatgemeinden zurückkehren. Für jede Einrichtung kann über staatliche Hilfe hinaus ein Förderverein gebildet werden und europäische Bürger können für einzelne Kursteilnehmer Patenschaften übernehmen. Wenn wirkliche Solidarität gelebt werden soll, ist hier die Gelegenheit dazu, das was hier von der EU oder von den einzelnen EU-Staaten geleistet wird, sollte ehrlicherweise unter Verteidigungspolitik laufen.

Danach oder parallel zu den Heimvolkshochschulen sollten Ausbildungsstätten der beruflichen Bildung geschaffen werden in der auch das kaufmännische Denken und das Verstehen von den Funktionszusammenhängen der Marktwirtschaft vermittelt wird und was der Unterschied zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus ist.
In meinem Text „Die freie Berufsbildungs-Assoziation vom 1. Mai 1982“ sind Anregungen dazu zu finden. Ich habe den Text während einer zweijährigen Ausbildung zum Bootsbauer geschrieben. Er ist also empirisch begründet und von damaliger kursierender, alternativer Bildungspolitik beeinflusst.

63 Der Hof grenzte direkt an einen Judenfriedhof.

II. 5. Geburtenrate und Altersicherung

Ich habe schon vor einem halben Jahrhundert gehört, dass die hohe Geburtenrate in vielen Entwicklungsländern und damit das Bevölkerungswachstum, das ein Problem ist, durch die fehlende Alterssicherung verursacht wird. Viele Kinder - so wird gedacht – ist die Sicherung des Überlebens im Alter, wenn die Kräfte für die Selbstversorgung geschwunden sind. Kürzlich habe ich die Aussage wieder gelesen. Leider habe ich mir nicht gemerkt, wo …
Eine weitere Aussage war, dass die Geburtenrate sinkt, wenn die Menschen einen gewissen Wohlstand erreicht haben, weil dann der Wunsch stark wird, diesen zu halten, was mit vielen Kindern ohne Zuschüsse von außen nicht geht.

Das Problem hat es bei uns auch gegeben, denn die Generation meiner Eltern ist auch noch mit einer großen Zahl der Geschwister aufgewachsen. Und aus meiner Jugendzeit habe ich noch folgenden Spruch in Erinnerung: „Ein Vater kann wohl 7 Kinder ernähren, aber 7 Kinder (wenn sie Erwachsen sind) können nicht einen Vater ernähren (weil sie dann Verpflichtungen gegenüber der eigenen neuen Familie haben).

Wenn man die Übervölkerung stoppen will, muss man Verbote (auch religiöser Art) der Familienplanung abbauen und die Möglichkeit der Altersvorsorge ermöglichen. Dazu gehört – wenn es nicht nur ein Gnadenbrot sein soll – die Möglichkeit durch einen Arbeitsertrag Rücklagen zu bilden und diese laufend angesparten Ansprüche sicher in die Zukunft bis zu dem Zeitraum des Altseins zu transportieren. Dazu gehört eine Währung, die währt, also ein Kaufkraft stabiles Geld. Eine solche Währung ist möglich, wird aber noch nicht betrieben, weil die Staaten auf die Möglichkeit die Bürger mit dem Gebrauch der Notenpresse zu betrügen, nur ungern verzichten.

Gegen die Inflationsgefahren können die Altersansprüche aber mit Indexklauseln gesichert werden. Die Behauptung, Indexklauseln würden die Inflationsgefahr erhöhen, sind Schutzbehauptungen um den Missbrauch der Notenpresse abzusichern. Bei der Frage, ob so eine Altersvorsorge staatlich oder privatrechtlich aufgebaut werden sollte, würde ich mich persönlich für eine privatrechtlich Form entscheiden, weil die Sozialpolitiker die Rentenfonds gerne als ihre Manövriermasse sehen.

Mit einer Verzinsung des angesparten Geldes sollte man nicht unbedingt rechnen, denn wenn eine gezielte Vernichtung von Kapital vermieden wird kann sich soviel Kapital bilden, dass der Preis für Überlassung von Liquidität, der den Namen Zins hat, sehr schnell auf null oder darüber hinaus unter null sinken. Der Aufbau einer Alterssicherung dauert ja ein Arbeitsleben lang. Die Startphase müsste wohl für einen klar begrenzten Berechtigten-Kreis aus Steuermittel finanziert werden.

Wenn aber nicht nur das Wachsen der Gesellschaften durch zu hohe Geburtenzahlen gesehen wird, sondern auch das Absinken durch eine zu geringe Geburtenzahl, dann ist spätestens jetzt anzuerkennen, dass das Kindergebären und ihr Aufziehen eine Leistung der Eltern für die jeweilige Gesellschaft ist, die finanziell oder in anderer Weise auszugleichen ist. Damit ein solcher Lastenausgleich – der der jeweiligen Mutter zustehen sollte –

nicht zum Anreiz für zu viele Kinder wird, sollten die Zuwendungen degressiv gestaffelt werden. Da das erste Kind, die größte Belastung und die größte Einschränkung für das Generieren von Familieneinkommen ist, sollten hier die Zuwendungen der Gesellschaft auch die höchsten sein und dann beim Erreichen einer als maximal definierten Kinderzahl gestoppt werden. Auch hier müssen Staaten, die das für ihre Mütter bzw. Kinder einführen oder schon haben, die Bezugsberechtigung [64] eingrenzen, wenn sie offene Landesgrenzen und längere Aufenthaltsgenehmigungen erteilen und beibehalten wollen, weil sonst das betreffende Land als Kuckucksnest von jenen Müttern benutzt wird, deren Land nicht diese Hilfe leistet. Wenn ein Land auch das Bildungsguthaben einführt, das ich noch vorstellen werde, dann muss die Bezugsdauer des Kindergeldes mit dem Beginn der Bildungsgutscheine abgestimmt werden.

III. Einwanderung

Wann einer Gesellschaft eine Einwanderung nutzt und wann schadet, ist sicher nicht generell zu beantworten. Es gibt sicher ein Minimum für die Einwanderung, damit nicht so etwas wie eine kulturelle Inzucht entsteht. Dieses Minimum ergibt sich meines Erachtens auch von selber, weil sich wohl kein Land so abriegeln lässt, dass kein Mensch mehr von außen in ein Inland zum Verbleiben eindringen kann. Das Maximum an Einwanderung liegt sicher da, wo ein sich über viele Generationen gewachsenes Wir, sich beginnt aufzulösen und jeder jeden als Ausländer oder Zugereisten empfindet. Die jüngeren Deutschen haben es ja nicht erlebt, wie fremd sich im und nach dem Krieg Westdeutsche, die ihr Haus und das kulturelle und soziale Umfeld behalten hatten, und die Ausgebombten, die Flüchtlinge und die Vertriebenen gegenüberstanden. Die Sprache als Verständigungsmittel machte durch die Vermischung der Dialekte bei gleicher Ausgangssprache ebenfalls Schwierigkeiten.

Dann spielt die Lebenssituation der Inländer eine große Rolle. Herrscht der Wohlstand allgemein und gut verteilt und droht (auch besonderen Gruppen) keine Arbeitslosigkeit durch mehr Einwanderer dann sind Zugereiste eher willkommen als bei umgekehrten Verhältnissen.

Es spielt eine große Rolle, wer den Nutzen von den Einwanderern hat und wer die Kosten tragen muss. Ich habe neulich eine Tabelle über die Kostenverteilung für die Einwanderung gesehen, da waren sehr große Unterschiede zu sehen. Die Unterschiede gingen von der Zahlung von Prämien für die Einwanderer bis hin zu der Belastung der Einwanderer, die erst in Jahrzehnten abgetragen werden konnte.

Vermutlich ist es so, dass ein Widerstand gegen die Einwanderer um so größer ist, je mehr und länger (auch über Generationen hinweg) die Bewohner über die Steuerbelastung gebeutelt wurden, um die gesellschaftlichen Institutionen und die sie verbindenden Strukturen zu finanzieren. Auch hier heißt es immer, der Staat baut. Heutzutage ist immr häufiger zu lesen: Durch die Europäische Union gefördert. Der Lastesel ist und bleibt aber der Bürger. Da kommt dann die Frage bei den Bürgern auf, warum darf der Fremde das einfach so unentgeltlich genießen, wofür ich mich so lange krumm machen musste. Das sind keine fremdenfeindlichen oder rassistischen Reaktionen, sondern ganz normale

64 Das Bezugsrecht sollte aber nicht vom Einkommen der Eltern abhängig gemacht werden, weil diese Methode nur das bürokratische Berechtigungsunwesen fördert.

gruppendynahmische. Für Menschen, die man liebt, macht man sich gerne krumm. Dieser „gerne Krumm"-machen nimmt aber in der Regel ab, je größer die Distanz zu den Menschen wird, die Hilfe benötigen oder einfach beanspruchen. Dass es da auch entgegengesetzte Beobachtungen gibt, hebt die typische allgemeine Einstellung nicht auf.

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus tritt dann auf, wenn die Politik den Bürgern in einem zu hohen Maß Ungewohntes zumuten. Die richtige Adresse für die Kritik am Erscheinen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind dann nicht die Bürger, sondern die Politiker, die den Zustand herbeigeführt haben.

Die deutsche Gesellschaft, die sich einen Rahmen in Form des Staates gegeben hat, ist kein Volk im Sinn des Begriffes Rasse [65], sondern eine Einheit die sich aus ehemaligen Völkern – die vielleicht besondere Rassenmerkmale hatten – und aus Zuwanderern aus ganz Europa geformt hat. Die meisten Deutschen brauchen nur lange genug in ihrer Ahnenreihe zurückschauen, um die „Ausländer" in ihrer Familie zu entdecken. Mein Familienname weist z. B. auf Litauen zurück, der Geburtsname meiner Großmutter mütterlicherseits verweist auf Polen. Meine ostfriesische Großmutter mütterlicherseits hat niederländische Wurzeln[66]. Und den Familiennamen Ley meines Großvaters mütterlicherseits habe ich auch schon in der Schweiz gelesen. So ähnlich wird es den meisten Deutschen gehen, wenn sie ihren Stammbaum zu erfassen versuchen. Und trotz der Verschiedenheit der Deutschen hat (hatte) sich im Kleinkarierten, im Großzügigen und der Leistungsbereitschaft eine ziemlich homogene Gesellschaft daraus entwickelt, die uns im Vergleich mit anderen Gesellschaften wenig Unruhen gebracht hat. Und mein Eindruck ist, dass uns das von anderen Staaten nicht gegönnt wurde und in stiller Partnerschaft mit den deutschen Selbsthassern überlegt wurde, wie das zu ändern sei. [67] Ein Mittel schien ihnen offensichtlich darin zu bestehen, die Einwanderung durchzusetzen. Ein anderes Mittel ist die Zerstörung der Deutschen Sprache. Dahinter vermute ich keinen geheimen oder offenen Plan, das wäre dann eine Verschwörungstheorie, sondern eine Schluderei im Denken der Entscheidungsträger auf allen Ebenen, deren Überwindung aber nicht in Zwangsvorstellungen vom richtigen Denken enden sollte, sondern es ist die Aufforderung, jede Sache und Angelegenheit erst von den verschiedenen Seiten zu betrachten und dann erst ein Urteil zu fällen und einen Beschluss zu fassen.

Es gibt nicht wenige Deutsche, die glauben der Wohlstand der Deutschen käme durch die Ausbeutung der ärmeren Länder zustande. Ich vermute, dass es richtig ist, dass die Entwicklungshilfe, die in Form von Krediten gewährt wurde, den Kreditgebern mehr eingebracht hat, als sie verschenkt haben. Auch der ständige Überschuss beim Saldieren von Ex- und Import ist ein Ärgernis für die beteiligten ausländischen Handelspartner, die zu deren Verschuldung führt. Aber dass die Rohstoffe in Entwicklungsländern zu Schleuderpreisen abgegeben werden, liegt nicht an den Importeuren. Betriebswirtschaftlich gesehen, müssen die Einkäufer Preise bezahlen, die ihnen die Lieferanten abverlangen. Die Preise müssen eine Höhe haben, zu denen die Lieferanten auch in Zukunft liefern.Wenn hier ein Missverhältnis entsteht, liegt es in der Regel daran, dass in dem Exportland eine Unterbeschäftigung und keine Marktübersicht besteht. Auch die mangelnde Organisation

65 Es ist ziemlich dumm, dass Wort Rasse verbannen zu wollen, ohne ein Wort zur Unterscheidung der unterschiedlichen Erscheinungsformen des Menschen anzubieten. Bald wird man den Begriff auch nicht mehr für unsere Haustiere verwenden dürfen.

66 Darauf habe ich auf der Seite 76 schon in einem anderen Zusammenhang hingewiesen.

67 Das ist eine Vermutung, also nicht einmal eine Behauptung. Sie muss aber ausgesprochen werden, damit wir bei den Überlegungen zu uns selbst, ebenfalls prüfen.

des Absatzes ist eine Ursache. Die Geschäftsleiter von Kapitalunternehmen würden sich strafbar machen, wenn sie sich als Wohltäter betätigen würden. Der Wohlstand, den die Deutschen erreicht haben und der ungerecht verteilt ist, ist durch intensive Arbeit entstanden, die auch mit Verzicht auf Lebenslust und -genuss verbunden war und ist. Und eine wesentliche Ursache ist, dass es nach dem Krieg einige Leute gab, die etwas von der Marktwirtschaft verstanden – die Freiwirte gehörten auch dazu - und jene, wie Ludwig Erhard nicht nur etwas davon verstanden, sondern auch den Mut hatten und in der Lage waren, die entsprechenden Entscheidungen zu treffen. Wenn die SPD im Nachkriegsdeutschland die Mehrheit gehabt hättte, dann hätten wir die DDR wirtschaftlich nicht in den Schatten gestellt. Diese Aussage ist aber kein Lob für die CDU/ CSU und FDP, denn diese haben wohl von Beginn an Propaganda für die Soziale Marktwirtschaft betrieben, aber aus Unkenntnis oder weil sie den Kapitalismus wollten – wie ich schon an anderer Stelle geschrieben habe – , das Modell nicht ausreifen lassen, dafür aber torpediert.

Bei der ersten Einwanderungswelle nach dem Krieg und nach dem Schrumpfen Deutschlands und der Teilung in Ost und West spielte für die BRD die Währung ebenfalls eine bedeutende Rolle. Nach der Einführung der DM wurde sie in das internationale Währungssystem von Bretton Woods eingefügt. Das heißt, die DM wurde mit einem fixierten Kurs an den Dollar gebunden und der internationale Handel wurde in Dollar abgewickelt. Die Bundesbank wurde gezwungen die Dollar zu dem festgesetzten Kurs anzukaufen. Es stellte sich aber heraus, dass die DM mit dem Kurs unterbewertet war. Die Folge war, dass die deutschen Exporteure und die Dollarinvestoren kaufkraftmäßig gesehen mehr DM bekamen als ihnen nach den eingereichten Dollar zustanden. Dies blähte die Exportwirtschaft auf und förderte die Dollarinvestoren in Westdeutschland. Aber nichts kommt von nichts, die Kehrseite dieses „Förderungsprogramms“ war, dass die DM inflationiert wurde. Es wurde mehr Geld in den Verkehr gebracht, als für die Einhaltung der Preisniveaustabilität erforderlich war. Den Verlust hatten alle Sparer und Vertragsinhaber mit Forderungen, die in DM vereinbart waren. Da die Verlustträger nicht mehr und nicht im Einzelnen zu ermitteln sind und die Bundesbank das Gold mit den Dollar gekauft oder einglöst hat, sollte es sukzevsiv verkauft und den Rentenkassen zugefügt werden. Für Kaufkraftstabilität des Geldes ist das Gold nicht erforderlich. Es sollte in keinem Fall zur Verfügungsmasse der Euro-Kraten werden.

Ich erzähle das hier unter dem Stichwort Einwanderung, weil die damals betriebene Währungspolitik zu einer Überhitzung der Konjunktur geführt hat. Für die zusätzliche Produktion gab der Arbeitsmarkt nicht die zusätzlichen Arbeitskräfte her. Die Unternehmen drängten darauf, den Arbeitsmarkt auf das europäische Ausland zu erweitern. Die Erweiterung des Begriffs Arbeiter mit der Vorsilbe „Gast“ sollte entweder zum Ausdruck bringen, dass die Arbeitgeberseite selbst annahm, das es eine vorübergehende Maßnahme war oder es sollte den Befürchtungen in der deutschen Gesellschaft entgegen wirken, dass hier für die Einwanderer die Tore dauerhaft geöffnet wurden. Inzwischen sind ein Teil der Gastarbeiter in zweiter oder dritter Generation Teil der deutschen Gesellschaft geworden. Die Politik sollte aber nicht davon ausgehen, dass sich das Verfahren einfach konfliktfrei wiederholen lässt.

Der Anteil der Einwanderer (der neuen Deutschen) wächst auch ohne neue Einwanderer, weil – so vermute ich – die Einwanderer im Schnitt mehr Kinder haben als die Alt-Deutschen. In dem nachfolgenden Forschungsbericht habeich zu dieser Frage nichts gefunden.:

„Forschungsbericht 1
Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft“ [68]

Dann zu folgenden Problembereichen:

> Bei der Integration von Zugewanderten (Migranten) handelt es sich um den Prozess der sozialen Eingliederung zugewanderter bzw. eingewanderter Personen und gegebenenfalls deren Nachkommen.
>
> Integration: Zentrale Aspekte der sozialen Integration sind vor allem Sprache, Bildung, Arbeitsmarkt, Partizipation, Werte und Identifikation innerhalb des Ziellandes. Die Thematik umfasst sowohl die Angelegenheiten einzelner eingewanderter Personen in deren Lebensalltag als auch soziokulturelle Phänomene im Gastland als Gesamtgesellschaft. Ebenso kann eine sukzessive Gleichstellung zu anderen Einwohnern in Rechten, Pflichten und Chancen darunter gefasst werden. ...
> https://de.wikipedia.org/wiki/Integration_von_Zugewanderten

Es ist leicht, die Forderungen nach Integration zu stellen, aber schon bei der Sprache tauchen oft Schwierigkeiten auf. Es gibt Menschen, die lernen leicht auch ein halbes dutzend Fremdsprachen und andere kommen über Bruchstücke einer fremden Sprache, die gefordert wird, nicht hinaus. Und wie ist das bei IT-Kräften, die neben ihrer Muttersprache noch Englisch dazugelernt haben? Wenn denen noch die Beherrschung der deutschen Sprache abverlangt wird, bleiben sie sicher lieber weg. Und wenn man ihnen das erlässt, ist eine wesentliche Bedingung der Integration nicht erfüllt. Selbst die Integration von zugezogenen Deutschen in eine gewachsene Siedlungseinheit – sei es ein Dorf, eine Kleinstadt oder Stadtteil – gelingt ja oft nur mühsam. Ein Zugezogener kann schon ein halbes Leben lang an einem Platz wohnen und er ist dann immer noch ein Zugezogener.

Welche gemeinsamen Werte haben die Deutschen noch, die die Zuwanderer übernehmen könnten? Mit Deutschland, so wie es sich entwickelt hat – haben sogar viele Deutsche Mühe, sich t zu identifizieren. Nicht einmal die Gleichstellung in den Rechten und Plichten gelingt den Deutschen aufgrund des unübersichtlichen Rechtes und der Verzerrung der Einkommen. Wie soll das dem Zugewanderten gelingen.

> Assimilation bezeichnet in der Soziologie das Angleichen einer gesellschaftlichen Gruppe an eine andere unter Aufgabe eigener Kulturgüter und ist demnach eine Form der Akkulturation und ein Prozess des Kulturwandels.
>
> Der Schwerpunkt kann auf dem Prozess oder auf dem Ergebnis liegen.

68 https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb01-einfluss-zuwanderung.pdf?__blob=publicationFile&v=12

Für das Verständnis der Prozesse auf gesellschaftlicher Ebene ist die individuelle Assimilation von der Assimilation von Gruppen zu unterscheiden. Empirisch steht die Verschmelzung einer Minderheit mit der Mehrheit im Vordergrund. Assimilation kann auf kultureller (Übernahme von Sprache, Bräuchen und Sitten), struktureller (Platzierung auf dem Arbeitsmarkt, im Schulsystem u.ä.), sozialer (Kontakt zu Mitgliedern anderer Gruppen) und emotionaler Ebene erfolgen. …

https://de.wikipedia.org/wiki/Assimilation_(Soziologie)

Die Assimilation aus eigenem Antrieb ist zu begrüßen, man kann sie aber nicht verlangen oder erzwingen, dagegen stehen die Grundrechte. Aber so, wie der weiße Mensch überall in der Welt versucht hat – sie religiös oder wirtschaftlich – nach seinen Vorstellungen zu formen, so können sich auch Einwanderer einzeln oder mit Vereinigungen das Ziel setzen, Deutschland nach ihren Vorstellungen umzuformen.

Segregation

1. *Begriff:* räumliche Trennung der Wohngebiete von sozialen (Teil-)Gruppen in einer Stadt oder Region. Der Grad der Segregation ist umso höher, je stärker die räumliche Verteilung der Wohnstandorte einer Gruppe von der Verteilung der Gesamtbevölkerung abweicht. ...

2. *Ursachen:* a) vom Individuum gewollte, freiwillige Segregation beruht auf der Bevorzugung einer gleichartigen sozialen Umgebung (Nachbarschaft) und dem bewussten Herstellen einer sozialen und zugleich räumlichen Distanz zu „fremden" Gruppen.
b) Unfreiwillige Segregation resultiert aus dem Wohnungsmarkt, der entsprechend den Bodenpreisen und der Mietzahlungsfähigkeit über die Bauform, Wohnungsdichte und Wohnumfeldausstattung räumlich unterschiedliche Wohngebiete schafft, und aus staatlich-planerischen Interventionen, die von der Zonierung durch die Bauleitplanung über die staatliche Infrastrukturstandortpolitik (Infrastruktur) bis zu strukturellen Eingriffen in den Wohnungsmarkt (Mietpreisstopp, Wohngeld u.a.) reichen können. …

Wenn ein Zuwanderer zu uns kommt, ist er im Verhalten und in seinen Vorstellungen von Gott und der Welt so vorgeprägt, dass er sich in der Fremde nur unter Menschen seiner Kultur oder Nationalität zu Hause fühlt. Ich denke, man muss den Fremden die Freiheit lassen sich für die Vermischung mit den Bürgern des Gastlandes wie auch für die Separierung von den Einheimischen zu entscheiden.

Ich habe nun schon bei zwei jüdischen Autoren (Nahum Goldmann und Franz Oppenheimer gelesen, dass die Bildung der Ghettos nicht von Gastländern ausgegangen sind, sondern von den Juden selber. Es sei ein Erfordernis gewesen, sich ihre Religion und Kultur zu bewahren.

Es ist dann auch nicht zu verhindern, dass die Heimatländer zu ihren Auswanderern den Kontakt aufrechterhalten, um sie daran zu erinnern, woher sie kommen. Aber Einwanderer werden auch nicht selten als Vertreter der Interessen ihres Heimatlandes zu gesehen.[69] Bei den heutigen Juden in Deutschland weiß man ja auch nicht, ob sie in einem Konfliktfall für Deutschland oder für Israel sich in eine Bresche schlagen würden. Mir selber sagte ein Jude, er sei nach Deutschland zurückgekommen, weil er die Behandlung der Araber in Israel durch die Israelis nicht mehr ausgehalten hätte. [70]

Unabhängig von allen bisher genannten Fragen und Problemen sind weitere Fragen und Hinweise zu beachten.

Deutschland ist nach Malta, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg mit 235,2 Einwohnern pro Quadratkilometer das dichtbesiedelste Land in Europas, das ohne GB im Durchschnitt ein Besiedlungsdichte von 109 Einwohner pro Quadratkilometer hat. Das bedeutet, wenn Deutschland zu einem Einwanderungsland erklärt wird, können alle Naturschutzmaßnahmen und ökologischen Zielsetzungen mit einem Fragezeichen versehen werden.

Ohne Bodenrechtsreform werden die Bodeneigentümer bereichert und die Bewohner ohne Bodeneigentum werden geschröpft, also entreichert. Auch durch die zugeströmten Flüchtlinge ist die Steigerung der Bodenpreise ein Faktor, der zu den steigenden Mieten geführt hat, die alle Mieter bezahlen müssen. Diese Belastung, die nach meiner Kenntnis bei den Kosten für die Flüchtlingskrise nicht aufgeführt werden, würden bei einer Einwanderung noch steigen.

Eine Siedlungsverdichtung bedeutet auch automatisch eine Einschränkung von Freizeitaktivitäten und des Schutzes freilebender Tiere.

Die Einwanderung bedeutet auch einen Eingriff in den Arbeitsmarkt. Jahrzehnte hat die Unterbeschäftigung als Lohndrücker für die Unternehmen gewirkt. Und jetzt, wo sich für bestimmte Fachbereiche ein Mangel für Fachkräfte einstellt, soll der Lohndruck (steigender Knappheitspreis) für diese Fachkräfte durch die Erleichterung der Einwanderung wieder gedrückt werden. Unternehmer (und ihre Verbände) müssen doch ständig die Märkte beobachten, also auch die Arbeitsmärkte, da hätten sie doch den Mangel auf sich zukommen sehen und selber durch Um- und Weiterschulungen für Nachschub sorgen müssen. Aber nein, man überlässt lieber die Kosten für die Lieferung von Fachkräften der Allgemeinheit, dann lassen sich für die Dividendenjäger bessere Jahresbilanzen fertigen.

Für die Länder, die die Fachkräfte hergeben sollen, ist es dann die gleiche Situation, wie zu Zeiten der DDR, als dort die Fachkräfte, für deren Ausbildung der Staat die Kosten getragen hatte, einfach gen Westen liefen.

Besser für Deutschland und für die Länder, die Fachkräfte hergeben sollen, wäre eine Si-

69 Das kann man negativ sehen, aber auch positiv.

70 Die Verwendung des Begriffs Jude ist ja schwierig, weil der Begriff einmal für die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft verwendet wird und zum anderen als Angehöriger einer Ethnie. Es wäre ja gut, wenn man sie einfach als Deutsche jüdischen Glaubens bezeichnen könnte oder einfach als Deutsche mit einer neutralen Ergänzung wie „aus Sachsen“ oder „aus Bayern. Aber da weiß man wieder nicht, ob sie sich schon wieder als Deutsche fühlen oder sich als solche Ansprechen lassen mögen. Bei biographischen Einträgen ist mir aufgefallen, dass es dann heißt: Sie oder er hatte jüdische Eltern.

tuation in der die deutschen Unternehmer dort tätig würden, und so neben ihren eigenen Ertrag auch für die Fachkräfte und ihr Heimatland einen Vorteil bringen.Wenn dort die Fachkräfte einen guten Lohn erzielen können, dann entsteht ein Impuls für die weitere Ausbildung und die Entwicklung des ganzen Landes.
Für Deutschland sollte es für ausländische Fachkräfte nur ein befristetes Visum geben. Und wenn ihr Einsatz für alle Beteiligten zufriedenstellen war, sollten sie eine Prämie bekommen, mit der sie sich an einer Filiale des Unternehmens in ihrem Heimatland beteiligen können, für das sie in Deutschland gearbeitet haben oder die sie für eine eigene Unternehmensgründung Gründung in ihrem Land verwenden können.

Bei all diesen Maßnahmen muss das Ziel bleiben, die Bedingungen für offene Grenzen zu erfüllen.

ooooo

Einschub

Auszug aus
Lebenserinnerungen / Ein Stück Deutschen Lebens
von
Rudolf Eucken, 1922
Aus dem Kapitel Amerika

… Der Aufenthalt in New York gab mit auch volle Gelegenheit, mich über das deutsche Leben in Amerika näher zu unterrichten. Freilich bestand für mich wegen Zeitmangel keine Möglichkeit, mich nach dem Westen zu begeben, wo ich mehr deutsches Leben angetroffen hätte. Was ich aber im Osten traf, war vom deutschen Standpunkt aus wenig erfreulich. In Boston bestand ein deutscher Verein, und als ich dort einmal über die weltgeschichtliche Bedeutung des deutschen Geistes sprach, war der Saal übervoll. Aber die Freunde sagten mir, daß sich selten eine größere Zahl an den deutschen Bestrebungen beteilige; charakteristisch war es auch, daß sich in unserem großen Hotel keine einzige deutsche Zeitung befand, und daß ich dort Mühe hatte, mir die New Yorker Stadt-Zeitung zu besorgen. Das war ja nun in New York besser, deutsche Zeitungen konnte ich hier zur Genüge erhalten, aber im Gesamtleben spielte das

deutsche Leben doch auch hier eine recht bescheidene Rolle. Man merkte kaum, daß in New York mehrere hundertausend Deutsche waren. Ungünstig für die Erhaltung des deutschen Elements wirkte bei den Städtern, daß, während früher die Deutschen geschlossener wohnten und mit dem andern Bewohnern weniger in enge Beziehung kamen, die modernen Verkehrsverhältnisse derartige Unterschiede stark verwischt und die verschiedenen Bevölkerungselemente bunt durcheinander gewürfelt haben. Auch die Volksschulen, die sogenannten Public Schools, haben sehr dazubeigetragen, alle Unterschiede aufzuheben. Ein Hauptgrund der Kraftlosigkeit des deutschen Lebens war der Mangel eines Zentrums für das deutsche geistige Leben. Auch die Söhne der Deutschen wurden unwillkürlich in die englische Denkweise, ja in die Terminologie hineingetrieben. Ich selbst erlebte den charakteristischen Fall, daß der philosophisch sehr begabte Sohn eine hochstehenden deutschen Familie im gewöhnlichen Leben die deutsche Sprache vollauf beherrschte und sich überhaupt als Deutscher fühlte, aber in große Schwierigkeiten geriet, sobald er technisch philosophische Fragen mit mir besprach. Wie die Verhältnisse in Amerika waren, lag die Gefahr nahe, die deutsche Denkweise als einen subalterne zu behandeln. Dagegen hätte weit mehr von Deutschland selbst getan werden müssen. Man hätte durch deutsche hochgebildete Lehrer, auch durch die Förderung kleiner Bühnen, regelmäßiger Vorträge usw. sehr viel mehr wirken können, um das deutsche Leben zusammen zu halten und sein Kulturbewußtsein zu heben. Die offiziellen Behörden aber taten so gut wie nichts für dieses Ziel, und auch unsere heimisch Presse hat sich viel zu wenig dieser wichtigen Sache angenommen. Wir müßten regelmäßige Korrespondenten zwischen Deutschland und Amerika besitzen; sp aber blieb aller Austausch zufällig, und die einheimischen Deutschen pflegen sich der Deutschen in Amerika nur zu erinnern, wenn es irgendwelche Sammlungen zu veranstalten galt. Die Austausch-Professoren aber haben bei der Kürze ihres Aufenthaltes wenig dafür wirken können; diese Einrichtung müsste wesentlich anders gestaltet werden, wenn sie nicht nicht mehr dem Schein, als der Sache dienen sollte. … (S. 88 f.)

Rudolf Christoph Eucken (* 5. Januar 1846 in Aurich, Ostfriesland; † 15. September 1926 in Jena) war ein deutscher Philosoph. 1908 erhielt er den Nobelpreis für Literatur.
https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Eucken

Rudolf Eucken ist der Vater von dem OrdoliberalenWalter Eucken

„Walter Eucken (* 17. Januar 1891 in Jena; † 20. März 1950 in London) war ein deutscher Ökonom. Er war Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft und begründete die Freiburger Schule des Ordoliberalismus „
https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Eucken

Bei der Suche auf meinen Rechner nach dem Text von Rudolf Eucken, den ich vor längerer Zeit mit Hilfe eines Programms aus der Frakturschrift in eine Normschrift übertragen habe , stieß ich auf Zeitungsberichte zum 100. Geburtstag von Walter Eucken am 17. Januar 1991. Walter Eucken, einer der prägenden Köpfe der Ordoliberalen ist der Sohn von Rudolf Eucken. Darunter war auch ein Beitrag mit der folgenden Schlagzeile zu lesen:

> Die Realität der Marktwirtschaft hat mit dem Modell des großen Ökonomen nichts gemein *Von Walter Oswalt*

In dem Text ist zu lesen:

Der Journalist Walter Oswalt, ehemaliger Abgeordneter der Grünen im Frankfurter Stadtparlament, ist ein Enkel von Walter Eucken.

Ende Einschub

ooooo

Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage aller Freiheiten

Hier soll noch ein Block zur Bildung bzw. zur Bildungspolitik eingefügt werden, bevor ich zum Schlussteil mit dem Thema Verfassung ende.

Ich werde hier hauptsächlich auf bereits geschriebene Texte verweisen. Vorher werde ich kurz schildern wie ich auf das Thema freie Bildung gekommen bin. Genau kann ich das gar nicht schildern, aber wohl zeitlich eingrenzen. Die ersten noch unbewussten Impulse gehen schon auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Ich habe ja schon geschildert, dass ich kriegsbedingt wenig Schulbildung genossen habe. Abgesehen von den Stunden noch während des Krieges bei der Deutschen Jugend, die der Hitlerjugend vorgeschaltet war, gab es auch für uns Kinder keine von den Erwachsenen organisierte Unterhaltung und selbstverständlich keine elektronischen Spielzeuge. Wenn einer in den Spielgruppen, die sich meistens aufgrund der Wohnlage bildeten, einen Ball hatte, dann war das schon etwas ganz besonderes. Wir haben unsere Spiele selbst erfunden oder von älteren Kindern übernommen und unsere Spielzeuge selbst gebastelt. Der eine oder andere Leser mag Fernsehberichte über spielende Kinder in Entwicklungsländern in Erinnerung haben, so ähnlich war auch unsere Situation. Aber dadurch, dass die Väter im Krieg waren, mussten Kinder Arbeiten für die Familie übernehmen. Aber Langeweile kannten wir nicht. Und wenn sie mal aufkam, war es Sonntags, wenn wir unsere gute Kleidung angezogen bekamen. Diese war ja nicht einfach zu ersetzen. Und wir waren dadurch gezwungen auf unsere oft rauen Spiele zu verzichten. Und die Schule nahm nur einen halben Vormittag in Anspruch, weil ein Teil Lehrer Soldat spielen mussten und die Klassenräume durch eine Bombardierung reduziert waren. Wenn ich mich richtig erinnere, waren meine Spielkameraden und ich durchaus wissbegierig, aber die Schule hatte für meisten von uns nichts Anziehendes. Als wir dann im letzten Schuljahr 1947/48 den ganzen Vor-

mittag in die Schule gehen sollten, empfand nicht nur ich das als eine Freiheitsberaubung. Ich denke, wenn uns eine andere Lernform angeboten worden wäre und wir uns selber hätten darüber entscheiden dürfen, ob wir von dem Angebot Gebrauch machen wollten, dann wären wir gerne dahin gegangen. Aber das Lernen findet ja nicht nur in der Schule statt. Auch dass ich geduldet oder willkommen war beim Schmied, dem Tischler, in der Sägerei, beim Schuster oder im landwirtschaftlichen Betrieb, der eine Grundlage des Krankenhauses war, waren für mich Lernorte. Das Fotoatelier und der Friseursalon der Eltern sollte ich auch als Beobachtungsräume erwähnen. Und der Krieg und die Nachkriegszeit bot genügend Gelegenheiten zum Beobachten und für Aktionen. Auch meine späteren Arbeitsorte, die ich ja zum Teil gewählt habe, weil ich mal wieder als Volksschulabgänger vor einem verschlossenen Bildungstor stand, haben mich bereichert. Wenn ich nachfühlen kann wie sich Gastarbeiter bei uns gefühlt haben, dann weil ich im Winter 1953/54 zu den innerdeutschen Gastarbeitern unter Tage im Kohlenpott gehörte. Wir wohnten in einem Bergmannslager und waren dabei völlig isoliert von den Einheimischen. Der hohe Zaun, an den ich mich erinnere, war wohl noch aus der Zeit als Zwangsarbeiter dort untergebracht waren. Nur das Tor war für uns Tag und Nacht geöffnet.

Ich will mit dieser Schilderung diese Art des Lernens nicht idealisieren, denn ich weiß ja auch, was ich an schulischer Bildung verpasst habe. Ich will ja nur darauf hinweisen, dass es nicht nur eine Art des Lernens gibt, und dass auch in dem einseitig verkopften Lernen eine Gefahr liegt, mit der ein Realitätsverlust einhergehen kann. Heute wird in der Politik mantraartig wiederholt, dass wir in die Bildung investieren müssen. Ich habe dabei noch nie gelesen oder gehört, mit welchem Ziel und welchem Inhalt diese Bildung vermittelt werden soll. Auch über die Methode, die angewendet werden soll erfährt man nichts.

So wie die preußischen Könige die Schulpflicht (das heißt ein Schulzwang, der geahndet wird, wenn er nicht eingehalten wird) eingeführt haben, um nützliche Untertanen zu bekommen, so sollen heute nützliche Arbeitnehmer produziert werden. Und ihren Nutzen kann man steigern, wenn ihr Wissen über die digitale Technik gesteigert wird. Und da unsere Gesellschaft gerade ihren Kurs auf die Zentralisierung gesetzt hat, kann man mit der digitalen Vermittlung die Bewohner Jung und Alt unter Aufsicht eines Bundesbildungsministers effektiv zu ökonomischen und politischen nützlichen Idioten heranziehen. Für die Zielerreichung kann man dann gleich ein digitales Programm entwickeln, das die Lernenden scheinbar schlau macht, aber den Rahmen des nützlichen Idioten nicht sprengt. Man hat dann mit einem Schlag einen Inhaltskanon für alle Bundesbürger – nein das reicht nicht, darum für alle Europäer. Der Bundesbildungsminister wird aus der Sache geboren, er braucht gar nicht umständlich mit einem demokratischen Verfahren in sein Amt eingeführt werden. Die Lehrer können gehaltsmäßig abgestuft werden, denn die brauchen dann nur – wiederum mit Einsatz digitaler Technik – kontrollieren, ob das vermittelte Wissen auch richtig angekommen ist und angenommen wurde. Wenn das letztere nicht so recht klappt, werden Humanwissenschaftler die Änderungen im Programm solange vorschlagen, bis die Lernenden das Gefühl haben, ihr eigener Wille würde umgesetzt.

Anlass über die Bildung nachzudenken hatte ich auch bei meinen Arbeitseinsätzen in geschlossenen Erziehungsheimen. Diese Form des Lernens ist ja eine Extremform des Bildungszwanges. Weitere Stationen waren sicher die Aufenthalte im Internationalen Freundschaftsheim und die Heimvolkshochschulen, in die sich ja alle Teilnehmer freiwillig begaben. Aber ich kann mich hier, wie danach in Bankkaufmannslehre nicht erinnern, ob ich mir über die Kostenseite der Bildung viel Gedanken gemacht habe. Aber klar war mir immer, dass mein Eigenanteil an der Finanzierung der Kosten nicht die Gesamtkos-

ten der Bildungsvermittler deckte.

Das Thema Bildungsfreiheit nahm aber Anfang der 60er Jahre Raum in meinem Denken ein. Ich denke, es kamen auch Impulse aus der freiwirtschaftlichen Literatur, die ich mir erschloss und die Impulse wurden ein Jahrzehnt später durch die Teilnahme an Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung gefestigt. Aber ich hatte immer die Schwierigkeit, mir die Lösung der Kostenseite der freien Bildung vorzustellen. Erst nach dem Abschluss des zweijährigen Studiums an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg im Jahr 1966 - für mich gab es danach nur einen Platz als Klinkenputzer für eine Versicherung, die ich beenden musste, weil ich mich zu sehr auf die Probleme der Kunden einließ, was die Provisionen drückte. Es folgte der Job als Drahtflechter im Hochbau - , kam mir dann endlich der Gedanke, dass die freie Bildung ja keine zusätzlichen Kosten verursacht, sondern dass die Kosten der bisherigen Bildung dann ja wegfallen, sich also nicht vermehren. Aber es genügt nicht, nur die Bildungssysteme auszutauschen, sondern die Finanzierungssysteme müssen auch ausgetauscht werden. Die Bildungsnachfrager müssen in die Lage versetzt werden die Nachfrage nach Bildung zu halten. Das Bildungsguthaben als Finanzierungsinstrument stellte sich da noch nicht so eindeutig bei mir ein. Ich dachte noch mehr in die Richtung, dass die Bürger von den Belastungen durch den Staat und durch das Kapital bei den Abgaben zu entlasten seien, so dass die bildungswilligen Bürger ihr Bildungsbedürfnis selber finanzieren könnten. Für die Erwachsenenbildung halte ich das nach wie vor auch für sinnvoll. Für das Studium sollte eine Produktivarbeit von 10 bis 20 Stunden die Woche für die Finanzierung der Studiengebühren und einen bescheidenen Lebensunterhalt genügen. Und für die Allgemeinbildung bis zum 18. Lebensjahr sollte es dann ein individuelles Bildungsguthaben geben, das nicht übertragbar und nicht pfändbar ist.

Ich selbst hatte mir zum Ziel gesetzt nach dem Studium in der Erwachsenenbildung zu arbeiten, natürlich auch um mich und meine Familie, die sich ungeplant eingestellt hatte, zu ernähren. Aber starke Motive waren auch, dass ich von dem, was ich durch die Erwachsenenbildung erfahren hatte, weiterzureichen und ich wollte möglichst dicht am Thema Marktwirtschaft arbeiten, weil ich dort einiges im Argen liegen sah. Ich hatte auch weit vor dem Ende des Studiums ein Angebot, in einer solchen Institution zu arbeiten. Aber dann setzte 1966 die Wirtschaftskrise ein. Mein vorgesehener Platz konnte wegen Kürzung der staatlichen Zuschüsse nicht finanziert werden. Bei dem reduzierten Stellenangebot in der Erwachsenenbildung stellte sich dann heraus, das man am richtigen Ort in der richtigen Partei sein musste. Später ergab sich dann doch noch eine Chance für den Aufbau einer städtischen VHS, aber ich hatte gerade die Gründung einer unabhängigen Bildungsstätte angestoßen und da mochte ich jetzt nicht gegenüber den Mitwirkern fahnenflüchtig werden.

Meine Erfahrung, die ich gemacht habe, ist, dass die Förderungsgesetze für freie Schulen und Stätten der Erwachsenenbilldung extrem wettbewerbsfeindlich sind und Neugründungen, wenn da nicht im Hintergrund große Verbände wie Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Berufsverbände stehen, fast unmöglich gemacht werden. Der Hebel für die Ausschlusspolitik ist, dass die Förderung erst nach dreijährigem Bestehen einsetzt. Aber wie soll man diese drei Jahre dauernden Vorlauf finanzieren, wenn es keinen Markt gibt, der kostendeckende Preise ermöglicht. Ob dieser dreijähriger Vorlauf eingeführt wurde, weil sich das Land Niedersachsen sich vor weiteren Kosten durch Neugründungen schützen wollte und will oder weil es formal das Grundgesetz einhalten, aber über die Hintertür doch das Gebot des GG umgehen will, ist mir nicht klargeworden.

Das Recht zur Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft wird durch das Grundgesetz (Art. 7 Abs. 4) und zum Teil entsprechende Bestimmungen der Landesverfassungen ausdrücklich gewährleistet. Damit ist ein staatliches Schulmonopol verfassungsrechtlich ausgeschlossen. https://www.kmk.org/themen/allgemeinbildende-schulen/weitere-themen/schulen-in-freier-traegerschaft.html#:~:text=Das%20Recht%20zur%20Errichtung%20von,ein%20staatliches%20Schulmonopol%20verfassungsrechtlich%20ausgeschlossen.

Im Erwachsenenbildungsbereich sind auf diese Weise Bildungs-Erbhöfe entstanden. Dabei sei den bestehenden Einrichtungen ihre Existenz, für die die sie oft genug kämpfen müssen, gegönnt. Es ist aber ein ungerechter und verfassungsrechtlich bedenklicher Zustand.

Wer hatte die Idee zum Bildungsguthaben? (Eigenzitat)

Vor ein paar Jahren habe ich mit Freunden überlegt, wer denn wohl zu erst die Idee mit der Finanzierung der Bildung durch Bildungsguthaben hatte. Wir kamen auf den verstorbenen Nobelpreisträger Milton Friedman, stießen dann auf John Stuart Mill (1806 – 1873 / „Über die Freiheit“). Aber Eckehard Behrens (vom Seminar für freiheitliche Ordnung und Bildungspolitiker in der FDP, der zwischenzeitlich gestorben ist) vermeldete dann: „Aber ich habe gerne bei einem mir seit langem - auch persönlich - bekannten Wissenschaftler, Ulrich van Lith, Der Markt als Ordnungsprinzip des Bildungsbereichs (Habilitationsschrift, veröffentlicht München 1985) nachgelesen. Er schreibt (Seite 184), dass die Idee auf Thomas Paine zurückgehe, „The Rights of Man“, 1791/92, auf deutsch „Die Rechte des Menschen“, hersg. Von Stemmler, Frankfurt 1973, Seite 289 und 294. John St. Mill war dann einer der Zwischenträger dieser über 200 Jahre alten Idee.“

https://www.tristan-abromeit.de/pdf/87.8%20Anhang8%20Bildungsguthaben.pdf

Weiter:

Die Schwäche unseres Bildungssystems ist die Schwäche unserer Verfassung und unseres Verfassungsbewußtseins
Schreiben an die Niedersächsischen Landtagsabgeordneten und weiteren Empfängern von Tristan Abromeit August 2010 Text 84.1

84.0 Änderung des Status der Berufsschulen
von Tristan Abromeit, August 2010 (18 Seiten / 144 KB)

84.1 Anhang 1 **Lehren aus der Hamburger Volksabstimmung**, von Eckehard Behrens
Kommentar: Bildungs-Chip-Karte, von Tristan Abromeit
August 2010 (8 Seiten / 466 KB)

84.2 Anhang 2 **Die verstaubte Verfassung**, von Thomas Darnstädt, 2003, Zitate (7 Seiten / 32 KB)

2.0 **Der Dritte Weg** (75 Seiten, 406 KB)
Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO)
- Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- Erstellt zum Programmkongress der GRÜNEN im *März 1980* in Saarbrücken

2.1 **Umschlag: Titel und Rückseite** (2 Seiten / Bilddatei 92 KB)

3.0 **Die freie Berufsbildungs-Assoziation (FBA)** (50 Seiten, 264 KB)
Eine marktwirtschaftliche Problemlösung - *1. Mai 1982*

88.0 **"Auslese durch die Schule oder den Markt?"**
Anmerkungen von TA zu einem Beitrag von Hans Bremer in *Das Gespräch aus der Ferne*,
Feb./März 2011 (36 Seiten / 369 KB)

88.1 Der Ausgangstext: "Auslese durch die Schule oder den Markt?"
und „Ein Kampf um Schulbücher“ von Hans Bremer
aus: Das Gespräch aus der Ferne, Heft 393, Sommer 2010 (8 Seiten / rd. 1470 KB)

Ich habe hier noch ein von mir gefertigtes Arbeitsheft zur Gründung der Freien Akademie Norddeutschland aus dem Jahr 1972 vorliegen. Darin habe ich auch Auszüge aus folgenden Büchern gebracht.
Pädagogik der Unterdrücktem von Paulo Freire / mit einer Einführung von Ernst Lange // **Plädoyer für die Abschaffung der Schule** von Ivan Illich // **Entschulung der Gesellschaft** von Ivan Illich // **Guernavaca oder Alternativen zur Schule** von Hartmut von Hentig // **Freizeit '72 /** Freizeit heute / Freizeit morgen / Freizeit wozu? Von Hartmut von Hentig

Ich will damit nur anzeigen, mit welchen Gedankengängen ich oder wir uns im Jahr 1972 zusätzlich befasst haben.

Ich suche jetzt noch ein paar Hinweise auf das Wirken von **Bernhard Bartmann** heraus, der Anfang der 80er Jahre die grünen Regensburger Kongresse für ein freies Bildungswesen organisiert hat und dann am 3. Oktober 1990, am >Tag der deutschen Einheit< dafür warb, dem Artikel 7 GG folgende Fassung zu geben:

Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage des deutschen Bildungswesens.

Die älteste Ablage in meinem Ordner Bernhard Bartmann ist eine Einladung mit dem Titel **> DIE GRÜNEN –** Kongreß / Zukunftsorientierte Bildungspolitik / Freie Schulen – eine notwendige Alternative zum herkömmlichen Schulsystem/ 17. September bis 19. September (Von mir handschriftlich ergänzt.) 1982.
Eingeladen hat der Landesverband DIE GRÜNEN und Bernhard Bartmann, Sonderschullehrer, Mitglied des Landesvorstandes.
Dazu gehört der Text: > Grundsatzreferat zum Bildungspolitischen Kongreß der bayerischen Grünen … /Referat: Prof. Dr. Peter Pauling, Kath. Universität Eichstätt, Bundesvorsitzender der Aktion Humane Schule.

Ich sehe gerade beim Einscannen einer Pressemitteilung, dass ich zu einem früheren Zeitpunkt die Titel- und Rückseite der vierseitigen Einladung als Bilddateien eingescannt habe. Ich füge nach dem weiteren Einschub ein:

ooooo

Einschub

Tristan Abromeit
An die Mitglieder des Niedersächsischen Landtages
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1 Hannover
Offener Brief vom 1. Mai 2001
Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil
Dokumentation 5 / Seite 1 bis 37
Beiträge und Auszüge aus Texte von:

Fritz Penserot: „Die Verwirklichung der Gerechtigkeit in Freiheit“ 2
Erich Reigrotzki: Thesen zum Thema Institutionsabsolutismus 10
Erich Reigrotzki: Freie Gesellschaft - Ihr notwendiger Wirkraum
und ihr notwendiger Gegenpol 12
Seminar für freiheitliche Ordnung: Wir brauchen einen eigenständige
Sozialwissenschaft der Kultur 16
Ralf Dahrendorf: Demokratie aus der Basis 17
Fritz Bauer: Die neue Gewalt 28
https://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.5%20OB%20Lt.%20Doku%2005.pdf
Ende Einschub

DIE GRÜNEN • Kongreß

Zukunftsorientierte Bildungspolitik

EINLADUNG

Freie Schulen - eine notwendige Alternative zum herkömmlichen Schulsystem

17. September bis 19. September 1982
19.00 Uhr 17.00 Uhr

Regensburg – Stadtzentrum
Obermünster - Stiftsgaststätte - Obermünsterplatz

Verlauf

Freitag, 17.9.82:

19.00 - 22.00 Uhr: Einstimmung
Regensburger Gruppen
Freinet - Pädagogik, Tvind-Schule

Samstag, 18.9.82:

9.00 - 9.30 Uhr: Begrüßung und Einführung
Bildungspolitische Vorstellungen der Grünen
Bernhard Bartmann, Mitglied des Landesvorstandes der Grünen in Bayern

9.30 - 11.00 Uhr: Erziehung im Umbruch der Zeit- gehen wir einer humanen Zukunft entgegen? Zeitperspektiven. Entwicklung einer Strategie: Wie kann man eine humane Gesellschaft bilden?
Prof. Dr. E. Bornemann, Institut für Erziehungswissenschaften an der Universität Münster

11.00 - 12.30 Uhr: "Das neue Menschenbild" braucht neue Wege der Erziehung!"
Prof. Dr. Hubertus Mynarek, Philosoph und freier Schriftsteller, Odernheim, Rheinland-Pfalz

12.30 - 14.00 Uhr: Mittagspause

14.00 - 17.30 Uhr: Gestaltpädagogik in Lehre und praktischer Durchführung
– das Schulprojekt "Freie Gesamtschule" (Beuerberg/Oberbayern) stellt sich vor. Fünf Mitinitiatoren berichten über Idee, Aktivitäten, Probleme, Ergebnisse

Kontaktadresse: Max Strack, Wolkenstatt 34, 8197 Königsdorf.
– Die Demokratisch Kreative Schule - eine Pädagogik der Rückbesinnung
Damaris und Urs Kägi-Romano, Leiter der oben genannten Schule, 5047 Schiltwald/Schweiz

18.00 - 19.30 Uhr: Abendessen

19.30 - 20.30 Uhr: "Die Montessori-Schule, Leitziele und unterrichtliche Prinzipien"
Lehrer der Montessori-Schule München

21.00 Uhr - 22.30 Uhr: Rhythmik als Prinzip (Vortrag und praktische Vorführung), Frau Prof. Hoellering, Rhythmikon-Institut für rhythmische Erziehung, Schleißheimer Str. 162a, 8000 Mchn.40

etwa ab 22.30 Uhr: Sigrid Früh (Europ. Märchengesellschaft, Waiblingen) erzählt das südfranzösische Märchen "Der Verschleierte"

Sonntag, 19.09.82

9.30 - 11.00 Uhr: Grundsatzreferat: "Die Schule macht die Kinder krank!"
Prof. Dr. Peter Paulig, Kathol. Universität Eichstätt Bundesvorsitzender der Aktion "Humane Schule"

11.00 - 12.30 Uhr: "Integrative Pädagogik"
Prof. Dr. Hilarion G. Petzold, Institut St. Denis, Paris und Lehrtherapeut am Fritz-Perls-Institut für Integrative Therapie, Düsseldorf

12.30 - 13.30 Uhr: Mittagspause

Die Grünen

Stimmen aus der Öffentlichkeit

Pädagogische Alternativen

‚Indem die Verfassung die Freien Schulen nicht nur zuläßt, sondern sie ausdrücklich sichert und damit die Grundlage geschaffen hat, auf der das Bundesverwaltungsgericht sogar die Beteiligung des Staates an ihrer Finanzierung vorschreibt, erkennt unser Staatswesen vor allem **diese** Funktion an. Der Staat liberaler Verfassung kann das öffentliche Schulwesen zwar als hinreichend für die Sicherung des Rechts auf Bildung ansehen, nicht aber als hinreichenden Ausdruck einer tatsächlichen und vor allem: einer wünschenswerten Vielfalt des geistigen und politischen Lebens. Gewiß: auch der Staat selbst errichtet hier und dort Modell- und Versuchsschulen. Aber auch sie bieten kein zureichendes Spektrum. **In der Vielfalt des Schulwesens geht es um ein wesentliches Stück gesamtgesellschaftlicher Freiheit, um den verfassungsgebotenen Ausdruck eines freiheitlichen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft.**

Die Freien Schulen sind in der Verfassung verankert. Sie bestehen also nicht, weil der Staat sie gewähren läßt, sondern sie haben einen von der Verfassung gewollten **Anspruch** auf Mitgestaltung unseres Bildungswesens.'

Professor Dr. Andreas Flitner
Lehrstuhl für Erziehungswissenschaften
an der Universität Tübingen

Aktion Erlaßfreie Schule

In Niedersachsen gewährleistet das neue Schulgesetz 1981 nach Ansicht des Bildungsrechts-Professors Lutz Dietze ‚den Handlungsspielraum der Lehrer durch Verleihung des Rechts auf pädagogisch-administrative Selbstverwaltung in einem Maße, wie dies bislang im deutschen Schulwesen noch nie stattgefunden hat'.

Außerdem hat der ehemalige Kultusminister Remmers (CDU) durch die von ihm initierte ‚Aktion Erlaßfreie Schule' einen wichtigen Anstoß gegeben, ‚den bürokratischen Regelungsperfektionismus zu reduzieren und die weitverbreitete Obrigkeitsstaats-Mentalität abzubauen'.

DGB-Zeitschrift 'Der deutsche Beamte'
Abdruck der Rede von Innenminister NRW, Dr. Schnoor

In der DGB-Zeitschrift 'Der deutsche Beamte' ist kürzlich die Rede des Innenministers von Nord-Rheinwestfalen, Dr. Herbert Schnoorr, abgedruckt worden, die er am 23.5.82 anläßlich des Kongresses des Studienzentrums Weikersheim e.V. gehalten hat. Hier einige Auszüge:

‚Der Protest gegen Machtverhältnisse und Normen **im** bestehenden Staat und das Bestreben nach einer anderen ‚alternativen' Gesellschaft waren auch entscheidende Impulse der **Arbeiterbewegung** in ihrer Frühzeit.'

‚Wer in der Demokratie **mehr** als eine Organisationsform des Staates sieht, wer in der Demokratie die verantwortliche Mitbeteiligung und Mitentscheidung des Bürgers an allen staatlichen und gesellschaftlichen Prozessen sieht, der muß positiv annehmen, daß Menschen sich nicht länger mit ‚Systemkritik' begnügen und auf Reformen von oben warten, sondern aus **eigenem** Antrieb neue Gedanken des menschlichen Zusammenlebens verwirklichen wollen.'

‚Wir sollten die Bereitschaft zur Übernahme eigener Verantwortung begrüßen, weil sie der verbreiteten Mentalität: vom Staat alles zu erwarten, entgegenwirkt; der Mentalität, sich lieber verwalten zu lassen, als selbstverantwortlich tätig zu sein und mitzubestimmen.'

WER FORDERT, DER FÖRDERT!
Sonderkonto "Freie Schule" der GRÜNEN
Bernhard Bartmann
Volksbank Cham
Konto-Nr. 5038995 – BLZ 74290000

****

WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT

****

Das WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT besteht aus dem Zusammenschluß freier Menschen und Gruppen des gesamten Erdenkreises.

Das WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT tritt ein für die Realisierung der Bildungsfreiheit in allen Ländern der Erde.

Die Bildungsfreiheit beruht auf der Selbstbestimmung der Menschen und Völker, auf den allgemein gültigen Menschenrechten und auf der uneingeschränkten Freiheit jedes Menschen. Die Suche nach Wahrheit ist ihr herausragendes Kriterium.
Die Bildungsfreiheit findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Lernfreiheit aller Menschen ohne Altersbegrenzung oder Einschränkung durch Institutionen und Organisationen.
Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage für Demokratie sowie für Geistes-, Gewissens-, Religions-, Informations- und Pressefreiheit. Ihre Realisierung ermöglicht eine freie Wirtschaftsordnung, die ökologisch und sozial ist und der gesamten Menschheit zu ihrem Wohl verhilft.

Das WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT gibt sich keinen juristischen Titel!
Mitglied des WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT ist jede Person und jede Vereinigung auf dem gesamten Erdenkreis, die mit den Zielen übereinstimmt.
Jedes Mitglied ist im Sinne der Ziele des WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT in Selbstbestimmung und freier Verantwortung aktiv und initiativ.

Mitglieder bezeichnen sich

"MEMBER OF WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT"

mit Angabe des Wohnortes und des Staates, in dem sie leben.

Bernhard Bartmann
(Founder)
gegründet in Berlin am 22.September des Jahres 1991

****

I realize Bildungsfreiheit
MEMBER OF WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT

Name, Vorname _____

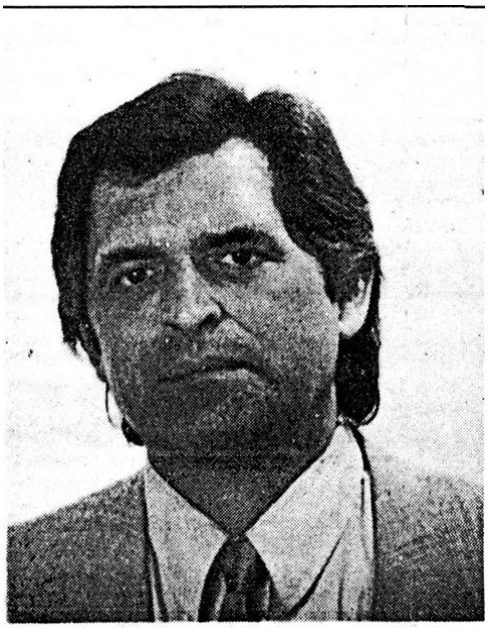
Wohnort/Land _____

Datum/

Unterschrift _____

Senden an: Bernhard Bartmann, WFBF, Postfach 160117, D-01287 Dresden

Copyright 1991 by Bernhard Bartmann



Bernhard Bartmann

Als nächstes gebe ich eine von mir eingescannte Pressemitteilung vom 3. 10. 1990 wieder:

BfB

Bernd Bartmann / Büro für Bldungsfreiheit
Seminaragentur
~~Zirngiblstraße 14 I) 8400 Regensburg~~
~~Tel.: 0941/94 71 40 Telefax: 0941/94 7133~~

Regensburg, den 3. 10. 1990

An die Presse

PRESSEMITTEILUNG

Bildungsfreiheit für Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bildungsbürokratien sowohl in der ehemaligen DDR als auch der BRD (jetzt im vereinigten Deutschland) suchen in bester Eintracht das Staatsmonopol

Schule zu erhalten und zu manifestieren. Die Bestrebungen, das Berufsbeamtentum für Lehrer nun auf das gesamte Deutschland auszudehnen, sind weit fortgeschritten, von der Öffentlichkeit ungenügend zur Kenntnis genommen, da sich die Diskussionen über das zukünftige Bildungswesen fast ausschließlich innerhalb der staatlich „besetzten" Gremien und Verbände bewegen. Anderen Überlegungen wird meist mit dem Hinweis auf Inkompetenz begegnet!

Deshalb finde ich es für dringend angebracht, die grundlegende *freiheitliche und der Demokratie angemessene Alternative zu* den vorherrschenden Bildungssystemen aufzuzeigen und diese im Namen der Wahrheit, der Freiheit und des Friedens bei den gewählten Vertretern des deutschen Volkes einzufordern. Die Abgeordneten, die nur ihrem Gewissen verpflichtet sind, haben auf Grund des nun ihnen vorliegenden „Antrags zur Bildungsfreiheit" die Gelegenheit, ihr Freiheits— und Demokratieverständnis in dieser grundlegenden Frage offen zu zeigen und in die Tat umzusetzen.

Ich fordere die Abgeordneten der Bundesrepublik Deutschland auf, noch vor der Bundestagswahl die Bildungsfreiheit im Grundgesetz festzuschreiben.

In der Bundesrepublik herrscht das *steuerfinanzierte Pflichtschulsystem* mit dem staatlichen Schulmonopol und dem Berufsbeamtentum für Lehrer.

Damit existiert die Bildungs—Un—Freiheit. Diese ist gedeckt durch das Bundesverfassungsgericht. Hierzu ein bemerkenswerter Ausspruch des BVG vom 5. September 1986 im Urteil gegen meine Verfassungsbeschwerde gegen die Schulpflicht:

„... kann von einer freien Entscheidung gegen den Schulbesuch, die es zu respektieren gelte, bei einem Sechsjährigen, der weitgehend dem Einfluß seiner Ehen unterliegt, keine Rede sein. Die Beschwerdeführer wollen vielmehr ihre eigenen pädagogischen Vorstellungen durchsetzen. Das kann aber nicht zu Lasten des verfassungsrechtlich anerkannten staatlichen Erziehungsauftrags gehen, der dem wohlverstandenen Interesse des Kindes dient." Unterzeichnet u. a. HERZOG.

Sowohl im 3. Reich als auch in der DDR des realen Sozialismus hat der Staat in Form der Legislative und Judikative gleichermassen argumentiert.

Noch heute bestätigt das BVG diese Rechtssituation, indem es dem Staat - wie damals - den Erziehungsauftrag zuweist. Über diesen Weg aber werden die jungen Menschen kollektiviert und sozialisiert. Deshalb ist der Ausspruch des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Roman HERZOG, bei der Gedenkfeier zum 20. Juli 1944 in diesem Jahre in Westberlin, daß das deutsche Volk „keine Kollektivschuldtheorien" (MZ vom 22. 7. 1990) träfen, die Unwahrheit.

Diese kann nur deshalb unwidersprochen verbreitet werden, da das Bewußtsein der Menschen dieses Staates eben von dem Monopol geprägt wird, das schon seit 150 Jahren das gleiche ist und ein ähnlich strukturiertes „Religionsmonopol" als Grundlage hatte.

Dieses Monopol der Lüge gilt es abzulösen durch Strukturen der Freiheit.

Diese Erkenntnis tritt nur dann so eindeutig zu Tage, wenn Mensch/Familie dieses Monopol der Lüge und Gewalt hautnah erlebt hat. Ich habe beide Wege beschritten: zum Bundesverfassungsgericht (Schulpflicht) und zum Bundesverwaltungsgericht (Das Staatsmonopol Schule als Zwangsinstrumentarium - Berufsverbot).

Beide Male entschieden die Gerichte gegen die Menschenrechte und die Demokratie. Wir haben Schritt für Schritt die gesamte Struktur des staatlich okkupierten Bildungswesens durchlaufen und müssen feststellen, daß dieses totalitär ist.

Somit geht es in meinem Antrag um eine grundlegende Entscheidung eines Volkes: entweder für Freiheit und Demokratie oder den staatlichen Totalitarismus in Form der Bildungsdiktatur!

Die Wahl der Worte entspricht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Ich bitte die Medien, diese Wahrheit verbreiten zu helfen.

Mit freundlichen Grüßen,

Bernd Bartmann.

PS: Buchempfehlung: John Naisbitt: *Megatrends des Arbeitsplatzes.* Hestia Verlag, Bayreuth 1986. Anlagen

Das BfB ist eine Agentur des freien Bildungsmarktes in der freien Marktwirtschaft

~~Bankverbindung: BfIB, Bernd Bartmann, Sparkasse Roding,~~

~~Kto.: 380 871897, BLZ: 742 510 20~~

Die Anschrift und das Konto habe ich gestrichen, weil ich vermute, das beide Angaben nicht mehr gültig sind.

Im Netz habe ich zwei Beiträge gefunden, die auf Bernhard Bartmann verweisen.

SCHULE Geistige Zwangsernährung

Können Eltern gezwungen werden, ihre Kinder, notfalls sogar mit Gewalt, in die Schule zu schicken? *

13.07.1986, 13.00 Uhr • aus DER SPIEGEL 29/1986

https://www.spiegel.de/politik/geistige-zwangsernaehrung-a-75de5194-0002-0001-0000-000013518217

Antipädagogik

…. Der nächste publikumswirksame und politische Schritt der deutschen Kinderrechtsbewegung wurde 1984 mit dem sogenannten „*Kinder-Doppelbeschluss“* unternommen. Analog zum damaligen „Nato-Doppelbeschluss“, der den Ost-West-

Konflikt vor Augen hat, geht es den Initiatoren des Kinder- Doppelbeschlusses — unter ihnen der Regensburger Lehrer und Schulverweigerer Bernhard Bartmann sowie Karlo Heppner, Wolfgang Hinte und Bertrand Stern -um einen „Frieden zwischen den Generationen“. Er fordert einerseits die Bundesregierung zur „Abrüstung“ im „Erziehungskrieg“ auf und andererseits, falls dies nicht erfolgt, die Kinder und Jugendlichen zur „Nachrüstung“ gegen die Erwachsenen. Ihr „Ziel ist der Friede, doch nicht Frieden um jeden Preis, sondern Frieden in Freiheit und auf der Basis von Gerechtigkeit.“ (1984, S. I) ...

http://dadaweb.de/wiki/Antip%C3%A4dagogik

Den folgenden eigenen Titel,

THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK

vorgelegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen vom liberal-sozialen Arbeitskreis DRITTER WEG formuliert von Tristan Abromeit

ist hier zu finden;

Anhang III zu: DIE GRÜNEN - Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?

Ein Beitrag: - zum zwanzigjährigen Jubiläum der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen, - zur zehnjährigen Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN- zum 140jährigen Jubiläum der SPD,- zur Agenda 2010 der rot-grünen Regierungskoalition. Tristan Abromeit / Mai 2003
https://www.tristan-abromeit.de/pdf/28.3%20MdB%20Gruene%201.5.03%20Anhang%20III.pdf

Zum Abschluss der Sektion Bildungspolitik, die nicht scharf von der Verfassungspolitik und Wirtschaftspolitik zu trennen ist, weise auf folgende Buch hin. (Der erste unmittelbar nachfolgende Text ist von der Titelseite der Einbandes.)

F R I E D R I C H S A L Z M A N N

BÜRGER
FÜR DIE
GESETZE

Hier werden jene Erziehungssysteme beleuchtet, von denen Pestalozzi behauptet hatte, dass sie «den Menschenverstand durch Hörsäle, Seminarien, Akademien und militärische Gewalt sicher und allgemein verschieben». Die Darstellung umfasst das öffentliche Erziehungswesen zahlreicher Länder. Dem kritischen Teil folgt ein weit in die Zukunft weisendes Kapitel über Sinn und

Inhalt wahrer Bildung, die Thomas Mann definiert als
«Erkenntnis der Tatsache, dass Krieg nicht mehr erlaubt ist».

Das Buch ist 1949 in der Verlagsgenossenschaft Freies Volk Bern erschienen.

Friedrich Salzmann (* 31. August 1915 in Hamadan, Iran; † 29. November 1990 in Bern) war ein Schweizer Radiomoderator, Autor und Politiker (LdU)

https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Salzmann

Zitiervorschlag

Zürcher, Christoph: "Salzmann, Friedrich", in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 06.01.2012. Online: https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/006569/2012-01-06/, konsultiert am 14.06.2021.

31.8.1915 Hamadan (Persien), 29.11.1990 Bern, ref., von Eggiwil. Sohn des Walter Bernhard, Exportkaufmanns. Hilda Martha Grünig. Schulen in Berlin, Montreux, Zürich, Paris, Handelslehre in Zürich. 1937 Zeitungskorrespondent in Paris und Vertreter der antifaschist. Jugendverbände der Schweiz an der Weltausstellung. 1939 Rückkehr in die Schweiz, Tätigkeit als Bundesbeamter. 1943 als Anhänger Silvio Gesells Leiter der freiwirtschaftl. Wochenzeitung "Freies Volk", 1957 Ressortleiter für Innenpolitik und Volkswirtschaft bei Radio DRS. Bekannt wurde S. durch seine liberale und kosmopolit. Sendereihe "Mit kritischem Griffel". Er verfasste zahlreiche Radiovorträge und Hörspiele. 1971-78 Berner LdU-Nationalrat. 1969 Buchpreis der Stadt Bern für "Mit der Freiheit leben" (1967).

https://www.parlament.ch/de/biografie/friedrich-salzmann/3110

Es folgt ein Auszug aus dem Buch >**Bürger für die Gesetze**< aus dem Kapitel:

Deutschland: Von Friedrich dem Grossen bis Heute / Der Gehorsam im reussischen Schulplan / Die «Einordnung ins Volksganze» / Das neue Staatsbewusstsein / Das Landsknechtslied im Nachkriegsdeutschland / Probleme der Umerziehung / Bildungsziel und Grösse des Reichs.

Das bessere Erziehungswesen, das wir brauchen, hat ein unpraktisches Kriterium, an dem man es leicht erkennt: Es kann niemandem aufgezwungen werden. Die Erneuerung der Erziehung ist eine geistig zu lösende Aufgabe; da wird jeder Zwang, auch der gutgemeinte, versagen:

> Der Apparat, geschaffen um den Zwang auszuüben, wird die guten Absichten, denen er vielleicht dienen sollte, vernichten. Triumphieren wird wieder der Nazigeist. - Vielleicht trägt er rote, vielleicht schwarze, vielleicht noch nie gesehene Farben... Nazigeist aber wird es sein. Dieser Geist kann nur durch einen besseren Geist verdrängt werden. Er wäre da, auch in Deutschland. Aber die Entfaltungsmöglichkeit wird ihm genommen - durch jene, die meinen, man könne geistiges Wachstum durch Behörden organisieren, durch jene, die eine «Reichsidee» irgendwelcher. Färbung, einen Nationalismus in Neuauflage, oder vielleicht auch die unverbrüchliche Ergebenheit gegenüber Besatzungsbehörden als höchstes «Bildungsziel» propagieren. Man muss lernen, dass gegen solche Abwege nur ein Kraut gewachsen ist: Verzicht auf die Bestimmung eines allgemein verbindlichen Erziehungszieles durch die zentrale politische Macht, Anerkennung der Eltern als Inhaber der Erziehungskompetenz, Rückweisung jeglichen Erziehungsmonopols und reale Einsicht in die Tatsache, dass ein paar Millionen unterschiedliche Erziehungssünden dem Gedeihen eines Volkes - und seiner Verträglichkeit mit anderen! - förderlicher sind als der Ersatz dieser Unterschiedlichkeiten durch Einheitlichkeit nach irgendeiner Richtung. Die Freiheit in der Erziehung hebt Fehler gegenseitig auf und gibt den Gutgesinnten Wirkungsraum; das Hineinregieren der Staatsmacht in geistige Bezirke wird immer Aufopferung des Menschen für den Staat bedeuten, und auf die Dauer heisst das: Triumph des nationalen Egoismus über die Möglichkeiten menschlich-friedlichen Zusammenlebens.
>
> Freilich wird auch über die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen einer Freiheit der Erziehung noch zu reden sein. Diese Voraussetzungen sind aber im Prinzip für alle Länder die gleichen, so dass sie nicht ins Kapitel Deutschland gehören. (Seite 145 f.)

Die Auseinandersetzungen über das Thema Trennung von Staat und Bildung gehen hier anhand der Quellen bis in das Jahr 1949 zurück. In Wirklichkeit sind es Themen, die schon zum Ende des Kaiserreiches aktuell waren und besonders in der Weimarer Republik auch unter den Aspekten Trennung von Schule und Kirche und Demokratie und Bildung bzw. Schule diskutiert wurden. Es empfiehlt sich entsprechende Begriffe in eine Suchmaschine einzugeben.

Das, was Salzmann Nazigeist nennt, habe ich schon mehrfach den Faschismus in den Köpfen der Politiker aller Parteien genannt. Und ich halte daran fest, aber nicht in dem diffamierenden Sinne, wie er besonders bei linksgestricken Agitatoren üblich ist, sondern als Hinweis, auf eine Geisteshaltung, die die Betreffenden selber gar nicht wahrnehmen oder weil sie - wenn sie wahrgenommen wird – Gefühle des Versagens erzeugen und deshalb verdrängt werden. An dem Begriff faschistisch halte ich fest, weil bei allen Par-

teien zu beobachten ist (nicht immer im wortwörtlichen Sinn), dass sie die Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Bürger anstreben. Wenn der Vorgang eine Maschine wäre und nicht mit ihrer Person zu tun hätte, könnten sie gleich sagen, warum die Maschine nicht rund läuft. Wir Menschen haben die Fähigkeit Dinge, die zu unseren Wertungen und Zielen im Widerspruch stehen, als nicht gegeben zu betrachten. Das fängt bei so Kleinigkeiten wie einen Vogelschiss auf dem Autodach an, den man morgens bei der Abfahrt zur Arbeit entdeckt und der einem stört. Aber weil man es eilig hat und kein Putzzeug in der Nähe ist, verschiebt man die Entfernung auf den Abend. Abends ist man aber geschafft und hofft, dass es in der Nacht regnet und er am nächsten Morgen weg ist. Am nächsten Morgen ist er immer noch dar, aber ...

Ein großer Vogelschiss auf dem Dach unserer Demokratie ist die Tatsache, dass das Grundgesetz mit der Vereinigung der beiden deutschen Republiken sein Verfallsdatum erreicht hatte. Wir sind damit aber umgegangen wie mit dem Vogelschiss auf dem Autodach. Wir nehmen den Fleck der Schande gar nicht mehr wahr.

Wir können aber nicht nur Ereignisse in ihrer Wichtigkeit herabstufen oder gar verdrängen, sondern auch aufgezwungene Verhaltensweisen. Die aufgezwungenen Verhaltensweisen werden als Gewohnheiten so verinnerlicht, dass wir sie gar nicht mehr als aufgezwungen wahrnehmen. Fallen die aufgezwungenen Verhaltensweisen aus (das kann auch bei der Formulierung eines neuen Verhaltensmodells sein), dann verunsichert uns das. Der Ausfall kann auch dann als Bedrohung empfunden werden.

Neulich sah ich einen Bericht über aus dem Gehege oder Käfig entflohene Affen. Die Affen ließen sich nicht wieder einfangen. Irgendwann kehrten sie aber freiwillig an ihrem gewohnten Platz zurück. Als Erklärung wurde gesagt, die Affen hätten Hunger bekommen. Hunger ist eine starke Wirkungsmacht, aber der Hunger war es vermutlich nicht alleine. Hätten die Affen von einem anderen Futterplatz gewusst, wären sie vielleicht dorhin weitergewandert. Aber neben dem Hunger wirkt hier auch die Prägung des gewohnten Umfeldes und sei es das Gitter eines Käfigs, der Vertrautheit, Geborgenheit und Sicherheit vermittelt..

Und dieser Käfig kann auch der Arbeitsplatz selbst oder ein Verfahren sein, mit dem als Voraussetzung gearbeitet werden muss. Ich vermute es ist richtig, wenn ich sage, je mehr sich die Bürger in ihrer Gesellschaft geborgen fühlen, je mehr sind sie bereit, für die Freiheit, die sich durch einen Wechsel anbietet, etwas zu wagen.

Ich weiß nicht, ob es ein Maß für die Stärke von Prägungen gibt. Aber es ist leicht einsehbar, dass Menschen, die von Kindesbeinen an den Kindergarten, die Schule, die Berufsausbildung als Zwangs- oder als Normveranstaltung [71] erlebt haben, als sei es von der Natur vorgegeben, das Gewohnte eher verteidigen als verwerfen werden. So ein Mensch kann sich ohne ein Ereignis, das diese lange dauernde Prägung unterbricht, gar nicht vorstellen, dass es anders geht. Die Reformen, die aus so einer Prägung in Angriff genommen werden, sind dann solche, die das Leben im Gefängnis erleichtern sollen. Verfassungsrichter, die auch so geprägt sind, können dann zur Schulpflicht (die ein Schulzwang ist) kein anderes Urteil fällen, als es bei dem Anliegen von Bernhard Bartmann geschehen ist.

Auch die ganzen Beamten in der Bildungsbürokratien werden so lange gegen eine Befreiung der Bildung arbeiten, wie sie sich als Verlierer der Bildungsfreiheit sehen.

Trotzdem: Wenn wir eine Gesellschaft der Freien werden wollen und die Formel von der

71 Diese Zwänge erlebt man erst, wenn der Normverstoß vorliegt.

freiheitlich, demokratischen Grundordnung keine Ideologie bleiben soll, müssen wir einen Weg finden, der eine wirklich befreiende Bildungsreform ermöglicht.